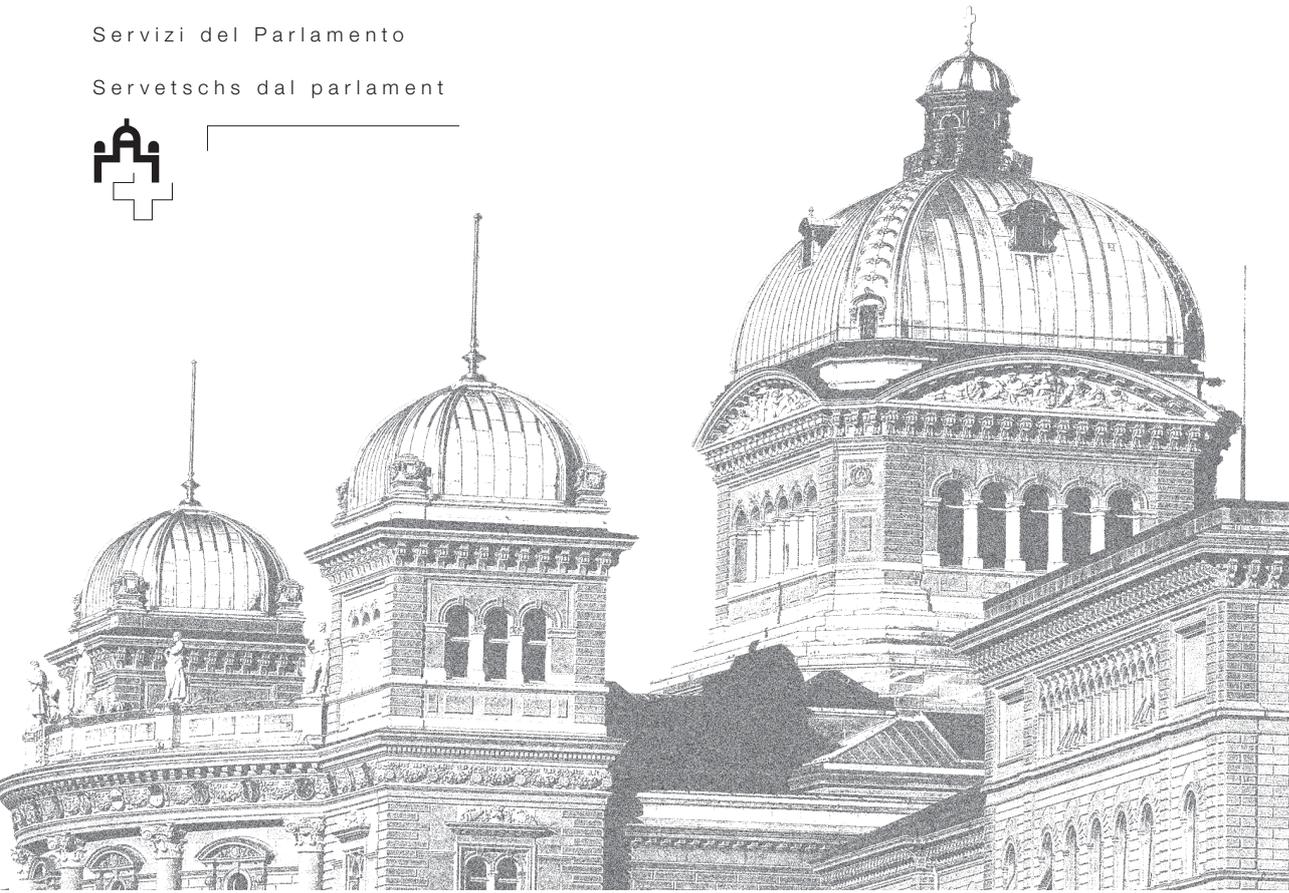


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 27.09.2020

Votation populaire du 27.09.2020

Votazione popolare del 27.09.2020

19.039

**Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

**Acquisto di nuovi aerei da combattimento.
Decreto federale**

VH 19.039

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		V
Riassunto delle deliberazioni		VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	24.09.2019	1
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	09.12.2019	29
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	12.12.2019	67
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	16.12.2019	73
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	17.12.2019	81
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	18.12.2019	87
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	19.12.2019	92
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	19.12.2019	96
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	20.12.2019	99
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	20.12.2019	102
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		103
6. Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 20. Dezember 2019		121
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition de nouveaux avions de combat du 20 décembre 2019		123
Decreto federale concernente l'acquisto di nuovi aerei da combattimento del 20 dicembre 2019		125
7. Argumente		127
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

19.039 s Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss

Botschaft vom 26. Juni 2019 zu einem Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ([BBI 2019 5081](#))

NR/SR *Finanzkommission*

NR/SR *Sicherheitspolitische Kommission*

1. Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ([BBI 2019 5113](#))

24.09.2019 Ständerat. Beschluss abweichend vom Entwurf

09.12.2019 Nationalrat. Abweichung

12.12.2019 Ständerat. Abweichung

16.12.2019 Nationalrat. Abweichung

17.12.2019 Ständerat. Abweichung

18.12.2019 Nationalrat. Abweichung

19.12.2019 Ständerat. Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz

19.12.2019 Nationalrat. Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz

20.12.2019 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

20.12.2019 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBI 2019 8725](#)

Ablauf der Referendumsfrist: 09.04.2020

19.039 é Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral

Message du 26 juin 2019 concernant un arrêté de planification relatif à l'acquisition d'avions de combat ([FF 2019 4861](#))

CN/CE *Commission des finances*

CN/CE *Commission de la politique de sécurité*

1. Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat ([FF 2019 4895](#))

24.09.2019 Conseil des Etats. Décision modifiant le projet

09.12.2019 Conseil national. Divergences

12.12.2019 Conseil des Etats. Divergences

16.12.2019 Conseil national. Divergences

17.12.2019 Conseil des Etats. Divergences

18.12.2019 Conseil national. Divergences

19.12.2019 Conseil des Etats. Décision conforme à la proposition

de la conférence de conciliation

19.12.2019 Conseil national. Décision conforme à la proposition

de la conférence de conciliation

20.12.2019 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

20.12.2019 Conseil national. Adoption (vote final)

Texte soumis au vote final : [FF 2019 8253](#)

Délai référendaire 09.04.2020

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

19.039 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss

Um 2030 herum endet die Nutzungsdauer der gegenwärtig eingesetzten Kampfflugzeuge. Um sicherzustellen, dass die Armee den Schweizer Luftraum auch künftig schützen kann, unterbreitete der Bundesrat eine Botschaft zu einem referendumsfähigen Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Mit dieser Botschaft wird dem Parlament beantragt, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu genehmigen und dafür ein Finanzvolumen von bis zu 6 Milliarden Franken gutzuheissen. Nicht festgelegt wird hingegen, welcher Flugzeugtyp und wie viele Flugzeuge beschafft werden. Nach langen Beratungen, namentlich über die Kompensationsgeschäfte, stimmten die beiden Kammern dem Planungsbeschluss zu. Da gegen den Beschluss des Parlamentes das Referendum ergriffen wurde, wird das Schweizer Stimmvolk am 27. September 2020 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge befinden.

Ausgangslage

Der Planungsbeschluss des Bundesrates über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sieht ein Finanzvolumen von höchstens 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Mittel zum Schutz des Schweizer Luftraums vor. Der entsprechende Betrag muss aus den finanziellen Mitteln stammen, die für das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eingeplant sind. Der Planungsbeschluss legt nicht fest, welcher Flugzeugtyp und wie viele Kampfflugzeuge beschafft werden, sondern umfasst lediglich den Auftrag für die Beschaffung und deren Finanzierung. Der Entscheid über den Typ und die Anzahl der Kampfflugzeuge liegt dann beim Bundesrat.

Das Beschaffungsvorhaben wurde in Form eines Planungsbeschlusses unterbreitet, um angesichts seiner grossen Tragweite ein Referendum zu ermöglichen. In der Regel befindet die Bundesversammlung über die Beschaffung von Rüstungsgütern, ohne dass die Möglichkeit eines Referendums besteht. Dies gilt beispielsweise für die parallel zum Kampfflugzeugprojekt vorangetriebene Beschaffung eines Systems zur bodengestützten Luftverteidigung, die ebenfalls Teil der Erneuerung der Mittel zum Schutz des Schweizer Luftraums ist.

(Quellen: Curia Vista, SDA-Meldungen)

Beratungen

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Entwurf: [BBl 2019 5113](#)

24.09.2019	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf
09.12.2019	NR	Abweichung
12.12.2019	SR	Abweichung
16.12.2019	NR	Abweichung
17.12.2019	SR	Abweichung
18.12.2019	NR	Abweichung
19.12.2019	SR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz
19.12.2019	NR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz
20.12.2019	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
20.12.2019	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBl 2019 8725](#); Referendumsfrist: 9.4.2020

Der **Ständerat** befasste sich in der Herbstsession 2019 mit der Vorlage des Bundesrates. Die Minderheit seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-S) beantragte, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Ständerätin Géraldine Savary (S, VD) sagte im Namen dieser Minderheit, dass das Schweizer Volk Besseres verdient als diese Vorlage, und forderte insbesondere, der Bundesbeschluss müsse sowohl die Beschaffung der Kampfflugzeuge als auch die Beschaffung der

bodengestützten Luftverteidigung umfassen, damit sich das Volk zum Gesamtkonzept für den Schutz des Luftraums äussern könne. Der Berichterstatter der SiK-S, Ständerat Josef Dittli (RL, UR), sprach sich gegen die Rückweisung aus, da die Vorlage sehr gut vorbereitet und von mehreren Fachleuten evaluiert worden sei. Der Ständerat lehnte den Rückweisungsantrag mit 30 zu 13 Stimmen ab.

Die Detailberatung im Ständerat drehte sich hauptsächlich um die Kompensationsgeschäfte. Die Mehrheit der SiK-S beantragte, dass die Unternehmen, welche den Zuschlag erhalten, 100 Prozent des Vertragswerts durch Aufträge an Schweizer Unternehmen kompensieren müssen und nicht nur 60 Prozent, wie in der Vorlage des Bundesrates vorgesehen. Die Minderheit Isidor Baumann (C, UR) wiederum wollte, dass *mindestens* 60 Prozent des Vertragswerts zu kompensieren sind. Die Kompensationsgeschäfte sollen dabei im Verhältnis 65:30:5 auf die deutschsprachige, die französischsprachige und die italienischsprachige Schweiz verteilt werden.

Die Befürworterinnen und Befürworter einer 100-prozentigen Kompensation des Vertragswerts waren der Auffassung, dass auf diese Weise die gesamte Schweizer Industrie und Wirtschaft von der Kampfflugzeugbeschaffung profitieren könnte, während bei einer 60-prozentigen Kompensation nur die Unternehmen aus dem Sicherheitsbereich Offsetaufträge erhalten würden. Die Gegnerinnen und Gegner des höheren Kompensationswerts argumentierten, dass dieser zu höheren Beschaffungskosten und zu einem für die Schweizer Industrie schwer zu bewältigenden Offsetvolumen führen würde.

Obwohl sich Bundesrätin Viola Amherd im Rat für den Minderheitsantrag Baumann aussprach, folgte der Ständerat mit 27 zu 17 Stimmen der Mehrheit seiner Kommission und änderte die Bundesratsvorlage.

In der Gesamtabstimmung nahm die kleine Kammer die Vorlage mit 32 zu 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen an.

Der **Nationalrat** behandelte das Geschäft am 9. Dezember 2019. Neben dem Eintretensantrag der Mehrheit seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) lagen ihm zwei Minderheitsanträge vor: der Nichteintretensantrag der Minderheit Balthasar Glättli (G, ZH) und der Antrag der Minderheit Priska Seiler Graf (S, ZH) auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, das gesamte Verteidigungsprogramm, d. h. Kampfflugzeuge und bodengestützte Luftverteidigung, so neu zu strukturieren, dass es nicht mehr als 4 Milliarden Franken kostet. Die SiK-N hatte entgegen der beiden Minderheiten beschlossen, Eintreten zu beantragen, da sie die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für die Sicherheit der Schweiz und die Wahrnehmung der luftpolizeilichen Aufgaben als wichtig erachtet.

Der Nationalrat lehnte den Nichteintretensantrag der Minderheit Glättli mit 149 zu 35 Stimmen bei 6 Enthaltungen und den Rückweisungsantrag der Minderheit Seiler Graf mit 122 zu 68 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Nach dem Scheitern des Rückweisungsantrags reichte die sozialdemokratische Fraktion vergebens mehrere Anträge zur Beschaffung von leichten Kampfflugzeugen für einen Betrag von unter 4 Milliarden Franken ein.

Zu den Kompensationsgeschäften lagen ebenfalls mehrere Anträge vor. Die Mehrheit der SiK-N beantragte, dem Bundesrat zu folgen (Kompensation von 60 % des Vertragswerts). Während die Minderheit Beat Flach (GL, AG) den Kompensationswert auf 50 Prozent und die Minderheit Glättli (G, ZH) auf 20 Prozent senken wollte, beantragte die Minderheit Pierre-Alain Fridez (S, JU) sogar, komplett auf Kompensationsgeschäfte zu verzichten. Im Nationalrat setzte sich letztlich der Mehrheitsantrag durch, wonach die ausländischen Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Aufträge erhalten, 60 Prozent des Vertragswerts durch Aufträge an Schweizer Unternehmen kompensieren müssen.

Der Ständerat befasste sich am 12. Dezember 2019 im Rahmen der **Differenzbereinigung** erneut mit diesem Geschäft. Die Mehrheit der SiK-S beantragte dieses Mal eine Kompensation in Höhe von 80 Prozent des Vertragswerts und bewegte sich somit einen Schritt auf den Nationalrat zu. Kommissionsberichterstatter Josef Dittli (RL, UR) unterstrich den Willen, einen Kompromiss mit der grossen Kammer zu finden. Die Minderheit Beat Rieder (M-CEB, VS) wollte dem Nationalrat folgen, da sie dem Wert von 60 Prozent mehr Chancen bei einer allfälligen Volksabstimmung einräumte.

Der Ständerat folgte schliesslich mit 26 zu 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Mehrheit der SiK-S und hielt somit an der Differenz zum Nationalrat fest, signalisierte damit allerdings Kompromissbereitschaft.

Der Nationalrat behandelte das Geschäft am 16. Dezember 2019 und hatte drei Alternativen zur Auswahl. Die Mehrheit der SiK-N beantragte, am Kompensationswert von 60 Prozent und somit an der Differenz festzuhalten. Die Minderheit Jean-Luc Addor (V, VS) wollte dem Kompromissvorschlag des Ständerates (80 %) folgen und wies darauf hin, dass das zusätzliche Kompensationsvolumen von 20 Prozent dem Tessin und der Westschweiz zugutekommen könnte. Die Minderheit Glättli (G, ZH) wiederum versuchte, die Idee des kompletten Verzichts auf Kompensationsgeschäfte noch einmal ins Spiel zu bringen. Letztlich setzte sich im Nationalrat der Mehrheitsantrag durch.

In den Folgetagen hielt der Ständerat mit 23 zu 16 Stimmen am Kompensationswert von 80 Prozent und der Nationalrat mit 143 zu 40 Stimmen bei 9 Enthaltungen am Wert von 60 Prozent fest.

Da nach der dritten Beratung im National- und im Ständerat in diesem Punkt immer noch Uneinigkeit herrschte, musste diese Differenz in einer **Einigungskonferenz** ausgeräumt werden, um so das Scheitern der gesamten Vorlage zu verhindern. Die Einigungskonferenz beantragte mit 22 zu 4 Stimmen, dass 60 Prozent des Vertragswerts durch direkte (20 %) und indirekte (40 %) Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis kompensiert werden müssen.

Dieser Antrag der Einigungskonferenz wurde vom Nationalrat mit 122 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltungen und vom Ständerat mit 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage vom Nationalrat mit 123 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen und vom Ständerat mit 33 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

(Quellen: Amtliches Bulletin, SDA-Meldungen)

2. Résumé des délibérations

19.039 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral

Les avions de combat actuels arriveront à la fin de leur durée d'utilisation vers 2030. Pour faire en sorte que l'armée puisse continuer à protéger l'espace aérien, le Conseil fédéral a présenté un message concernant un arrêté de planification sujet au référendum relatif à l'acquisition de nouveaux avions de combat. Celui-ci demande au Parlement de valider le principe d'achat et d'accorder un volume de financement qui ne devra pas dépasser les six milliards de francs, mais il ne détermine ni le modèle ni la quantité d'avions qui pourraient ensuite être acquis. Après de longues délibérations, notamment en relation aux affaires compensatoires, les deux Conseils ont fini par adopter cet arrêté. La décision du Parlement ayant fait l'objet d'un référendum, la question de l'achat des avions de combat sera soumise au vote populaire le 27 septembre 2020.

Situation initiale

Le projet d'arrêté de planification du Conseil fédéral pour l'achat d'avions de combat prévoit l'octroi d'un financement plafonné à hauteur de six milliards de francs pour l'acquisition de nouveaux appareils pour la défense de l'espace aérien suisse. Ce montant serait prélevé sur les moyens financiers accordés au Département fédéral de la défense (DDPS). L'arrêté ne détermine ni le modèle ni le nombre d'avions, et se penche donc uniquement sur le principe de l'achat ainsi que sur son financement. Le choix de l'avion de combat à acquérir reviendrait ensuite au Conseil fédéral.

Le fait d'avoir présenté le projet d'acquisition sous la forme d'un arrêté de planification est lié à la volonté de permettre un référendum, la question ayant une portée majeure. L'acquisition d'armement est en effet généralement décidée par l'Assemblée fédérale, sans possibilité de référendum. Cela est d'ailleurs le cas pour l'achat du système de défense sol-air, projet développé en parallèle à celui des avions de combat et pensé, lui aussi, dans le cadre de la défense contre des attaques aériennes.

(Sources : Curia Vista, dépêches ATS)

Délibérations

Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat

24.09.2019	CE	Décision modifiant le projet
09.12.2019	CN	Divergences
12.12.2019	CE	Divergences
16.12.2019	CN	Divergences
17.12.2019	CE	Divergences
18.12.2019	CN	Divergences
19.12.2019	CE	Décision conforme à la proposition de la conférence de conciliation
19.12.2019	CN	Décision conforme à la proposition de la conférence de conciliation
20.12.2019	CE	Adoption (vote final)
20.12.2019	CN	Adoption (vote final)

Feuille fédérale [2019 8253](#); Délai référendaire : 09.04.2020

Le **Conseil des États** a examiné le projet du Conseil fédéral lors de la session d'automne 2019. Une minorité de sa Commission de la politique de sécurité (CPS-E) demandait de renvoyer le dossier au Conseil fédéral. La conseillère aux États Geraldine Savary (S, VD), au nom de cette minorité, a affirmé que « le peuple mérite mieux que ce texte », en soulignant en particulier que l'arrêté fédéral devrait couvrir à la fois les avions de combat et le nouveau système de défense sol-air, permettant ainsi au peuple de s'exprimer sur le concept global de protection de l'espace aérien. Le sénateur Josef Dittli (RL, UR), rapporteur de la CPS-E, s'est exprimé contre la proposition de renvoi, en affirmant que l'objet avait été parfaitement préparé et évalué par plusieurs experts. Par 30 voix contre 13, la Chambre des cantons a refusé la proposition de renvoi.

Lors de la discussion par article, le débat s'est focalisé principalement autour des affaires compensatoires liées à l'acquisition des avions de combat. Selon le projet du Conseil fédéral, l'entreprise mandatée aurait dû compenser 60% de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse, mais la majorité de la CPS-E a proposé d'augmenter cette valeur à 100%. Une minorité Isidor Baumann (C, UR) demandait de fixer les affaires compensatoires à *au moins* 60% de la valeur contractuelle. Les affaires compensatoires seront réparties dans les régions à raison de 65% en Suisse alémanique, 30% en Romandie et 5% en Suisse italienne.

Les partisans d'une augmentation des *offsets* à 100% de la valeur du contrat étaient de l'avis que cette proposition permettrait à l'ensemble de l'industrie et de l'économie suisse de profiter de l'achat des avions, tandis qu'avec des affaires compensatoires à hauteur de 60%, seules des entreprises dans le domaine de la sécurité se verraient accorder des mandats. Pour les opposants, le taux plus élevé d'affaires compensatoires engendrerait une augmentation du prix des avions et, de plus, il s'agirait d'un volume d'*offsets* difficile à absorber par l'industrie helvétique.

Malgré le soutien du Conseil fédéral à la minorité Baumann, le Conseil des États a suivi, par 27 voix contre 17, la majorité de sa commission et a modifié le projet du Conseil fédéral.

Au vote sur l'ensemble, la Chambre haute a adopté le projet par 32 voix contre 6 et 6 abstentions.

Le **Conseil national** s'est penché sur ce dossier le 9 décembre 2019. Alors que la majorité de sa Commission de la politique de sécurité (CPS-N) proposait l'entrée en matière, une minorité Balthasar Glättli (G, ZH) plaidait pour une non-entrée en matière. Une minorité Priska Seiler Graf (S, ZH) demandait, quant à elle, le renvoi au Conseil fédéral avec le mandat de restructurer le projet pour l'ensemble du programme de défense, soit les avions de combat et le système de défense sol-air, afin qu'il ne dépasse pas les 4 milliards de francs. Face à ces deux minorités, la CPS-N s'était prononcée pour l'entrée en matière et contre la proposition de renvoi, en invoquant l'importance du renouvellement des avions de combat pour garantir la sécurité de la Suisse et pour assurer une police aérienne.

La proposition de non-entrée en matière de la minorité Glättli a été rejetée par 149 voix contre 35 et 6 abstentions, la proposition de renvoi au Conseil fédéral par 122 voix contre 68 et 2 abstentions.

Après l'échec de la proposition de renvoi, le groupe socialiste a lancé, en vain, différentes propositions avec le but de promouvoir l'achat de modèles d'avions de combat légers, comportant des dépenses inférieures au 4 milliards de francs.

En ce qui concerne les affaires compensatoires, plusieurs propositions ont été mises sur la table. La majorité de la CPS-N a plaidé pour une adhésion au projet du Conseil fédéral (60% de la valeur contractuelle). Une minorité Beat Flach (GL, AG) voulait baisser cela à 50%, une minorité Glättli (G, ZH) à 20%, tandis qu'une minorité Pierre-Alain Fridez (S, JU) plaidait pour renoncer complètement aux affaires compensatoires.

C'est la proposition de la majorité qui a eu finalement les faveurs de la Chambre du peuple : les entreprises étrangères qui obtiendront des mandats dans le cadre de l'acquisition des nouveaux avions de combat devront compenser 60% de la valeur contractuelle dans l'économie suisse.

Le projet est retourné devant le Conseil des États le 12 décembre 2019 pour la **procédure d'élimination des divergences**. La majorité de la CPS-E proposait cette fois 80% d'affaires compensatoires, faisant donc un pas en direction du National. La volonté de vouloir trouver un compromis avec la Chambre du peuple a été soulignée par le rapporteur de la commission Josef Dittli (RL, UR). Une minorité Beat Rieder (M-CEB, VS) a plaidé pour une adhésion au projet du National, considérant que 60% d'affaires compensatoires auraient plus de chances lors d'une éventuelle votation populaire.

Par 26 voix contre 14 et 4 abstentions, les sénateurs ont suivi la majorité de la CPS-E, en maintenant la divergence avec le National tout en proposant une solution vouée au compromis.

Le 16 décembre 2019, trois alternatives sont présentées au plenum du Conseil national. La première, celle de la majorité de la CPS-N, consistait à maintenir la divergence et rester donc à 60% d'affaires compensatoires. Une minorité Jean-Luc Addor (V, VS) proposait l'adhésion au compromis des États (80%), en affirmant que le 20% en plus aurait pu profiter au Tessin et à la Romandie. La minorité

Glättli (G, ZH), quant à elle, essayait de relancer encore une fois l'idée de ne pas avoir d'affaires compensatoires du tout. La proposition de la majorité s'est imposée face aux alternatives avancées par les minorités.

Les jours suivants, le Conseil des États a réitéré, par 23 voix contre 16, sa volonté d'avoir 80% d'affaires compensatoires, tandis que le Conseil national a décidé, par 143 voix contre 40 et 9 abstentions, de maintenir sa préférence pour 60% d'*offsets*.

Étant donné qu'après trois délibérations dans chaque chambre, il subsistait encore un point de divergence, une **conférence de conciliation** a été constituée pour trouver une entente, faute de quoi le projet entier aurait pu être enterré. Par 22 voix contre 4, la conférence de conciliation a proposé de fixer les affaires compensatoires à 60% de la valeur contractuelle, à compenser directement (20%) et indirectement (40%) dans le domaine de la base technologique et industrielle en lien avec la sécurité.

Le Conseil national a adopté la proposition de la conférence de conciliation par 122 voix contre 66 et 4 abstentions, le Conseil des États par 41 voix et 3 abstentions.

Au vote final, le Conseil national a adopté le projet par 123 voix contre 68 et 5 abstentions et le Conseil des États par 33 voix contre 10 et 1 abstention.

(Sources : Bulletin officiel, dépêches ATS)

2. Riassunto delle deliberazioni

19.039 **Acquisto di nuovi aerei da combattimento. Decreto federale**

Gli aerei da combattimento attualmente in servizio raggiungeranno il limite della loro durata d'utilizzazione verso il 2030. Affinché l'esercito possa continuare a proteggere lo spazio aereo, il Consiglio federale ha presentato un messaggio concernente una decisione programmatica soggetta a referendum relativa all'acquisto di nuovi aerei da combattimento. Essa domanda al Parlamento di validare il principio d'acquisto e di accordare un volume finanziario massimo di sei miliardi di franchi, senza specificare né il modello né il numero di apparecchi che saranno acquistati. Dopo lunghe discussioni, in particolare in relazione agli affari compensatori, le due Camere hanno trovato un compromesso e adottato il decreto. La decisione del Parlamento è stata oggetto di un referendum e la questione sarà dunque sottoposta al voto popolare il 27 settembre 2020.

Situazione iniziale

La decisione programmatica del Consiglio federale per l'acquisto di nuovi aerei da combattimento per la difesa dello spazio aereo svizzero prevede lo stanziamento di un finanziamento massimo di sei miliardi di franchi. Il budget sarebbe prelevato dai mezzi finanziari accordati al Dipartimento federale della difesa (DDPS). Il decreto non determina né il modello né il numero di aerei e riguarda dunque unicamente il principio dell'acquisto. La scelta degli aerei da combattimento sarebbe fatta in seguito dal Consiglio federale.

Il fatto di aver presentato il progetto di acquisto sotto forma di decisione programmatica è legato alla volontà di permettere un referendum su una questione di grande rilevanza. Gli acquisti d'armamenti sono di regola decisi in via definitiva dall'Assemblea federale, senza possibilità di referendum. È il caso per esempio dell'acquisto di un sistema per la difesa terra-aria a lunga gittata, progetto sviluppato in parallelo ai nuovi aerei da combattimento quale complemento della difesa contro attacchi aerei.

(Fonti: Curia Vista, notizie ATS)

Deliberazioni

Decreto federale concernente l'acquisto di nuovi aerei da combattimento

24.09.2019	CS	Decisione in deroga al disegno
09.12.2019	CN	Deroga
12.12.2019	CS	Deroga
16.12.2019	CN	Deroga
17.12.2019	CS	Deroga
18.12.2019	CN	Deroga
19.12.2019	CS	Decisione secondo proposta della conferenza di conciliazione
19.12.2019	CN	Decisione secondo proposta della conferenza di conciliazione
20.12.2019	CS	Adozione nella votazione finale
20.12.2019	CN	Adozione nella votazione finale

Foglio federale [2019 7275](#); termine di referendum: 09.04.2020

Il **Consiglio degli Stati** ha esaminato il progetto del Consiglio federale durante la sessione d'autunno 2019. Una minoranza della sua Commissione della politica di sicurezza (CPS-S) domandava di rinviare il dossier al Consiglio federale. La Consigliera agli Stati Géraldine Savary (S, VD), a nome di questa minoranza, ha affermato che "il popolo merita di meglio che questo testo", sottolineando in particolare che il decreto federale dovrebbe coprire allo stesso tempo l'acquisto degli aerei da combattimento e il nuovo sistema di difesa suolo-aria, permettendo quindi al popolo di potersi esprimere sul concetto globale di protezione dello spazio aereo. Il senatore Josef Dittli (RL, UR), relatore della CPS-S, si è espresso contro la proposta di rinvio, affermando che l'oggetto è stato preparato alla perfezione e che è stato valutato da diversi esperti.

Durante la deliberazione di dettaglio, il dibattito al Consiglio degli Stati si è concentrato principalmente sulla questione degli affari compensatori legati all'acquisto degli aerei da combattimento. Se il progetto del Consiglio federale prevedeva che l'impresa incaricata compensasse il 60% del valore contrattuale assegnando mandati in Svizzera, la maggioranza della CPS-S ha dal canto suo proposto di aumentare questo valore al 100%. Una minoranza Isidor Baumann (C, UR) chiedeva di fissare gli affari compensatori ad *almeno 60%* del valore contrattuale. Gli affari compensatori dovranno essere ripartiti nelle differenti regioni: 65% nella Svizzera tedesca, 30% in Romandia e 5% nella Svizzera italiana.

I fautori di un aumento degli *offset* a 100% del valore del contratto hanno sostenuto che questa proposta permetterebbe all'insieme dell'industria e dell'economia svizzera di beneficiare dell'acquisto dei velivoli, mentre con affari compensatori fissati al 60% solamente le aziende attive nell'ambito della sicurezza potrebbero ricevere dei mandati. Sul fronte opposto si ritiene invece che il tasso più elevato d'affari compensatori comporterebbe unicamente l'aumento del prezzo degli aerei; inoltre, si tratterebbe di un volume di *offset* difficilmente assorbibile dall'industria elvetica.

Nonostante il sostegno del Consiglio federale alla minoranza Baumann, con 27 voti contro 17 il Consiglio degli Stati ha seguito la maggioranza della sua commissione e ha modificato il progetto del Consiglio federale.

Alla votazione sul complesso, la Camera alta ha adottato il progetto con 32 voti contro 6 e 6 astensioni.

Il **Consiglio nazionale** ha trattato il progetto il 9 dicembre 2019. La maggioranza della sua Commissione della politica di sicurezza (CPS-N) ha proposto l'entrata in materia, mentre una minoranza Balthasar Glättli (G, ZH) si è espressa per una non entrata in materia. Una seconda minoranza Priska Seiler Graf (S, ZH) ha domandato dal canto suo il rinvio al Consiglio federale, con il mandato di ristrutturare il progetto fissando un limite di quattro miliardi di franchi per l'intero programma di difesa, ossia aerei e sistema terra-aria. Di fronte a queste due minoranze, la CPS-N si è pronunciata per l'entrata in materia e contro la proposta di rinvio, invocando l'importanza del rinnovo della flotta degli aerei da combattimento per il mantenimento della sicurezza della Svizzera e per assicurare il servizio di polizia aerea.

La proposta di non entrata in materia della minoranza Glättli è stata rifiutata con 149 voti contro 35 e 6 astensioni, mentre la proposta di rinvio al Consiglio federale è stata bocciata con 122 voti contro 68 e 2 astensioni.

A seguito della bocciatura della proposta di rinvio, il gruppo socialista ha lanciato, invano, diverse proposte con l'obiettivo di promuovere l'acquisto di modelli d'aereo da combattimento leggeri e contenere la spesa al di sotto dei quattro miliardi di franchi.

Per ciò che concerne gli affari compensatori, numerose proposte sono state messe sul tavolo. La maggioranza della CPS-N si è espressa a favore del progetto del Consiglio federale (60% del valore contrattuale). Una minoranza Beat Flach (GL, AG) voleva invece ridurre gli *offset* al 50%, una minoranza Glättli (G, ZH) al 20%, mentre una minoranza Pierre-Alain Fridez (S, JU) ha affermato di voler rinunciare completamente agli affari compensatori.

La proposta della maggioranza ha raccolto i favori della Camera del popolo: le imprese straniere che otterranno i mandati nel quadro dell'acquisto dei nuovi velivoli dovranno perciò compensare il 60% del valore contrattuale nell'economia svizzera.

Il progetto è ritornato davanti al Consiglio degli Stati il 12 dicembre 2019 per la **procedura d'appianamento delle divergenze**. La maggioranza della CPS-S proponeva questa volta l'80% d'affari compensatori, compiendo dunque un passo in direzione del Nazionale. Il relatore della commissione Josef Dittli (RL, UR) ha sottolineato la volontà di voler trovare un compromesso con la Camera del popolo. Una minoranza Beat Rieder (M-CEB, VS) ha invece sostenuto l'adesione al progetto del Consiglio nazionale, considerando che un 60% d'affari compensatori offrirebbe maggiori opportunità di successo in caso di un'eventuale votazione popolare.

Con 26 voti contro 14 e 4 astensioni, i senatori hanno seguito la maggioranza della CPS-S e hanno mantenuto la divergenza con il Nazionale, proponendo al contempo una proposta di compromesso.

Il 16 dicembre 2019, tre alternative sono state presentate al plenum del Consiglio nazionale. La prima, quella della maggioranza della CPS-N, consisteva nel mantenere la divergenza e restare al 60% d'affari compensatori. Una minoranza Jean-Luc Addor (V, VS) proponeva l'adesione al compromesso degli Stati (80%), affermando che il 20% supplementare avrebbe procurato dei benefici a Ticino e Romandia. La minoranza Glättli (G, ZH) ha invece cercato di rilanciare l'idea di abbandonare completamente gli affari compensatori. La proposta della maggioranza si è imposta sulle due alternative presentate dalle minoranze.

Nei giorni seguenti, il Consiglio degli Stati ha ribadito, con 23 voti contro 16, la sua volontà d'avere 80% d'affari compensatori, mentre il Consiglio nazionale ha deciso, con 143 voti contro 40 e 9 astensioni, di mantenere la sua preferenza per un 60% d'*offset*.

Considerando che dopo tre deliberazioni in entrambe le Camere sussisteva ancora un punto di divergenza, una **conferenza di conciliazione** è stata costituita con lo scopo di trovare un'intesa, senza la quale l'intero progetto rischiava di essere affossato. Con 22 voti contro 4, la conferenza di conciliazione ha proposto di fissare gli affari compensatori a 60% del valore contrattuale, da compensare direttamente (20%) e indirettamente (40%) nel settore della base tecnologica e industriale rilevante in materia di sicurezza.

Il Consiglio nazionale ha adottato la proposta della conferenza di conciliazione con 122 voti contro 66 e 4 astensioni, il Consiglio degli Stati con 41 voti contro 3 astensioni.

Alla votazione finale, il Consiglio nazionale ha adottato il progetto con 123 voti contro 68 e 5 astensioni e il Consiglio degli Stati con 33 voti contro 10 e 1 astensione.

(Fonti: Bollettino ufficiale, notizie ATS)



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Minderheit

(Savary, Jositsch, Levrat)

Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
mit dem Auftrag:

- a. eine Botschaft sowie einen Grundsatz- und Planungsbeschluss vorzulegen, in denen die zu erreichenden Ziele für das gesamte Programm Air 2030 – u. a. für die bodengestützte Luftverteidigung, die Radarüberwachung und C2 Air (neues Führungssystem) – festgelegt sowie die entsprechenden einzuhaltenden Grundsätze und Kriterien und die vorzusehenden konkreten Massnahmen dargelegt werden;
- b. zu berücksichtigen, dass ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Modernisierung der Luftverteidigung Aufträge erhalten, den gesamten Vertragswert durch die Vergabe von Aufträgen an Schweizer Unternehmen kompensieren müssen (Kompensationsgeschäfte);
- c. sicherzustellen, dass die im Bundesbeschluss und in der Botschaft beantragte Finanzierung den Kauf eines neuen Boden-Luft-Abwehrsystems und neuer Kampfflugzeuge umfasst;
- d. die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung und der Frühwarnung sowie die Zusammenarbeit zwischen den Luftstreitkräften der Nachbarländer zu verstärken.

Proposition de la minorité

(Savary, Jositsch, Levrat)

Renvoyer le projet au Conseil fédéral
avec mandat:

- a. de présenter un message et un arrêté de principe et de planification qui fixent les objectifs à atteindre pour l'ensemble du programme Air 2030 y compris la défense sol-air, le radar et le C2 Air (nouveau système de conduite) avec les principes et critères détaillés à respecter et les mesures concrètes à prévoir;
- b. de considérer que les entreprises étrangères qui se voient confier des mandats pour le renouvellement des moyens de protection de l'espace aérien doivent compenser intégralement la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires);
- c. de faire en sorte que le volume de financement proposé par l'arrêté fédéral et le message couvre l'achat d'un nouveau système sol-air et de nouveaux avions de combat;





d. de renforcer la coopération internationale dans le domaine de la détection précoce et de l'alerte précoce ainsi que la coopération avec les forces aériennes des pays voisins.

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Gleich zu Beginn: Der Ständerat ist bei diesem Geschäft Erstrat.

Die Armee benötigt zum Schutz und zur Verteidigung des Luftraums sowie zur Unterstützung der Bodentruppen Kampfflugzeuge und Systeme der bodengestützten Luftverteidigung. Die gegenwärtig eingesetzten Kampfflugzeuge müssen um das Jahr 2030 herum ausser Dienst gestellt werden. Der Bundesrat beantragt dem Parlament einen Planungsbeschluss für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge mit einem Finanzvolumen von höchstens 6 Milliarden Franken.

In der normalen Lage setzt die Luftwaffe Kampfflugzeuge für den Luftpolicedienst und für die Durchsetzung von Beschränkungen der Nutzung des Luftraums ein. In Zeiten erhöhter Spannung dienen Kampfflugzeuge dazu, die unbefugte Benutzung und Verletzungen des Schweizer Luftraums zu verhindern. In bewaffneten Konflikten werden Kampfflugzeuge benötigt, um den Luftraum zu verteidigen und damit die Bevölkerung, kritische Infrastrukturen, Truppen und militärische Objekte in der Schweiz zu schützen, Aufklärungsflüge durchzuführen sowie Bodenziele des Gegners zu bekämpfen.

Die Luftwaffe verfügt gegenwärtig über 30 Kampfflugzeuge F/A-18, seit etwas über zwanzig Jahren im Einsatz, mit beschlossener Nutzungsverlängerung bis rund 2030 einsetzbar, und 26 F-5 Tiger, die seit rund vierzig Jahren im Einsatz und nur noch für Spezialaufgaben einsetzbar sind.

Auch die bodengestützte Luftverteidigung (Bodluf) muss erneuert werden. Dies soll parallel zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge geschehen und mit dieser zeitlich und technisch koordiniert werden, aber gemäss den üblichen Verfahren der Rüstungsbeschaffung erfolgen; sie ist nicht Gegenstand dieses Planungsbeschlusses. Die Zeit drängt: Die Beschaffung von Kampfflugzeugen benötigt bis zum Abschluss der Einführung rund ein Dutzend Jahre. Die konzeptionellen Grundlagen für dieses Beschaffungsgeschäft liegen vor.

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist eine Frage von grosser Tragweite. Ohne Kampfflugzeuge kann die Armee ihre Aufgabe, die Schweiz, ihre Bevölkerung und ihre kritische Infrastruktur zu schützen und zu verteidigen, nicht erfüllen. Über die letzten beiden Vorlagen zur Beschaffung von Kampfflugzeugen fanden Volksabstimmungen statt. Zudem wird sich das Vorhaben bis zu seinem Abschluss über mehr als zehn Jahre erstrecken, was möglichst viel Planungssicherheit verlangt. Der Bundesrat will die eidgenössischen Räte deshalb in einem frühen Stadium einbeziehen. Er unterbreitet uns, dem Parlament, dazu den Entwurf eines Planungsbeschlusses mit folgendem Inhalt:

1. Der Bundesrat wird beauftragt, die Mittel zum Schutz des Luftraums mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu erneuern. Deren Einführung soll bis Ende 2030 abgeschlossen sein.
2. Das Finanzvolumen für die Beschaffung beträgt höchstens 6 Milliarden Franken – Stand Landesindex der Konsumentenpreise von Januar 2018.
3. Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, müssen 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz, sogenannte Offsets, kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis.
4. Die Beschaffung wird den eidgenössischen Räten in einem Rüstungsprogramm beantragt.
5. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wird mit der parallel laufenden Beschaffung eines Systems der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite zeitlich und technisch koordiniert.
6. Der Planungsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

AB 2019 S 859 / BO 2019 E 859

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und die parallele Beschaffung eines Systems zur bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite darf gemäss Bundesrat nicht zu einem Investitionsstopp für die anderen Teile der Armee führen. Der Bundesrat will deshalb den Zahlungsrahmen der Armee in den kommenden Jahren kontinuierlich erhöhen und für die Finanzierung der Armee insgesamt eine Wachstumsrate in der Grössenordnung von real 1,4 Prozent pro Jahr einräumen.

Zur Vernehmlassung: Der Entwurf des Planungsbeschlusses sah ein maximales Finanzvolumen von 8 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und eines Systems der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite vor; dies ohne Festlegung der Aufteilung. Er umfasst einen Maximalkredit von 8 Milliarden Franken sowie eine Kompensation von 100 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz. Weit ausser die meisten Vernehmlassungsteilnehmer, darunter alle 25 Stellung nehmenden Kantonsregierungen und die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr, 5 von 7 Parteien und 24 von 28 Verbänden oder Vereinen befürworten grundsätzlich die geplante Beschaffung neuer Kampfflugzeuge





wie auch eines Systems bodengestützter Luftverteidigung grösserer Reichweite. Zwei Parteien, die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und der Schweizerische Gewerkschaftsbund lehnen sie ab.

Bezüglich Finanzvolumen unterstützen viele den Kredit von 8 Milliarden Franken. Einige namhafte Organisationen und Parteien forderten einen Kredit von 9 Milliarden Franken oder mehr. Wenige andere sprechen sich für einen deutlich tieferen Betrag aus.

Das vom Bundesrat im Entwurf vorgelegte Vorgehen über einen referendumsfähigen Planungsbeschluss des Parlamentes wird von weiten Kreisen mitgetragen, insbesondere von allen Kantonsregierungen, die dazu Stellung genommen haben – es waren 24 –, von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr und von vier Parteien. Allerdings gibt es auch namhafte Rückmeldungen, welche sich für einen nicht referendumsfähigen Planungsbeschluss oder für das übliche Beschaffungsverfahren aussprechen oder die Prüfung einer Revision des Militärgesetzes als Alternative fordern. Bezüglich Offset stützen die meisten Vernehmlassungsteilnehmer die vom Bundesrat vorgeschlagene Kompensation von 100 Prozent.

In Abwägung aller Stellungnahmen und angesichts der Annahme der Motion 17.3604, "Luftwaffe. Grundsatzentscheid vor das Volk!", hält der Bundesrat am Vorgehen mit einem Planungsbeschluss fest, beschränkt diesen aber auf die Beschaffung von Kampfflugzeugen. Die politisch weniger umstrittene Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung kann auf üblichem Weg und ohne Grundsatzentscheid des Parlamentes erfolgen. Hingegen beantragt der Bundesrat nun eine Kompensation von 60 Prozent Offset.

Zur Arbeit in der Kommission: Wir führten zuerst Anhörungen durch, nämlich mit der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, der Pro Militia, der Gruppe Schweiz ohne Armee, der Asipro – das ist die Vertretung der Rüstungswirtschaft – sowie einer Vertretung der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Die Kommission nahm Kenntnis von den abweichenden Vorstellungen der GSoA gegenüber allen anderen Anhörungsteilnehmenden, welche die Beschaffung des Kampfflugzeugs befürworteten.

Zur Diskussion und zu den Entscheiden in der Kommission: Anlässlich der Eintretensdebatte gelang es Frau Bundesrätin Amherd bestens, die Kommission vom Vorhaben der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs zu überzeugen. Der Ersatz der rund vierzigjährigen F-5 und der über zwanzigjährigen F/A-18 der Schweizer Luftwaffe ist absolut nötig, damit der Verfassungsauftrag der Landesverteidigung erfüllt werden kann. Das Geschäft wurde über Jahre hinweg systematisch aufgebaut. Nachdem die Motion 17.3604 der BDP-Fraktion, "Luftwaffe. Grundsatzentscheid vor das Volk!", von beiden Kammern angenommen wurde, ist es für die Kommission folgerichtig, dass dem Parlament nun mit einer referendumsfähigen Vorlage ein Planungsbeschluss unterbreitet wird. Eintreten war deshalb unbestritten.

Die Mehrheit der Kommission begrüsst auch, dass der Bundesrat nach der Vernehmlassung entschieden hat, das Air-2030-Paket aufzuschneiden, nur noch die Beschaffung des Kampfflugzeugs im Planungsbeschluss zu belassen und das Projekt Bodluf im Rahmen der ordentlichen Beschaffungen über das Rüstungsprogramm laufen zu lassen. Damit wird sichergestellt, dass das Volk wie bei früheren Kampfflugzeugbeschaffungen die Möglichkeit erhält, darüber abzustimmen – falls es das will.

Eine Minderheit beantragt aber, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine neue Botschaft zu erstellen, bei der unter anderem auch die bodengestützte Luftverteidigung in den Planungsbeschluss zu integrieren ist und die internationale Zusammenarbeit mit den Nachbarländern bei der Frühwarnung verstärkt werden soll. Aus ihrer Sicht wäre es zielführend, dass das Volk zu einem globalen Konzept Stellung nehmen könnte. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 10 zu 3 Stimmen verworfen.

Ich möchte gleich hier, weil es sich um den Rückweisungsantrag handelt, Stellung dazu beziehen, warum dieser Rückweisungsantrag aus Sicht der Kommissionsmehrheit abzulehnen ist. Das Geschäft wurde umfassend vorbereitet. Es existieren genügend Expertenberichte und Studien, welche den Antrag des Bundesrates stützen. Auch die Antworten aus der Vernehmlassung und die Anhörungen zeigen klar, dass die Mehrheit die Vorlage unterstützt. Der referendumsfähige Planungsbeschluss zum Kampfflugzeug und die parallel laufende Beschaffung von Bodluf, welche zeitlich und technisch koordiniert wird, sollen jetzt vorangetrieben werden.

Die Rückweisung bringt keinen Mehrwert, sondern nur Zeitverlust und unnötiges Risiko. Die Mehrheit empfiehlt Ihnen also, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Nun zur Detailberatung: Im Rahmen der Detailberatung ging es dann eigentlich nur noch um zwei Themen: um die Höhe des Finanzrahmens und vor allem um die Kompensationsgeschäfte.

Zum Finanzvolumen: Ihre Kommission stellt sich hinter das vom Bundesrat beantragte Finanzvolumen von höchstens 6 Milliarden Franken. In der Diskussion prüfte sie verschiedene Alternativen. Einzelne Kommissionsmitglieder waren der Auffassung, dass das Finanzvolumen flexibler ausgestaltet werden sollte, beispielsweise mit einer Erhöhung auf 6,5 Milliarden Franken bzw. mit einer Verknüpfung mit den Mitteln für die Bodluf-Beschaffung. Letztlich befürwortete die Kommission aber den vom Bundesrat beantragten Weg, um der Bevölkerung mit 6 Milliarden Franken einen klaren und transparenten Kostenbetrag ohne jedwelche Verknüpfung



unterbreiten zu können.

Zu den Kompensationen respektive der Thematik der sogenannten Offsetgeschäfte: Wenig überraschend sorgte diese Thematik für die ausführlichsten Diskussionen. Verschiedene Anträge betrafen erstens die Prozentzahl, wie viel von den ausländischen Unternehmen kompensiert werden soll. Nebst dem bundesrätlichen Antrag auf 60 Prozent gab es Anträge für mindestens 60 Prozent, für 80 Prozent und für 100 Prozent. Zweitens ging es um die Frage, in welchen Bereichen kompensiert werden soll: nur bei der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis oder auch in anderen Bereichen? Drittens ging es um die Verteilung der Offsetgeschäfte auf die Regionen. Ihre Kommission nahm auch Kenntnis von einem Brief der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, welche eine Kompensation von 100 Prozent fordert. Sie befürchtet, dass bei der vom Bundesrat beantragten Lösung von 60 Prozent Offset die Westschweiz mehr oder weniger leer ausgeht, da ihre Firmenstruktur kaum eine wirtschaftliche Beteiligung an rüstungsrelevanten Geschäften zulässt.

Vor diesem Hintergrund obsiegte letztlich der Antrag der Mehrheit, die Offsetgeschäfte von 60 auf 100 Prozent zu erhöhen. Sie legte gleichzeitig fest, welche elf Industriebereiche bei den Offsets berücksichtigt werden sollen. Die Mehrheit beschloss dann auch noch den Verteilschlüssel für die Regionen, nämlich 65 Prozent für die Deutschschweiz, 30 Prozent für die Westschweiz und 5 Prozent für die italienischsprachige Schweiz. Die Kommissionsmehrheit will damit an der erfolgreichen Praxis festhalten und die Voraussetzungen

AB 2019 S 860 / BO 2019 E 860

schaffen, dass sich auch die Wirtschaft dahinterstellt und dass in allen Landesteilen kompensiert werden kann. Gerne werde ich den Antrag anlässlich der Detailberatung dann noch eingehend begründen.

Die Minderheit Baumann will eine Kompensation von mindestens 60 Prozent festsetzen – davon ein Drittel direktes und zwei Drittel indirektes Offset – und den Bundesrat beauftragen, die Kompensationsgeschäfte angemessen unter den Landesteilen zu verteilen. Mit dieser Lösung könne die Verteuerung durch die Offsets im Rahmen gehalten werden, und es würde die Wahrung der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sichergestellt. Wir werden die Diskussion zum Offset dann sicher noch eingehend führen.

Ihre Kommission stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 11 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Savary Géraldine (S, VD): Je vais, en prenant la parole maintenant, défendre ma proposition de renvoi du projet au Conseil fédéral.

En faisant cette proposition, que je défends au nom de la minorité, je précise bien que je ne suis pas contre l'achat de nouveaux avions. Je suis persuadée que le renouvellement de la flotte est nécessaire et je salue les démarches entamées, d'abord par votre prédécesseur et par vous maintenant, Madame la conseillère fédérale, et la volonté d'engager ce débat parfois difficile avec la population, mais je pense, malgré les propos que je viens de tenir, que le peuple mérite mieux que ce texte.

Cet arrêté de planification est comme une sorte d'acte thérapeutique après l'échec du Gripen en votation populaire. Dans les discussions qui ont eu lieu après l'échec du Gripen, un certain nombre de constats ont été faits par l'armée, et en particulier par le département, et il s'agissait ensuite d'intégrer ces réflexions dans la suite de nos discussions. Le premier constat, c'est que l'armée doit être transparente dans ses démarches. Le deuxième, c'est que la protection aérienne s'appuie sur deux ailes: une flotte dotée de nouveaux avions et un système de défense sol-air.

C'est pour cette raison que l'ancien chef du département, Monsieur le conseiller fédéral Parmelin, avait décidé de respecter un moratoire sur l'achat du système sol-air en 2016. Je constate, entre parenthèses, que cette décision de stopper l'achat d'un système sol-air a été très controversée à l'époque, dans notre conseil aussi d'ailleurs, et aujourd'hui elle est saluée par à peu près tout le monde. Cela a permis de redéfinir les besoins de notre système sol-air. Ce moratoire a aussi été décidé pour que nous puissions discuter d'un concept global, cohérent et transparent, de sécurité aérienne.

La commission s'est réunie une première fois pour se pencher sur la question; ensuite, une commission d'experts a livré un épais rapport en matière de sécurité aérienne; le professeur Nicollier a retravaillé tout cela. Un certain nombre d'options ont été dégagées. Et chaque fois, les quatre options qui étaient présentées dans les rapports que nous avons eus à disposition présentaient un concept réunissant défense sol-air et avions de combat. On est donc en droit de s'attendre à ce que le Conseil fédéral présente en toute transparence le résultat de ces réflexions à la population. Je suis donc déçue que l'arrêté qui nous est soumis aujourd'hui ne présente pas ces réflexions, ces recommandations, ces projets à la population.

Cet arrêté de planification était censé solliciter l'intelligence et la capacité de réflexion de la population. A mes





yeux, c'est une coquille onéreuse mais vide de contenu et d'intention. En renonçant à intégrer le système de défense sol-air dans l'arrêté, le Conseil fédéral présente un engin démocratique avec une seule aile. Il fait à moitié la transparence, qui est pourtant nécessaire après l'échec du Gripen. En séparant le système de défense sol-air de l'acquisition d'avions de combat, l'armée retombe d'une certaine manière dans sa tranchée habituelle, à savoir dépenser des sommes non négligeables mais sans expliquer à la population le pourquoi de cette dépense.

Cet arrêté de planification est donc, à mes yeux, une occasion manquée. L'occasion de parier sur l'intelligence de la population, l'occasion de présenter un concept complet de protection aérienne qui conjugue les tâches de police aérienne, la capacité à réagir aux menaces exceptionnelles, le respect de notre neutralité et l'exigence de solidarité de la Suisse dans l'architecture de sécurité européenne.

Donc ce débat a été engagé, Madame la conseillère fédérale, vous l'avez engagé; nous l'avons engagé. Mais, dans le fond, en ne disposant pas d'un concept global, on se prive des conditions optimales pour le débat au sein de la population.

Je propose donc non pas de tout effacer dans ce projet de planification, mais que le Conseil fédéral, afin de ne pas manquer le rendez-vous avec la population, retravaille ce texte et intègre le système de défense sol-air dans le concept global de sécurité et de protection aérienne.

Je vous invite donc à renvoyer le projet au Conseil fédéral.

Kuprecht Alex (V, SZ): Das Volk hat am 18. Mai 2014 mit der Ablehnung des Gripenfondsgesetzes mit 53,4 Prozent Neinstimmen den Entscheid getroffen, dieses Flugzeug nicht zu beschaffen und den Ersatz eines Teils der Tiger-Flotte nicht vorzunehmen. Die Gründe dafür waren vielfältig. Einer davon war die hauptsächliche Ablehnung in der Westschweiz und dann die unsägliche Diskussion innerhalb der Politik und in der Luftwaffe nahestehenden Kreisen über den vom Bundesrat vorgeschlagenen Typ.

Wie bereits damals immer wieder festgehalten, sind wir heute in der Beschaffungssituation, in der es nicht mehr um einen Teilersatz des Tigers geht, sondern um den ganzen Ersatz der Flugzeugflotte, also um die Neuaustrüstung und den Ersatz der 30 F/A-18 und der 26 Tiger-Flugzeuge. Letztere sind schon vierzigjährig und völlig veraltet. Die F/A-18-Flotte wurde mit grossen finanziellen Mitteln bis Ende der 2020er Jahre flugtauglich gemacht. Die Frage, ob die Belastungen der Maschinen effektiv eine Verwendung bis gegen 2030 zulassen werden, ist jedoch bis heute noch offen. Dass es immer mehr Reparaturen braucht, lässt aufhören, und es ist zu hoffen, dass während der noch längeren Benutzungszeit keine Unfälle passieren, die trotz sehr guten Unterhalts auf eine technische Überstrapazierung zurückzuführen sein werden.

Mit dem heute vorliegenden Planungsbeschluss wird ein neuer Anlauf zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge gemacht. Inhaltlich geht es bei diesem Planungsbeschluss eigentlich um zwei Fragen: Ist man erstens bereit, für den Kauf von neuen Kampfflugzeugen einen Betrag von 6 Milliarden Franken zu sprechen? Wie hoch soll zweitens der Anteil der Gegengeschäfte beim Kauf der neuen Kampfflugzeuge sein?

Es geht heute also nicht um die Diskussion über die Anzahl der Flugzeuge; diese ergibt sich aufgrund des Stückpreises. Es geht auch nicht um die Diskussion über einen bestimmten Typ. Niemand in diesem Saal wäre wohl in der Lage, qualitative Aussagen, geschweige denn einen Quervergleich über die verschiedenen Angebote zu machen.

Es geht heute einzig und allein um die Frage, ob wir bereit sind, den notwendigen Betrag für die Gesamterneuerung unserer Kampfflugzeugflotte zu genehmigen, damit der Auftrag gemäss Artikel 58 unserer Bundesverfassung, nämlich unseren Luftraum – insbesondere durch den Luftpolizeidienst –, aber auch das Land in besonderen Lagen zu verteidigen, erfüllt werden kann. Der Verteidigungsauftrag ist explizit in der Verfassung verankert. Zur Erfüllung dieses Verfassungsauftrages ist eben auch die Luftwaffe, die den Schutz der Bevölkerung in der dritten Dimension vorzunehmen hat und dabei auch unsere Armee am Boden zu schützen hat, unerlässlich. Ohne Luftwaffe, die diesen Namen auch verdient, wäre das Heer am Boden ungeschützt, und es wäre verantwortungslos, unsere Armee ohne Schutz aus der dritten Dimension in einen Einsatz zu befehlen. Es ist also unerlässlich und dringend, dass unsere Luftwaffe erneuert wird. Der vorliegende Planungsbeschluss nimmt diesen Auftrag wahr und setzt die finanzielle Grundlage, um dieses notwendige Ziel zu erreichen. Zusammen mit dem Projekt Bodluf grösserer Reichweite, das technologisch koordiniert und über eines der nächsten Rüstungsprogramme beantragt werden wird, erneuern wir diesen wichtigen

AB 2019 S 861 / BO 2019 E 861

Bereich der Luftwaffe. Sowohl der in diesem Planungsbeschluss beantragte Kredit für den Ersatz der an ihr Lebensende kommenden Kampfflugzeuge als auch später der Kredit für die Mittel der Bodluf grösserer Reichweite sind unerlässlich und notwendig, um den Schutz unserer Bevölkerung auch in Zukunft gewährleisten zu





können.

Wir haben heute die Verantwortung für diesen dringend notwendigen Schritt zu übernehmen und dem im Bundesbeschluss beantragten Kredit zuzustimmen. Ich ersuche Sie, auf den Beschluss einzutreten, ihm zuzustimmen und den Minderheitsantrag auf Rückweisung abzulehnen. Die Fakten liegen in verschiedenen Berichten schon seit langer Zeit auf dem Tisch. Die im Rückweisungsantrag dargelegten Forderungen werden keine neuen Erkenntnisse ergeben. In Anbetracht der langen Beschaffungszeit gilt es jetzt zu handeln und das Projekt nicht noch weiter zu verzögern.

Minder Thomas (V, SH): Vorweg: Ich bin für die Beschaffung des neuen Kampffjets, erlaube mir aber einige kritische Bemerkungen und Überlegungen, insbesondere was eine allfällige Volksabstimmung anbelangt. Denn gegen diese Vorlage wird, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, das Referendum ergriffen werden.

Was mich beschäftigt – und ich hoffe, auch Sie, Frau Bundesrätin –, ist die Volksabstimmung und wie man diese Vorlage ans Ufer bringt. Aus Sicht der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat diese Vorlage schlechte Chancen durchzukommen. Warum? Dagegen sprechen vier Gründe: Erstens ist der Totalbetrag fast doppelt so hoch wie bei der letzten, gescheiterten Abstimmung. Zweitens stimmt das Volk diesmal nur über den Gesamtbetrag ab. Drittens hat das Volk im Gegensatz zur letzten Abstimmung zum Flugzeugtyp nichts zu sagen. Viertens hat das Volk ebenso wenig zur effektiven Anzahl Flugzeuge zu sagen.

Es stimmt, dass nur das Volk seinen damaligen negativen Entscheid korrigieren kann. Doch warum soll das Volk diesmal zustimmen, wenn man ihm die Entscheidung über die Typenwahl und Anzahl Flugzeuge vorenthält und der Gesamtbetrag fast doppelt so hoch ist wie das letzte Mal? Ganz objektiv betrachtet, könnte das Volk aus diesen Überlegungen heraus abermals Nein sagen.

Die Befürworter – ich zähle mich dazu – des Planungsbeschlusses werden Schwierigkeiten haben, diese Konstellation zu rechtfertigen. Tatsache ist, dass die Befürworter bei dieser Abstimmung nicht bei null starten, sondern mit einem negativen psychologischen Handicap aus der letzten Gripen-Abstimmung. Am widersprüchlichsten ist wohl die Tatsache, dass man bei der Gripen-Abstimmung, also noch vor wenigen Jahren, dem Volk dargelegt hat, 3 Milliarden Franken würden genügen. Nun braucht es einen enormen Erklärungsbedarf, dem Volk die fast doppelt so hohen Kosten zu begründen. Dass es sich bei der letzten Vorlage nur um einen Teilerlass gehandelt hat, diese Message bringt man, das ist meine Einschätzung, beim Volk kaum durch. Das Volk wird sagen: Jetzt will die Schweizer Armee Kampffjets für 6 Milliarden Franken, und wenn dann diese Flugzeuge einmal ausgeliefert sind, kommt die nächste Beschaffungstranche über das normale Rüstungsprogramm ohne Volksentscheid.

Auf unzähligen Podien hat man dem Volk vor nur fünf Jahren glaubhaft gemacht, der Gripen sei das beste Flugzeug mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Nun ist der Gripen nicht einmal mehr in der Evaluation; dies mehr aus einer verkaufstechnischen Fehleinschätzung und weniger aus einer sauberen technischen Evaluation heraus. Den letztmaligen Sieger aus der Evaluation auszuschliessen, nur weil sein Typ E zurzeit noch nicht fixfertig entwickelt ist, finde ich gar hart.

Ich hätte ihn dringelassen, um den Druck auf die anderen Anbieter aufrechtzuerhalten. Ich erachte es als taktischen Fehler, Saab aus der Evaluation ausgeladen zu haben. Den damals günstigsten Flieger aus der Evaluation zu streichen erhöht einfach den Preis der anderen Anbieter. Der preisliche Druck auf die anderen Anbieter nimmt durch diesen Fehlentscheid ab – so einfach ist das! Kaufmännisch oder fiskalpolitisch betrachtet, ist es falsch, den Sieger der letzten Evaluation so früh auszuschliessen – umso mehr, als wir bekanntlich für dieses Geschäft limitierte finanzielle Ressourcen haben und trotzdem eine gewisse Anzahl Kampfflugzeuge brauchen. Noch vor fünf Jahren hat man behauptet, die 22 Gripen würden genügen. Warum soll das heute nicht mehr gelten? Die 6 Milliarden Franken ergeben bei einem Beschaffungspreis von ungefähr 200 Millionen Franken pro Flugzeug 30 Stück. Auch in Sachen Anzahl haben die Befürworter des Planungsbeschlusses Erklärungsbedarf.

Wie gesagt: In der Vorlage steht bekanntlich, ich wiederhole es, keine Stückzahl. Der Bürger an der Urne hat somit keine Garantie, dass nicht nochmals, an ihm vorbei, in irgendeinem folgenden ordentlichen Rüstungsprogramm eine Tranche gekauft wird. Wir erkennen also unweigerlich, in welcher Defensive wir Befürworter dieses Planungsbeschlusses gegenüber dem Volk stehen: höherer Totalbetrag, fehlende Anzahl Flugzeuge, fehlender Typ und Stückpreis – die wichtigsten Faktoren bei diesem Kauf sprechen aus Sicht des Urnengängers alle gegen den Planungsbeschluss.

Frau Bundesrätin, es war wichtig und richtig, Bodlur aus dem Planungsbeschluss zu streichen, denn je höher der Betrag ist, umso schlechter stehen die Chancen vor dem Volk. Ich bin alsdann bei der Abstimmung gespannt, wie Ihr Argumentarium zu meinen Kritikpunkten, die ich in Sachen Volksabstimmung aufgeworfen habe, aussieht.





Weil die Schweiz sich und insbesondere den Luftraum im Worst Case selbst verteidigen muss – ich möchte hier auch an den Verfassungsauftrag erinnern – und in Friedenszeiten und in Zeiten mit erhöhter Spannung den Luftpolizeidienst gewährleisten muss, bin ich für die Beschaffung der neuen Kampffjets, stimme dem Planungsbeschluss zu und bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Jositsch Daniel (S, ZH): Die Frage, die wir heute beantworten müssen, ist von einiger Tragweite. Denn es geht schlicht und ergreifend um die Zukunft der Luftverteidigung der Schweizer Armee. Die Frage, die sich zunächst stellt, ist jene der Vorgehensweise: Rahmenbeschluss – ja oder nein? Ich glaube, das Votum von Herrn Minder zeigt, dass die Vorgehensweise wichtig ist. Hier ist nicht der Ort, wo wir uns über die Typenfrage austauschen können, wie es Herr Minder jetzt streckenweise gemacht hat, indem er einzelne Flugzeuge erwähnt hat und andere nicht, indem er sagt, was man besser hätte machen sollen und wen man noch hätte evaluieren sollen. Das zeigt eigentlich, dass wir das hier nicht machen können.

Es geht darum, dass wir der Bevölkerung eine Frage vorlegen, die man mit Ja oder Nein beantworten kann. Wenn man einen konkreten Typ zur Abstimmung unterbreitet, dann gibt es die einen, die grundsätzlich gegen die Beschaffung eines Kampffjets sind, und die anderen, die zwar für die Beschaffung sind, aber nicht für diesen Typ. Damit können die Leute mit einem Ja oder Nein keine differenzierte Äusserung abgeben. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Rahmenbeschluss eigentlich die richtige Vorgehensweise ist. Aber wenn wir schon einen Rahmenentscheid, einen Konzeptentscheid fällen, bei welchem die Bevölkerung nicht über den Typ entscheidet, sondern nur über den Rahmen, innerhalb dessen die Typenwahl erfolgen soll, dann muss eine gewisse Transparenz vorhanden sein. Das ist meines Erachtens hier nicht der Fall. Deshalb unterstütze ich den Minderheitsantrag Savary.

Der Minderheitsantrag sagt: Das Konzept der Luftabwehr muss als Gesamtes beurteilt werden. Da sind die Kampffjets ein Teil. Man macht nicht alleine mit den Kampffjets den Luftkampf, sondern es kommen auch die bodengestützten Elemente dazu. Das ist unbestritten. Im Rahmenentscheid, wie er vom Bundesrat beantragt wird, steht: Die beiden Geschäfte müssen miteinander koordiniert werden. Warum? Weil sie in einem Zusammenhang stehen. Sie müssen schlussendlich den Luftraum schützen. Es kommt darauf an, wie das gemacht wird. Der eine Beschaffungsentscheid hat Auswirkungen auf den anderen. Deshalb sagt der Bundesrat das, was logisch ist: Die beiden Geschäfte müssen koordiniert werden. Wenn sie aber koordiniert werden, warum soll die Bevölkerung nicht über das Gesamte abstimmen können? Ich weiss warum: weil es riskant ist, weil es ein Risiko ist. Aber wir

AB 2019 S 862 / BO 2019 E 862

dürfen keine Angst haben vor der direkten Demokratie. Wir leben in einer direkten Demokratie, und es ist nicht unsere Aufgabe, Geschäfte zu verkaufen, sondern es ist unsere Aufgabe, der Bevölkerung Lösungen zu präsentieren, transparent und klar.

Verstehen Sie mich richtig: Ich bin für die Beschaffung der Kampffjets, und gerade deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten hier nicht eine Flanke öffnen, indem man uns nachher vorwerfen kann: "Ja, ihr wolltet das am Volk vorbeiorganisieren, deshalb habt ihr nicht das Gesamtkonzept vorgeschlagen." Nein, ich möchte – auch wenn es natürlich ein noch grösserer Betrag wäre und das Risiko, dass dann alles abstürzt, noch grösser ist – der Bevölkerung transparent sagen: "Das ist das Konzept Luftabwehr. Sagt ihr im Grundsatz Ja oder Nein?" Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung Ja sagt, denn der Moment ist historisch einmalig. Die Bevölkerung entscheidet hier, ob es 2030 überhaupt noch eine Luftabwehr gibt in der Schweiz oder nicht. Insofern haben wir gute Karten, ich bin optimistisch.

Der Minderheitsantrag nimmt auch Bezug auf die zweite sich stellende Frage hier bei diesem Geschäft, nämlich die umstrittene Offsetfrage. Ich habe den Minderheitsantrag Savary unterstützt wegen des Grundsatzes der Kombination der gesamten Luftabwehr, wie ich bereits ausgeführt habe. Ich unterstütze die Offsetfrage in diesem Sinne nicht, auch wenn sie im Rückweisungsantrag angesprochen wird, sondern ich unterstütze die Minderheit Baumann, die man umschreiben kann als "Position Bundesrat plus", wenn Sie so wollen.

Der Bundesrat beantragt 60 Prozent Kompensationsgeschäfte, und die Mehrheit beantragt 100 Prozent. 100 Prozent, das bedeutet, dass gewissermassen jeder Franken von den ungefähr 6 Milliarden Franken im Inland kompensiert werden muss – direkt oder indirekt. Das hört sich natürlich verlockend an. Ich bin einfach der Meinung, dass das erstens zwangsläufig Auswirkungen auf den Preis hat. Wenn man 100 Prozent Kompensationsgeschäfte macht, rechnet man mit etwa 15 Prozent – einige sagen 20 Prozent – höheren Preisen. Bei 6 Milliarden Franken ist das kein kleiner Betrag. Zweitens hat es unmittelbar eine Auswirkung auf die Qualität. Wenn in erster Linie diese Kompensationsgeschäfte eingehalten werden müssen, dann ist die Qualität nicht mehr das einzige Entscheidungskriterium neben dem Preis. Drittens gibt es eine seltsame Vermischung zwei-



er Geschäfte, die nach meinem Dafürhalten einen etwas unangenehmen Nebengeschmack hat. Wir haben auf der einen Seite eine Kampffjetbeschaffung, die reinen Sicherheitsaspekten dienen soll, und auf der anderen Seite machen wir Industrieförderung. Also ehrlich gesagt wäre es mir dann lieber, wir würden einen bestimmten Betrag nehmen und sagen, dass wir ein Industrieförderungsprogramm mit diesem Betrag machen und die Kampffjetbeschaffung nach vernünftigen, allein an der Sicherheit, am Preis und an der Qualität orientierten Kriterien machen. Wir sollten nicht beides miteinander verknüpfen. Von dem her glaube ich, dass die 60 Prozent Offset ja eigentlich schon relativ viel sind.

Der Antrag der Minderheit Baumann geht noch weiter. Er sagt im Unterschied zum Bundesrat nicht "müssen 60 Prozent", sondern "müssen mindestens 60 Prozent". Und er sagt – damit wird ein wesentliches Anliegen der Mehrheit, die 100 Prozent Kompensation verteidigt, erfüllt –, dass die Landesteile in angemessener Form zu berücksichtigen sind. Deshalb glaube ich, dass das ein Kompromiss ist, den man mittragen kann.

Zusammengefasst: Ich bin für Eintreten auf das Geschäft. Ich unterstütze die Minderheit Savary, ich unterstütze die Minderheit Baumann, und ich werde dem grundsätzlichen Antrag zur Beschaffung zustimmen.

Hegglin Peter (C, ZG): Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Ich begründe das wie folgt: Unsere Luftwaffe verfügt gegenwärtig über 30 Kampfflugzeuge F/A-18, die über zwanzig Jahre alt und im Einsatz sind, und über 26 veraltete Tiger F-5; diese sind seit rund vierzig Jahren im Einsatz. Sie sind denn auch mehr Oldtimer als Kampfflugzeuge und nur noch für Spezialaufgaben und kaum für den Schutz des Luftraums und die Luftraumüberwachung einsetzbar.

Die bodengestützte Luftverteidigung ist ebenfalls in die Jahre gekommen und muss erneuert werden. Die Luftwaffe hat gegenwärtig nur Systeme kurzer Reichweite für den Objektschutz. Diese Geräte werden in den nächsten Jahren ebenfalls altershalber ausser Betrieb genommen. Für eine grössere Reichweite hat die Luftwaffe seit 1999, als man die Bloodhound-Raketen ausser Betrieb nahm, keine Systeme mehr. Diese Raketen und Geräte können Sie in einem sehenswerten Museum in meiner Wohngemeinde Menzingen besichtigen – sie wären sicher einen Ausflug wert! Es ist übrigens das einzige komplett erhaltene System dieser ehemaligen Waffengattung weltweit, das besichtigt werden kann. Es ist auch Zeuge der damaligen Spitzentechnologie.

Seit der Ausserbetriebnahme dieser Geräte sind wir auf grössere Distanzen schutzlos; dies in einer Zeit, in welcher neuere Waffen eine immer weitere Einsatzdistanz haben und Kurz- und Mittelstreckenraketen zum Ersteinsatz jedes Aggressors gehören.

Um ihren Verfassungsauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung ausführen zu können, ist die Armee auf eine gute und verlässliche Infrastruktur, moderne Geräte und motivierte Militärangehörige angewiesen. Dem Schutz des Luftraums kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Schliessung dieser Lücken hat Priorität. Die Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung soll, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, parallel zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und mit dieser zeitlich und technisch koordiniert, aber gemäss den üblichen Verfahren der Rüstungsbeschaffung erfolgen. Sie soll nicht Gegenstand dieses Planungsbeschlusses sein. Deshalb ist die Minderheit Savary abzulehnen.

Die Gripen-Beschaffung wurde seinerzeit dem Volk unterbreitet und wurde abgelehnt. Aus diesem Grund ist es naheliegend, wiederum das Volk mit dem Planungsbeschluss zu konsultieren. Es würde aber zu weit führen, zusätzliche technische Komponenten in die Vorlage aufzunehmen.

Gemäss Artikel 1 des Militärgesetzes hat die Armee die Lufthoheit zu gewährleisten. Dass sie dazu gute, leistungsfähige und aufeinander abgestimmte Geräte braucht, ist naheliegend. Diese gesetzliche Grundlage wäre eine ausreichende Bestimmung, um der Luftwaffe die entsprechenden Geräte ohne Planungsbeschlüsse zu beschaffen. Weitere Waffensysteme jetzt in die Vorlage einzubinden und dem Volk ebenfalls zu unterbreiten ist eben nicht sachgerecht und wäre auch präjudiziell für die Beschaffung anderer grosser Waffensysteme. Diese Beschaffungen, so meine ich doch, liegen in unserer Kompetenz und in unserer Verantwortung und sind eben nicht mit solchen Planungsbeschlüssen an das Volk zu überweisen.

Eine Rückweisung macht auch aus zeitlichen Gründen keinen Sinn. Die Beschaffung von Kampfflugzeugen benötigt bis zum Abschluss der Einführung rund ein Dutzend Jahre. Die konzeptionellen Grundlagen für diese Beschaffungen sind vorhanden. Die Lücke bei der Bodlufv erträgt auch keine weitere Verzögerung. Es ist nicht zu verantworten, die genannten Lücken länger bestehen zu lassen. Machen wir vorwärts, und geben wir dem Bundesrat den Auftrag zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge! Im weiteren Prozess haben wir dann bei der Beratung der Armeebotschaften und der jährlichen Budgetbeschlüsse noch genügend Mitwirkungsmöglichkeiten; dies in Bezug auf die Typenwahl und auch auf die Anzahl der Flugzeuge, die beschafft werden sollen.

Erlauben Sie mir, dass ich in diesem Zusammenhang noch auf meine Interpellation zum Offset zu sprechen komme. Anfänglich war ich über den Umstand, dass bei der Beschaffung von neuen Waffensystemen in den



vergangenen vierzig Jahren immer zu 100 Prozent Offset verlangt wurde, erstaunt. Sehr schnell liess ich mich dann aber vom Nutzen von Offsetgeschäften überzeugen; dies aus folgenden Gründen: Erstens ermöglicht Offset Schweizer Firmen den Zugang zu Spitzentechnologie, und sie können somit technologisch mit der Weltspitze mithalten. Zweitens haben mehrere Firmen zum Beispiel durch die Herstellung der Nutzlastverkleidung von Ariane-Raketen oder verschiedener weiterer hochspezialisierter Komponenten im Flugzeugbau Zugang

AB 2019 S 863 / BO 2019 E 863

zur Hightechbranche gefunden. Drittens eröffnet Offset den Zugang zu neuen Märkten, die sonst nicht erschlossen werden könnten. Viertens sichert und schafft Offset auch neue und interessante Arbeitsplätze. Fünftens gehören für mich Massnahmen für eine inländische Spitzentechnologie auch zu einem funktionierenden Sicherheitsdispositiv.

Der Bundesrat hat vor weniger als einem Jahr, am 24. Oktober 2018, die aktuellen Grundsätze für die Rüstungspolitik des VBS veröffentlicht. Darin wird unter Ziffer 7, "Offset", festgehalten: "Wird Kriegsmaterial im Ausland beschafft, so wird bei grösseren Geschäften beim ausländischen Lieferanten eine Kompensation von in der Regel 100 Prozent des Kaufpreises in der Schweiz verlangt. Dabei werden zwei Arten von Offsetgeschäften unterschieden: Bei direkten Geschäften fliessen die von Schweizer Unternehmen erbrachten Leistungen in das zu beschaffende Rüstungsgut ein. Bei indirekten Geschäften erhalten Schweizer Unternehmen Aufträge, die nicht direkt mit dem zu beschaffenden Rüstungsgut in Verbindung stehen."

100 Prozent Offset, das funktioniert also seit vierzig Jahren, und zwar, wie es aussieht, gut. Es sind mir nämlich keine Skandale oder Korruptionsfälle bekannt. Es gab aber Berichte der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), die Verbesserungen vorschlugen, welche dann auch umgesetzt wurden. Neuere, negative Berichte sind mir nicht bekannt, im Gegenteil: Eine neuere Studie der Universität St. Gallen weist auch mehrere Vorteile aus. Mit dem Streichen von 40 Prozent werden in erster Linie die ausländischen Systemhersteller entlastet, und unsere Industrie geht leer aus. Im kommenden Abstimmungskampf könnte man auf die Unterstützung aus der Wirtschaft angewiesen sein.

Um noch mehr Gewissheit zu bekommen, reichte ich meine Interpellation ein. Für die Antworten danke ich bestens und erlaube mir, nur noch punktuell Stellung zu nehmen.

Ich begrüsse, dass der Bundesrat die Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge aus dem Bericht "Rüstungsbeschaffung im Ausland – Evaluation der Kompensationsgeschäfte" der EFK umgesetzt hat, was zu einer besseren und transparenteren Praxis bei den Offsetgeschäften geführt hat. Gerne hätte ich in den Ziffern 1, 5 und 6 der Antwort aber noch die Studie der Universität St. Gallen vom 27. Februar 2019 erwähnt gesehen. Der Bundesrat erwähnt diese Studie mit keinem Wort. Diese sagt aber im Wesentlichen aus, dass die Gesamtkosten des Offsets in einem hochtechnologischen Land wie der Schweiz durch die Steuereinnahmen wettgemacht würden und die wirkliche Bedeutung von Offsets darin bestehe, dass sie eine der wenigen Möglichkeiten seien, um die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis (Stib) zu sichern. Im Sinne einer guten regionalpolitischen Verteilung spricht sie sich dann auch für einen höheren Offsetanteil aus.

Entgegen der Ansicht des Bundesrates ist meiner Meinung nach der als nicht Stib-relevant bezeichnete Teil für die Landesversorgung genauso wichtig. Wenn Hersteller z. B. Kabelbäume oder Spezialschrauben produzieren, ist das zwar nicht zwingend für die Stib, aber es kann für die Herstellung von Rüstungsgütern wichtig sein. Oder die Firma Starrag, welche hochpräzise Werkzeugmaschinen herstellt, ist auch nicht grundsätzlich Stib-relevant, aber nur dank deren Maschinen können Schweizer Firmen hochpräzise Geräte herstellen. Erwähnen könnte ich auch die Firma Mecaplex, welche die Glasabdeckungen der Jet-Cockpits herstellt: Sie muss inzwischen Aufträge ablehnen, weil sie nicht mehr nachkommt damit, ihre Spitzenprodukte zu produzieren.

Levrat Christian (S, FR): J'ai eu la chance de siéger dans la Commission de la politique de sécurité lors du traitement de cette affaire. Merci d'ailleurs à la commission et à son président pour l'accueil qui m'a été réservé. J'aimerais, dans ce débat d'entrée en matière, me concentrer sur trois points, si vous le permettez.

Tout d'abord, j'aimerais vous dire que, sur le fond, je suis assez sceptique quant au projet global qui nous est présenté, et mon scepticisme est nourri par la bible en matière de sécurité, une bible publiée par le DDPS lui-même chaque année, à savoir le rapport sur la politique de sécurité, qui dresse la liste des menaces principales pour notre pays: la première, c'est le dérèglement climatique; la deuxième, c'est la cyberguerre; la troisième, c'est le risque terroriste.

J'ai le sentiment que chaque achat d'armement, y compris celui-ci, devrait être mesuré à l'aune de ces risques et de sa contribution à la minimisation de la probabilité de leur réalisation. Or, en l'espèce, j'ai le sentiment que le Conseil fédéral a peine à démontrer en quoi, pour lutter contre le réchauffement climatique, la "cyberwar" ou des actes de terrorisme, il est nécessaire d'acheter des avions équipés de mécanismes d'intervention au



sol – la fameuse "Erdkampffähigkeit" – et pourquoi il est nécessaire d'acheter des avions aussi chers et aussi lourds. J'ai le sentiment que la priorité, vu ces risques, devrait être la police du ciel avec des avions plus légers, plus maniables et avec un montant d'investissement qui serait par conséquent massivement réduit.

Je fais donc preuve d'un certain scepticisme sur le fond, qui me conduit à soutenir la proposition de renvoi de la minorité Savary, même si c'est pour des motifs un peu différents.

La deuxième remarque qu'il me paraît intéressant de faire, c'est de relever un certain scepticisme aussi – et là je suis d'accord avec plusieurs de mes préopinants – sur la méthode qui est choisie. Comme nous sommes dans les affaires militaires, disons qu'il s'agirait plus de tactique que de stratégie, mais séparer l'acquisition du système de défense sol-air Bodluf de celle des avions de combat semble relever d'une tactique électorale qui pourrait d'ailleurs se retourner contre le département. Et, à mon sens également, le fait de se prononcer sur un arrêté de planification avec un plafond maximal de dépenses revient à dire à la population – et du reste, notre collègue Kuprecht l'a dit expressément – que nous allons dépenser 6 milliards de francs et que nous verrons ensuite, avec le prix unitaire de chaque avion, combien d'avions nous pourrions acheter. Le moins que l'on puisse dire, c'est que cette approche est assez particulière; elle consiste à traverser le bazar de Marrakech en se demandant ce qu'on peut faire de la fortune qui traîne dans nos poches. Je ne suis pas sûr que la population en soit très enthousiaste.

Je suis donc assez critique aussi sur la méthode, sur ce saucissonnage systématique, qui vise à traiter d'abord les avions de combat, mais sans en préciser ni le type ni le nombre, à traiter séparément Bodluf et à refuser de dresser un tableau complet de notre défense dans la troisième dimension.

Le troisième point concerne les affaires compensatoires. Ici, je pourrais me contenter de constater que la version du Conseil fédéral discrimine gravement la Suisse romande, que les affaires compensatoires prévues le sont presque toutes en Suisse alémanique, et considérer que cela nous aidera pour le référendum. Ce n'est pas ma manière de faire de la politique, vous le savez.

Je pense que si nous dépensons six milliards de francs pour notre défense aérienne, nous devrions faire en sorte que ces six milliards profitent entièrement ou en partie à l'industrie suisse. Je suis du même avis que celui exprimé par Monsieur Hegglin. Je pense que, pour beaucoup de PME de notre industrie – et pas uniquement de notre industrie de défense –, ce serait l'occasion d'entrer dans les réseaux de sous-traitants des avionneurs et de développer ensuite des liens qui seraient extrêmement profitables pour le développement de leurs affaires. Qu'ils obtiennent ou non les "offsets" concernés, ils pourraient ainsi entrer en contact avec les grands groupes internationaux qui leur permettraient ensuite de développer leurs compétences.

On a, en gros, trois catégories d'affaires compensatoires. D'abord, des affaires compensatoires directes: ce sont celles qui sont les plus chères et qui renchérissent le plus le prix des avions, car ce sont des affaires compensatoires pour lesquelles les avionneurs devraient trouver des entreprises qui participent directement à la construction de l'avion. Le renchérissement du prix des avions serait dû à ces affaires compensatoires directes, qui sont prévues par le Conseil fédéral à hauteur de 20 pour cent du montant total.

Une deuxième catégorie correspond à 40 pour cent du montant total: elle concerne les affaires compensatoires en

AB 2019 S 864 / BO 2019 E 864

gris-vert, donc les affaires compensatoires dans le domaine de la sécurité. Il faut dire d'abord que les trois grandes entreprises susceptibles d'obtenir ces affaires compensatoires sont toutes situées en Suisse alémanique et que les cantons romands ont raison de considérer qu'ils n'en verront pas la couleur. On peut considérer là aussi que, en raison du monopole de fait dont bénéficient ces entreprises en Suisse, on aurait ici aussi un renchérissement assez fort du prix des appareils. Donc, si les affaires compensatoires renchérissent les achats de matériel militaire, c'est parce que très peu d'acteurs en Suisse peuvent y participer pour ce qui concerne les 60 premiers pour cent de ces affaires compensatoires; et c'est précisément cette part-là que le Conseil fédéral nous propose de maintenir.

Les 40 pour cent restant – c'est la troisième catégorie –, ceux dont nous discutons aujourd'hui et qui se situent entre 60 et 100 pour cent, sont des affaires compensatoires qui pourraient être accordées presque à l'ensemble de l'industrie et de l'économie en Suisse, qui compte une multitude d'entreprises compétentes dans ce domaine. Elles ne renchérraient que de manière marginale le projet, parce que la concurrence jouerait normalement. Dans le domaine des machines, de l'aérospatiale, de l'informatique, il est possible de s'adresser à des entreprises fort diverses, ce qui permet de ne pas renchérir le prix des achats.

Une autre objection qui est en règle générale faite à ces affaires compensatoires – je ne doute pas qu'elle sera faite tout à l'heure –, c'est que l'économie n'arriverait pas à les absorber. Je peux imaginer que, pour les 20 pour cent d'affaires compensatoires directes, ce serait relativement délicat. Je peux même imaginer



que, dans le domaine de l'armement strict, Rheinmetall, Ruag et Pilatus auraient de la peine à absorber ces sommes, mais je ne pense pas que l'industrie au sens large, telle qu'elle est définie dans la proposition de la majorité, aurait de la peine à absorber 2,4 milliards de francs sur quinze ans. Cela me paraît quelque chose qui est d'absolument possible. La version de la majorité concernant cette histoire d'affaires compensatoires est la seule manière de garantir que la Suisse romande, ou la Suisse occidentale au sens large, obtienne également une part des affaires compensatoires.

Vous pourriez me dire: "C'est le problème des élus de Suisse occidentale, il est bien normal que vous vous battiez pour votre région, mais cela ne nous concerne pas comme élus d'autres régions." Je pense au contraire que c'est un élément déterminant. Vous vous souvenez peut-être que le Gripen avait fait l'objet d'oppositions assez fortes en Suisse occidentale, et si les partisans de ces avions de combat en Suisse occidentale sont contraints d'admettre qu'il n'y a pas d'affaires compensatoires pour la Suisse occidentale et que ce ne sont que les grands groupes d'armement alémaniques qui vont en profiter, vous affaiblirez notablement votre position.

De manière un peu cynique, je le répète, je pourrais m'en contenter, c'est "win-win": soit ma position politique s'en trouve renforcée en Suisse romande, soit la Suisse romande obtient des compensations économiques. Mais je considère qu'il est de ma responsabilité de vous rendre aujourd'hui attentifs à la violence des réactions en Suisse romande à l'égard de la proposition du Conseil fédéral et de vous dire que, tous camps politiques confondus, cette question des affaires compensatoires constitue pour nous un élément extrêmement important dans la politique militaire et la politique industrielle. On nous dit ne pas faire de politique industrielle avec l'argent du DDPS, en fait, bien sûr qu'on fait de la politique industrielle. La question est: ne fait-on de la politique industrielle que pour quelques grands groupes alémaniques qui sont actifs uniquement dans le secteur de la défense? ou fait-on de la politique industrielle pour l'ensemble de notre place économique, dans l'ensemble de nos régions, y compris dans le secteur civil? Si on dépense 6 milliards de francs, il faut que chacun et chacune puisse en profiter.

Je vous remercie de soutenir la position de la majorité pour ce qui concerne les affaires compensatoires. Par ailleurs, je ne me fais pas trop d'illusion sur la proposition de renvoi, mais je la soutiendrai à titre personnel.

Le président (Fournier Jean-René, président): Je vais vous demander maintenant de faire quelque chose qui n'est pas très habituel dans notre conseil. Je vais passer la parole à notre collègue Isidor Baumann, mais au préalable je voudrais qu'on l'applaudisse parce que hier c'était son anniversaire et que, dans l'urgence climatique, j'ai oublié de le féliciter. (*Applaudissements*)

Baumann Isidor (C, UR): Besten Dank für den Applaus; ich verspreche Ihnen: Ich wünsche mir kein Flugzeug zum Geburtstag, sondern ich wünsche mir, dass diese Botschaft bestmöglich verabschiedet wird, damit sie auch beim Volk Erfolg haben wird.

Ich werde nicht über Flugzeugtypen und Spezialschrauben sprechen, sondern ich möchte zum Eintreten noch ein paar Gedanken in den Saal geben, damit wir uns alle bewusst sind, dass wir vor einer sehr wichtigen Vorlage stehen, bei der wir bestrebt sein müssen, möglichst einig – möglichst einig! – den Entscheid zu fällen, um dann im Nationalrat die Bestätigung zu bekommen und schlussendlich in der Volksabstimmung erfolgreich zu sein.

Mich hat die Anhörung der verschiedenen Organisationen, die die SiK-SR durchgeführt hat, beeindruckt. Grundsätzlich waren alle Anhörungspartner der Meinung, dass die Beschaffung dringend notwendig ist und dass die Botschaft so, wie sie vom Bundesrat vorgelegt wurde, eine vertretbare Botschaft ist. Was als Kernbotschaft von allen zu hören war, war die Aussage: Etwas besser machen kann man immer, aber man muss dabei aufpassen, dass es mehrheitsfähig bleibt. Diese Grundbotschaften kamen von enorm wichtigen Partnern, ich nenne sie: Es war die Offiziersgesellschaft; es war Pro Militia; es war sogar die GSoA, die nicht positiv oder lobend, aber mindestens konstruktiv-kritisch war; dann war es der Präsident der Asipro, derjenigen, die die Offsetgeschäfte verteilen und kontrollieren, also einer für die Abstimmung enorm wichtigen Gruppe, die sich eigentlich lobend zur Botschaft äusserte.

Ein Bundesbeschluss ist ein neues Instrument. Ich glaube, wir müssen uns bewusst sein und bewusst bleiben, dass das nicht zu einem Regelinstrument für künftige grössere Kreditvorlagen werden sollte. Wir wenden es an, weil wir dem Volk versprochen haben bzw. weil wir verpflichtet sind, die Frage der Beschaffung des Kampfflugzeugs einerseits aus Tradition und andererseits aufgrund des Wissens um die Wichtigkeit, was die Schweizer Armee betrifft, dem Volk zu unterbreiten. Damit ist dieser Bundesbeschluss ein gutes Instrument, und das sehen Sie an der Dünne dieser Fahne – wir leben ja sonst gern mit dicken Fahnen. Das ist eine extrem dünne Fahne für eine Beschaffung mit Kosten von über 6 Milliarden Franken.

Diese Fahne beinhaltet knapp und klar die Kernbotschaften, und es ist nicht so, dass man in dieser Botschaft



etwas verschweigen würde. Denn in Artikel 1 ist die Botschaft so aufgestellt, dass der Bundesrat und somit wir beauftragt sind, den Schutz des Luftraums zu garantieren. Alle wissen, und es ist in den weiteren Artikeln aufgeführt, dass es dazu zwei Dinge braucht: Es sind die Kampfflugzeuge, und es ist die bodengestützte Luftverteidigung. Wenn wir also die Vorlage mit 6 Milliarden Franken annehmen, nehmen wir zugleich – weil es in der Botschaft steht – den Auftrag an den Bundesrat an, zusätzliche 2 Milliarden Franken für die bodengestützte Luftverteidigung zu investieren.

Somit darf man nicht sagen, es sei falsch, dass wir diese 8 Milliarden Franken aufgeteilt haben. Es ist richtig, dass wir sie aufgeteilt haben, weil die Flugzeugbeschaffung ein Sondergeschäft ist, das dem Volk unterbreitet werden darf und hier auch soll. Die bodengestützte Luftverteidigung würde, gäbe es die Flugzeugbeschaffung nicht, so oder so nur im Rüstungsbudget aufgeführt. Diese Grundsätze sollte man behalten. Will man diese Grundsätze hier im Parlament nicht behalten, dann muss man sich im Klaren sein, dass man die Kompetenzen, die man hat und haben darf, nicht mehr wahrnehmen möchte. Ich glaube, so denkt niemand. Wir sind gut beraten, wenn wir bei dieser knappen Botschaft versuchen, möglichst Klarheit und Einigkeit zu demonstrieren.

AB 2019 S 865 / BO 2019 E 865

Wenn ich den Antrag der Minderheit Savary betrachte, habe ich Verständnis für die Begründungen dieser Minderheit. Aufgrund meiner Arbeit als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission in den letzten acht Jahren muss ich aber sagen – da sind sicher auch andere Kolleginnen und Kollegen derselben Ansicht –, dass die Buchstaben a, b, c und d mit den Aufträgen eigentlich schon mehrmals beantwortet wurden. So wurde nämlich die internationale Zusammenarbeit in mehreren Aufträgen und Berichten geprüft. Wir sind diesbezüglich zum Schluss gekommen, dass es Elemente gibt, die eine bessere Zusammenarbeit rechtfertigen – ich hoffe, diese wird auch genutzt –, dass aber aufgrund unserer Neutralität eine gewisse Zusammenarbeit, insbesondere in Krisen und heiklen Situationen, nicht möglich ist. Diese Antworten haben wir also. Die Antwort auf Buchstabe c, Sicherstellung der Boden-Luft-Abwehrsysteme, steht, wie ich gesagt habe, in der Botschaft. Auch aus diesem Grund braucht es keine Rückweisung. Die Kompensationsgeschäfte, für die hier ebenfalls eine saubere Klärung verlangt wird, können wir heute im Detail diskutieren und schlussendlich auch entscheiden. Darum, glaube ich, ist hier dem Antrag der Minderheit Savary nicht zuzustimmen, sondern grundsätzlich auf die ganze Vorlage einzutreten, so wie sie vorliegt.

Ich komme ganz kurz zur Minderheit Baumann. Hierzu hat Herr Jositsch einige wichtige Elemente bereits genannt. Ich verzichte darauf, jetzt in die Details zu gehen, werde mich aber gerne bei der Beratung von Artikel 2 Buchstabe b detaillierter äussern und die Argumente, warum Sie der Minderheit zustimmen sollten, vortragen. Wichtig für Sie ist zu wissen, dass die Minderheit Offsetgeschäfte unterstützt, diese aber in einem anderen Licht, in einem anderen Verhältnis und vor allem mit einer anderen Wirkung als der Bundesrat oder die Mehrheit sieht.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, auf die Vorlage einzutreten und bei Artikel 2 Buchstabe b der Minderheit zu folgen.

Lombardi Filippo (C, TI): Sarò breve perché non è uso, al Consiglio degli Stati, ripetere gli argomenti di chi vi ha preceduto. Però è utile che in quest'aula si senta anche una voce in lingua italiana per sostenere il messaggio che il Consiglio federale ci sottopone.

Sul fondo – l'abbiamo sentito in quest'aula – tutti sono d'accordo che la Svizzera debba continuare ad avere una difesa aerea al passo con i tempi. E quasi tutti ritengono che questo sia il momento di decidere. Abbiamo atteso tanto, abbiamo fatto sbagli di impostazione negli scorsi anni, adesso – e non fra qualche anno – dobbiamo decidere per permettere anche al popolo di dire tempestivamente la sua opinione. Per queste ragioni sostengo l'entrata in materia su questo decreto federale e vi invito a respingere la proposta di rinvio Savary che altro non è che una chiara manovra dilatoria: tutte le richieste formulate hanno già ricevuto risposta nel messaggio del Consiglio federale o possono ricevere risposta oggi nel contesto del nostro dibattito e voto sulle proposte della maggioranza e delle minoranze che ci sono sottoposte.

La strada scelta dal Consiglio federale è quella giusta, cioè sottoporre al popolo, come eccezione nell'insieme delle spese della Confederazione, questo oggetto, perché ha un valore simbolico particolare. È giusto sottoporre al popolo la domanda di fondo: vogliamo o non vogliamo un'aviazione che garantisca il nostro spazio aereo anche in futuro e che garantisca anche quella credibilità politica internazionale che un paese come la Svizzera, che vuol fare rispettare la sua neutralità, deve assolutamente avere?

La scelta del tipo di aereo va poi lasciata ai tecnici. Non dobbiamo ripetere l'errore della catastrofica campagna che ha caratterizzato la discussione sull'aereo Gripen. In quell'occasione si è in pratica andati a sottoporre l'oggetto al popolo con la somma di tutte le opposizioni possibili: chi non vuole l'esercito e nemmeno vuole



l'aviazione; chi vuole l'esercito ma preferisce sostenere le truppe di terra e spendere di meno per l'aviazione; chi vuole la difesa aerea ma non sosteneva l'aereo scelto e voleva un altro modello di aereo. Non era possibile fare peggio e il risultato si è visto. La strada tracciata questa volta è quella giusta e ringrazio il Consiglio federale di avercela proposta.

Ultima osservazione, sulla proposta di minoranza Baumann, all'articolo 2, concernente gli affari di compensazione: non figuro nella minoranza, in commissione mi sono astenuto in quel voto, perché la commissione aveva già respinto la mia proposta di compromesso di 80 per cento, scegliendo il 100 per cento, e non mi pareva logico continuare quel dibattito in commissione. Davanti al plenum sono però pronto a sostenere con convinzione la minoranza Baumann, secondo la quale almeno il 60 per cento dei costi devono essere compensati con degli ordini in Svizzera nei settori che ci indica il Consiglio federale.

Perché "almeno il 60 per cento" è una buona risposta, è migliore di quella del Consiglio federale che dice 60 per cento e basta. Perché nel corso dei prossimi anni, evidentemente, si potrà vedere se ed a quali condizioni alzare questa percentuale. Ma fissarla fin da oggi al 100 per cento significa non dare nessuna flessibilità a chi deve poi gestire questo progetto, negoziare i prezzi e trovare alla fine la soluzione migliore anche per le tasche dei cittadini che sono chiamati a pagare questi aerei. Farli costare di più solo per aumentare al massimo gli affari di compensazione, che vengono ripartiti su industrie che non hanno nulla a che vedere con il settore della difesa o dell'aeronautica, sarebbe sbagliato e anche difficile da spiegare ai cittadini.

In conclusione, vi invito ad entrare in materia, respingere la proposta di minoranza Savary e all'articolo 2 sostenere la minoranza Baumann.

Amherd Viola, Bundesrätin: Der Kommissionssprecher hat die Vorlage ausführlich und gut dargestellt. Die Vorrednerin und die Vorredner haben das Geschäft von verschiedenen Seiten beleuchtet. Ohne alles zu wiederholen, will ich trotzdem noch auf zwei, drei Punkte eingehen und werde mich zum Eintreten und gleichzeitig auch zum Rückweisungsantrag äussern.

Mit verschiedenen Instrumenten – von der Polizei bis zur Armee, vom Nachrichtendienst bis zur Aussenpolitik – wollen wir die Sicherheit der Menschen in der Schweiz auf dem Boden, im Cyberraum und in der Luft gewährleisten. Damit die Armee die Schweiz auch in Zukunft vor Angriffen aus der Luft schützen kann, müssen neue Kampfflugzeuge beschafft und die Mittel zur bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) erneuert werden. Die vorhandenen Kampfflugzeuge und die bodengestützte Luftverteidigung stehen vor dem Ende ihrer Nutzungsdauer. Wenn sie nicht rechtzeitig ersetzt werden, wird die Schweiz ab 2030 ihren Luftraum und damit auch die Bevölkerung nicht mehr schützen und auch nicht mehr verteidigen können.

Das ist auch ein Unterschied zur Abstimmung 2014 betreffend Gripen. Damals ging es um einen reinen Teilerersatz von Kampfflugzeugen. Heute geht es um einen vollständigen Ersatz. Wenn diese Beschaffung beim Volk nicht durchkommt, dann wird die Schweiz in Zukunft keine Luftwaffe mehr haben. Entsprechend ist natürlich der Betrag auch nicht vergleichbar mit demjenigen von 2014. Wenn wir diese Flugzeuge nicht ersetzen könnten, würde die Armee als Folge davon ihre Aufgabe gemäss Bundesverfassung und Militärgesetz nicht mehr erfüllen können.

Der Schutz vor Angriffen in und aus dem Luftraum durch Streitkräfte ebenso wie durch terroristische Gruppierungen ist für die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung zentral. Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge hat der Bundesrat deshalb ein maximales Finanzvolumen von 6 Milliarden Franken bestimmt. Für die Erneuerung der Bodluf sind es 2 Milliarden Franken. Ein kleineres Volumen würde die minimale Flottengrösse für die Flugzeuge gefährden; ein grösseres Volumen liesse zu wenig finanziellen Raum für das System der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite.

Beide Systeme werden in enger technischer und zeitlicher Abstimmung beschafft, obwohl nur die neuen Kampfflugzeuge in Form einer referendumsfähigen Vorlage daherkommen. Dazu ist zu sagen: Wir haben einen Parlamentsentscheid;

AB 2019 S 866 / BO 2019 E 866

den haben Nationalrat und Ständerat angenommen. Dieser Entscheid verlangt, dass der Grundsatz der Erneuerung der Luftwaffe dem Volk vor der Typenwahl unterbreitet wird. Das ist klar, daran hat sich auch der Bundesrat zu halten; der Parlamentsentscheid ist gültig.

Wie wollen wir diese neuen Instrumente finanzieren? Mit einer anhaltenden realen Erhöhung von 1,4 Prozent des Armeebudgets pro Jahr, wie dies der Bundesrat bereits 2017 beschlossen hat, ist es möglich, diese Beschaffung zu finanzieren, ohne die übrigen Bedürfnisse der Armee zu vernachlässigen und ohne die Bundesfinanzen zu strapazieren. Auch mit einer realen Erhöhung von 1,4 Prozent des Armeebudgets pro Jahr





liegt dieses Wachstum unter dem durchschnittlichen Wachstum der Bundesausgaben.

Als Chefin VBS bin ich daran interessiert, dass die Sicherheit unseres Landes eine Industrie als Basis hat, in der eben diese sicherheitsrelevante Industrie existieren und prosperieren kann. Die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis ist sicherheitspolitisch von Bedeutung.

Der Bundesrat beantragt, dass ausländische Auftragnehmer 60 Prozent des Vertragswerts durch Aufträge an Unternehmen in der Schweiz kompensieren müssen. Es ist unbestritten, dass Kompensationsgeschäfte, sogenannte Offsets, Rüstungsbeschaffungen verteuern. Deshalb müssen solche Offsets darin begründet sein, die sicherheitspolitisch relevante Technologie- und Industriebasis der Schweiz gezielt und nachhaltig zu stärken. In Anbetracht des grossen Vertragsvolumens, das die Erfüllung der Offsetvorgaben erschwert, des Fehlens einer sicherheitspolitischen Begründung der letzten 40 Prozent und der zu erwartenden Mehrkosten von Offsets hat der Bundesrat entschieden, dass direkte Offsets in der Höhe von 20 Prozent des Vertragswerts sowie indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis in der Höhe von 40 Prozent des Vertragswerts verlangt werden – insgesamt also 60 Prozent.

Ich bin mir bewusst, dass die regionale Verteilung der Offsetgeschäfte wichtig ist. Die Offsetpolitik sieht denn auch eine Verteilung von 65 Prozent in der deutschsprachigen Schweiz, 30 Prozent in der französischsprachigen Schweiz und 5 Prozent in der italienischsprachigen Schweiz vor. Deshalb ist der Bundesrat ganz klar für 60 Prozent Offsets. Damit können wir die Sicherheitsindustrie stärken, haben nicht zu hohe Mehrkosten zu gewärtigen und tun das, was hier in diesem Geschäft eigentlich getan werden muss: Wir stärken die Sicherheit für die Bevölkerung unseres Landes, und wir betreiben nicht Industriepolitik.

Ich äussere mich nun noch kurz zum Rückweisungsantrag. In den vergangenen Jahren wurden umfassende konzeptionelle Grundlagen für den Schutz und die Verteidigung des Luftraums erarbeitet. Dazu gehören das Konzept vom 27. August 2014 zur langfristigen Sicherung des Luftraums, der Expertenbericht "Luftverteidigung der Zukunft" vom 30. Mai 2017 und die Empfehlungen der Begleitgruppe zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs, auch vom 30. Mai 2017. Zusätzlich habe ich noch drei Abklärungen veranlasst.

Claude Nicollier bestätigte die Qualität und die Stossrichtung des Expertenberichtes. Er sprach sich für einen Planungsbeschluss nur für Flugzeuge und, wenn irgend möglich, für die Beschaffung von vierzig Flugzeugen aus. Kurt Grüter legte nahe, die Offsetvorgaben von 100 auf 60 Prozent zu senken – wie gesagt, 20 Prozent direkte und 40 Prozent indirekte Offsets im Bereich der Sicherheitsindustrie. Damit würden die rüstungspolitischen Ansprüche erfüllt. Eine VBS-interne Bedrohungsanalyse zeigte, dass wir mit Air 2030 auf dem richtigen Kurs sind. Wir brauchen weiterhin Kampfflugzeuge für die Sicherheit dieses Landes und der Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten.

Ich bitte Sie entsprechend, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Zu den Offsets werde ich mich dann noch bei der Behandlung der Minderheit Baumann zu Artikel 2 näher äussern.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Le président (Fournier Jean-René, président): Nous votons sur la proposition de renvoi de la minorité Savary.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

Dagegen ... 30 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates


Titre et préambule, art. 1
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Art. 2
Antrag der Mehrheit

...

b. ... müssen 100 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sowie 40 Prozent durch indirekte Offsets bei folgenden Industriebereichen:

1. Maschinenindustrie
2. Metallindustrie
3. Elektronische und elektrotechnische Industrie
4. Optische Industrie
5. Uhrenindustrie
6. Fahrzeugbau-/Waggonbau-Industrie
7. Gummi- und Plastikerzeugnisse
8. Chemische Erzeugnisse
9. Luft- und Raumfahrt
10. Informatikindustrie/Software-Engineering
11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent auf die italienischsprachige Schweiz.

...

Antrag der Minderheit

(Baumann, Français, Jositsch)

Bst. b

b. ... müssen mindestens 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich ein Drittel durch direkte Offsets und zwei Drittel durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis. Der Bundesrat sorgt dafür, dass diese Aufträge angemessen unter den Landesteilen verteilt werden.

Art. 2
Proposition de la majorité

...

b. ... doivent compenser 100 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont 20 pour cent directement, 40 pour cent indirectement dans le domaine de la base technologique et

AB 2019 S 867 / BO 2019 E 867





industrielle en lien avec la sécurité et 40 pour cent indirectement dans les domaines industriels suivants:

1. Industrie des machines
2. Industrie de la métallurgie
3. Industrie de l'électronique et de l'électrotechnique
4. Industrie optique
5. Industrie horlogère
6. Industrie de la construction de véhicules/wagons
7. Produits en caoutchouc et matières synthétiques
8. Produits chimiques
9. Secteur aéronautique et spatial
10. Industrie de l'informatique/Software-Engineering
11. Coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche.

Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne.

...

Proposition de la minorité

(Baumann, Français, Jositsch)

Let. b

b. ... doivent compenser au minimum 60 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont un tiers directement, deux tiers indirectement dans le domaine de la base technologique et industrielle en lien avec la sécurité. Le Conseil fédéral veille à une répartition appropriée de ces mandats entre les différentes régions du pays.

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Die Kommissionmehrheit will die Offsetgeschäfte von 60 auf 100 Prozent erhöhen und hat gleichzeitig festgelegt, welche elf Industriebereiche bei den Offsets berücksichtigt werden sollen. Zudem wird ein Verteilschlüssel für die Regionen festgelegt: 65 Prozent für die Deutschschweiz, 30 Prozent für die Westschweiz und 5 Prozent für die italienischsprachige Schweiz. Warum diese Erhöhung auf 100 Prozent?

1. Die Kommissionmehrheit möchte an der vierzigjährigen Praxis festhalten, wonach 100 Prozent des Vertragswerts von den ausländischen Firmen in der Schweiz kompensiert werden. Dies entspricht den aktuellen "Grundsätzen des Bundesrates für die Rüstungspolitik des VBS" vom 24. Oktober 2018. Sie besagen: "Wird Kriegsmaterial im Ausland beschafft, so wird bei grösseren Geschäften beim ausländischen Lieferanten eine Kompensation von in der Regel 100 Prozent des Kaufpreises in der Schweiz verlangt."
2. Als der Bundesrat den Entwurf eines Planungsbeschlusses im Mai 2018 in die Vernehmlassung schickte, unterstrich er die Notwendigkeit von Offsets zu 100 Prozent des Vertragswerts und betonte selber, wie wichtig sie für die Volkswirtschaft und die Industrie seien. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden hat sich für die Offsetgeschäfte ausgesprochen. Lediglich drei Teilnehmende haben sich dagegen ausgesprochen.
3. Aufgrund eines Briefes der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz, welcher mit guten Argumenten eine hundertprozentige Kompensation fordert, wird ersichtlich, wie wichtig es ist, auch die Westschweizer Kantone im Boot zu haben.
4. Fakt ist, dass gerade bei nicht rüstungsrelevanten Geschäften kaum ein Preiszuschlag besteht, denn diese Geschäfte müssen sich mit internationalen Preisen messen. Anders ist es bei den rüstungsrelevanten und direkten Gegengeschäften: Hier kommt es zu einer Verteuerung, weil die Schweiz sicherheitspolitisches Know-how aufbaut, damit der Unterhalt und die Reparatur der Flieger möglich sind.
5. Es wird immer davon gesprochen, dass die zusätzlichen 40 Prozent des Offsets eine Subventionierung der Wirtschaft seien. Das Wort "Subvention" ist falsch. Die Mehrkosten sind das Entgelt für den Aufbau des sicherheitspolitischen Wissens. Im vom VBS bekämpften Bereich gibt es kaum Mehrkosten. Der Bundesrat hat zudem genau definiert, was im Bereich der nicht sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis als Gegengeschäft akzeptiert wird. Es geht um elf Technologiefelder sowie die universitäre Zusammenarbeit, was alles für die Zukunft der industriellen Schweiz relevant ist.
6. KMU, vor allem Zulieferfirmen, fallen oft nicht in den rüstungsrelevanten Bereich. Sie kommen nur dank 100 Prozent Offset ins Geschäft und erlangen Zugang zu internationalen Lieferketten. Bei 100 Prozent Offset wird somit der Transfer von Wissen und Fähigkeiten in die Schweiz auch im nicht rüstungsrelevanten Bereich gefördert.



7. Offsets generieren auch Steueraufkommen. In einer Studie der HSG hat Thomas Friedli unter anderem aufgezeigt, dass die angenommenen Mehrkosten von 2 bis 5 Prozent durch die generierten zusätzlichen Steuereinnahmen weitgehend kompensiert werden.

Warum braucht es noch den Verteilschlüssel für die Regionen? Damit soll sichergestellt werden, dass alle Regionen von den Offsetgeschäften profitieren. Deshalb soll im Planungsbeschluss der vorgeschlagene Verteilschlüssel verankert werden.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen und auf 100 Prozent Offset zu gehen.

Baumann Isidor (C, UR): Ich möchte festhalten: Die Minderheit ist für Offset, und zwar für direktes Offset im sicherheitsrelevanten Bereich und für Offset im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis.

Die Minderheit sieht es aber als nicht angebracht an, eine neue Kategorie von Offsetberechtigten zu schaffen, wie dies die Kommissionsmehrheit, wie Sie in der Fahne nachlesen können, vorschlägt. Demnach sollen neu elf Industriebereiche definiert werden, die künftig Offsets beanspruchen dürfen. Die Minderheit ist klar der Meinung, dass das VBS-Budget für die Sicherheit und nicht für die Auftragsverteilung in den verschiedensten Industriebereichen zu verwenden ist. Denn die Minderheit verfolgt das klare Ziel, den maximal möglichen Betrag der beantragten 6 Milliarden Franken für die Sicherheit einzusetzen, wozu das Armeebudget gegenüber den Steuerzahlenden auch verpflichtet ist.

Im Gegensatz zum Bundesrat und zur Kommissionsmehrheit versteift sich die Minderheit jedoch nicht auf einen fixen Prozentsatz – 60 Prozent gemäss Bundesrat oder 100 Prozent gemäss Kommissionsmehrheit. Vielmehr wollen wir den tieferen Prozentsatz von 60 Prozent, wie das der Bundesrat beantragt, zusichern. Wir stellen uns hingegen gegen eine Garantie von 100 Prozent – darum die Formulierung "mindestens 60 Prozent".

Für die Minderheit wie auch für die Mehrheit der Kommission ist klar – das haben Sie den Eintretensvoten entnehmen können –, dass der Betrag von 6 Milliarden Franken für die Beschaffung von Kampfflugzeugen knapp bemessen ist. Umso selbstverständlicher sollte es sein, dass eine Verteuerung durch Offset möglichst tief gehalten wird.

Wir alle – die Minderheit und die Mehrheit der Kommission wie auch der Bundesrat – wissen, dass Offset umstritten ist und es bleiben wird. Die einen sehen Offset als nicht notwendig und als zu teuer an, die anderen sehen es als unumgänglich an, um unsere sicherheitsrelevante Industrie und die Forschung und Entwicklung zu stärken. Weitere sehen es als gutes Abstimmungsargument: Wenn damit Aufträge in der Schweiz in Aussicht gestellt werden könnten, sei der Abstimmungserfolg sicher. Andere jedoch sehen es als gefährliches Instrument, weil mit dem Armeebudget Industriepolitik betrieben und zu wenig für die Sicherheit eingesetzt werde.

Was die Wahrheit und die Wirkung von Offsetgeschäften ist, darüber streiten sich der Bundesrat, die Experten, die Parlamentarier, die Industriebetriebe und die Gesellschaft. Alle wissen etwas Positives oder Negatives. Niemand kennt die Wirkung und die effektiven Kosten genau. Das können wir auch in den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, nachlesen. Vielleicht haben Sie die Interpellation Hegglin Peter 19.3704, "Offsets bei Rüstungsgeschäften", noch in Erinnerung; Sie lesen dort in der Stellungnahme des Bundesrates – ich wage es zu sagen – schwammige Antworten. Man ist dafür, man ist nicht ganz dagegen; man weiss, dass es etwas kostet, man weiss nicht, wie viel es kostet – die Antworten

AB 2019 S 868 / BO 2019 E 868

sind selbst in der Stellungnahme zur Interpellation Hegglin Peter nicht klar.

Sie kennen den Bericht von Kurt Grüter, "Die Beurteilung von Offsets bei Rüstungsbeschaffungen"; dort steht, dass man in der Regel Offsetgeschäfte macht. Es wird dort aufgezeigt, dass Nachfragen und Abklärungen in siebzehn Ländern zur Erkenntnis geführt haben, dass nur vier von siebzehn Ländern zu 100 Prozent Offset anwenden. Der Bundesrat hat schon vor der Zeit unserer Bundesrätin Viola Amherd laut darüber nachgedacht – so steht es im Bericht, Bundesrat Parmelin habe laut nachgedacht –, auf Offset ganz zu verzichten. Das wäre selbst aus der Sicht der Minderheit falsch.

Auch müssen wir uns überlegen, ob wir unserem Bundesrat in den Rücken schießen, denn er hat im Oktober des letzten Jahres beschlossen, dass man bei den Auftragserteilungen künftig nicht mehr 100 Prozent, sondern nur noch rund 80 Prozent Offset verlangen will. Sie sehen: Wir haben verschiedenste Ausgangslagen, die eigentlich kein klares Bild davon ergeben, welches die richtige Grösse und der effektive Nutzen bzw. wie hoch die Kosten sind.

Zu den Kosten gibt es verschiedene Prognosen. Die einen bewegen sich zwischen 3 und 5 Prozent – die sind





tief oder wären tief –, andere zwischen 5 und 10 Prozent, und dann gibt es unseren grössten Flugzeugbauer in der Schweiz, der von 20 Prozent spricht. Wenn wir hier den Durchschnitt nehmen, was in der Schweiz meistens das richtigere Bild ergibt, dann liegen wir bei etwa 10 Prozent.

Von den 6 Milliarden Franken kann man noch etwas abziehen, weil gewisse Eigenleistungen durch die Bundesverwaltung, durch die Rüstungsbetriebe in der Schweiz bzw. durch die Armatsuisse getätigt werden. Dann sind wir bei rund 5 Milliarden Franken, die den Offsetbetrag ergeben würden, würde man diesen auf 100 Prozent festlegen. Legt man aber wie der Bundesrat 60 Prozent fest, dann sind es mindestens 3 Milliarden Franken. Würde man der Minderheit folgen, was ich sehr begrüssen würde, dann wären es in jedem Fall mehr als 3 Milliarden Franken, die für Schweizer Unternehmen als Offsetaufträge zur Verfügung stünden. Mit dieser Ausgangslage sind wir bei einer Summe – 3 Milliarden Franken –, die wir in keinem Rüstungsbeschluss der letzten Jahrzehnte gehabt haben; da hat es nie so viele Offsetgeschäfte gegeben. Ich kann es anders sagen: Die Beschaffung im Wert von 6 Milliarden Franken ist ein ausserordentliches Geschäft, und damit ist es legitim, dass wir einen ausserordentlichen Prozentsatz für Offsetgeschäfte festlegen.

Ich darf hier – es ist wichtig, dies zur Kenntnis zu nehmen – Folgendes sagen: Das Offsetgeschäftsvolumen beschränkt sich in den nächsten Jahren nicht alleine auf die Flugzeugbeschaffung. Nebst der Flugzeugbeschaffung von 6 Milliarden Franken werden wir noch 2 Milliarden Franken für die bodengestützte Luftverteidigung ausgeben. Auch hier wird es, so bin ich überzeugt, Offsetgeschäfte im Rahmen von 80 bis 100 Prozent geben. Wenn Sie die entsprechende Summe noch hinzuzählen, sind Sie bei Offsetgeschäften von 5 Milliarden Franken. Es geht noch weiter: Wir beschaffen jährlich für 700 bis 800 Millionen Franken Rüstungsgüter. Auch hier gibt es Offsetgeschäfte. Zählt man hier auch noch den Wert für einen bestimmten Prozentsatz hinzu, sind wir bei Offsetaufträgen von weit über 5 Milliarden Franken, die unserer verdienten Rüstungsindustrie und unseren technologiebasierten Unternehmen zur Verfügung stehen.

Wir wissen – das ist ein wichtiger Hinweis und auch ein Gradmesser für die Überlegungen der Minderheit –, dass bisherige Offsetaufträge z. T. gar nicht ausgeführt werden konnten, weil aufgrund der beschränkten Verfügbarkeit der Unternehmen diese Aufträge nicht angenommen werden konnten. Mit anderen Worten: Es stünden heute noch Offsetvolumen zur Verfügung, die übernommen werden könnten. Es macht doch keinen Sinn, ein Offsetvolumen zu definieren, das den Preis einer Beschaffung in die Höhe treibt, dessen Nutzen in der Schweiz aber schlussendlich von unserer Industrie nicht abgerufen werden kann. Mit anderen Worten: Wir geben den Lieferanten noch einen Bonus, für den sie aber nie etwas leisten müssen.

Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, ob es nur eine sachliche Frage ist oder auch eine emotionale Frage, die im Hinblick auf die Abstimmung aufgeworfen werden könnte. Ich frage mich, ob es stimmt, was ich höre, dass sich die Industrie gegen die Vorlage wehren würde, wenn es nicht 100 Prozent gibt; ich höre das, ich glaube es aber nicht. Denn wir müssen uns alle bewusst sein: An die Urne gehen nicht die Unternehmen, an die Urne gehen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, und die wollen wissen, wohin und zu welchem Zweck die Mittel fliessen.

Dann möchte ich noch einen Hinweis machen: Angesichts der Drohung, wenn es eine ist – ich mache keine Unterstellung –, dass sich die Industrie, wenn es nicht 100 Prozent Offsets gäbe, gegen die Vorlage sträuben würde, wäre die Erkenntnis eigentlich für alle relativ klar und erschütternd: Würde nämlich die Vorlage abgelehnt, gäbe es nicht 5 Milliarden Franken Offsets, sondern keinen Franken Offsets.

In diesem Sinne, bin ich der Meinung, können Sie der Minderheit mit gutem Gewissen folgen. Sie erkennen, dass auch mit mindestens 60 Prozent Offsets für die sicherheitsrelevanten Bereiche Aufträge in der Schweiz garantiert sind. Mit mindestens 60 Prozent weichen wir von der fixen Prozentzahl im Entwurf des Bundesrates ab, schaffen aber nicht wie die Mehrheit eine neue Gruppe der namentlich aufgeführten elf Industriebereiche, in denen man Aufträge erteilen möchte. Die sehr richtige und sehr wichtige regionale Verteilung ist in dieser Vorlage in allen Anträgen, sprich im Entwurf des Bundesrates, im Antrag der Mehrheit und im Antrag der Minderheit, garantiert. Die Minderheit unterstützt diesen Passus der regionalen Verteilung, wie er in der Fahne aufgeführt ist.

Gemäss der Botschaft ist ein wichtiges Vergabekriterium, dass Offsets bei der Vergabe an die anbietenden Unternehmen berücksichtigt werden. Würden Sie 100 Prozent Offsets zusichern, dann wäre dieses Vergabekriterium hinfällig, weil alle es erfüllt hätten. Wir schwächen also die Offertbeurteilung und verringern die Chance, zu einem günstigeren Preis Angebote zu bekommen.

Das Allerwichtigste ist wohl: Der in diesem Bundesbeschluss beantragte 6-Milliarden-Kredit kommt bestmöglich unserer Sicherheit zugute, wenn Sie der Minderheit zustimmen. Das könnte – je nachdem, wie man es berechnet und wie teuer die Flugzeuge sind – zu zwei bis drei Kampfflugzeugen mehr führen. Wir lesen in der Botschaft, dass wir 57 Flugzeuge mittel-, langfristig ersetzen müssen und mit diesen 6 Milliarden Franken bestenfalls knapp vierzig Flugzeuge beschaffen können. Dann ist es selbstredend, dass jeder für die Beschaffung



von Kampfflugzeugen verbleibende Franken wichtiger ist als die 100 Prozent Offsets.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Minderheit mit dem Begriff "mindestens 60 Prozent" zuzustimmen. Ein kleiner Hinweis, damit Ihnen das leichter fällt: Gestern, bei der Beratung des CO₂-Gesetzes, hatten wir Artikel – und davon werden wir noch massenhaft haben –, in denen von "höchstens" und "mindestens" die Rede ist; und das finden ja alle gut. Warum soll es in dieser Vorlage nicht auch gut sein?

Eder Joachim (RL, ZG): Gestatten Sie mir, dass ich ergänzend zu den sehr guten Ausführungen des Kommissionspräsidenten noch einige Bemerkungen aus Sicht eines Mitglieds der Mehrheit mache.

Es kommt mir – das ist meine Vorbemerkung – vor, als obliche dieses wichtige Geschäft "Beschaffung neuer Kampfflugzeuge" dem Motto oder gar der Strategie: Man muss die kleinen Beiträge sparen, damit die grossen durchgehen. Wir haben beim vorherigen Buchstaben diese höchstens 6 Milliarden Franken Finanzvolumen bewilligt, dies ohne grosse Diskussion. Die Diskussion beschränkt sich jetzt offensichtlich auf dieses absolut kleinere Auftragsvolumen der Offsetgeschäfte. Grund für meine Wortmeldung ist die Entwicklung im Bundesrat zu diesem Thema. Die ist nämlich höchst interessant.

Heute sagte Frau Bundesrätin Amherd in entwaffnender – um einen Begriff aus der Militärsprache zu verwenden – Offenheit und Ehrlichkeit: Die Offsetgeschäfte verteuern den Kaufpreis. In der Botschaft auf Seite 5108 steht noch: "Es werden deshalb nicht 100 Prozent Offsets verlangt, weil diese die Beschaffung tendenziell verteuern und weil es um ein sehr grosses Vertragsvolumen geht." Heute ist also von einer

AB 2019 S 869 / BO 2019 E 869

klaren Verteuerung die Rede, gemäss der Botschaft ist es eine tendenzielle Verteuerung.

Wir haben natürlich in der Kommission gefragt, was damit gemeint ist. Wir haben keine hieb- und stichfeste Antwort erhalten. Aber wir haben – wie heute schon angeführt worden ist – Professor Thomas Friedli von der Hochschule St. Gallen zurate gezogen. Er kommt in seiner Studie zu folgendem Schluss: "Die Studie zeigt ausserdem auf, dass die angenommenen Mehrkosten von 2 bis 5 Prozent durch die generierten zusätzlichen Steuereinnahmen weitgehend kompensiert werden. Die wirkliche Bedeutung von Offset" – das ist nun das Entscheidende – "liegt aber nicht in den volkswirtschaftlichen Effekten, sondern darin, dass Offset eine der wenigen Möglichkeiten ist, um die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis zu sichern. Der Schweizer Offsetprozess ist in der heutigen Form vernünftig und effizient."

Es liegt mir also überhaupt nicht daran, dem Bundesrat oder gar der Bundesrätin irgendwie in den Rücken zu schießen, wie dies vorher erwähnt wurde; das ist nicht der Fall. Ich schätze die Arbeit von Verteidigungsministerin Amherd sehr. Hier haben wir aber eine kleine Differenz, und diese darf in aller Offenheit und in aller Transparenz ausdiskutiert werden.

Ich zitiere jetzt nur, was einmal gesagt worden ist, und das ist jetzt das Interessante. Wenn ich Ihnen diese Zitate, die ich jetzt bringe, nämlich frei von irgendwelchen Zusammenhängen vorgelesen hätte, dann hätten Sie gestaunt. Der Bundesrat sagte am 5. September 2018, also vor einem Jahr, in der Beantwortung der Anfrage Pfister Gerhard 18.1034, "Beschaffung von Kampfflugzeugen. Politische Alternativen zum Offsetgeschäft", Folgendes: "Es entspricht einer mehrere Jahrzehnte langen, konsequent angewendeten Politik, bei grossen Beschaffungen von Waffensystemen aus dem Ausland auf Kompensationsgeschäfte für 100 Prozent des Vertragswertes zu bestehen ... Dies begann mit der Beschaffung des F-5 Tiger und war auch bei der Beschaffung der F/A-18 in den Neunzigerjahren der Fall."

Dann geht es mit Buchstabe a weiter: "Es ist anzunehmen" – das ist jetzt schon wieder sehr vorsichtig ausgedrückt –, "dass Offsets die Beschaffungen verteuern, wenn auch nicht in dem Ausmass wie in der genannten Kritik geäussert. In einer volkswirtschaftlichen Betrachtung überwiegen aber die Vorteile: Offsets stärken die sicherheits- und rüstungspolitisch relevante Industriebasis der Schweiz und bringen generell schweizerischen Unternehmen zusätzliche Aufträge, ermöglichen den Zugang zu interessantem Know-how, erleichtern die Erschliessung neuer Märkte und erhalten damit Arbeitsplätze in der Schweiz."

Dann folgt Buchstabe b, und das ist jetzt der absolut entscheidende Satz, hören Sie also gut zu: "Der Bundesrat kann die Aussagen zu den Mehrkosten von Offsets nicht bestätigen." – 5. September 2018, Antwort des Bundesrates auf die Anfrage Pfister Gerhard.

Am Schluss steht unter Buchstabe c noch: "Die bisherige Erfahrung deutet darauf hin, dass die einheimische Industrie Kompensationsgeschäfte als attraktiv, ja geradezu unerlässlich betrachtet. Die entsprechenden Verbände haben sich intensiv dafür engagiert, auch für die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge und eines neuen Systems für die bodengestützte Luftverteidigung die bisherige Politik anzuwenden."

Ich stelle einfach fest, dass da im Bundesrat in den letzten Monaten ein Wandel stattgefunden hat. Das ist legitim, selbstverständlich. Aber Sie dürfen mir auch nicht vorwerfen, dass ich aus Antworten des Bundesrates



zitieren.

Ich möchte doch noch auf den Brief der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz aufmerksam machen. Wir reden immer davon, dass es ganz wichtig sei, die Sensibilitäten der Landesregionen zu berücksichtigen. Die Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone Bern, Fribourg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura haben uns geschrieben. Ich zitiere auch hier: Bei der Beibehaltung der Obergrenze von 60 Prozent bestehe "das Risiko, dass interessierte Unternehmen der Westschweiz diskriminiert" – das ist ein hartes Wort – "werden. Der grösste Teil dieses Prozentsatzes dürfte nämlich an spezialisierte Rüstungsunternehmen gehen, die mehrheitlich in der Deutschschweiz angesiedelt sind. Die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz legt grossen Wert darauf zu verhindern, dass die Westschweiz bei der Verteilung der Offsetgeschäfte benachteiligt wird, wie dies in der Vergangenheit bereits der Fall war." Man hat also mit diesen Offsetgeschäften offensichtlich schlechte Erfahrungen gemacht. Ein zweiter Punkt sei noch zitiert: Der Bundesrat unterschätze "zudem das hohe politische Risiko im Zusammenhang mit einer Volksabstimmung. Ohne Aussicht auf eine wirtschaftliche Beteiligung an den milliardenschweren Investitionen in neue Kampfflugzeuge werden wichtige Teile der Industrie die Beschaffungsvorlage kaum aktiv unterstützen. Damit diese Vorlage an der Urne Zustimmung findet, müssen sich aber sämtliche Kantone und die Wirtschaft aller Landesteile geschlossen für die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen einsetzen."

Man kann die Westschweizer Kantone hier beim Wort nehmen; wenn es dann so weit ist und sie dem zu 100 Prozent zustimmen, dann kann man sie beim Wort nehmen! Und, lieber Kollege Minderheitssprecher: An die Urne gehen nämlich auch die Westschweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Damit komme ich noch zu zwei Äusserungen, die Sie gemacht haben, Kollege Baumann:

1. Wenn Sie der Minderheit zustimmen, dann bringt der gestrichene Anteil kein bisschen mehr Sicherheit, weil kaum Mehrkosten entstehen. Aber er bringt in wirtschaftlich schwieriger werdenden Zeiten weniger Steuersubstrat, weniger Jobs und weniger Technologietransfer.

2. Ich weiss, Sie haben sich schon lange über die elf Industriebereiche aufgeregt, und Sie haben das auch heute wieder zum Ausdruck gebracht. Aber – das darf ich sagen, weil ich den Antrag betreffend die Industriebereiche in der Kommission gestellt habe – das sind nichts anderes als die elf Industriebereiche, die der Bundesrat selber in seiner Policy aus dem Jahr 2019 zur nicht sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis, also zu den nicht Stib-relevanten Bereichen, aufgelistet hat. Das ist nichts anderes als die Auflistung des Bundesrates.

Wenn Sie also den Antrag der Mehrheit kritisieren, dann kritisieren Sie indirekt den Bundesrat. Der Bundesrat hat genau definiert, was im nicht Stib-relevanten Bereich als Gegengeschäft akzeptiert wird. Es geht um elf Technologiefelder sowie die universitäre Zusammenarbeit, welche alle für die Zukunft der industriellen Schweiz relevant sind, welche vor allem auch in der Westschweiz Aufträge generieren könnten. Es geht also weder um Käse noch um Schnürsenkel – beides beliebte Beispiele des VBS. Diese werden nicht eingekauft.

Kuprecht Alex (V, SZ): Die mit dem Kauf anvisierten Gegengeschäfte oder eben Offsets, wie sie auch genannt werden, sind neben dem Betrag des Planungsbeschlusses der zentrale Bereich dieses Beschlusses. Es geht dabei um die Frage, wie hoch der Anteil der Gegengeschäfte sein soll, zu dem der künftige Lieferant verpflichtet werden soll.

In der Vergangenheit waren dies jeweils 100 Prozent. Die Höhe entspricht übrigens den Forderungen, die auch andere Länder bei ihren Rüstungsinvestitionen von ihren Lieferanten fordern. Es gibt ganz wenige Nato-Länder, die davon abgekommen sind, aber auch in der Nato hat es Länder, die weiterhin auf eine hundertprozentige Beteiligung pochen. Im Zentrum dieser Anforderungen stehen verschiedene Gründe: Zum einen geht es darum, der einheimischen Industrie zu Aufträgen zu verhelfen, zum andern darum, einen technologischen Fortschritt in der einheimischen Industrie zu erlangen. Das ist in den anderen Staaten nicht anders als bei uns in der Schweiz. Gerade frühere Rüstungsinvestitionen haben aufgezeigt, dass sich die Implementierung von technischem Wissen auf lange Sicht positiv auswirkt und dass sie in den schweizerischen Betrieben eine tiefe Grundlage hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat der Bundesrat in seinen rüstungspolitischen Grundsätzen festgehalten, dass auch künftig in der Regel 100 Prozent des Beschaffungsvolumens mit Offsetgeschäften abgedeckt werden sollen. Dieser Grundsatz ist aus meiner Sicht richtig.

Man kann dem nun natürlich entgegenhalten, dass Rüstungspolitik eigentlich nicht dazu da sei, Industriepolitik zu betreiben. Den Hintergrund dieser Meinung bildet der

AB 2019 S 870 / BO 2019 E 870

Umstand, dass dann Rüstungsgüter teurer zu stehen kommen, als wenn man keine Offsetgeschäfte machen würde. Das mag sein. Es wird jetzt ins Feld geführt, dass in diesem nun vorliegenden Geschäft die Beschaf-





fung der Kampfflugzeuge um bis zu 20 Prozent mehr kosten würde als ohne die Gegengeschäfte. Wir haben heute schon mehrfach gehört, dass die Studie der Universität St. Gallen etwas anderes sagt: Sie kommt zum Schluss, dass es eine Spanne zwischen 2 und 5 Prozent geben wird. Allerdings wurde in dieser Studie nicht berücksichtigt, dass die auftragsempfangenden Firmen und deren Mitarbeitende ebenfalls noch Steuern bezahlen. Summa summarum wären die Mehrkosten dadurch in etwa aufgehoben.

Eindeutig von Vorteil ist jedoch, dass unsere Firmen weiteres technisches Know-how erlangen, das insbesondere beim späteren Unterhalt von zentraler Bedeutung ist. Gegengeschäfte im Rüstungsbereich sind Chancen für die nicht gerade grosse Rüstungsindustrie in unserem Land. Ich bin jedoch der Auffassung, dass wir nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern den gesamten Industriebereich in die Betrachtung mit einzubeziehen haben. Es geht nicht nur um die paar Firmen, die sich in diesem Metier betätigen; Herr Levrat hat sie aufgezählt. Es geht um unsere gesamte Industrie, um den industriellen Werkplatz Schweiz und somit um die Arbeitsplätze von Tausenden direkt und indirekt davon abhängigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Tausenden von Zulieferbetrieben. Auch das sind Menschen, die dann an die Urne zu gehen haben, Herr Kollege Baumann!

Der nun vom Bundesrat vorgeschlagene Anteil orientiert sich ausgerechnet nicht an der bereits erwähnten Regel der Rüstungspolitik unseres Landes: Anstelle der bisherigen 100 Prozent sollen – ausgerechnet bei einem der grössten Beschaffungsprojekte unseres Landes der letzten und wahrscheinlich auch der kommenden Jahre – nur 60 Prozent des Beschaffungsvolumens mit Offsetgeschäften abgedeckt werden. Dieser ausserordentlich tiefe Anteil wird uns grosse Probleme verursachen. Er orientiert sich am Gesamtbetrag von 6 Milliarden Franken. Doch 60 Prozent sind eben nicht 60 Prozent dieses Investitionsvolumens: Schon der Abzug des Währungsrisikos und des allgemeinen Risikozuschlags von 10 bis 15 Prozent, wie er gemäss Haushaltsrecht eingerechnet werden muss, lässt diesen Prozentsatz real schrumpfen. So werden dann plötzlich aus 60 Prozent nur noch 50 bis 55 Prozent.

Ein weiteres Problem stellt dann der direkte Anteil von 20 Prozent am direkten Offset dar. Es ist der teuerste Teil, der so oder so anfällt, egal, ob bei der Minderheit oder bei der Mehrheit. 40 Prozent sollen dann noch zusätzlich durch indirektes Offset an die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis gehen. In diesem Teil wird dann der Teuerungsfaktor bereits markant abnehmen.

Problematisch ist dabei, dass im bundesrätlichen Entwurf keine regionale Aufteilung vorgesehen ist. Problematisch ist dieser Mangel deshalb, weil gerade die Westschweiz praktisch keine Rüstungsindustrie hat und somit im direkten Offset leer ausgehen wird. Verbleibt also noch der indirekte Teil, der dann auch mit den übrigen Stib-Firmen der ganzen Schweiz geteilt werden müsste. Von diesen rund 50, 55 Prozent sind es dann noch etwa 35 Prozent, die aufgeteilt werden müssen.

Dieses Problem wurde seitens der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz erkannt, der Kommission mit Brief vom 14. August bereits mitgeteilt und mit Schreiben vom 19. September an alle Ständerätinnen und Ständeräte mit der Forderung nach einem hundertprozentigen Offsetanteil nochmals in aller Deutlichkeit unterstrichen. Es ist anzunehmen, dass dieses Geschäft in dieser Form schon wegen dieser Problematik in der Westschweiz einen ganz besonders schweren Stand haben dürfte. Die Lösung der Mehrheit hat dieses Problem ebenfalls erkannt. Wenn Sie dann die ganzen Gegengeschäfte noch auf 60 Prozent beschränken, bleibt auch in diesem Teil nur noch ein kleiner Teil zugunsten der West- und der italienischen Schweiz übrig.

Der Antrag der Mehrheit der Kommission, die den Offsetanteil eminent erhöhen und auf 100 Prozent gehen möchte, schafft einen wesentlich grösseren Spielraum als der Ansatz des Bundesrates und der Minderheit. Er regelt die Aufteilung für die Regionen und gibt auch anderen, nicht rüstungsrelevanten Bereichen oder Nicht-Stib-Bereichen der Industrie eine Chance. Er muss aus meiner Sicht nicht partiell, sondern gesamtwirtschaftlich betrachtet werden. Schlussendlich gibt es einen Industriestandort und einen Werkplatz Schweiz. Mir sind die Industriellen ausserhalb der Rüstungsindustrie genauso wichtig wie diejenigen innerhalb der Industrie. Genau dieser Aspekt wird durch den Mehrheitsantrag berücksichtigt. Die aufgeführten Industriebereiche verdienen es, berücksichtigt zu werden. Sie werden uns dankbar sein, vor allem dann, wenn wir in eine Rezession rutschen werden, und davon ist eben auszugehen.

Ich ersuche Sie deshalb dringend, der Mehrheit zu folgen und nicht eine Voraussetzung zu schaffen, bei der ein grosser Teil unseres Landes in die Röhre blicken muss. Wir sind bei der wahrscheinlich bevorstehenden Volksabstimmung auch auf die Stimmberechtigten der West- und der italienischen Schweiz angewiesen, um das Gesamtziel, nämlich die Zustimmung zum Planungsbeschluss, erreichen zu können. Dabei sind klare Aufteilungszahlen wichtig, was mit dem Antrag der Minderheit und seiner unverbindlichen und schwammigen Formulierung, der Bundesrat solle dafür sorgen, dass die Aufträge angemessen unter den Landesteilen verteilt werden, nicht erreicht wird.

Ich ersuche Sie also dringend, der Mehrheit zu folgen, mindestens noch in dieser Runde, und den Minder-



heitsantrag Baumann abzulehnen.

Savary Géraldine (S, VD): Je serai assez brève parce que beaucoup de choses ont déjà été dites. Comme notre collègue Joachim Eder, j'aimerais vous faire partager mon étonnement lorsque je vois qu'il y a en effet moins d'interventions sur la question des 6 milliards de francs pour l'achat de nouveaux avions de combat que sur la question des affaires compensatoires. Il y a moins d'articles dans les médias et moins de passion dans la discussion sur les avions que dans la discussion sur les affaires compensatoires. Je trouve cela non seulement assez piquant, mais aussi révélateur. Cela devrait l'être aussi pour Madame la conseillère fédérale Amherd. Cela signifie que quand il y aura le débat populaire, ce que vous vivez là, vous le vivrez à la puissance 25 lors des discussions publiques.

Que les régions se prononcent, qu'on discute des retombées de la pluie d'argent qui pourrait tomber sur les régions, c'est évidemment fondamental. Le débat que nous tenons aujourd'hui, l'intérêt des médias au sujet des affaires compensatoires révèlent les passions qui se manifesteront dans les discussions qui auront sans doute lieu avant la votation populaire sur cet arrêté de planification. C'est donc à la fois étonnant et, je le répète, un signal qui indique quel sera le contenu des débats futurs autour de l'achat du nouvel avion de combat.

Je vous invite à suivre la majorité de votre commission. Je le dis parce que je crois que cela n'a pas été évoqué dans ce débat: au fond, on revient à la proposition initiale du Conseil fédéral. Dans la consultation, 25 cantons étaient favorables aux affaires compensatoires et à la proposition d'une compensation à 100 pour cent. Il y a un canton dont on ne connaît pas l'avis puisqu'il ne s'est pas prononcé. Je ne sais pas quel est le canton qui ne s'est pas penché sur cette question. Toutefois, 25 cantons étaient favorables aux affaires compensatoires. Si on exclut mon parti politique, qui, en effet, je dois le reconnaître, était opposé aux affaires compensatoires, et le Groupe pour une Suisse sans armée – qui sont effectivement tous deux des acteurs non négligeables de la vie citoyenne et politique du pays –, toutes les organisations et associations consultées étaient favorables aux affaires compensatoires. Donc la question n'est pas de savoir si on est opposé aux affaires compensatoires, puisque de toute façon on y est à peu près tous favorables, mais juste de s'assurer qu'elles pourraient profiter au plus grand nombre. Donc si on craint la corruption et les surcoûts, il s'agit de lire avec attention le rapport du Contrôle fédéral des finances sur la question des affaires compensatoires: cela s'applique aux 60 pour cent comme aux 100 pour cent de compensation.

AB 2019 S 871 / BO 2019 E 871

En commission, on a pas mal trituré ces propositions. J'avais fait une proposition de revenir à l'article dans sa version d'avant la consultation, qui permettait que les mesures compensatoires se montent à 100 pour cent. Notre collègue Eder avait fait une proposition qui était plus précise et qui répondait mieux aux enjeux de la problématique. Et Monsieur Lombardi avait lui aussi fait des propositions. C'est symbolique: cela veut dire que toutes les régions du pays ont travaillé sur ce sujet et ont permis, par leurs propositions, de faire en sorte que, aujourd'hui, la majorité de la commission se prononce pour le projet qui vous est soumis.

L'essentiel de la version que vous propose la majorité, c'est en effet de combler deux lacunes du projet actuel du Conseil fédéral. Comblé la première, c'est faire en sorte que, quand même, ces affaires compensatoires profitent à la Suisse romande – cela a été dit souvent. Comblé la deuxième lacune du projet du Conseil fédéral actuel, c'est faire en sorte que cela profite à des entreprises qui ne font pas partie du secteur industriel militaire, mais qui font partie du secteur industriel civil. C'étaient les deux objectifs. Mais, avec le projet actuel du Conseil fédéral, on ne les atteint pas. Je vous invite donc à soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Je rappelle que l'idée que les affaires compensatoires se montent à 100 pour cent a été soutenue par 25 cantons et par la plupart des organisations et des associations consultées. Cela correspond donc aux besoins et répondra sans doute aux inquiétudes qui pourront se manifester, dans le cadre du débat futur, en ce qui concerne l'achat des avions de combat.

Je vous invite donc à soutenir la proposition de la majorité.

Wicki Hans (RL, NW): Vorab gebe ich Ihnen noch meine Interessenbindung bekannt: Als Präsident von Bau- en Schweiz, aber auch als Vorstandsmitglied der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz kenne ich die Situation in den schweizerischen KMU recht gut. Wir dürfen auch stolz sein auf unsere zahlreichen Unternehmen, die weltweit für ihre hohe Qualität bekannt sind. Das ist auch ein Markenzeichen unserer Industrie. Wir glänzen ja in erster Linie durch unsere Qualität und nicht durch Quantität.

Hier geht es jetzt grundsätzlich um den Betrag von 6 Milliarden Franken. Für diesen möchten wir gerne eine gewisse Anzahl Flugzeuge erwerben. Wie viele Flugzeuge es sind, ergibt sich schlussendlich aus den Offerten, die dem VBS präsentiert werden. Aber es geht nicht nur um die Anzahl Flugzeuge; das VBS muss auch die



Durchhaltefähigkeit der Flugzeuge im Ernst- und Krisenfall garantieren können. Das heisst, über die Frage, wie viele Flugzeuge es braucht, muss das VBS eigentlich selbst bestimmen können. Aber das ist dann wieder abhängig vom Preis, der dafür bezahlt werden muss.

Jetzt kommen wir zum Offset. Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass das Offset den Preis der Flugzeuge bestimmt. Wenn wir ein möglichst günstiges Flugzeug kaufen möchten, müssten wir kein Offset machen. Frei von jeglicher Verpflichtung könnten uns die Anbieter ihre Offerten unterbreiten, die zum besten Preis führen. Selbstverständlich könnten dann auch am meisten Flugzeuge gekauft werden. Die teuerste Variante ist genau die umgekehrte. Jetzt müssen Sie gut zuhören: Die teuerste Variante wäre, wenn wir 100 Prozent direkte Offsets verlangen würden. Ich denke, dass mir da die Frau Bundesrätin zustimmt: Das ist und bleibt die teuerste Variante, wenn wir alles nur mit direkten Offsets kompensieren würden. Jetzt gibt es noch eine Kombination dazwischen. Ein Teil wäre dabei das indirekte Offset, das nicht im sicherheitsrelevanten Bereich liegt.

Was heisst "nicht sicherheitsrelevant"? Man würde allen Unternehmen, die eben nicht im Sicherheits-, im Rüstungsbereich tätig sind, als Türöffner dienen. Das ist für unsere KMU ein sehr, sehr interessantes und spannendes Feld. Gerade in der Flugzeugbranche ist es wichtig, dass man auf hochspezialisierte Produkte zurückgreifen kann, die man vorher gar nicht gekannt hat. Das macht sie auch spannend. Im Zuge der ganzen Abwicklung beim Gripen haben sich gewisse Partnerschaften ergeben, die vorher nie zustande gekommen wären, weil unsere kleineren und mittleren Unternehmen gar nicht fähig sind, an diese grossen Lieferanten heranzukommen. Genau das macht es spannend.

Jetzt muss man sich bewusst sein: Bei der teuersten Variante ist alles direktes Offset; bei der günstigsten Variante gibt es kein Offset. Wir brauchen nun aber eine Kombination, um den Unterhalt auch in Zukunft selber machen zu können. Es braucht also eine gewisse Kombination von direktem und indirektem bzw. sicherheitstechnisch relevantem Offset. Hierauf müssen wir eingehen, damit wir den Unterhalt überhaupt machen können. Wie hoch nun aber diese Verteuerung genau sein wird – das muss ich erwähnen –, kann eigentlich niemand sagen. Ich sage es noch einmal generell: Je höher der Anteil der direkten Offsetgeschäfte ist, desto höher ist der Preis. Ob es sich nur um eine tendenzielle oder um eine klare Verteuerung handelt, steht in den Sternen. Es braucht, wie gesagt, eine Kombination von direkten und sicherheitsrelevanten Geschäften. Der spannendste Teil ist jedoch sicherlich der nicht sicherheitsrelevante Teil, zumal dieser auch definitiv nicht preistreibend ist.

Mit Blick auf die Variante der Minderheit muss ich Folgendes festhalten: Wenn Sie wirklich nicht so viele Flugzeuge beschaffen wollen, müssen Sie diesem Minderheitsantrag zustimmen. Denn dort steht nämlich, dass mindestens ein Drittel über direkte Offsetgeschäfte kompensiert werden muss, also nicht nur 20 Prozent, wie es der Bundesrat beantragt, sondern ein Drittel. Das heisst, dass es zwei, drei Flugzeuge weniger sein werden. Wer also weniger Flugzeuge will, muss diesen Minderheitsantrag unterstützen.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie etwas für die innovativen Unternehmen tun und die besten Voraussetzungen schaffen wollen, damit die Verteidigungsministerin genügend Flugzeuge beschaffen kann, sollten Sie, dies meine Bitte, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen.

Fetz Anita (S, BS): Wenn man der Mehrheit zuhört, könnte man meinen, die Schweizer Industrie gehe unter, wenn nicht 100 Prozent des Vertragswertes durch Offsets kompensiert werden, oder es gäbe keine Arbeitsplätze mehr, wenn die Kompensation nicht 100 Prozent beträgt, oder die Bevölkerung werde auf jeden Fall ablehnen oder die Schweiz werde in Romandie und Deutschschweiz zerbrechen, wenn man nicht 100 Prozent kompensiert. Ich halte es für ein bisschen übertrieben, wie diese Frage jetzt abgehandelt wird. Aus meiner Sicht wäre es das Vernünftigste, gar keine Offsets vorzusehen. Das ist eine Erfindung, die eigentlich keinen Sinn macht. Entweder ist man vom Kauf eines Kampfflugzeugs überzeugt, und dann soll man den Preis auch bezahlen – oder man ist nicht überzeugt.

Ich lehne den Antrag der Mehrheit ab, ausländische Firmen, die für die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums Aufträge erhalten, zu verpflichten, 100 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz zu kompensieren. Dieser Antrag geht übrigens auf eine Studiengruppe des VBS zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zurück. Diese empfiehlt – das ist eben das Interessante –, 10 Prozent Mehrkosten in Kauf zu nehmen, sofern mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Kompensationsgeschäfte verknüpft werden können. Das ist doch der springende Punkt: Die Sache wird auf jeden Fall teurer, und zwar umso mehr, je höher die Kompensationsgeschäfte sein müssen. Das heisst in Bezug auf die Summe von 6 Milliarden Franken, die jetzt vorliegt, dass sich Mehrkosten in der gewaltigen Summe von 600 Millionen Franken Steuergeldern für ein rein zufälliges industriepolitisches Programm ergeben.

Zufällig ist es deshalb, weil es den ausländischen Lieferanten überlassen bleibt, mit wem sie kooperieren. Das ist nämlich nicht vorgegeben. Dies birgt ein grosses Risiko teurer Strukturhaltung und erlaubt kaum eine Fokussierung auf zukunftssträchtige und wettbewerbsfähige Innovations- und Technologiefelder.



Hier ein Zitat: "Wir könnten die Kampfjets bis zu einer Milliarde billiger haben, wenn wir auf Aufträge für die Schweiz verzichten." Das hat nicht irgendein Studienprofessor gesagt, sondern ein Branchenkenner, und zwar der Präsident der Pilatus-Flugzeugwerke Stans, Oskar Schwenk, letztes Jahr.

AB 2019 S 872 / BO 2019 E 872

Herr Schwenk geht davon aus, dass Offsetgeschäfte Rüstungsbeschaffungen gar um 15 Prozent verteuern können. Das ist bei einer Kaufsumme von 6 Milliarden Franken fast eine zusätzliche Milliarde. Sie haben nun viele Studien, Gutachten usw. zitiert. Es ist klar, da gibt es vieles. Ich glaube sowieso keinem. Aber bei einem Branchenkenner höre ich doch genauer hin. Stellen Sie sich vor, was man mit dieser Milliarde machen könnte. Die Leute leiden unter den Krankenkassenprämien; man könnte die Mittel für Prämienverbilligungen um eine Milliarde Franken erhöhen. Das möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Romandie ans Herz legen.

Herr Eder hat gesagt, der Bundesrat sei ja schon einmal auf 100 Prozent gegangen. Ja, seit ich diese Rüstungssachen verfolge, hat der Bundesrat immer versucht, 100 Prozent Kompensationsgeschäfte zu machen, weil das vermeintlich – das ist für mich der springende Punkt: vermeintlich – eine Abstimmung positiv beeinflussen würde.

Ich bin Mitglied der Finanzdelegation. Vor ein paar Jahren haben wir die Finanzkontrolle diese Kompensationsgeschäfte evaluieren lassen. Ich meine nicht den aktuellen Grüter-Bericht, sondern den Bericht der Finanzkontrolle von vor ein paar Jahren. Ich zitiere aus diesem Bericht; er ist öffentlich. Das Fazit aus dieser Evaluation war: "Die Beschäftigungswirksamkeit der Offsetgeschäfte ist geringer, als in den Botschaften zu den Rüstungsprogrammen angegeben wird. Gemäss EFK flossen effektiv nur rund 40 Prozent des Offsetvolumens – und nicht wie angenommen 100 Prozent – in die Schweizer Industrie. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass ein Grossteil der Offsetgeschäfte ... im Rahmen von bestehenden Geschäftsbeziehungen ... mit dem ausländischen Hersteller untergebracht wurden. Andererseits floss auch ein Teil des Offsetvolumens wieder an Zulieferer aus dem Ausland." Und weiter: "Für die ausländischen Hersteller ist es einfacher, mit ihren eigenen Filialen in der Schweiz, grossen Gruppen und gut vernetzten Unterlieferanten die Industriebeteiligungsverpflichtungen zu erfüllen, als mit kleinen und mittleren Unternehmungen." Das ist nicht eine Prognose, sondern das ist eine Evaluation der bereits getätigten Rüstungs- und Offsetgeschäfte.

Das Fazit aus den konkreten Erfahrungen: Man gaukelt der Bevölkerung und der Wirtschaft vor, dass 100 Prozent Offsetarbeitsplätze für KMU geschaffen werden und dass KMU davon profitieren. Diese haben sich übrigens bei einer nachträglichen Befragung bitterlich darüber beklagt, dass sie nicht berücksichtigt worden sind. In Tat und Wahrheit sind es nämlich vorwiegend internationale Konzerne mit Hauptsitz in der Schweiz, die die Kompensationsgeschäfte zwischen ihren inländischen und ausländischen Filialen und Tochterfirmen hin und her schieben können. Das können die Kleinen eben nicht.

Dafür sollen wir etwa eine Milliarde mehr für die Beschaffung bezahlen! Ich kann Ihnen sagen: Das wird der Sargnagel in der Volksabstimmung werden. Wenn die Leute wissen, dass diese Flieger, man weiss ja noch nicht welche, etwa eine Milliarde mehr kosten werden – wie man dann diesen Planungsbeschluss durchbringen will, da möchte ich dann sehen, ob das "verhebt". Da werde ich dann noch einen kleinen Auftritt machen, auch wenn ich nicht mehr hier im Rat bin, um das zu bekämpfen.

Eine Milliarde mehr, das geht einfach nicht! Das ist zu viel. Das müssen die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen bezahlen; da bin ich dagegen, weil es schlicht nicht nötig ist. Ich werde mich für die Minderheit einsetzen. Ich finde, diese 60 Prozent genügen. Wie gesagt, die Erfahrung in der Evaluation ist eine andere: Höchstens 40 Prozent konnten überhaupt vergeben werden. In Bezug auf die Romandie und das Tessin ist es ja nicht so, dass man das bei 60 Prozent nicht so organisieren könnte, dass die Verteilung, die die Mehrheit vorschreibt und die ich auch unterstütze, nicht möglich sein könnte.

Graber Konrad (C, LU): Zuerst eine Vorbemerkung: Ich bin nicht sicher – unabhängig davon, ob 60, 80 oder 100 Prozent –, ob diejenigen, die sich hier zu Wort melden, dann je nach Ergebnis auch effektiv hinter der Vorlage stehen, wenn es um die Schlussabstimmung geht. Von dort her möchte ich die Diskussion auch etwas relativieren.

Wir sollten über dieses Thema wirklich nochmals nachdenken. Ich sage es etwas pointiert: Für mich sind Offsets nicht nur Industriepolitik, für mich sind Offsets Industriesubventionen. Das steht im Widerspruch zu meinem liberalen Staatsverständnis. Wenn ein Geschäft 5 bis 10 Prozent teurer wird und wenn Oskar Schwenk, der Verwaltungsratspräsident von Pilatus, der in der Praxis steht, sogar von 20 Prozent spricht, so muss ich Ihnen einfach sagen: Das können wir uns nicht leisten. Wir können doch nicht einfach Geld, das wir nicht haben, irgendwie unter den Industriebereichen verteilen. Es widerspricht meinem liberalen Verständnis, Indu-



striesubventionen zu erteilen.

Da jetzt mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen und Steuereinnahmen argumentiert wird, muss ich Ihnen einfach sagen: Auch in der Finanzpolitik gibt es kein Perpetuum mobile. An ein Perpetuum mobile in der Finanzpolitik glaube ich nicht. Die Kampfjets können sich nie selbst bezahlen. Sonst müsste man die Vorlage etwas grösser gestalten, oder man könnte mit den gleichen Argumenten die Kompensation auf 120 Prozent fixieren. Da wird der Widerspruch ganz offensichtlich.

Nüchtern betrachtet müssen wir uns Folgendes fragen: Wollen wir eine Anzahl von x Kampfjets für 6 Milliarden oder für 5,5 Milliarden Franken, oder wollen wir für 6 Milliarden x oder x plus 2 Kampfjets? Das ist die Frage. Wollen Sie ein günstigeres Paket, oder wollen Sie mehr Kampfjets für denselben Betrag? Das ist eigentlich die Auseinandersetzung.

Ich komme auch zum Argument der Westschweiz. Die Westschweiz komme in dieser Frage zu kurz. Das erinnert mich schon ein bisschen an einen Erbschaftsstreit – um eine Erbschaft aber, die noch gar nicht zur Verfügung steht, weil wir ja gehalten sind, haushälterisch mit unseren Mitteln umzugehen, und nicht etwas verteilen können, was wir gar nicht besitzen.

Im Vordergrund steht bei dieser Vorlage für mich der Luftschutz. Der Luftschutz muss für das ganze Land sichergestellt werden. Da bin ich der Auffassung, dass das ganze Land abgedeckt werden muss. Kommt dazu, dass die Minderheit noch vorsieht, dass Aufträge angemessen unter den Landesteilen verteilt werden müssen. Für mich ist es nicht möglich, hier ein "arrosier" mit einem Geldsegen vorzusehen, der nicht zur Verfügung steht. Jetzt noch ein Punkt zur politischen Grosswetterlage: Wir stehen ja sehr oft in der Kritik. Beispielsweise wird, aus meiner Sicht unberechtigt, kritisiert, die SNB führe Währungsmanipulationen durch, indem sie interveniert, indem sie Minuszinsen vorsieht. Die Schweiz erhöhe auf diese Weise ihre Exportfähigkeit. Ich teile diese Kritik nicht, aber sie steht im Raum. Ein zweiter Kritikpunkt, der dann in Verbindung mit diesen Interventionen der SNB zu hören ist, ist, dass wir einen zu hohen Handelsbilanzsaldo aufweisen, dass wir also, mit anderen Worten, zu viel Waren exportieren oder viel mehr Waren exportieren als importieren. Der Handelsbilanzüberschuss im Jahr 2018 betrug tatsächlich 31,4 Milliarden Franken.

Wir haben keinen Bedarf, unseren Handelsbilanzüberschuss künstlich hoch zu halten oder mit Staatssubventionen künstlich in die Höhe zu treiben. Deshalb ersuche ich Sie hier auch, der Minderheit zu folgen.

Lombardi Filippo (C, TI): Ringrazio la collega Fetz che ha ricordato che il requisito del "60 per cento al minimo" non esclude per niente le regioni latine del nostro paese. Ho partecipato alla discussione in commissione e la maggioranza ha inserito, all'articolo 2 lettera b, la ripartizione regionale da rispettare per quanto riguarda gli affari di compensazione, vale a dire 65 per cento per la Svizzera tedesca, 30 per cento per la Romandia e 5 per cento per la Svizzera italiana – quindi più che proporzionale nelle regioni latine.

Questa ripartizione è importante ma non è che il Consiglio federale non ci avesse pensato, collega Kuprecht. Nel messaggio vi sono esattamente queste cifre. Non abbiamo fatto nient'altro che riprendere dal messaggio queste percentuali e metterle esplicitamente nel testo. Questa è la sicurezza di

AB 2019 S 873 / BO 2019 E 873

cui hanno bisogno la Svizzera romanda e la Svizzera italiana. Tra l'altro, c'era un errore nell'originario testo francese, nel quale si parlava di "Tessin", ma non è "Tessin" il concetto giusto bensì "Svizzera italiana". Abbiamo corretto l'errore e ora credo di poter dire che la sicurezza per le nostre regioni latine stia proprio in questa lettera b dell'articolo 2. Il passaggio non è contestato e verrà approvato in ogni caso, sia con la maggioranza sia con la minoranza Baumann.

Torno quindi a raccomandarvi di sostenere la proposta di minoranza Baumann per i motivi che sono stati più volte espressi. Non possiamo far rincarare il costo di uno strumento di difesa sottoposto al popolo per fare del sovvenzionamento di imprese operanti in rami che non c'entrano con questo. Abbiamo molte possibilità per sostenere le nostre imprese. Voi sapete che sono sempre favorevole ad aumentare i crediti per la "Standortförderung" in tutti i campi, ma non è qui il posto giusto per fare della "Standortförderung".

Kuprecht Alex (V, SZ): Das Votum von Frau Fetz hat mich schon herausgefordert. Ich schätze die grosse industrielle Kraft von Herrn Oskar Schwenk sehr. Er hat ein ausserordentlich hervorragendes Unternehmen im Kanton Nidwalden geformt, und er ist ein Aushängeschild der Schweizer Industrie, auch im Ausland. Aber es gibt zwischen Herrn Schwenk und der Schweiz einen wesentlichen Unterschied: Herr Schwenk ist Verkäufer und muss, wenn er seine Produkte im Ausland verkaufen will, zwangsläufig ebenfalls Offsetgeschäfte eingehen. Die Schweiz ist jedoch Käuferin – und wir bestimmen, was wir mit unserem Geld machen. Wir bestimmen, dass wir Offsetgeschäfte möchten: auf den ersten 20 Prozent die teuersten, auf den nächsten 40 Prozent im-



mer noch teure und, gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit, auf den verbleibenden Prozenten solche, die in Bezug auf den Preis nicht mehr relevant sind.

Wenn Sie hinsichtlich der Volksabstimmung von einem "Sargnagel" sprechen, Frau Kollegin Fetz, dann müssen Sie der Bevölkerung auch sagen, dass man zwar die Schweizer Wirtschaft schon schätze, aber diese zu teuer sei. Daher kaufe man nicht so ein, dass man die Schweizer Wirtschaft beteilige. Vielmehr belasse man die Wertschöpfung im Ausland, es sei bedauerlich, dass man auf die hiesigen Arbeitsplätze leider nicht Rücksicht nehmen könne. Ich kann Ihnen, Frau Fetz, garantieren, dass Sie damit dann mehr als einen Sargnagel eingeschlagen haben, mehr als einen! Wenn Sie mit dieser Argumentation vor die Bevölkerung treten, wird es praktisch nicht mehr möglich sein, dieses Geschäft noch durchzubringen. Es könnte aber auch sein, dass Sie eigentlich genau das möchten.

Amherd Viola, Bundesrätin: Die Argumente für und gegen Offsets und damit auch für eine höhere oder tiefere Offsetvorgabe sind bekannt; sie wurden hier im Rat jetzt auch ausgetauscht. Ich danke für die interessante Diskussion. Kommissions- wie auch Minderheitssprecher sowie weitere Sprecher haben sich geäußert. Ich möchte noch auf einige Punkte kurz eingehen.

Es gibt Argumente für und gegen Offsets. Ein wichtiges Argument, das für Offsets spricht, ist, dass die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis Zugang zu neuen und zusätzlichen Märkten bekommt, dass sie damit gestärkt wird. Ein Argument, das gegen Offsets spricht, ist, dass die Beschaffung teurer wird. Dieser Effekt ist unbestritten, auch wenn er nicht genau quantifiziert werden kann.

Dann möchte ich doch noch kurz auf die Ausführungen von Herrn Ständerat Eder eingehen. Er hat die Studie von Professor Friedli von der Universität St. Gallen angesprochen. Selbst diese Studie von Professor Friedli kommt zum Schluss, dass das Rüstungsgut verteuert wird. Das bestreitet er nicht, er spricht von zwischen 2 und 5 Prozent, sagt dann aber, dass dies durch höhere Steuereinnahmen wieder kompensiert würde. Er geht von, ich sage mal, recht groben, rudimentären Parametern aus; das ist auch klar in Bezug auf diese Studie. Aber dass es eine Verteuerung gibt, das bestreitet nicht einmal Friedli.

Die bundesrätlichen Zitate, die Herr Ständerat Eder vorgebracht hat, widersprechen der heutigen Position des Bundesrates in keiner Weise. Es ist richtig, dass 100 Prozent Offsets eine lange Tradition haben – das stimmt. Die Tradition kann man auch ändern, wenn man zum Schluss kommt, dass es bessere Argumente für eine Änderung gibt. Der Bundesrat hat sich den Entscheid, auf 60 Prozent zu gehen, nicht einfach gemacht. Wir haben bestehende Grundlagen und Unterlagen studiert, unter anderem auch die Studie Friedli. Wir haben die Studie der Eidgenössischen Finanzkontrolle, die von Frau Ständerätin Fetz angesprochen wurde, zur Kenntnis genommen und studiert. Diese Studie ist bereits einige Jahre alt. Ich selber habe dann noch eine Zusatzstudie oder eine Zusatzmeinungsausserung von Herrn Grüter erarbeiten lassen, weil ich eben auf einer fundierten Grundlage entscheiden und nicht einen Prozentsatz einfach so aus dem Ärmel schütteln wollte. Aufgrund all dieser Unterlagen und Grundlagen ist der Bundesrat zur Erkenntnis gelangt, dass 60 Prozent richtig sind.

Herr Ständerat Eder hat auch gesagt, der Bundesrat habe in der Antwort auf den Vorstoss Pfister Gerhard gesagt, die Mehrkosten liessen sich nicht bestätigen. Das sage ich auch heute. Unbestritten ist, dass es Mehrkosten gibt. Wie hoch diese genau sind, das kann ich hier nicht sagen. Es gibt dazu einfach zu wenig empirische Unterlagen. Wir haben aber Meinungen. Diese gehen von 2 Prozent bis zu 20 Prozent. Ich gehe davon aus, dass die Wahrheit wohl irgendwo in der Mitte liegen wird.

Es wurde auch das Thema aufgeworfen, dass die Westschweizer Kantone bis jetzt schlechte Erfahrungen mit Offsets gemacht hätten. Darum müsse man jetzt einen Wert von 100 Prozent festlegen. Dieses Argument geht für mich irgendwie nicht ganz auf. Bis jetzt hatten wir ja immer 100 Prozent. Also können die schlechten Erfahrungen der Westschweizer Kantone nicht am Prozentsatz liegen, sondern es gibt vielleicht andere Gründe dafür. Deshalb haben wir im VBS auch gesagt, wir müssen bei den Unternehmen, den Branchen, die bei Offsets zum Zuge kommen, pragmatisch sein, indem wir festlegen, wer in den Genuss von Offsets kommt und wer nicht. Der Schlüssel liegt meines Erachtens dort, nicht beim Prozentsatz. Sonst wäre ja bis anhin auch für die Westschweizer Kantone alles gut gelaufen, weil wir eben immer 100 Prozent hatten.

Wie gesagt: Offsets müssen sicherheitspolitisch und nicht volkswirtschaftlich begründet sein. Wir sprechen hier von einer Rüstungsbeschaffung, von einem Projekt, einer Vorlage, die auf die Erhöhung der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung zielt, nicht von einer Vorlage, die Standort- oder Industriepolitik machen soll. Ich lasse das offen. Man kann Standort- oder Industriepolitik machen wollen. Das muss dann aber unter diesem Titel diskutiert und entschieden werden, nicht bei einem anderen Geschäft quasi durch die Hintertüre.

Der Zweck von Offsets liegt nämlich einzig darin, die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis der Schweiz durch Zugang zu neuen Technologien und neuen Märkten zu stärken. Das ist Sinn und Zweck der Offsets. Weil wir im sicherheitsrelevanten Bereich eine gute, starke Industriebasis brauchen, ist für diesen Teil



auch ein gewisser Mehraufwand zu verantworten – aber nichts, was darüber hinausgeht. Volkswirtschaftlich positive Effekte sind selbstverständlich willkommen. Sie können aber bei Rüstungsbeschaffungen nicht von bestimmendem Einfluss sein.

Für die Beschaffung einer ausreichenden Flotte von Kampfflugzeugen sind 6 Milliarden Franken vorgesehen, und das ist ein knapp bemessener Betrag. Jede Verteuerung, die nicht sicherheitspolitisch begründet werden kann, muss vermieden werden, damit innerhalb des vorgesehenen maximalen Finanzvolumens genügend Flugzeuge beschafft werden können, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Hier ist es für mich auch besonders wichtig, Folgendes zu sagen: Als Departementschefin will ich nicht einfach das Maximum von irgendetwas beschaffen, unabhängig von den Kosten. Wir müssen mit unseren Finanzen – das sind Steuergelder, die von unseren Bürgerinnen und Bürgern kommen – haushälterisch und korrekt umgehen. Deshalb müssen wir das kaufen, was wir für die Sicherheit brauchen, und dürfen nicht mehr Geld ausgeben. Das ist für mich auch ein wichtiges Kriterium.

AB 2019 S 874 / BO 2019 E 874

Wenn wir jetzt von 6 Milliarden Franken für neue Kampfflugzeuge ausgehen, dann sind davon rund 80 Prozent offsetpflichtig, d. h. rund 4,8 Milliarden Franken. Diese 4,8 Milliarden Franken würden über zwölf Jahre in der Schweiz investiert, wenn man 100 Prozent kompensieren wollte. Das sind rund 400 Millionen Franken pro Jahr. In den Jahren 2023 bis 2032 werden aber nicht nur neue Kampfflugzeuge beschafft, sondern auch die Systeme zur bodengestützten Luftverteidigung. Das sind noch einmal 2 Milliarden Franken. Zudem gehen auch noch die ordentlichen Rüstungsbeschaffungen weiter. Wenn man das alles zusammenzählt, dann kann man davon ausgehen, dass das jährliche Offsetvolumen mehr als das Doppelte des aktuellen Volumens und auch der Volumen der letzten Jahre betragen wird.

Es kursieren jetzt Zahlen von einem Offsetvolumen von 300 bis 400 Millionen Franken pro Jahr, und es wird gesagt, das könne ohne Probleme absorbiert und umgesetzt werden. Wenn es nur dieser Betrag wäre, würde ich vielleicht nicht zu 100 Prozent unterschreiben, dass das problemlos umgesetzt werden kann, aber die Chance wäre doch grösser. Aber es bleibt eben nicht bei diesem Betrag, weil wir die ordentlichen Rüstungsbeschaffungen fortführen und nicht stoppen oder sistieren. Das heisst, wir sprechen vom rund doppelten Betrag. Es ist deshalb falsch, wenn diese zusätzlichen ordentlichen Rüstungsbeschaffungen im Zeitraum von 2023 bis 2032 einfach so ignoriert werden; ich habe es ausgeführt.

Im Übrigen konnte ich auch in die Zahlen laufender Offsetgeschäfte Einblick nehmen. Ich muss Ihnen sagen und kann auch bestätigen, was Herr Ständerat Wicki gesagt hat: Es ist eben nicht einfach, diese Gegengeschäfte zu realisieren. Die Zahlen zeigen mir, dass die Umsetzung langwierig ist und zähflüssig geht, und das beim Courant normal von 300 bis 400 Millionen Franken pro Jahr. Wenn wir jetzt noch an das Doppelte denken, dann würde es eine grosse Herausforderung, diese Zahlen wirklich zu realisieren, zu absorbieren und, was sehr wichtig für mich ist, das dann umzusetzen. Ich werde ja umsetzen müssen, was das Parlament beschliesst; das mache ich gerne. Das Parlament ist frei in seinen Entscheidungen, und ich werde sie umsetzen. Es wird aber nicht einfach, so hohe Beträge korrekt umzusetzen, ohne dass man irgendwie noch Branchen beiziehen muss, die wirklich überhaupt nichts mit Sicherheit zu tun haben – es wird also schwierig!

Wichtig ist eine pragmatische Umsetzung der Offsets. Die interne Verteilung 65 Prozent deutschsprachige Schweiz, 30 Prozent französischsprachige Schweiz und 5 Prozent italienischsprachige Schweiz ist auch bei einem Prozentsatz von 60 Prozent Offsets möglich. Wenn man das will und richtig macht, ist das möglich, davon bin ich überzeugt. Der Bundesrat hat sich, wie gesagt, den Entscheid nicht einfach gemacht. Wir haben uns gestützt auf Studien, Unterlagen und bisherige Erfahrungen und haben gesagt, bei einem Beschaffungswert, der so ausserordentlich hoch ist wie der, den wir jetzt haben, sind 60 Prozent gerechtfertigt.

Das gesagt, komme ich noch kurz auf die Minderheit Baumann zu sprechen, die mindestens 60 Prozent verlangt. Sie gibt dem Bundesrat noch einen gewissen Handlungsspielraum. Ich vertrete selbstverständlich die Meinung des Bundesrates, der überzeugt ist, 60 Prozent seien richtig. Die Minderheit Baumann kommt aber dem Entwurf des Bundesrates am nächsten. 100 Prozent wären aus Sicht des Bundesrates nicht gerechtfertigt und auch schwierig umzusetzen. Entsprechend bitte ich Sie, hier im Erstrat dem Antrag der Minderheit Baumann zuzustimmen – ich sage: im Erstrat. Die Diskussionen, davon bin ich überzeugt, werden animiert weitergehen, und ich freue mich auch auf diese intellektuelle Auseinandersetzung. Das ist sehr spannend und interessant.

Heute bitte ich Sie, die Minderheit Baumann zu unterstützen.


Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 27 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit ... 17 Stimmen
 (0 Enthaltungen)

Art. 3, 4
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 19.039/3135)
 Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen
 Dagegen ... 6 Stimmen
 (6 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement
Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
 gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
 Classer les interventions parlementaires
 selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Glättli, Mazzone)
Nichteintreten

Antrag der Minderheit
(Seiler Graf, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Molina)
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
mit dem Auftrag:

- a. eine Botschaft sowie einen Grundsatz- und Planungsbeschluss vorzulegen, in denen die zu erreichenden Ziele für das gesamte Programm Air 2030 – Zwei-Typen-Luftwaffe, bodengestützte Luftverteidigung, Radarüberwachung und C2Air (Führung und Kontrolle) – festgelegt sowie die dabei einzuhaltenden Grundsätze und Kriterien und die vorzusehenden konkreten Massnahmen dargelegt werden;
- b. wie bisher an einer Zwei-Typen-Luftwaffe festzuhalten und die Beschaffung eines leichten Kampffjets vorzubereiten, damit die vorhandenen F/A-18 Hornet geschont und so deren Nutzungsdauer deutlich verlängert werden kann;
- c. für die Beschaffung neuer leichter Kampffjets sowie für die bodengestützte Luftverteidigung, Radarüberwachung und C2Air maximal 4 Milliarden Franken vorzusehen;
- d. die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung und der Frühwarnung sowie die Zusammenarbeit zwischen den Luftstreitkräften der Nachbarländer auszubauen;
- e. darauf zu verzichten, ausländischen Unternehmen, die im Rahmen der Modernisierung der Luftraumsicherheit Aufträge erhalten, als Kompensation die Vergabe von Aufträgen an Schweizer Unternehmen aufzuerlegen.

Proposition de la majorité
Entrer en matière




Proposition de la minorité

(Glättli, Mazzone)

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Seiler Graf, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Molina)

Renvoyer le projet au Conseil fédéral

avec mandat:

- a. de présenter un message et un arrêté de principe et de planification qui fixent les objectifs à atteindre pour l'ensemble du programme Air 2030 – "force aérienne à deux types", défense sol-air, Radar et C2Air (conduite et contrôle) – avec les principes et critères détaillés à respecter et les mesures concrètes à prévoir;
- b. de maintenir le modèle actuel de "force aérienne à deux types" et de préparer l'acquisition d'un avion de combat léger afin de ménager la flotte actuelle de F/A-18 Hornet et d'en prolonger nettement la durée d'utilisation;
- c. de prévoir un montant de 4 milliards de francs au plus pour l'acquisition de nouveaux avions de combat légers et de moyens de défense sol-air ainsi que pour la réalisation des projets Radar et C2Air;
- d. de développer la coopération internationale dans le domaine de la détection précoce et de l'alerte précoce ainsi que la coopération avec les forces aériennes des pays voisins;
- e. de renoncer à obliger les entreprises étrangères qui se voient confier des mandats pour la modernisation des moyens de protection de l'espace aérien d'octroyer des mandats en Suisse à titre de compensation.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Es geht um die Beschaffung der Kampfflugzeuge, aber eigentlich geht es um viel mehr: Es geht um die Sicherheit und Stabilität in unserem Land, und die Armee leistet einen Beitrag dafür. Die Armee: Hier spreche ich für das Heer, aber auch für die Luftwaffe.

Erlauben Sie mir, ein paar Ausführungen vonseiten der Kommission zu machen. Was macht die Luftwaffe überhaupt? Ich spreche jetzt von den Kampfflugzeugen. Diese müssen die normale Lage abdecken, das ist die heutige Situation mit Luftpolizeidienst; sie müssen ihren Einsatz bei einer erhöhten Spannung leisten, zum Beispiel bei der Sicherung des World Economic Forum oder von Konferenzen in Genf; und im Extremfall müssen sie auch einem Angriff standhalten. Das wird heute mit den 30 F/A-18 und den 26 F-5 Tiger gemacht. Die Tiger sind vierzig Jahre alt, und man möchte sie 2025 ausser Dienst stellen. Man muss dann vielleicht noch anschauen, ob das wirklich 2025 sein muss oder ob es hier eine gewisse Flexibilität braucht. Die Erneuerung der Luftwaffe muss 2030 geschehen. Eine Erneuerung dauert etwa zehn Jahre; deshalb sind wir heute so weit. Nun ganz kurz zum Ablauf: Was ist bisher geschehen? 2017 gab es eine Expertengruppe, die einen Bericht zur Luftwaffe und zum Einsatz gemacht hat. Den Bericht kennen die meisten von Ihnen. Im April 2019 hat dann die neue Bundesrätin eine Zweitmeinung eingeholt, und der Bericht wurde bestätigt. Im Juni 2019 wurde die Botschaft des Bundesrates verabschiedet, über die wir heute reden. Diese Botschaft hat vier wichtige Elemente:

1. Man will einen referendumsfähigen Planungsbeschluss. Gemäss Artikel 28 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes geht das, wenn die Vorlage von enormer Bedeutung ist. Das wurde hier anerkannt. Es gab auch hier im Rat einen überwiesenen Vorstoss zu diesem Anliegen. Deshalb hat man einen referendumsfähigen Planungsbeschluss beschlossen. Ganz klar ist, das wurde erwähnt: Es geht nicht um ein künftiges Finanzreferendum bei der Armee, und es ist keine Präzisierung für weitere Beschaffungen. Das können Sie überall nachlesen.
2. Die Luftwaffe soll bis 2030 erneuert werden. Ich habe es erwähnt, das dauert noch zehn Jahre, deshalb müssen wir uns jetzt langsam etwas beeilen.
3. Das Finanzvolumen beträgt 6 Milliarden Franken, berechnet auf dem Landesindex der Konsumentenpreise 2018.
4. Die Offsets, die Kompensationsgeschäfte, betragen 60 Prozent, 20 Prozent direkt, 40 Prozent indirekt – ich komme nachher noch darauf zurück.

Der Ständerat hat die ganze Vorlage am 24. September beraten. Er hat mit 32 zu 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Vorlage angenommen. Er hat eine Änderung vorgenommen bei den Kompensationsgeschäften; man soll 100 Prozent kompensieren. Das wurde mit 27 zu 17 Stimmen beschlossen.

Im Mitbericht der Finanzkommission wurde die Vorlage ebenfalls befürwortet. Mit 17 zu 8 Stimmen hat die Finanzkommission aber beschlossen, dass Offsets/Kompensationsgeschäfte 80 Prozent ausmachen sollen. Also Sie sehen, das wird noch Diskussionen geben.

Nun zu den Feststellungen in der SiK: Die Mehrheit der Kommission erachtet das Anliegen als berechtigt und hat mit 23





AB 2019 N 2155 / BO 2019 N 2155

zu 2 Stimmen Eintreten beschlossen. Mit 19 zu 6 Stimmen haben wir beschlossen, dass wir das Geschäft nicht zurückweisen.

In der Kommission wurden auch die Alternativen besprochen. Bodluc, Boden-Luft-Raketensysteme, sind Waffen, mit denen man schießt, und dann kann man alles Weitere vergessen. Es sind also reine Abwehrwaffen; es gibt keine Identifikation, kein Wegdrängen, keine Überprüfung von Flugzeugen. Deshalb ist das keine Alternative. Drohnen sind ebenfalls nicht schnell genug, fliegen nicht hoch genug und können keine Identifikation machen.

Die Kampfwertsteigerung der Flugzeuge machen wir bereits beim F/A-18, aber langsam wird das sehr, sehr teuer. Auch Kampfhelikopter sind keine Option. Sie dienen der Unterstützung von Bodentruppen, aber sie sind eben nicht für den Luftpolizeidienst oder sogar die Abwehr geeignet.

Eine Kooperation wird auch immer wieder erwähnt. Auch hier ist die Mehrheit der Kommission gegen einen Ausbau, weil wir ein souveränes, neutrales Land sind und uns die ersten paar Wochen auch selber behaupten können sollten. Auch die Option leichte Kampfflugzeuge – das Anliegen der SP, ich komme nachher noch auf diesen Punkt zurück – wurde von der Kommission verworfen.

Die Finanzierung haben wir auch angeschaut. Die Finanzierung, das möchte ich hier erwähnen, läuft über das Rüstungsprogramm, also über das Armeebudget. Es braucht da nicht irgendwelche Zusatzkredite. Es geht um die Zeit von 2023 bis 2032. In dieser Zeit wird die Luftwaffe erneuert, und das Heer erhält die entsprechenden Mittel. Wir sprechen hier also von 15 Milliarden Franken. Ich komme beim Thema Offset darauf zurück.

Nun gleich zum Thema Offset, zum Thema Kompensationsgeschäfte: Grundsätzlich ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass wir diese wollen, weil wir einen gewissen Technologie- und Wissenstransfer möchten. Es ist uns aber bewusst, dass Kompensationsgeschäfte immer auch den Preis des Geschäftes erhöhen. Je mehr Kompensationsgeschäfte wir also machen, desto mehr wird das irgendwo eingepreist. Das ist einfach so. Wir haben in der Kommission auch gesagt, dass wir an der regionalen Verteilung festhalten möchten.

Nun komme ich zur Rückweisung und zu diesem Neuanfang: Ich habe Ihnen gesagt, die Kommission ist mehrheitlich für Eintreten und will keine Rückweisung. Von der SP wurde ein sogenanntes Alternativkonzept mit leichten Trainingsflugzeugen aufgezeigt. Ich kann Ihnen hier sagen: Das ist absolut keine Option! Wir haben das Konzept auch angeschaut. Die Flugzeuge erreichen die Höhe und die Geschwindigkeit nicht, sie haben die Ausrüstung nicht, sie haben die Waffen nicht, und es gäbe eine Zweiflottenpolitik. Und alle Länder, die diese Flugzeuge haben, setzen sie nur als Trainingsflugzeuge ein. Also wenn hier im Saal etwas anderes behauptet wird, dann ist das falsch.

Jetzt erlaube ich mir, eine Ausführung an die Adresse der SP-Fraktion zu machen; ich mache das natürlich als Kommissionssprecher, weil das auch protokollarisch festgehalten worden ist. Wir waren in der Kommission erstens über das Vorgehen der SP erstaunt. Man hat im April beschlossen, dass man keine Nähe zu den Anbietern von Flugzeugen sucht – und was macht die SP? Sie macht mit dem Schweizer Fernsehen eine Kaffeefahrt nach Italien und geht dort Trainingsflugzeuge anschauen. Das hat die Kommission nicht sehr goutiert, das kann ich Ihnen sagen. Deshalb gab es auch die entsprechenden Voten, und deshalb kann ich das hier auch erwähnen.

Ein zweiter Punkt ist in der Kommission erwähnt worden: Es geht eben nicht, dass man der Armee immer weniger Geld und die falschen Mittel gibt, damit sie den Auftrag nicht erfüllen kann. Das Ziel der SP ist wahrscheinlich ein anderes, das muss sie dann auch einmal aufzeigen. Auch das wurde in der Kommission gesagt, es ist nicht nur meine persönliche Meinung.

Also: Die Kommission war mit 23 zu 2 Stimmen für Eintreten und mit 19 zu 6 Stimmen gegen eine Rückweisung.

Jetzt komme ich noch zu den ersten beiden Minderheiten, Seiler Graf und Fridez. Das Alternativkonzept bei Artikel 1 wurde mit 18 zu 6 Stimmen abgelehnt. Das ist eigentlich das Konzept der SP-Fraktion, die hier auf der einen Seite die Trainingsflugzeuge will und auf der anderen Seite den Einsatz der F/A-18 reduzieren will, damit man diese Flugzeuge länger behalten kann.

Ich erwähne noch Artikel 2 Buchstabe a, das ist auch am Anfang der Fahne. Hier möchte die Minderheit Fridez das Finanzvolumen der Luftwaffe auf 4 Milliarden beschränken. Auch das wurde in der Kommission mit 18 zu 6 Stimmen abgelehnt – aus einem ganz einfachen Grund: Wenn Sie die Mittel reduzieren, dann können Sie auch den Auftrag nicht mehr erfüllen.

Ich komme zum Schluss, zum Fazit. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, einzutreten und keine Rückweisung zu machen. Das Alternativkonzept ist kein Alternativkonzept, auch wenn es so genannt wird. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, in der Detailberatung überall den Mehrheiten zu folgen. Ich werde



als Kommissionssprecher vor allem beim Thema Offset dann noch einmal diese ganze Diskussion erläutern. In der Gesamtabstimmung wurde diese Vorlage mit 18 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Geschätzter Kollege Hurter: Das stimmt, wir hatten dieses Agreement in der Kommission, dass wir nicht mit Anbietern sprechen. Darum meine Frage: Ist Leonardo einer der offiziellen Anbieter?

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Nein, Leonardo ist kein offizieller Anbieter. Das habe ich Ihnen gesagt. Aber Sie geben ja mit Ihrem Alternativkonzept vor, dass es ein Anbieter sei. Ich glaube, das ist eine Wortklauberei, die Sie hier anstellen. Sie verfolgen eine Verzögerungstaktik: Sie wollen nämlich dieses Geschäft verlängern. Sie wissen genau, dass das keine Alternative ist. Das haben wir ja auch in der Kommission besprochen. Sie wollen der Armee weniger Mittel geben, denn Ihr ursprüngliches Ziel – und vielleicht müssten Sie einmal Ihr Parteiprogramm ändern – ist die Abschaffung der Armee.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: Stiamo parlando, prima di tutto, della sicurezza e della nostra neutralità. Stiamo parlando della difesa della nostra popolazione, del nostro territorio, delle nostre città e delle nostre infrastrutture critiche. Il sistema di protezione dello spazio aereo contribuisce a garantire la nostra sicurezza.

Di questo sistema fanno parte gli aerei da combattimento, che entro il 2030 raggiungeranno la loro durata massima di utilizzo. Il Consiglio federale sottopone al Parlamento il rinnovo degli aviogetti sotto forma di decisione programmatica, che sottostà a referendum facoltativo.

Ci esprimeremo sul principio di rinnovo e del relativo finanziamento degli aerei. La scelta del modello, come detto, rimane di competenza del Consiglio federale. Allo stesso tempo, anche il sistema di difesa terra-aria va sostituito. Questo investimento però non rientra nel presente decreto federale, ma verrà sottoposto alle Camere nel quadro di un programma di armamento.

Le modalità di finanziamento: il credito massimo per l'acquisto dei nuovi aviogetti proposto dal Consiglio federale è di 6 miliardi di franchi. L'acquisto verrà finanziato nei prossimi dieci anni tramite il budget annuale dell'esercito, che a partire dal 2020 sarà aumentato dell'1,4 per cento annuo. Oltre i nuovi aerei, nello stesso periodo, ciò permetterà di coprire anche i costi per il rinnovo del sistema di difesa terra-aria, 2 miliardi di franchi; ulteriori 7 miliardi di franchi verranno impiegati per altre nuove componenti dell'esercito. Ricordo che il budget del nostro esercito negli ultimi vent'anni è continuamente diminuito e si assesta ora allo 0,7 per cento del PIL. Perché abbiamo bisogno di nuovi aerei da combattimento? Perché i 30 F/A-18 potranno essere utilizzati solamente fino al 2030. E i 26 F-5 Tiger dopo ben quarant'anni di servizio sono diventati obsoleti. In situazione normale, gli aerei vengono impiegati per sorvegliare costantemente lo spazio aereo svizzero e garantire la sicurezza durante manifestazioni internazionali.

AB 2019 N 2156 / BO 2019 N 2156

Ma devono anche essere in grado di impedire l'uso illecito del nostro spazio aereo in periodi di grave tensione, proteggerci in caso di minaccia terroristica e, in caso di conflitto armato, difendere lo spazio aereo e appoggiare le truppe di terra. L'investimento è considerevole, ma da vedere a lungo termine: i nuovi aerei opereranno nei nostri cieli per oltre trent'anni.

Tema offset, tema del contraffare: un'altra importante componente del messaggio sono gli affari di compensazione. Il fornitore dei jet dovrà assegnare delle commesse alle imprese svizzere pari ad una certa percentuale del valore contrattuale. L'obiettivo primario degli offset è quello di mantenere il più possibile in Svizzera il sapere tecnologico in materia di sicurezza a lungo termine. Ciò rinforzerà la nostra industria e aumenterà la nostra autonomia nel mantenimento degli aerei. La discussione ruota intorno al volume di questi offset. Il Consiglio federale propone una compensazione del 60 per cento. Di questi, il 20 per cento sono offset diretti; il 40 per cento sono invece offset indiretti, sempre però riguardante il settore della base tecnologica e industriale rilevante in materia di sicurezza. Il fornitore dei jet assegna altre commesse oppure acquista beni e servizi. Per quanto riguarda la percentuale di compensazione, la nostra commissione si allinea alla proposta del Consiglio federale; ma di ciò discuteremo più approfonditamente nella deliberazione di dettaglio. Ricordo che il Consiglio degli Stati ha approvato l'oggetto, sostenendo però una compensazione del 100 per cento, con una ripartizione regionale.

Vengo ora ai lavori della commissione: la commissione ha trattato l'oggetto nella seduta del 25 e 26 novembre. In quell'occasione ha pure esaminato il rapporto della Commissione delle finanze del nostro Consiglio, che tra l'altro sostiene una percentuale di offset dell'80 per cento. La maggioranza della commissione sostiene con vigore la necessità di rinnovare i mezzi per la protezione dello spazio aereo. L'esercito è un sistema globale e la protezione dello spazio aereo svizzero ne è una componente fondamentale.



Il concetto presentato dal Consiglio federale e il relativo modo di procedere è chiaro ed è sostenuto dalla maggior parte della commissione. L'entrata in materia è perciò stata approvata. Tuttavia, sono state presentate due proposte di minoranza.

La minoranza Glättli chiede di non entrare in materia, poiché non condivide la scelta di esprimersi solo sul principio dell'acquisto degli aviogetti senza essere a conoscenza del modello. Ritiene inoltre che il credito vada impiegato secondo altre priorità. Sulla necessità di rinnovare la flotta aerea mi sono appena espresso. Aggiungo solo che non entrare in materia significherebbe esporre la popolazione e le nostre infrastrutture critiche a pericoli inevitabili. La proposta di minoranza è stata bocciata in commissione con 23 voti contro 2 e 0 astensioni a favore dell'entrata in materia.

La minoranza Seiler Graf propone invece di rispettare il disegno al Consiglio federale. Chiede di elaborare un nuovo messaggio che comprenda gli obiettivi di tutto il programma Air 2030. Si dovrebbe mantenere il modello di forze aeree a due tipi pianificando l'acquisto di una flotta di aerei più leggeri da impiegare insieme agli F/A-18 esistenti. Occorrerebbe limitare il credito di acquisto per questi aerei e per il resto dei mezzi per la protezione dello spazio aereo a 4 miliardi di franchi e sviluppare una cooperazione ulteriore, internazionale in materia di difesa aerea. Infine, propone di rinunciare completamente agli affari compensatori.

Per la maggioranza della commissione il concetto presentato dal Consiglio federale è chiaro. Il sistema di difesa terra-aria verrà portato avanti parallelamente all'acquisto degli aviogetti. Alternative per gli aviogetti sono state valutate dal Consiglio federale e dagli specialisti in materia del nostro esercito, ma quella proposta, appunto, è risultata essere l'opzione migliore per le nostre necessità specifiche. Inoltre, ampliare ulteriormente la cooperazione con altri Stati in materia di sicurezza dello spazio aereo metterebbe in discussione la nostra sovranità e neutralità.

Per questi motivi la commissione si è opposta a questa proposta di minoranza, con 19 voti contro 6 e 0 astensioni.

La Commissione della politica di sicurezza vi invita dunque ad entrare in materia sul decreto federale concernente l'acquisto di nuovi aerei da combattimento ed a rifiutare le due proposte di minoranza. Vi informo inoltre che, con 18 voti contro 5 e 0 astensioni, ha approvato il progetto finale, e vi chiede di fare altrettanto.

Addor Jean-Luc (V, VS): Cher collègue, sur la question des affaires compensatoires, on a dans le fond changé les règles du jeu en cours de partie. Normalement, de manière classique selon la politique du Conseil fédéral, les affaires compensatoires correspondent à 100 pour cent de la valeur contractuelle. Or, tout à coup, on réduirait cette part à 60 pour cent. On sait qu'au Conseil des Etats on était arrivé à une solution fixant cette part à 100 pour cent; on a parlé en commission d'un compromis possible à 80 pour cent, et un des éléments qui a fait débat est la question de savoir si l'industrie suisse, notamment les industries romande et tessinoise, a la capacité d'absorber les 20 pour cent supplémentaires pour arriver au moins au compromis de 80 pour cent. La démonstration a-t-elle été faite que l'industrie suisse n'a pas cette capacité? Ou bien, au contraire, doit-on admettre que, comme elle l'a démontré par le passé, l'industrie suisse, notamment en Suisse romande et au Tessin, (*Remarque intermédiaire de la présidente: Une courte question!*) a bel et bien cette capacité?

Cattaneo Rocco (RL, TI), pour la commission: Je vous remercie, Monsieur Addor, pour cette question très structurée. En tant que rapporteur, je peux vous dire que la commission a décidé de fixer le montant des affaires compensatoires à 60 pour cent de la valeur contractuelle. Mais il est vrai que, normalement, la politique d'offsets du département est de compenser les achats à 100 pour cent. Je pense – c'est mon opinion personnelle – que notre industrie est capable de compenser à 100 pour cent ces achats d'avions. Elle en a la capacité. Je pense aussi que, dans les régions romande et tessinoise, on a la capacité de les compenser à 100 pour cent. Mais on verra ce que donne le débat par la suite. On verra ce que va décider le Conseil des Etats après nous.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir Grünen lehnen den vorliegenden Planungsbeschluss ab, und wir beantragen Ihnen, nicht darauf einzutreten.

Worum geht es in diesem Planungsbeschluss? Ganz konkret geht es hier, wenn wir das Total aus den 6 Milliarden Franken Investitionen, über die wir jetzt abstimmen, und den absehbaren Betriebs-, Unterhalts- und Nachrüstkosten für die Kampfwertsteigerung anschauen, um einen Blankocheck von bis zu 24 Milliarden Schweizerfranken. Wir stellen hier einen Blankoscheck aus – und das ohne Not, aus rein politischen Gründen. Es ist klar: Die Kampfjetbefürworter wollen die Typendiskussion aus dem Abstimmungskampf heraushalten. Ein Teil der Befürworter meint, dass das Gripen-Nein am 18. Mai 2014 nur wegen der Typendiskussion zustande gekommen sei. Darum soll nun auf alle Fälle verhindert werden, dass es allenfalls bereits im Abstimmungskampf zu ersten Lecks aus der Evaluation kommt und man weiss, in welche Richtung die Reise geht. Darum



muss nun auch die Behandlung dieses Geschäfts im Schnellverfahren durch diese Session gedrückt und das Geschäft unbedingt in die Schlussabstimmung gebracht werden. Seien wir präzise! Niemand will, dass die Stimmberechtigten etwa im Multiple-Choice-Verfahren den Flugzeugtyp wählen können. Niemand, auch wir nicht, fordert, dass die Sicherheitspolitische Kommission diesen Typenentscheid fällen soll. Die Auswertung, die Bewertung der Angebote und die Gewichtung der Kriterien sollen durch die Profis erfolgen. Die Entscheidung aber, ob man die vorgeschlagene Beschaffung aus dem vorgeschlagenen Land dann macht oder nicht, ist auch eine eminent politische Entscheidung.

Es gibt Gründe, warum in dieser Auswahl keine chinesischen und keine russischen Jets sind. Der Grund ist nicht etwa, dass die Chinesen oder die Russen keine guten Jets bauen könnten – vermutlich könnten sie sogar noch viel günstigere bauen, als wir sie hier in den Angeboten haben. Der

AB 2019 N 2157 / BO 2019 N 2157

Grund ist, dass sich die Schweiz ganz klar aus strategischen, sicherheitspolitischen Gründen entweder im US-amerikanischen oder dann im europäischen Verteidigungskontext positionieren will.

Die Frage, ob wir mit den USA oder mit einem europäischen Land ein solches Rüstungsgeschäft abschliessen, ist eine politische Frage. Sie erinnern sich an die Gripen-Abstimmung; dort waren es die Befürworter, die so argumentiert haben. Sie haben beim Gripen gesagt: Ein Pluspunkt des Gripen ist, dass er aus einem neutralen Land kommt. Da war das Herkunftsland des Jets ein politisches Argument im Abstimmungskampf. Heute nun, wenn es unbequem wird, soll das eine rein technische Frage sein.

Zurück zum Grundsätzlichen: Was unsere Schweiz für mehr Sicherheit, für eine bessere Neutralität, auch für grössere Unabhängigkeit braucht, da sind wir Grünen überzeugt, sind nicht teure Kampfflugzeuge. Die Schlacht der Zukunft, das habe ich schon damals in der Gripen-Debatte gesagt, ist eine Anbauschlacht auf unseren Dächern, um mehr Solarwärme und Solarstrom zu ernten. Wir wollen nicht, dass immer mehr Kriege um Öl geführt werden – auch um Öl, das wir verbrauchen –, sondern wir wollen hier in der Schweiz unseren Teil dazu beitragen, unsere Unabhängigkeit vom Ausland zu verstärken, und wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass wir das grösste, das allergrösste Sicherheitsrisiko, das wir nicht nur hier in diesem Land, nicht nur hier auf dem europäischen Kontinent, sondern weltweit für unsere Zivilisation haben, die Klimakrise, an erste Stelle setzen, wenn es darum geht, wo wir das Geld investieren.

Es gibt auch andere Zivilisationsbedrohungen, das ist klar. Ich sage auch nicht, die Welt sei einfach friedlich – Friede, Freude, Eierkuchen. Es gibt aber selbst im klassischen Sicherheitsbereich grössere Risiken als die, dass wir, umzingelt von Freunden, plötzlich mit Jets aus Deutschland, Frankreich, Italien oder etwa Österreich angegriffen würden. Mit Cyberrisiken z. B. haben wir tagtäglich grosse Probleme. Da müssen wir investieren – nicht nur die Armee, das ist eine Verbundaufgabe. Dadurch ist kritische Infrastruktur jeden Tag gefährdet, da gilt es, Prioritäten zu setzen.

Gerne bekräftige ich Ihnen aber zum Schluss auch, was wir Grünen ja auch in den vergangenen Monaten immer wiederholt haben: Ja, wir brauchen weiterhin eine Luftpolizei, aber wir haben eine Luftpolizei, und wir haben auch die dafür notwendigen Kampffjets.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Minderheit und auch im Namen der Grünen Nichteintreten. Sollte dies keine Mehrheit finden, dann beantrage ich Ihnen auch bereits jetzt im Namen der Grünen die Unterstützung des Rückweisungsantrags.

Büchel Roland Rino (V, SG): Kollege Glättli, zum Schluss sind Sie dann doch noch zur Antwort gekommen, die eigentlich allen bekannt ist: Sie wollen ja keine Kampffjets. Am Anfang haben Sie gesagt, die Russen, die Chinesen usw. wären Ihnen nicht genehm, aber dann ist Ihnen ja eigentlich niemand als Lieferant genehm – habe ich das richtig verstanden?

Glättli Balthasar (G, ZH): Sie wollen ja Kampffjets. Diejenigen, welche die Kampffjets wollen, müssen die Frage beantworten, in welchem sicherheitspolitischen Kontext man sich sieht. Die Befürworter einer Kampffjetbeschaffung haben bei der Gripen-Abstimmung gesagt, es sei ein relevantes Plus des Gripen, dass er aus einem neutralen Land, aus Schweden, kommt. Und jetzt, wo es ihnen nicht mehr so passt, wo kein neutrales Land im Rennen ist, soll das plötzlich kein Argument mehr sein.

von Siebenthal Erich (V, BE): Kollege Glättli, Sie haben vorhin Aussagen gemacht, die von mir sein könnten. Sie haben gesagt, wie schön die Schweiz und wie alles wunderbar sei – die Neutralität, die Unabhängigkeit, die Freiheit und vieles mehr –, (*Zwischenruf Glättli: Schön, dass wir etwas gemeinsam haben!*) und da frage ich Sie: Sind Sie nicht total auf dem falschen Dampfer, wenn Sie argumentieren, dass all diese Werte keine Armee brauchen?



Glättli Balthasar (G, ZH): Ich glaube, in der Sicherheitspolitik wie in allen politischen Feldern, die wir hier verhandeln, geht es immer darum, eine treffende Gesamtsicht und auch eine treffende Bewertung der Risiken vorzunehmen. Ich glaube, in der Bewertung der Risiken, wenn wir ein mögliches Risiko haben, sind wir leider nicht mehr gleicher Meinung. Ich weiss nicht, wie in dreissig Jahren die sicherheitspolitische Situation in Europa aussieht. Das weiss ich nicht, aber ich weiss: Wenn wir jetzt nicht die Bedrohung der Klimakrise zuerst und mit hoher Intensität und auch mit hohem Mitteleinsatz anpacken, dann werden wir in dreissig Jahren nicht mehr darüber entscheiden müssen, welche schöne Schweiz wir bewahren wollen, weil es sie dann so nicht mehr gibt.

Tuena Mauro (V, ZH): Herr Kollege Glättli, Sie sind bekennender Armeegegner, Sie sind auch bekennender Gegner dieser Flugzeuge. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie luftpolizeiliche Einsätze befürworten. Erklären Sie bitte den Anwesenden in diesem Saal und somit der Öffentlichkeit, wie das in Zukunft stattfinden soll!

Glättli Balthasar (G, ZH): Die Luftpolizei hat die Aufgabe, im Fall eines unbekanntes Flugobjekts dieses in der nötigen Geschwindigkeit, auch in der nötigen Manövrierfähigkeit aufzuklären und zu schauen, was los ist. Ist zum Beispiel der Pilot plötzlich bewusstlos geworden? Ist es eine terroristische Attacke? Oder ist es etwa ein fremdes Flugzeug, das unerkannt in unseren Luftraum eindringen will? Wenn man zum Schluss kommt, dass etwas nicht in Ordnung ist, hat die Luftpolizei dann die Aufgabe, dieses Flugzeug zur Landung zu geleiten und es notfalls auch mit Waffengewalt dazu zu zwingen. Das ist eine Aufgabe, welche die Schweiz selbst dann wahrnehmen müsste, wenn sie keine Armee hätte. Deshalb sagen wir Ja dazu.

Seiler Graf Priska (S, ZH): 6 Milliarden Franken, so viel wollen der Bundesrat, der Ständerat und, wie ich befürchte, auch der Nationalrat für Hochleistungskampffjets ausgeben. 6 Milliarden Franken – das ist wahrlich keine Bagatellsumme. Dieses Geld fehlt dann an anderen Orten und Bereichen, wo es dringend nötig wäre: bei den Prämienverbilligungen, bei Klimaschutzmassnahmen, bei der Entwicklungszusammenarbeit usw. Zudem muss man auch noch in Betracht ziehen, dass diese Luxus-Kampffjets auch teuer bei den Unterhalts-, Betriebs- und Werterhaltungskosten sind. Laut einem Artikel der "NZZ am Sonntag" von gestern, der sich auf ein Positionspapier des Lilienberg-Unternehmensforums beruft, kommen bei einem Lebenszyklus von dreissig Jahren nochmals Kosten von 18 Milliarden Franken dazu. Diese Kampfflugzeuge werden uns also insgesamt sage und schreibe 24 Milliarden Franken kosten.

Der Schutz des Luftraums ist auch der SP sehr wichtig. Man kann wirklich nicht behaupten, die SP hätte sich keine Gedanken darüber gemacht. Wir haben uns lange und intensiv mit VBS-unabhängigen Fachleuten auseinandergesetzt. Die Frage ist daher nicht, ob wir unseren Luftraum und die Bevölkerung schützen wollen – das wollen wir schliesslich alle. Die Frage ist vielmehr, mit welchen Mitteln und mit wie viel Geld wir diesen Schutz erreichen wollen. Braucht es diese Luxus-Kampffjets für insgesamt 6 Milliarden Franken wirklich, die weit mehr können, als sie überhaupt müssen? Oder gäbe es da nicht günstigere Lösungen? Die SP ist klar der Meinung: Jawohl, diese günstigeren Lösungen gibt es. Daher haben wir ein Alternativkonzept ausgearbeitet, nennen wir es einmal "Air 2030 plus", dies unter der Prämisse "doppelte Sicherheit zum halben Preis". Das Konzept steht auf vier Säulen: leichte Kampfflugzeuge, besserer Radar zwecks Früherkennung, besseres Führungs- und Kontrollsystem – ein sogenanntes C2Air – und bessere bodengestützte Abwehr, die ja für den Schutz des Luftraums genauso wichtig ist und mindestens so wichtig wie die Kampffjets, zumal sie wirksamer und zuverlässiger ist.

Insgesamt erfordert unser Alternativkonzept Investitionen von höchstens 4 Milliarden Franken statt 8 Milliarden, wie der Bundesrat im Planungsbeschluss vorgeschlagen hat. Wir

AB 2019 N 2158 / BO 2019 N 2158

stellen darum den Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, die vier Eckpunkte umzusetzen.

Die allermeisten Aufgaben des Luftpolizeidienstes können nämlich leichte Kampffjets machen. Pro Jahr gibt es in der Schweiz etwa 200 bis 350 sogenannte Life Missions. All diese Live Missions können von leichten Kampffliegern ausgeführt werden. Das sind Kontroll- und Hilfeleistungen und keine Aufholjagden. Für die anderen Aufgaben, die etwa 10 bis 40 sogenannten Hot Missions pro Jahr, haben wir ja weiterhin die F/A-18-Flotte. Diese wollen wir nicht verschrotten, im Gegenteil, wir wollen sie schonen, um sie länger behalten zu können. Wir stehen darum klar auch für eine Zweitypenluftwaffe ein – ja, das stimmt. Diese hat nämlich auch sonst noch Vorteile: Air 2030 sieht vor, dass Kampffjetpilotinnen und -piloten auf Pilatus-Turboprop-Trainern ausgebildet werden und dann direkt ins Cockpit des neu zu beschaffenden Hochleistungskampffjets sitzen. Andere Luftwaffen sehen da einen Zwischenschritt vor, einen nächsten Ausbildungsschritt auf einem leichten Jet-Trainer, wie das eben ein leichtes und kostengünstiges Kampfflugzeug sein könnte. Um es gleich vorwegzunehmen,



Sie brauchen es dann gar nicht erst zu fragen: Das könnte M-346 von Leonardo sein – muss aber nicht. Da gibt es auch noch andere Beispiele. Leichte Kampffjets sind übrigens nicht nur billiger in der Anschaffung, sondern haben auch einen deutlich kleineren Verbrauch bei den Betriebs- und Unterhaltskosten; ganz sicher keine 18 Milliarden Franken!

Der Luftraum ist der Schwachpunkt unseres kleinen Landes. Zum Glück sind wir von befreundeten Ländern umgeben, die mit Ausnahme von Österreich alle Nato-Mitglieder sind. Im höchst unwahrscheinlichen Fall eines Angriffs profitieren wir also von einem soliden Nato-Schirm. Ohne die enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, gerade im Bereich der Früherkennung, wären wir aber blind und handlungsunfähig. Diese Zusammenarbeit gilt es darum weiter auszubauen, denn sie ist ein grosser, sicherheitsrelevanter Gewinn.

Auf unsere Forderung unter Buchstabe e des Rückweisungsantrages kommen wir später noch ausgiebig zu sprechen, da geht es nämlich um das Thema Offset. Nur so viel gleich zu Beginn: Die SP will null Prozent Offset. Kompensationsgeschäfte verteuern die Beschaffung markant. Sie haben nichts mit gezielter Industrieförderung zu tun, sondern sie sind versteckte Subventionen.

Ich bitte Sie also aus all den genannten Gründen, den inhaltsleeren Planungsbeschluss zurückzuweisen, mit einem klaren Auftrag: Wir wollen keinen Blankoscheck für 6 Milliarden Franken!

Wasserfallen Christian (RL, BE): Frau Kollegin Seiler Graf, ich weiss schon, warum Sie sich so intensiv mit diesem Geschäft beschäftigt haben: damit Sie möglichst nicht Ja zu einer Kampffjetbeschaffung stimmen müssen. Bei Ihrer Variante kommt es mir so vor, wie wenn die Polizei mit der Seifenkiste Räuber jagen würde. Wie wollen Sie mit Ihrem Konzept gewährleisten, dass es, wenn die F/A-18 einmal auslaufen und ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, eine Alternative gibt? Was ist dann Ihr Plan?

Seiler Graf Priska (S, ZH): Vielen Dank für Ihre Frage, geschätzter Kollege Wasserfallen. Natürlich, irgendwann läuft die Betriebsdauer der F/A-18 wirklich aus; das stimmt. Aber mit unserem Konzept werden sie ja geschont und können darum noch länger in Betrieb gehalten werden – wie das übrigens in anderen Ländern auch der Fall ist. Im Vergleich mit anderen Ländern sind unsere F/A-18 noch gar nicht so alt. Wenn dann die F/A-18 wirklich ausser Betrieb genommen werden müssen, dann müssen wir selbstverständlich auch wieder über ein neues Kampfflugzeug diskutieren; das ist richtig. Aber jetzt gibt es wirklich noch keine Not. Jetzt müssen wir das noch nicht tun.

Tuena Mauro (V, ZH): Frau Kollegin Seiler Graf, Sie haben gesagt, Sie wollten jetzt die F/A-18-Flieger noch etwas am Leben erhalten. Das funktioniert. Sie haben dann gesagt, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, dass man sie aus dem Verkehr nehmen müsse, könne man über neue Kampfflieger diskutieren. Haben Sie das Gefühl, dass es dann nur etwa ein halbes Jahr geht, bis neue Kampfflieger hier zum Gebrauch bereitstehen?

Seiler Graf Priska (S, ZH): Nein, überhaupt nicht, natürlich nicht. Das braucht eine genügende Vorlaufzeit. Aber wir haben genug Zeit. Wir sind jetzt auch genug früh dran. Es stimmt überhaupt nicht, dass wir unter Zeitdruck stehen. Das wird einfach immer so behauptet.

Paganini Nicolo (M, SG): Geschätzte Frau Kollegin Seiler Graf, trifft es zu, dass ein leichtes Kampfflugzeug, wie es dieser Typ Leonardo ist, in keinem einzigen Land zu mehr als zu Trainingszwecken eingesetzt wird?

Seiler Graf Priska (S, ZH): Dieser Leonardo, den wir ja in Betracht gezogen haben, kann zu einer Fight-and-Attack-Version aufgemotzt werden. Es gibt Länder, die schon ein Konzept haben, in denen Hochleistungskampffjets zusammen mit leichten Jet-Trainern die luftpolizeilichen Dienste machen. Ich möchte da Italien erwähnen, dort macht ein Vorläufermodell des Leonardo Luftpolizeidienste. Oder auch Österreich: 60 Prozent der Luftpolizeidienste werden dort mit dem Eurofighter erledigt, 40 Prozent mit einem Saab, also auch einem Jet-Trainer. Sie wollen jetzt diesen Saab ersetzen, und der Leonardo M-346 ist da im Gespräch. Es gibt also Länder, die das auch für die Luftpolizeidienste machen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzte Kollegin Seiler Graf, Sie haben vorhin die Anwendungsfälle für die Luftverteidigung erwähnt. Wenn ich richtig informiert bin, dann gab es in den letzten zehn, zwanzig Jahren einzig und allein den Anwendungsfall, dass man verirrte Sportflugzeuge vom Himmel eskortiert hat – was eigentlich nicht einmal Luftpolizeidienst ist, sondern eher Lufttaxidienst. Dieser könnte doch zweifelsohne in Ergänzung mit diesem Kleinflugzeug von Leonardo gemacht werden. Können Sie das bestätigen?

Seiler Graf Priska (S, ZH): Ja. Ich habe in meinem Votum nochmals darauf hingewiesen, dass sogenannte Live Missions, diese Hilfeleistungen – das sind etwa 52 bis 53 Fälle pro Jahr –, wirklich mit leichten Kampfflugzeugen



gen erledigt werden können. Für die Hot Missions, bei denen man nicht genau weiss, was einen erwartet, und bei denen man vielleicht ein Flugzeug zur Landung zwingen muss, haben wir ja immer noch die F/A-18-Flotte. Es sind etwa 10 bis 40 solche Hot Missions pro Jahr, also wirklich nicht sehr viele.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Geschätzte Frau Kollegin, ich habe jetzt mal alles gegoogelt, was die SP zur Nato sagt. Sie haben hier die heilige Zusammenarbeit gepredigt. Ich nehme an, somit sind Sie dafür, dass 2 Prozent des BIP in die Verteidigung gehen müssen, so wie es die Nato will. Ist das so?

Seiler Graf Priska (S, ZH): Vielen Dank für diese interessante Frage, Herr Portmann. Selbstverständlich setzen wir auf internationale Kooperation, da gehört die Nato auch dazu. Wir machen ja bei den Partnership-for-Peace-Programmen der Nato mit, das macht auch Sinn. Einen Beitritt zur Nato haben wir aber niemals in Betracht gezogen. Das würde gar nicht gehen mit unserer Neutralität, das wissen Sie auch.

Dobler Marcel (RL, SG): Ich werde mich bei meinem Eintretensvotum zum Planungsbeschluss zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen auch noch kurz zu den Offset-Geschäften äussern. Danach wird Olivier Feller in der Detailberatung kurz auf diese Offset-Geschäfte eingehen. Für die FDP-Liberale Fraktion ist das Eintreten auf den Planungsbeschluss unbestritten. Die Luftwaffe ist essenziell, um Gefahren aus der Luft abzuwenden und die Bevölkerung zu schützen. Nochmals kurz zu den Aufgaben der Luftwaffe: Es sind dies der Luftpolizeidienst und damit die Verhinderung eines unerlaubten Eintritts in den Luftraum – wie zum Beispiel beim WEF –, der Schutz der kritischen Infrastrukturen und der Schutz der Bevölkerung und der Bodentruppen bei

AB 2019 N 2159 / BO 2019 N 2159

kriegerischen Handlungen. Um diese Fähigkeiten aufrechtzuerhalten und der Bevölkerung Schutz zu bieten, ist die Beschaffung absolut notwendig. Es gibt keine Alternativen, die die gleichen Aufgaben für weniger Kosten erfüllen. Die Einführung soll bis zum Jahr 2030 erfolgen, das maximale Finanzvolumen beträgt 6 Milliarden Franken.

Der Bundesrat hat bei der Vorbereitung dieses Planungsbeschlusses gute Arbeit geleistet. Es wurden Berichte veröffentlicht, es gab verschiedene Expertengruppen und Begleitberichte, und es wurden auch Anhörungen durchgeführt. Auch wurde das Geschäft ausführlich in den Kommissionen diskutiert. Aussagen wie, es werde im Eilzugtempo oder express abgehandelt, sind faktisch falsch.

Die SP hat, wie schon gesagt, die Abschaffung der Armee im Parteiprogramm, und auch die Grünen unterstützen dies mehrheitlich. Es überrascht daher nicht, dass Anträge zur Schwächung der Armee eingereicht wurden.

Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und das unbrauchbare Konzept des Rückweisungsantrags abzulehnen. Die Rückweisung sieht vor, anstatt auf ein aktuelles Kampfgerät auf einen aufgebesserten Trainingsflieger und die dreissig Jahre alten F/A-18 zu setzen. Trainingsflieger wären in Kampfhandlungen völlig unbrauchbar. Auch für den Luftpolizeidienst taugen sie nicht. Auch die F/A-18 wären bei Kampfhandlungen gegen aktuelle Kampfflieger nicht konkurrenzfähig. Die F/A-18 sind 2030 am Ende ihrer Betriebsdauer, und eine Inbetriebhaltung kann nicht garantiert werden. Es ist wegen der Ersatzteile unklar, wie es nach 2030 weitergeht. Auch wäre es ein Problem, dass die Schweizer Luftwaffe parallel mehrere Flotten in Betrieb halten müsste. Aufgrund des notwendigen Trainings der Piloten könnten die Betriebsstunden der F/A-18 nur wenig reduziert werden, und die angegebenen Ziele des Rückweisungsantrages sind gar nicht einzuhalten.

Bei diesem Konzept hätten wir in Zukunft nur noch Ungewissheit, wie sich die Wartung der dreissig Jahre alten Flugzeuge entwickeln würde. Man stützt sich bei diesem Konzept auf einen Bericht, der die Bedingungen der Schweiz zu wenig berücksichtigt. Vorhin wurden verschiedene Länder miteinander verglichen. Es wurde gesagt, die F/A-18 sei gar nicht so alt. Aber es ist so: Weil die Schweiz eben so klein ist, sind die Flugzeiten bis zum Einsatzort besonders kurz, und darum werden die Flugzeuge auch stundenmässig viel stärker beansprucht. Das heisst: Es ist eigentlich negativ vergleichbar. Man kann die Nutzung nicht direkt vergleichen. Wenn wir in Zukunft unseren Luftraum und insbesondere unsere Städte schützen wollen, sind wir auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge angewiesen.

In der Detailberatung bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

Nun zu den Offset-Geschäften: Die Schweiz hatte nie ein grösseres Offset-Geschäft. Zusätzlich zu diesem Planungsbeschluss und zu diesem Offset-Geschäft folgen in nächster Zeit die Beschaffungen für Bodluf über 2 Milliarden Franken und die Bodentruppen für 7 Milliarden Franken, bei welchen ebenfalls Offset-Geschäfte vorgesehen sind. Gemäss Bericht des Bundesrates zu den Offset-Geschäften ist eine Verteilung der Kompensationsgeschäfte zu 65 Prozent auf die Deutschschweiz, 30 Prozent auf die Welschschweiz und 5 Prozent





auf die italienischsprachige Schweiz vorgesehen. Um der Wichtigkeit der Verteilung dieser Offset-Geschäfte Rechnung zu tragen, haben wir diese Zielvorgabe im Antrag der Mehrheit übernommen.

Ein Wert von 60 Prozent Gegengeschäften fördert die Autonomie unserer Rüstungsindustrie und stärkt sie gleichzeitig. Man muss wissen, dass bei Offset-Geschäften immer die ersten 20 Prozent die teuersten sind. Die nächsten 40 Prozent für die indirekten Gegengeschäfte verteuern die Rüstungsbeschaffung dann nochmals. Hier gilt es, die Vorteile für unsere landeseigene Rüstungsindustrie der Verteuerung gegenüberzustellen. Aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion überwiegen die Vorteile. Diese 60 Prozent Offsets entsprechen gemäss Experten dem maximal Möglichen im Sicherheitsbereich. Die weiteren Kompensationsgeschäfte ausserhalb des Sicherheitsbereichs verteuern die Rüstungsbeschaffung nur wenig, in einem Bereich von wenigen Prozent. Aufgrund der Grösse der Offset-Geschäfte, der Vorgabe der Wirtschaftsbereiche und der zeitlichen Abwicklung bis 2030 erachten wir einen Wert von 100 Prozent Offsets als zu hoch. Die Auflistung der Wirtschaftsbereiche im Beschluss des Ständerates entspricht den Vorgaben der Offset-Policy der Armatsuisse. Da die geringe Verteuerung durch weitere Offset-Geschäfte aber grosse Vorteile für die Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen bringt, die die Mehrkosten überwiegen, bitten wir den Ständerat, in der Differenzbereinigung einen Anteil von 80 Prozent Offsets zu prüfen. Wir, die FDP-Liberale Fraktion, würden gerne Hand für einen solchen Kompromiss bieten, auch in Anbetracht der Auftragsverteilung auf die Welschschweiz und das Tessin. Ich bitte Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

Brélaz Daniel (G, VD): Je vais me concentrer sur trois points pour compléter les propos de mon collègue Balthasar Glättli.

Le premier point concerne l'utilité militaire de l'achat des avions de combat. Pour toutes sortes de manifestations internationales, il est bien sûr nécessaire de disposer d'une forme de police de l'air. Mais ce ne sont pas entièrement les mêmes avions qui sont concernés. Le Parti socialiste ayant basé l'essentiel de son concept sur ce point, je ne vais pas y revenir. Il faut néanmoins se demander à quelles occasions ces avions seraient amenés à intervenir de manière décisive. Il peut y avoir la violation de l'espace aérien. Sachant que l'on met huit minutes pour traverser la Suisse, il faut vraiment partir très vite pour attraper un autre avion avant qu'il ait fini sa traversée. C'est vrai que cela fait partie du concept, mais ce n'est pas d'un réalisme total. A mon avis, cela ne justifie pas l'achat.

En outre, il peut se passer quelque chose de beaucoup plus grave: c'est qu'une aviation ennemie parvienne jusqu'en Suisse avec de mauvaises intentions. Lesquelles? En principe, ce n'est pas l'Otan qui va nous attaquer: nous n'avons pas encore été suffisamment désagréables avec nos voisins pour courir ce risque – bien que ce soit peut-être le cas, à entendre l'UDC certains jours. Quoi qu'il en soit, nous pouvons considérer ce risque comme nul ou non existant. Alors quel pays reste-t-il? La Russie, ennemie éternelle? Et peut-être, dans 20 ou 30 ans, la Chine, si la Russie s'affaiblit? Admettons que l'aviation russe ou l'aviation chinoise parvienne jusqu'à nous. Qu'est-ce que cela signifierait? Cela signifierait que l'Otan n'aurait pas réussi à les empêcher de passer.

Cela signifierait donc que l'Otan, en principe la plus grande puissance militaire du monde, malgré les décisions du président Donald Trump, aurait perdu face aux Russes ou aux Chinois. Par conséquent, avec nos quinze avions de combat, on sauverait l'entier du continent européen. Cela ne me paraît pas réaliste non plus. Donc, pour toutes ces raisons, même si je comprends la tradition qui se cache derrière l'aviation militaire suisse dont nous sommes si fiers, surtout les jours de parade, l'utilité de ces avions est pour le moins insuffisante pour justifier cet achat.

Alors, c'est évidemment une autre question qui se pose pour les missiles antiaériens. Il y a quelques fous qui sont capables de lancer des fusées à longue portée, il y en a un que son principal adversaire appelle Rocket Man, mais il se pourrait qu'il y en ait d'autres. Il est clair que des avions de combat ne pourraient pas empêcher des missiles à longue portée d'arriver jusque chez nous. Néanmoins, si nous n'avions aucun dispositif de défense sol-air, il se pourrait qu'il y ait un problème. Je peux donc concevoir qu'une défense antiaérienne, elle – les 2 autres milliards de francs –, soit nécessaire. Mais en ce qui concerne les avions de combat, à part la tradition et le prestige, je suis désolé, je n'en vois pas l'utilité.

Deux autres points méritent encore d'être soulignés. Le financement, tout d'abord, est très particulier. On pourrait emprunter 6 milliards de francs à taux négatif, ce qui chaque année nous diminuerait la facture de 30 millions de francs, puisqu'en principe le taux est de moins 0,5 pour cent. Peut-être pourrait-on obtenir un taux de moins 1 pour cent, ce qui représenterait 60 millions de francs d'économisés par année. Cependant, l'administration n'a pas envie de faire ainsi, sa méthode est plus originale. On augmenterait chaque année de 1,4 pour cent le budget militaire. Comme il est de plus



AB 2019 N 2160 / BO 2019 N 2160

de 5 milliards de francs, cette augmentation représenterait en gros 70 millions de francs par an. La dernière année où l'on acquitterait la facture de l'achat des nouveaux avions de combat, en 2032, la dernière annuité, si j'ose dire, serait de 900 millions de francs. Que se passerait-il en 2033? Ces 900 millions seraient toujours inscrits au budget, il n'y aurait pas besoin de l'augmenter, et l'armée ferait un bénéfice net annuel, dès 2033, de 900 millions de francs par an. Pour moi, ce serait une manière d'"entuber" financièrement la population, sous prétexte de tout faire passer par le budget ordinaire du DDPS.

Je pense que cela doit être dénoncé, parce que c'est un mécanisme sournois qui fait qu'à la fin de l'opération il y aurait quasiment 1 milliard de francs de plus au budget militaire, sans qu'on n'ait rien besoin de faire d'autre. Cela me paraît assez clair.

Et puis, enfin, je pense qu'il est très important d'insister sur la cybersécurité. On a, hélas, dans ce domaine, plusieurs guerres de retard, au point que si par hasard on achetait des avions américains – ce n'est pas interdit pour le moment –, je ne suis même pas sûr qu'on serait capable de détecter la présence d'un subtil dispositif électronique dans l'appareil qui pourrait éventuellement permettre de détourner l'avion en cas d'intérêt supérieur de l'Etat de provenance de l'appareil – Etat qui en a fait d'autres dans le cadre de ses relations avec le reste du monde. Donc, oui, en matière de cybersécurité, nous accusons de très graves retards, et le budget devrait être augmenté massivement. Mais, même si on l'augmentait massivement, il faudrait au moins cinq à dix ans avant qu'on ait rattrapé le retard, parce que les choses évoluent malheureusement vite.

Pour le groupe des Verts, il est donc clair que ce ne serait pas vraiment un investissement inutile, puisqu'on pourrait faire voler ces avions de combat, mais que, comme l'objectif principal est d'avoir une défense globale, il ne servirait malheureusement à rien.

Voilà pourquoi nous refuserons d'entrer en matière sur le projet et que nous nous y opposerons par la suite.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M, LU): Um es vorwegzunehmen: Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP wird auf diese Vorlage eintreten und den Planungsbeschluss so gutheissen, wie er in der Kommission verabschiedet worden ist.

Unseres Erachtens ist es klar, dass die Schweiz neue Kampfflugzeuge braucht. Wir alle wissen, dass die Tiger F-5, die heute noch im Einsatz sind, bei Schlechtwetter und in der Nacht nicht fliegen können und sich in letzter Zeit die Mitteilungen zu den F/A-18, bei denen zunehmend mehr Risse entdeckt worden sind, gehäuft haben. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, mit einer schlecht ausgerüsteten Luftwaffe den Luftraum zu schützen oder bestenfalls nur noch halb zu schützen. Die Sicherheit mit dem Schutz aus der Luft ist für uns Schweizerinnen und Schweizer wichtig.

2017 wurde der Bericht "Luftverteidigung der Zukunft", ein Expertenbericht mit verschiedenen Varianten, erstellt. Der Bundesrat einigte sich auf die nun heute vorliegende Variante. Der Bereich Luftwaffe wurde im heute vorliegenden Planungsbeschluss vom Bereich Boden-Luft-Abwehr getrennt, was unsere Fraktion begrüsst. So können diese Geschäfte getrennt behandelt werden. Eine allfällige Abstimmung findet nur zu den Flugzeugen statt. Die Mitte-Fraktion hat eine Abstimmung allein zu den Flugzeugen immer unterstützt, dies ganz besonders, weil schon die beiden letzten Male das Volk mitbestimmen konnte. Die Kampffjets, über die wir heute sprechen, werden schlussendlich aus dem laufenden Budget der Armee finanziert, was wir begrüssen. Darum ist es wichtig, dass wir heute zwar über die Kosten, nicht aber über die Typen diskutieren.

Kampfflugzeuge sind für die Schweiz nicht nur im Fall einer Krise wichtig, sie kommen fast täglich zum Einsatz beim Luftpolizeidienst. Wir müssen uns bewusst sein, dass es pro Jahr 200 bis 250 Einsätze sind, davon rund 40 Hot Missions. Die Jets der Armee sind damit fast täglich im Einsatz und leisten so eine wertvolle Hilfe zum Schutz der Schweiz.

Von der linken Seite her kommt jetzt bei der Beratung dieser Botschaft der Vorwurf, dieses Geschäft werde im Eilzugstempo durch das Parlament gepeitscht. Seit zwei Jahren liegt der Expertenbericht vor, und es gibt noch unterstützende Berichte, die die Bundesrätin eingefordert hat und die wir alle auch zur Kenntnis nehmen konnten. Im Eilzugstempo war höchstens die SP unterwegs, als sie, fast vergleichbar mit einer Seniorenwerbefahrt, nach Italien zu einer Flugzeugfirma fuhr, begleitet notabene vom Schweizer Fernsehen, und sich dort ein Kampfflugzeug vorstellen liess, sich auch noch vor laufender Kamera verpflegte und dann ausgerüstet mit Werbegeschenken wieder nachhause fuhr. Wir fragen uns dann schon, erstens, ob es jetzt an den Parlamentariern liegt, sich neue Flugzeuge direkt vor Ort zu beschaffen, und zweitens, wo hier unsere Vereinbarung der Kommission geblieben ist, dass wir uns bei der Beschaffung nicht von den Unternehmen einladen lassen. Auch die Expertenberichte der Amerikaner, angefertigt auf Anfrage der SP – ja, VBS-unabhängig –, die unserer Schweizer Armee nun aufzeigen wollen, was für die Schweiz richtig ist und wie unsere Luftwaffe gut



aufgestellt werden kann, sind für uns schlicht nicht glaubwürdig.

Um es kurz zu machen, die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP wird keine leichten Kampfflugzeuge anschaffen, sondern unterstützt das Programm des VBS. Das VBS und die Armasuisse haben sich seriös mit der Anschaffung der Kampfflugzeuge auseinandergesetzt, haben die Kriterien für die Offerten und die Vorführungen der Flugzeuge festgelegt und waren dabei auch konsequent, als sie ein Unternehmen ausgeschlossen haben, das diese Kriterien nicht erfüllte.

So lehnen wir die Rückweisung, wie sie von SP und Grüner Partei verlangt wird, ab. Ebenso lehnen wir die Anträge bei den Artikeln 1 und 2 Buchstaben a, c, d und e ab. Unsere Fraktion unterstützt die Vorlage mit einem Budget von 6 Milliarden Franken. Ich staune schon, dass man jetzt bereits von 24 bis 30 Milliarden Franken spricht. Klar benötigen diese Flugzeuge einen Unterhalt, klar kostet das auch in Zukunft. Aber wir kaufen die Flugzeuge doch nicht, um sie dann ins Museum zu stellen. Wir werden sie gebrauchen, und dann kostet es auch etwas.

Den Antrag auf eine Kürzung von 4 Milliarden Franken lehnen wir ab. Das entspricht dann auch nicht mehr dem ganzen Paket "Luftwaffe/Bodluf", das ja 8 Milliarden Franken vorsieht.

Zu den Kompensationsgeschäften werde ich mich im Detail beim entsprechenden Artikel noch äussern. Aber wir werden die 60 Prozent Offset unterstützen.

Der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ist es wichtig, dass wir das Geschäft zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge jetzt diskutieren und abschliessen können. Das Störmanöver von linker Seite schwächt unsere Luftwaffe zusehends, und die Verzögerungstaktik, die jetzt hier aufgegleist wird, ist sehr fragwürdig. Die Sicherheit der Schweiz kann nur gewährleistet werden, wenn wir auch im Parlament dazu beitragen, wenn wir bereit sind, dies zu finanzieren – was wir ja über das normale Rüstungsbudget machen –, aber auch bei der Beschaffung vorwärtszumachen. So schaffen wir Sicherheit für die Schweiz, aber auch für die ganze Industrie und die Firmen, die ebenso auf eine Planungssicherheit angewiesen sind.

Roth Franziska (S, SO): Die SP steht hinter einer glaubwürdigen sicherheitspolitischen Strategie. Glaubwürdigkeit erlangt man nicht mit einem Blankoscheck für 6 Milliarden Franken – und seit gestern wissen wir ja: für eigentlich 24 Milliarden Franken – für Luxus-Kampffjets. Glaubwürdigkeit erlangt man, indem man aufzeigt, wie die Mittel und Instrumente eingesetzt werden, um die sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen. Wer dabei den Fokus auf die Höchstleistung der Kampffjets legt, blendet die ganzheitliche Aufgabe der Sicherheitspolitik und vor allem den Auftrag der Friedenspolitik in Kooperation mit anderen Staaten aus. Klar ist: Die Schweiz braucht für die Selbstständigkeit eine wirksame Luftpoleizei. Aufgrund der Grösse und der kontinentalen Lage unseres Landes sind eine moderne bodengestützte Luftverteidigung, Radarüberwachung und Führungs- und Kontrollsysteme jedoch die tragenden Elemente und nicht die Höchstgeschwindigkeit und Ladekapazität der Bomber.

Man muss sich schon fragen, was ausser Luxusgedanken den Ausschlag gegeben hat, dass zum Beispiel der

AB 2019 N 2161 / BO 2019 N 2161

Tarnkappenbomber F-35 evaluiert wird. Dieser kann unerkannt bis nach Moskau fliegen und dort Bomben abwerfen. Ich frage Sie: Weshalb soll die Schweiz mit extrem viel Geld diese Fähigkeit, die wir gar nie nutzen wollen, einkaufen? Will der Bundesrat plötzlich Kampfflugzeuge für die Offensive? Die Schweizer Luftwaffe hat seit der Ausmusterung der Hunter auf diese Fähigkeit verzichtet. Die Schweiz hat nun seit 15 Jahren ohne jede Sicherheitseinbusse auf die Luft-Boden-Kampffähigkeit verzichtet und ist gut beraten, dies auch weiterhin zu tun.

Die SP hat darum ein Alternativkonzept ausgearbeitet. Dieses erfordert insgesamt Investitionen von höchstens 4 statt 6 oder 8 Milliarden Franken. Statt das Geld für unnötige Luxus-Kampffjets zu verschleudern, sollten wir eine knappe Milliarde in die sofortige Beschaffung leichter Kampffjets investieren und weitere gut 3 Milliarden Franken in die Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung, Radarüberwachung und in Führungs- und Kontrollsysteme.

Die SP-Fraktion lehnt den vorliegenden inhaltsleeren Entwurf ab und unterstützt den Antrag auf Rückweisung. Damit wollen wir dem Bundesrat die Gelegenheit geben, über die Bücher zu gehen.

Ein blosser Grundsatzentscheid macht keinen Sinn, denn dieser ist längst gefallen. Der Schutz des Luftraums ist eine verfassungsmässig verankerte Aufgabe. Unklar ist allein, wie man das am besten macht. Um diese Diskussion zu führen, braucht es einen referendumfähigen Planungsbeschluss. So kann das Volk über das Konzept abstimmen, wie wir die Mittel zum Schutz des Luftraums erneuern wollen. Die Bevölkerung hat 2014 auf den Kauf neuer Kampffjets für 3,1 Milliarden Franken verzichtet und diesen abgelehnt. Nun geht es aber um 6 Milliarden Franken – oder gar 24 Milliarden. Das Geschäft ist von grosser politischer, finanzieller, wirtschaft-



licher, ökologischer, sozialer und kultureller Tragweite, weshalb die Unterstellung des Planungsbeschlusses unter das Referendum gemäss Artikel 28 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes zwingend ist.

Die SP-Fraktion bittet Sie, auf den Planungsbeschluss einzutreten, den Nichteintretensantrag der Minderheit Glättli abzulehnen und dem Rückweisungsantrag der Minderheit Seiler Graf zuzustimmen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): La surveillance de son espace aérien représente pour chaque Etat une mission régaliennne. Il incombe à la Suisse d'exercer cette souveraineté et de s'en donner les moyens. Mais l'évaluation des menaces, de leur probabilité et de leur plausibilité représente une question centrale, le fondement de toute décision. Sans oublier la question du prix et un nouveau paramètre qui s'invite dans le débat: la question climatique. Un peu avant le milieu du siècle passé, la folie des hommes a plongé notre continent dans l'horreur et la barbarie. Les pays européens ont décidé de construire ensemble – les ennemis d'hier en tête – une Europe de la paix au travers de la création d'organisations qui ont rapproché les peuples et les Etats. Citons le Conseil de l'Europe, l'Union européenne ou encore l'OSCE. Ces pays sont allés encore plus loin en instaurant une structure militaire de défense commune, l'Otan, qui a eu pour mission durant toute la période de la guerre froide de faire contrepoids au bloc de l'Est pour sécuriser le continent européen.

L'Europe connaît, si l'on excepte l'embrasement pour des raisons internes, il y a vingt ans, de l'ex-Yougoslavie et les tensions aux confins de l'Europe entre l'Ukraine et la Russie, la plus longue période de paix de son histoire. Une paix qui est le résultat de l'esprit de collaboration politique et économique, des alliances nouvelles et du développement des valeurs démocratiques et du respect des droits de l'homme. N'oublions pas l'Otan, le bouclier qui protège notre continent. L'Otan a certes perdu certains de ses repères, notamment le monde bipolaire de la guerre froide qui représentait sa première justification. Il n'en reste pas moins que cette organisation représente aujourd'hui encore une force militaire incomparable.

J'aimerais reprendre ici les propos récents de Pascal Boniface, géopoliticien qui fait autorité en France. La soi-disant menace militaire russe n'en est en fait pas une. La Russie, même si elle a redressé la tête, n'en reste pas moins un pays doté de moyens militaires sans commune mesure avec ceux de l'Otan, tout particulièrement dans les capacités nécessaire à livrer des combats aériens. Imaginer à moyen terme ou même à long terme, et le Conseil fédéral en convient dans ses rapports sur la politique de sécurité, une guerre traditionnelle qui pourrait toucher notre pays est une hypothèse quasiment improbable. Pourtant, ce que l'on nous propose, c'est d'armer le pays avec des avions de chasse de la dernière génération.

On parle même des F-35, un avion de guerre et d'attaque furtif, à peine détectable – en fait le meilleur aujourd'hui sur le marché. Cela paraît aberrant, car les véritables dangers qui menacent notre pays sont ailleurs. Ce sont les dangers liés au réchauffement climatique: inondations, sécheresses, incendies, éboulements dans les régions alpines; dans le domaine de la sécurité proprement dite, on relèvera toute la problématique "cyber", la criminalité et, surtout, le terrorisme. Pour faire face à ces dangers, il faut d'autres moyens conséquents que l'on peine à prioriser.

Les avions de chasse de dernière génération les plus performants que nous promet le Conseil fédéral offrent deux possibilités d'engagement où leur rôle serait primordial et pour lesquelles ils seraient irremplaçables. La première, ce serait l'attaque – attaquer un pays voisin, déclencher un conflit. Cela ne serait à l'évidence en aucune manière dans les intentions de notre pays qui tient à sa neutralité. La seconde résiderait dans l'attaque délibérée d'une autre nation contre nous, avec d'importantes forces aériennes, ce qui permettrait d'envisager et d'engager un combat aérien contre l'envahisseur. Cette hypothèse relève de la politique fiction, car il faudrait d'abord désigner cet ennemi mystérieux. De plus, comment oublier la situation géostratégique de notre pays qui est de fait un peu le passager clandestin de l'Otan? Contre une attaque massive d'avions de combat, une alternative intelligente réside dans un système de défense sol-air performant, ou alors il faudrait pour se défendre seul envisager un nombre d'avions de combat très conséquent, ce qui est au-dessus de nos moyens. Je limite les situations où ces "superavions" de combat pourraient nous servir, car de fait la possibilité de pouvoir disposer d'avions de chasse de dernière génération est quasiment l'exclusivité d'Etats souverains. Les autres personnes ou organisations susceptibles de menacer par les airs notre pays, par exemple des terroristes, ne disposent pas de tels moyens et ils recourent pour l'essentiel à des méthodes différentes, qui peuvent néanmoins causer des dégâts conséquents.

La menace terroriste existe et notre espace aérien est l'un des points faibles de notre défense. De toute manière, la Suisse doit assumer la surveillance de son espace aérien et intervenir pour aider un avion en détresse ou identifier toute une série d'aéronefs. C'est pour cette raison que nous considérons que des moyens doivent être alloués pour accomplir les missions de police du ciel.

Les menaces crédibles envers notre pays correspondent pour l'essentiel à des attaques perpétrées avec des missiles balistiques ou de croisière, ou par des drones ou des aéronefs, par exemple un avion détourné. Les



missiles à longue portée, en particulier les missiles balistiques, représentent un risque concret, car certains groupes ou Etats terroristes disposeraient d'engins d'une portée de 3000 kilomètres, soit la distance nous séparant du Proche-Orient. Or, dans ces différents scénarios d'attaques, clairement, les avions de chasse les plus performants ne sont pas forcément le meilleur outil pour nous protéger.

La pierre angulaire de la défense de notre espace aérien doit résider dans un système de défense sol-air le plus performant possible, avec les dernières armes à disposition, par exemple le système Patriot associé à des méthodes relevant également de la défense sol-air de courte portée de type Stinger. Il faudra choisir les armes les mieux adaptées à la situation particulière de notre pays, notamment eu égard à son profil montagneux, associées à des moyens technologiques permettant la détection très précoce des attaques et le traitement immédiat et efficace des données. Cela représenterait une sorte d'assurance pour notre pays, non seulement face

AB 2019 N 2162 / BO 2019 N 2162

à des attaques avec des missiles ou autres, mais également face à une invasion quelconque, très hypothétique comme dit précédemment.

La police aérienne nécessite des moyens aériens afin de participer à l'identification d'un aéronef ou d'une menace quelconque dans l'espace aérien. Pour cela, vu qu'il s'agit quasiment toujours, en temps de paix, d'objets volants non supersoniques, des avions de chasse légers peuvent faire l'affaire. Il en existe sur le marché, leur prix est nettement moins important, la pollution qu'ils engendrent réduite, le bruit émis plus supportable et leurs coûts d'exploitation sans commune mesure avec les coûts des avions les plus sophistiqués.

Ces différents arguments sont la base de la réflexion du Parti socialiste, qui est favorable à l'acquisition de nouveaux avions de combat, et qui va donc entrer en matière sur le projet, mais demandera le renvoi du dossier au Conseil fédéral pour la réalisation d'un concept plus logique, plus économique, plus respectueux de l'environnement et répondant mieux aux défis sécuritaires touchant notre pays.

Je termine, Madame la présidente, un instant! (*Hilarité partielle*) En substance, nous soutenons l'acquisition d'avions de combat légers, engagés pour la formation des pilotes et l'essentiel des tâches de police aérienne, ce qui permettrait de ménager nos F/A-18 dont l'utilisation pourrait être prolongée et qui resteraient à disposition dans certains cas particuliers, ainsi que l'acquisition d'un système de défense sol-air et de détection radar très performant, cela pour la moitié du prix approximativement. Merci de soutenir nos propositions.

von Siebenthal Erich (V, BE): Den Nichteintretensantrag der Minderheit Glättli und den Rückweisungsantrag der Minderheit Seiler Graf lehnt die SVP-Fraktion klar ab. Die Argumente, welche diesen Anträgen zugrunde liegen, sind total ungenügend und fadenscheinig. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wollen wir den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft noch, oder wollen wir ihn nicht mehr? Das ist die Realität, in der wir leben: Weltweit wird leider aufgerüstet. Und hier in diesem Saal gibt es Ideen, dass unsere Luftwaffe ihren Auftrag mit einem Mix von Möglichkeiten erfüllen soll – in der Meinung, dass sie dann weniger kosten werde. Sicherheit aus der Luft hat ihren Preis. Es braucht jetzt Entscheide, die klar in diese Richtung gehen. Alles andere dient der Strategie zur Abschaffung der Armee, und da machen wir klar nicht mit. Daher treten wir ein und lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Flach Beat (GL, AG): Als langjähriges Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission war ich erstaunt, dass wir keine Anhörungen gemacht haben. Frau Kollegin Glanzmann hat vorhin ausgeführt, dass wir ganz hervorragende Berichte und auch weitere Zusatzberichte von Experten und Expertengruppen erhalten hätten. Das ist richtig, ich kann das unterschreiben. Diese Berichte waren wirklich gut, aber wir sind im Parlament und in der Kommission auch dafür da, dass wir kritische Fragen stellen, dass wir solche Berichte auch hinterfragen und dass wir die Diskussion führen. Das habe ich vermisst und bedauere es sehr, dass die Kommission es unterlassen hat, zu diesem doch sehr wichtigen Geschäft, das die Bevölkerung in der Schweiz traditionell auch sehr beschäftigt, Anhörungen zu machen.

Letztlich sind wir Grünliberalen aber der Meinung, dass wir eine Luftwaffe brauchen, weil wir auch zu einer Armee stehen. Wir sind auch der Meinung, dass wir heute viele unserer Forderungen in Zusammenhang mit der Abstimmung über den Gripen 2014 bestätigt sehen. Insbesondere haben wir damals gefordert, dass das Kampfflugzeug ein Mehrzweckkampfflugzeug sein soll, das tatsächlich fliegt, das praxistauglich und praxiserprobt ist und das bereits auf dem Markt respektive im Einsatz ist. Weiter haben wir gefordert, dass man eine Einflottenstrategie fahren soll und keine Zweiflottenstrategie, wie damals geplant, und dass die Luftpolizei mit einem glaubwürdigen Mittel, einem auf Augenhöhe agierenden Kampfmittel ergänzt werden soll, und das in einem Flugzeug.

Weiter haben wir gefordert, dass der Offset nicht unendlich hoch sein soll. Nun haben wir vom Ständerat





trotzdem einen Vorschlag mit 100 Prozent Offset erhalten. Die grünliberale Fraktion ist der Meinung, dass Offset diese Beschaffung verteuert. Wir haben uns hier am Bedürfnis der Sicherheitspolitik auszurichten und nicht am Bedürfnis irgendeiner Wirtschaftspolitik oder gar einer Wirtschaftssubventionspolitik. Es mag sein, dass es in der Schweiz einzelne Technologieunternehmen gibt, die tatsächlich diesen Türöffner brauchen, die diesen Türöffner haben wollen und ihn auch umsetzen können. Aber es ist absolut unnötig, dass wir hier auf 100 Prozent Offset gehen. Alles, was über 50 Prozent ist, lehnen wir ab. Am besten wäre es, wir hätten gar kein Offset.

Zum Nichteintretensantrag der Grünen kann ich mich insoweit äussern, als wir eintreten wollen. Wie gesagt, wir wollen eine Luftwaffe, wir wollen eine glaubwürdige Armee. Der Minderheitsantrag von der SP ist insofern untauglich – obwohl ich es der SP sehr hoch anrechne, dass sie diese Anhörungen durchgeführt und sich Gedanken gemacht hat –, als er letztlich zu einer Zweiflottenstrategie führen würde. Ich glaube, das macht keinen Sinn.

Die Grünliberalen treten ein und werden den Minderheitsantrag auf Rückweisung ablehnen.

Pointet François (GL, VD): Les avions de combat, voici un sujet qui déchaîne les passions et qui nous vaut quelques discussions technico-dogmatiques de haut vol. Permettez-moi, pour en parler, de prendre un peu de distance et de procéder par étape.

La première question qui doit nous venir à l'esprit est la suivante: voulons nous conserver une armée capable d'assurer une protection physique de notre territoire? Il est clair et indiscutable que les menaces sécuritaires auxquelles nous devons faire face sont multiples et que nous devons nous adapter, mais celui qui croit qu'une armée classique n'est plus nécessaire prend un risque important. A cette première question le groupe vert/libéral répond oui.

Pour la deuxième étape, tournons-nous vers notre ciel: voulons nous disposer d'une police de l'air efficace et assurer une défense physique de notre espace aérien? S'occuper de cyberdéfense, combattre le terrorisme ou assurer la protection de la population en laissant notre ciel à découvert est inutile. Il nous faut une couverture aérienne et une police de l'air technologiquement à niveau et servie par du personnel bien entraîné. Le groupe vert/libéral réaffirme le besoin de protéger notre ciel de manière efficace.

Certains affirment que collaborer suffit et qu'il n'y a nul besoin de posséder des avions, ou alors seulement des avions légers. La collaboration est en effet essentielle, mais qui serait prêt à abandonner la police routière ou d'intervention à un pays voisin? Tout le monde parlerait d'une hérésie; dès lors gardons le contrôle de notre ciel. Laissons la collaboration dans l'interopérabilité, la technologie et la formation de nos troupes, pas dans l'opérationnel.

Parlons nuisances et rappelons que l'aviation militaire représente 0,3 pour cent de nos émissions de CO₂ et que tout est entrepris pour limiter le bruit. Il y a dès lors lieu de mettre dans la balance la mission de protection et les nuisances. Même si chaque kilo de CO₂ non rejeté est important et que nous nous devons de travailler à la baisse de toute nuisance, au vu des émissions, nous devons et pouvons nous concentrer sur la mission. Chercher à réduire le prix avec un modèle plus petit est louable, mais l'augmentation du risque à moyen terme est grande. Faire voler des machines trop vieilles ou maintenir une flotte à type multiple pour couvrir l'ensemble des missions prévues est coûteux.

Se laisser dépasser technologiquement ou prendre le risque d'une pénurie de matériel fonctionnel n'est pas un choix viable.

Reste les compensations, voilà un système critiquable. Il nous est en effet difficile, en tant que libéral, d'accepter des compensations excessives qui s'assimilent à du subventionnement de l'économie. Nous pouvons comprendre la volonté de garder le niveau technique requis au maintien de la flotte; nous comprenons aussi la volonté de profiter de la manne de ce projet et de le voir se répartir sur le territoire, mais pas à n'importe quel prix. Nous proposerons une voie médiane

AB 2019 N 2163 / BO 2019 N 2163

avec la proposition de la minorité I (Flach): moins de compensation, avec une répartition raisonnable sur le territoire national.

Le groupe vert/libéral vous invite à entrer en matière puis à soutenir la minorité I (Flach) à l'article 2 lettre b et la minorité Crottaz à l'article 2 lettre d.

Amherd Viola, Bundesrätin: In der Welt, in der wir leben, ist die Anwendung von Gewalt zwischen Staaten, aber auch von Terrorgruppen gegen die Gesellschaft eine Realität. Wir sind bisher davon verschont geblieben, aber die Bedrohung besteht auch für uns. Wir versuchen mit verschiedenen Instrumenten, die Sicherheit der





Menschen in der Schweiz zu garantieren – von der Polizei bis zur Armee, vom Nachrichtendienst bis zur Aussenpolitik, auf dem Boden, im Cyberspace und auch in der Luft. Damit die Armee die Menschen in der Schweiz auch in Zukunft vor Angriffen aus der Luft schützen kann, müssen neue Kampfflugzeuge beschafft und die bodengestützte Luftverteidigung verstärkt werden.

Die vorhandenen Kampfflugzeuge stehen vor dem Ende ihrer Nutzungsdauer. Wenn sie nicht rechtzeitig ersetzt werden, wird die Schweiz ihren Luftraum nach 2030 nicht mehr schützen und noch weniger verteidigen können. Bei der bodengestützten Luftverteidigung haben wir Lücken; diese müssen wir im Interesse von uns allen füllen. Ohne neue Kampfflugzeuge und Systeme der bodengestützten Luftverteidigung wird die Armee ihre Aufgaben, die sie gemäss Bundesverfassung und Militärgesetz hat, nicht mehr erfüllen können. Der Schutz vor Angriffen aus dem Luftraum, durch Streitkräfte genauso wie durch terroristische Gruppierungen, ist für die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung zentral. Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen.

Die Botschaft zum Planungsbeschluss basiert auf umfassenden konzeptionellen Grundlagen. Dazu gehören das Konzept vom 27. August 2014 zur langfristigen Sicherung des Luftraums, der Expertenbericht vom 30. Mai 2017 "Luftverteidigung der Zukunft – Sicherheit im Luftraum zum Schutz der Schweiz und ihrer Bevölkerung" und die Empfehlungen der Begleitgruppe zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs vom 30. Mai 2017.

Ich habe zusätzlich noch drei weitere Abklärungen veranlasst. Claude Nicollier bestätigte die Qualität und die Stossrichtung des Expertenberichtes. Er sprach sich für einen Planungsbeschluss nur für Flugzeuge aus und, wenn irgend möglich, für die Beschaffung von vierzig Flugzeugen. Kurt Grüter empfahl, die Offset-Vorgaben von 100 auf 60 Prozent zu senken: 20 Prozent direkte Offsets und 40 Prozent indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis. Damit werden die rüstungspolitischen Ansprüche erfüllt. Eine VBS-interne Bedrohungsanalyse zeigt, dass wir mit Air 2030 auf Kurs sind.

Kaum je ein Rüstungsprojekt wurde so umfassend vorbereitet. Das betrifft sowohl die konzeptionellen Abklärungen im VBS und in der Armee wie auch die politische Abstützung, die eine Vernehmlassung einschloss – keine Spur von Blankoscheck und keine Spur von Eiltempo! Für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge hat der Bundesrat ein maximales Finanzvolumen von 6 Milliarden Franken bestimmt – 6 Milliarden für die Investition. Wenn nun in einem Artikel steht, es gehe um 24 Milliarden Franken, indem festgestellt wird, dass diese Flugzeuge – man höre und staune! – Treibstoff und Unterhalt brauchen, ist das aus meiner Sicht keine weltbewegende Erkenntnis. Das ist etwas Selbstverständliches und Logisches. Wenn Sie ein Auto, ein Velo oder was auch immer kaufen, braucht das selbstverständlich Unterhalt; dies gilt natürlich auch für Kampfflugzeuge. Das ist aber nicht ein Posten des Investitionskredits, sondern dann des Armeekredits des laufenden Armeebudgets, wie das für alle anderen Rüstungsgüter auch der Fall ist. Es ist also nicht ganz korrekt, diese Zahlen aufzurechnen und Investitionen, Betrieb und Unterhalt zu vermischen.

Wenn wir ein kleineres Volumen als 6 Milliarden Franken beschliessen würden, dann würden wir die notwendige Flottengrösse gefährden. Ein grösserer Betrag liesse zu wenig finanziellen Spielraum für die bodengestützte Luftverteidigung. Die Beschaffung der beiden Systeme wird zeitlich und technisch aufeinander abgestimmt, auch wenn nur die neuen Kampfflugzeuge Gegenstand des Planungsbeschlusses sind. Im Übrigen hat dieses Parlament eine Motion der BDP-Fraktion angenommen, die verlangt hat, dass nur die Kampfflugzeuge einer Volksabstimmung unterbreitet werden. Der Bundesrat respektiert diesen Entscheid des Parlamentes selbstverständlich.

Mit einer anhaltenden realen Erhöhung des Armeebudgets um 1,4 Prozent pro Jahr ist es möglich, diese Bedürfnisse der Armee zu finanzieren, ohne weitere notwendige Anschaffungen zu vernachlässigen und ohne die Bundesfinanzen zu stark zu strapazieren. Mit einem Wachstum von 1,4 Prozent liegt die Entwicklung des Armeebudgets übrigens im Durchschnitt aller anderen Bundesausgaben. Bis heute sind wir mit dem Armeebudget unter dem Durchschnitt. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Finanzierung somit über das ordentliche Armeebudget läuft und keine zusätzlichen Gelder gesprochen werden müssen. Es werden deswegen auch nicht andere Bereiche wie Soziales, Kultur, Bildung, Forschung usw. über Gebühr belastet.

Die für die Sicherheit unseres Landes relevante Industrie in der Schweiz muss existieren und prosperieren können. Wir haben drei Mittel, um die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis zu stärken: erstens Rüstungsbeschaffungen im Inland, zweitens realistische und stabile Exportregelungen und drittens Offsets bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland. Offsets können für Unternehmen generell den Zugang zu neuen Technologien und ausländischen Märkten verbessern. Es können Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten sowie das Steueraufkommen erhöht werden. Das sind die Gründe für Offsets. Es gibt aber selbstverständlich auch gewichtige Gründe gegen Offsets oder zumindest gegen übertrieben hohe Offset-Vorgaben. Es ist unbestritten, dass Offsets das Rüstungsgut verteuern. Offsets müssen deshalb darin begründet sein, dass die



sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis der Schweiz gezielt und nachhaltig gestärkt wird. Eine sicherheitspolitische Begründung, Mehrkosten zu tragen, existiert nur für Offsets, die eben in dieser sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis umgesetzt werden. Selbstverständlich kann man auch eine Struktur- oder Industriepolitik wollen. Sie muss aber offen und transparent unter diesem Titel erfolgen und nicht über eine Rüstungsbeschaffung.

Parallel zu neuen Kampfflugzeugen werden die Systeme der bodengestützten Luftverteidigung beschafft. Im gleichen Zeitraum, das heisst 2023 bis 2032, sollen zusätzlich Rüstungsprogramme für 7 Milliarden Franken für andere Bereiche der Armee verabschiedet werden. Das Beschaffungsvolumen wird damit in diesem Zeitraum gegenüber dem Courant normal der vergangenen Jahre massiv ansteigen, sich auf rund 15 Milliarden für zehn Jahre oder rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr praktisch verdoppeln. Es ist fraglich, ob so viele Offset-Aufträge vernünftig platziert werden können, zumal es sich um zusätzliche Aufträge handeln muss und sie wirtschaftlich sinnvoll sein sollen.

Der Bundesrat beantragt in Abwägung all dieser Argumente, dass ausländische Auftragnehmer 60 Prozent des Vertragswertes durch Aufträge an Unternehmen in der Schweiz kompensieren müssen. Die Mehrheit Ihrer Sicherheitspolitischen Kommission hat sich ebenfalls für diese Vorgabe ausgesprochen. Auch mit einem Offset-Volumen von 60 Prozent werden wir insgesamt Offsets in einer noch nie da gewesenen Höhe für die zehn Jahre haben.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Nun noch einige Worte zu den verschiedenen Punkten des Rückweisungsantrages: Die Botschaft zum Planungsbeschluss legt ausführlich dar, wieso wir neue Kampfflugzeuge benötigen, welches die Rahmenbedingungen sind und was bei der Beschaffung beachtet werden muss. Eine neue Botschaft würde keine neuen Informationen oder Erkenntnisse bringen. Es wurde seriös gearbeitet. Es wäre im Übrigen auch falsch, Bod-luv, C2Air und Radar zusammen mit neuen Kampfflugzeugen zum Gegenstand des Planungsbeschlusses zu machen. Diese drei Projekte sind nicht umstritten, und Teile davon wurden bereits beschlossen. Radar wurde

AB 2019 N 2164 / BO 2019 N 2164

bereits im Rüstungsprogramm 2016 beschlossen, und C2Air und Radar fallen auch nicht unter das Finanzvolumen für Air 2030 von maximal 8 Milliarden Franken.

Bei unserer Flottengrösse, die wir anvisieren, wären zwei Arten von Jet-Flugzeugen betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll und auch militärisch ineffizient. Wir müssen angesichts der kleinen Anzahl für jede Aufgabe alle Flugzeuge einsetzen können. Leichte Kampfflugzeuge würden nicht einmal für den Luftpolizeidienst taugen, geschweige denn für den Schutz der Menschen in der Schweiz bei einer realen Bedrohung. Und übrigens: Ein Flugzeug zu beschaffen, das wir für die Ausbildung nicht brauchen und das für die Einsätze nicht taugt, das wäre nicht Sparen, sondern eine reine Verschwendung. Die F/A-18 wären bei einer Nutzungsverlängerung über 2030 hinaus für ihre Aufgaben in der Luftverteidigung nicht mehr einsatzfähig. Zudem wären wir das einzige Land, welches den F/A-18 noch über 2030 hinaus für den Luftpolizeidienst und die Verteidigung im Einsatz hat. Damit wären die finanziellen und technischen Risiken sehr gross, man denke hier beispielsweise nur an die Ersatzteilbewirtschaftung. Auf den Seiten 141 ff. und 169 des Berichtes "Luftverteidigung der Zukunft" sehen Sie, dass die Alternativen leichte Kampfflugzeuge und Verlängerung der Nutzungsdauer der F/A-18 geprüft und warum sie verworfen wurden. Ebenso äussert sich die Botschaft auf den Seiten 5098 und folgende dazu.

Das Finanzvolumen von maximal 6 Milliarden Franken ist nötig für eine minimale Flottengrösse. Die Projekte C2Air und Radar gehören zwar zu Air 2030, werden aber separat über das ordentliche Rüstungsprogramm beantragt. Ein Teil davon wurde wie gesagt bereits 2016 genehmigt, ein weiterer Teil soll nächstes Jahr beantragt werden.

Nun noch kurz zur internationalen Zusammenarbeit: Wenn wir souverän sein wollen, müssen wir den Luftpolizeidienst selber durchführen, und wenn wir neutral bleiben wollen, müssen wir unseren Luftraum mit eigenen Mitteln verteidigen. Es wäre aus meiner Sicht auch billig, sich als wirtschaftlich starkes Land einfach auf unsere Nachbarn zu verlassen und zu sagen: Die machen die Arbeit dann schon für uns. Das wäre für mich äusserst inkorrekt. Was wir in der internationalen Zusammenarbeit innerhalb des genannten Rahmens tun können, das tun wir bereits. Dazu gehört der Austausch von Luftlagedaten in Friedenszeiten oder die Zusammenarbeit zur Sicherheit vor Bedrohungen durch zivile Luftfahrzeuge. Dazu bestehen Abkommen mit der Nato und unseren Nachbarländern, Abkommen, die das Parlament genehmigt hat.

Zur Frage der Offsets: Der Bundesrat beantragt wie gesagt, dass ausländische Unternehmen, die bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge berücksichtigt werden, 60 Prozent des Vertragswertes durch Aufträge an Unternehmen in der Schweiz kompensieren müssen. Dies ist vom sicherheitspolitischen Aspekt her gese-



hen richtig und wirtschaftlich vertretbar. Wir werden die Offset-Frage aber dann in der Detailberatung noch eingehender diskutieren.

Aus all diesen Überlegungen bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Hochgeschätzte Bundesrätin Amherd, Sie haben einen Artikel aus der "NZZ am Sonntag" kritisiert, in dem man die 18 Milliarden Franken Unterhalt und Betriebskosten dazugezählt hat. Glauben Sie, es gebe in diesem Land irgendeine Unternehmerin, die eine Maschine kauft, ohne die Betriebs- und Unterhaltskosten zu berücksichtigen, oder glauben Sie, es gebe irgendeine Privatperson, die ein Auto kauft, ohne die Betriebs- und Unterhaltskosten in ihre Entscheidung einzubeziehen? Glauben Sie nicht, dass es integer wäre, der Bevölkerung aufzuzeigen, was das für Kostenfolgen hat?

Amherd Viola, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Badran, zu sagen ist erstens: Die Zahlen im Artikel sind nicht verifiziert. Aus unserer Sicht und aufgrund der Erfahrungen, die wir bisher haben, sind sie zu hoch gegriffen. Zweitens: Selbstverständlich berücksichtigen wir die Unterhalts- und Betriebskosten. Das ist ein wichtiger Teil der Evaluation der Flugzeuge. Wir haben aber heute erstens keine Zahlen, und zweitens haben diese Gelder, die für Unterhalt und Betrieb gebraucht werden, mit Investitionen überhaupt nichts zu tun. Das sind eben nicht Investitionskosten, sondern Betriebs- und Unterhaltskosten, die dann jährlich im Armeebudget ausgewiesen werden und auch vom Parlament zu beschliessen sind. Das ist so, wie jede Privatunternehmung das macht und wie jede Privatperson das zum Beispiel beim Autokauf auch machen würde.

Nicolet Jacques (V, VD): Madame la conseillère fédérale, selon des données en ma possession, la base aérienne de Payerne abrite quelque 500 emplois pour 7700 mouvements d'avions, alors que la base d'Emmen abrite 1500 emplois pour 3400 mouvements d'avions, ceci en tenant compte des activités de Ruag. Etes-vous en mesure de confirmer l'exactitude de ces chiffres?

Amherd Viola, Bundesrätin: Besten Dank, Herr Nationalrat Nicolet, für diese Fragen. Ich muss schnell meine Blätter sortieren. Ich habe fast erwartet, dass Arbeitsplätze ein Thema werden, und habe mir Zahlen herauschreiben lassen. Ich antworte Ihnen vielleicht besser in Ihrer Sprache.

Le plan sectoriel militaire pour Payerne accorde un contingent de 11 000 mouvements pour les jets de combat, répartis en principe entre F/A-18 et F-5. En 2018, les mouvements effectifs d'avions de combat à Payerne s'élevaient à 9100, donc moins que le contingent autorisé. Le plan sectoriel pour Emmen accorde un contingent de 12 000 mouvements, donc plus élevé qu'à Payerne. En 2018, les mouvements effectifs à Emmen étaient de 4035.

En ce qui concerne les places de travail, on a pris les chiffres de novembre 2019, donc les chiffres les plus actuels. Ces chiffres montrent que le DDPS emploie 577 collaborateurs à Payerne et 440 à Emmen. Ce sont des équivalents plein temps. L'introduction et la montée en puissance de la police aérienne 24 a permis de créer presque 100 postes de travail à Payerne au cours des quatre dernières années. Selon les chiffres pour l'ensemble de la Confédération, pas uniquement pour le DDPS, nous employons 626 collaborateurs à Payerne et 467 à Emmen.

Ces chiffres, pour être claire, ne comprennent pas les postes de Ruag. C'est ce qui explique en grande partie l'écart avec ceux que vous avez mentionnés. Ruag est une société anonyme qui appartient à 100 pour cent à la Confédération, mais il est impossible d'intervenir directement dans la gestion opérationnelle de l'entreprise. C'est une entreprise qui, comme une société par actions, est indépendante au niveau opérationnel. Toutefois, le Conseil fédéral a la possibilité de fixer des buts stratégiques à Ruag. Parmi ceux-ci, il a été fixé que Ruag doit respecter les différentes régions aussi du point de vue des postes de travail. Voilà ce que je peux vous dire.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Frau Bundesrätin, die Linke hat jetzt immer diese Unterhaltskosten moniert. Könnten Sie etwas dazu sagen, dass alte technische Systeme im Normalfall viel höhere Unterhaltskosten haben? Man hat keine Ersatzteile mehr und muss diese selber herstellen, man hat eine viel grössere Reparaturanfälligkeit, es braucht viel mehr Betriebsstoff für die gleiche Leistung usw. Könnten Sie bitte hierzu auch etwas sagen?

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich kann hierzu keine konkreten Zahlen nennen, aber es ist offensichtlich, das weiss jede Frau und jeder Mann, der bzw. die selber ein Auto hat: Ab einem gewissen Zeitpunkt lohnt es sich nicht mehr, zu investieren, um das Auto noch betriebsbereit zu halten, weil es viel zu teuer wäre. Bei Flugzeugen ist es natürlich dasselbe. Wir sehen jetzt bei den F/A-18: Es treten je länger, je mehr Schäden zutage,



die repariert werden müssen. Wenn wir die F/A-18 über 2030 hinaus noch für den Luftpolizeidienst und zur Verteidigung einsetzen oder brauchen möchten, hätten wir wirklich ein Problem, weil wir dann praktisch das einzige Land wären, das diese Flugzeuge noch dafür einsetzt. Entsprechend gäbe es auch keine Ersatzteile mehr, und alles würde viel teurer.

AB 2019 N 2165 / BO 2019 N 2165

Aus diesem Grund ist es klar, dass wir im heutigen Zeitpunkt die Beschaffung neuer Flugzeuge beschliessen müssen, denn bis sie dann in Betrieb sind, dauert es natürlich einige Jahre – die Beschaffung ist nicht von heute auf morgen möglich.

Piller Carrard Valérie (S, FR): Madame la conseillère fédérale, en ce qui concerne l'hypothèse où de nouveaux avions de combat devraient être acquis par la Confédération, j'aimerais relever que je sens actuellement dans ma région, la Broye, une forte attente de la population à propos du développement de places de travail grâce à l'achat de ces nouveaux avions de combat. Aujourd'hui, êtes-vous en mesure de rassurer la population de la région qui subit le plus de nuisances, ainsi que les autorités des cantons de Vaud et de Fribourg à ce sujet?

Amherd Viola, conseillère fédérale: J'ai déjà eu une rencontre avec les autorités fribourgeoises et vaudoises en juin de cette année. Le DDPS et une délégation se sont rencontrés au Palais fédéral. Nous avons pris note des attentes de cette région et nous comprenons que les autorités formulent ces demandes. Nous connaissons les attentes. Mais, comme je viens de le dire dans la réponse à M. le conseiller national Nicolet, nous avons pu augmenter les postes de travail de 100 personnes ces quatre dernières années, et Ruag est aussi appelé, dans le cadre des buts stratégiques, à respecter les différentes régions. Cela n'est possible qu'avec de nouveaux avions de combat. Il y aura aussi des postes de travail dans la région broyarde, mais je ne peux pas faire de promesse maintenant, parce qu'il faut d'abord acheter les avions pour voir ensuite comment les entretenir le plus efficacement possible. Je rappelle qu'on ne peut pas vendre la peau de l'ours avant de l'avoir tué.

Roth Pasquier Marie-France (M, FR): Madame la conseillère fédérale, j'aimerais revenir sur les chiffres évoqués par M. Nicolet: il y a aujourd'hui deux fois plus de mouvements d'avions à Payerne qu'à Emmen, alors que le nombre d'emplois est trois fois plus élevé à Emmen qu'à Payerne. Ne considérez-vous pas que cette situation est problématique et qu'elle mériterait un rééquilibrage?

Amherd Viola, conseillère fédérale: Je vous remercie, Madame Roth Pasquier. J'ai répondu à la question de M. Nicolet en indiquant les chiffres précis. Vous pourrez les lire dans le Bulletin officiel. Si l'on compare la répartition des postes de travail au sein du DDPS et ceux de l'ensemble de la Confédération, on constate qu'ils sont semblables, qu'il n'y a pas un décalage énorme. Mais si on y ajoute les places de travail de Ruag, là on voit une différence. Comme je viens de le dire, Ruag est une société indépendante, et le Conseil fédéral ne peut pas intervenir dans cette entreprise au niveau opérationnel. Mais, dans les buts stratégiques à atteindre, il est inscrit que Ruag doit respecter les différentes régions linguistiques de notre pays.

Feller Olivier (RL, VD): Madame la conseillère fédérale, vous avez dit à M. Jacques Nicolet et à Mme Roth Pasquier que le Conseil fédéral avait assigné des objectifs stratégiques à Ruag et que l'un de ces objectifs est de respecter les régions linguistiques. Je vous remercie, en tant que Vaudois, de votre sensibilité pour ces équilibres régionaux, (*Remarque intermédiaire de la présidente: Posez votre question, s'il vous plaît!*) mais il se trouve que Ruag est implanté à Emmen et n'a qu'une activité marginale à Payerne. Pourriez-vous envisager une implantation partielle des activités de Ruag dans la Broye vaudoise et fribourgeoise?

Amherd Viola, conseillère fédérale: Comme je l'ai déjà dit, on doit d'abord regarder quelle sera la suite du projet Air 2030. Si un oui sortait des urnes l'année prochaine, la votation aura lieu en septembre probablement, la situation serait plus précise. On pourrait alors réfléchir à la manière de partager ces postes de travail. Mais je n'aimerais pas faire de promesses ici qu'on ne pourra pas tenir. C'est pourquoi je répète que le Conseil fédéral a fixé des buts stratégiques à Ruag, dont celui de respecter les différentes régions aussi du point de vue des postes de travail; on va contrôler cela et on va essayer d'avoir une répartition vraiment fair-play.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Ich habe zwei, drei Bemerkungen zur Diskussion. Die erste geht an Kollege Addor bezüglich dieser Offset-Geschichte bzw. der Kompensationsgeschäfte. Es hat hier keine Umkehr stattgefunden. Ich nehme die Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik. Dort steht geschrieben, dass "in der Regel" eine Kompensation von 100 Prozent verlangt wird. "In der Regel" heisst, dass es nicht unbedingt 100 Prozent sein müssen. Zudem können die Firmen im Sommer 2020 nochmals





offerieren. Es ist also noch gar keine Abkehr.

Dann zwei Punkte zu den Grünen: Es ist, wie gesagt, kein Blankoscheck. Wir sind bereits seit zwei Jahren an diesem Thema. Ich glaube, es wurde hier aufgezeigt, dass es rund zehn Jahre geht, bis die Luftwaffe erneuert werden kann. Wenn Sie das beschleunigen wollen, bin ich mit dabei. Aber dann müssen Sie die politischen Prozesse verkürzen. Ich bin überzeugt, dass gerade das in diesem Parlament nicht gewollt ist. Selbstverständlich wird es am Schluss, auch das haben wir in der Kommission besprochen, auch eine politische Entscheidung sein. Diese bleibt aber beim Bundesrat.

Wenn hier noch gesagt wird, man solle im Bereich "Cyber" Geld ausgeben, dann finde ich es spannend, dass es heisst, "Cyber" sei eine Bundesaufgabe. Ich erinnere aber einfach daran, dass im Moment mehrheitlich die Armee Bezahlerin dieser Bundesaufgabe ist.

Noch ein letzter Punkt zur SP-Fraktion: Man hat hier – das wurde auch in der Kommission besprochen – wieder gesehen, dass man vorgibt, man habe eine Alternative nach 2030. Diese gibt es gar nicht. Wenn es eine Bedrohung gibt, kann man die Mittel nicht einfach einkaufen. Es wird hier die Frage gestellt, wie das bei anderen Luftwaffen ist. Es ist einfach so: Dieses italienische Flugzeug bleibt ein Trainingsflugzeug, für den Einsatz nimmt man die anderen Flugzeuge.

Ich erinnere daran, dass der F/A-18-Jet mit 15 Jahren in der Halbzeit seines Lebens ist – wenn ich das so sagen darf. Man geht jetzt nochmals 15 Jahre weiter. Man hat in diesem Parlament im Rüstungsprogramm 2017 für gut 400 Millionen Franken eine Verlängerung für fünf Jahre beschlossen. Sie sehen also: Es wird, wenn man das in die Zukunft prognostiziert, relativ schnell sehr, sehr teuer. Ich möchte nicht sagen, dass ich ein schlechtes Gefühl habe, aber wenn man von der Situation mit den Rissen hört, dann spürt man eindeutig, dass die Belastung für diese Flugzeuge in unserem Land wahrscheinlich etwas höher ist, als man das angenommen hat. Es eilt deshalb auch aus diesem Grund ziemlich.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous allons voter sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Glättli.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19749)

Für Eintreten ... 149 Stimmen

Dagegen ... 35 Stimmen

(6 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous votons maintenant sur la proposition de renvoi de la minorité Seiler Graf.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19750)

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

Dagegen ... 122 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2019 N 2166 / BO 2019 N 2166

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates




Titre et préambule
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté
Art. 1
Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Seiler Graf, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Molina)

Abs. 1

... Beschaffung neuer leichter Kampfflugzeuge, einer modernisierten bodengestützten Luftverteidigung, Radarüberwachung und C2Air (Führung und Kontrolle) zu erneuern.

Abs. 2

Die Einführung der neuen leichten Kampfflugzeuge soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Abs. 3

Die Anzahl Starts und Landungen der vorhandenen F/A-18 Hornet wird bei unveränderter Sicherheitslage auf 7000 Bewegungen pro Jahr begrenzt und deren Nutzungsdauer entsprechend verlängert.

Art. 1
Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Seiler Graf, Crottaz, Fridez, Glättli, Mazzone, Molina)

Al. 1

... de nouveaux avions de combat légers et d'un système de défense sol-air modernisé ainsi que par la réalisation des projets Radar et C2Air (conduite et contrôle).

Al. 2

La mise en service des nouveaux avions de combat légers doit être achevée d'ici à fin 2025.

Al. 3

Pour autant que la situation sécuritaire demeure inchangée, le nombre d'atterrissages et de décollages des F/A-18 Hornet est limité à 7000 mouvements par an et la durée d'utilisation de ces appareils est prolongée en conséquence.

Art. 2
Antrag der Mehrheit

...

b. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber:

... Technologie- und Industriebasis.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent auf die italienischsprachige Schweiz.

...

Antrag der Minderheit

(Fridez, Crottaz, Glättli, Mazzone, Molina, Seiler Graf)

Bei der Beschaffung neuer leichter Kampfflugzeuge sowie der weiteren Mittel zum Schutz des Luftraums sind folgende Eckwerte einzuhalten:

a. Das Finanzvolumen beträgt höchstens 4 Milliarden Franken (Stand Landesindex der Konsumentenpreise Jan. 2019).


Antrag der Minderheit I

(Flach, Frei Daniel, Glättli, Mazzone, Molina)

b. ... müssen 50 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 30 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis. Der ausgewogenen regionalen Verteilung der Offset-Aufträge zwischen der lateinischen und deutschen Schweiz soll – soweit technologisch sinnvoll – massgeblich so Rechnung getragen werden.

Antrag der Minderheit II

(Glättli, Crottaz, Fridez, Mazzone, Molina, Seiler Graf)

b. ... müssen mindestens 20 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von direkten Offsets kompensieren.

Antrag der Minderheit III

(Fridez, Crottaz, Molina, Seiler Graf)

b. Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, werden nicht verpflichtet, den Vertragswert durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz zu kompensieren (keine Offsets).

Antrag der Minderheit

(Fridez, Crottaz, Seiler Graf)

c. Die Beschaffungen werden den Räten in mehreren Rüstungsprogrammen beantragt.

Antrag der Minderheit

(Crottaz, Flach, Frei Daniel, Fridez, Seiler Graf)

d. die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung und der Frühwarnung sowie die Zusammenarbeit zwischen den Luftstreitkräften der Nachbarländer wird ausgebaut.

Antrag der Minderheit

(Fridez, Crottaz, Glättli, Mazzone, Seiler Graf)

e. Auf neuartige Bedrohungen durch Fernlenk Waffen, Marschflugkörper, in terroristischer Absicht verwendete Zivilflugzeuge sowie Drohnen werden angemessene Schutzmassnahmen ergriffen. Die Fähigkeit zum Luft-Boden-Kampf wird nicht wieder eingeführt.

Art. 2
Proposition de la majorité

...

b. Adhérer au projet du Conseil fédéral, mais:

... technologique et industrielle en lien avec la sécurité. Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne.

...

Proposition de la minorité

(Fridez, Crottaz, Glättli, Mazzone, Molina, Seiler Graf)

... de l'acquisition d'avions de combat légers et des autres moyens de protection de l'espace aérien:

a. le volume de financement ne dépasse pas quatre milliards de francs (selon l'indice national des prix à la consommation de janvier 2019).

Proposition de la minorité I

(Flach, Frei Daniel, Glättli, Mazzone, Molina)

b. ... doivent compenser 50 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont 20 pour cent directement et 30 pour cent indirectement dans le domaine de la base technologique et industrielle en lien avec la sécurité. Dans la mesure où cela est raisonnable d'un point de vue technologique, il est tenu compte d'une répartition régionale équilibrée des affaires compensatoires entre la



Suisse alémanique, la Suisse romande et la Suisse italienne.

AB 2019 N 2167 / BO 2019 N 2167

Proposition de la minorité II

(Glättli, Crottaz, Fridez, Mazzone, Molina, Seiler Graf)

b. ... doivent compenser 20 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires) directement dans le domaine de la base technologique et industrielle en lien avec la sécurité.

Proposition de la minorité III

(Fridez, Crottaz, Molina, Seiler Graf)

b. les entreprises étrangères qui se voient confier des mandats dans le cadre de l'acquisition ne sont pas tenues de compenser la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (pas d'affaires compensatoires).

Proposition de la minorité

(Fridez, Crottaz, Seiler Graf)

c. les acquisitions sont proposées à l'Assemblée fédérale dans le cadre de plusieurs programmes d'armement.

Proposition de la minorité

(Crottaz, Flach, Frei Daniel, Fridez, Seiler Graf)

d. la coopération internationale dans le domaine de la détection précoce et de l'alerte précoce ainsi que la coopération avec les forces aériennes des pays voisins sont développées.

Proposition de la minorité

(Fridez, Crottaz, Glättli, Mazzone, Seiler Graf)

e. des mesures de protection adaptées sont prises pour faire face à de nouvelles menaces représentées par les missiles à longue portée, les missiles de croisière, les avions civils détournés à des fins terroristes ainsi que les drones. L'aptitude au combat air-sol n'est pas réintroduite.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Ich rede zu meinem Minderheitsantrag bei Artikel 1. Absatz 1 dieses Artikels ist eine Konsequenz aus den Inhalten unseres Rückweisungsantrags; ich muss es hier nicht mehr wiederholen. Wir beantragen, von "leichten Kampfflugzeugen" statt nur von "Kampfflugzeugen" zu sprechen – logischerweise, das entspricht ja unserem Alternativkonzept. Darum muss meiner Meinung nach hier zudem noch zwingend betont werden, dass zum Schutz des Luftraumes auch eine modernisierte bodengestützte Luftverteidigung, Radarüberwachung und das Führungs- und Kontrollsystem C2Air gehören. Da sich die Beschaffung leichter und billiger Kampfflugzeuge weniger aufwendig gestaltet, sollte die Einführung leichter Kampffjets bis 2025 abgeschlossen werden können. Auch das ist ein Teil des Antrags.

Jetzt möchte ich aber speziell noch auf den neu eingeführten Absatz 3 hinweisen; der liegt mir noch am Herzen. Wir möchten die Nutzungsdauer der F/A-18 Hornet nicht über die Begrenzung der Anzahl Flugstunden festlegen, sondern möchten eine Begrenzung über die Anzahl Flugbewegungen vorschlagen. Das ist ein neuer Ansatz, der meiner Meinung nach aus zwei Gründen überzeugt. Erstens macht es viel mehr Sinn, die Anzahl der Bewegungen als Grenzwert zu nehmen, als die Anzahl der Flugstunden, weil die Flugzeuge beim Starten und Landen am meisten belastet sind. Ein Flugzeug, das weniger starten und landen muss und dafür länger anhaltende Flugzeiten hat, wird so mehr geschont. Zweitens sind wir auch dezidiert der Ansicht, dass eine geringere Anzahl der Bewegungen auch der Bevölkerung dient, weil so der stark störende Fluglärm abnimmt. Als Copräsidentin der nationalen Koalition Luftverkehr, Umwelt und Gesundheit, bei welcher auch Fluglärmorganisationen von Militärflugplätzen Mitglied sind, weiss ich, wie störend und einschränkend der ohrenbetäubende Lärm von Kampffjets sein kann. Gerade in Tourismusregionen wie Meiringen ist das sehr lästig. In unserem Antrag wollen wir daher die Starts und Landungen der lauten F/A-18 auf 7000 Bewegungen pro Jahr begrenzen. Die Nutzungsdauer kann so entsprechend verlängert werden.

Ich bitte Sie, unserem Antrag auch im Sinne des Lärmschutzes zuzustimmen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): A l'article 2, ma proposition de minorité prévoit ceci: "Les paramètres ci-après doivent être respectés lors de l'acquisition d'avions de combat légers" – donc c'est notre concept – "et des autres moyens de protection de l'espace aérien: a. le volume de financement ne dépasse pas quatre milliards de francs." Dans le concept du Conseil fédéral, il y a 6 milliards de francs pour les avions de combat et 2



milliards de francs pour le système de défense sol-air – Bodluf en allemand. Nous proposons de réduire le montant prévu par le Conseil fédéral de moitié.

Pourquoi? Les arguments ont déjà été développés par Mme Seiler Graf, mais j'y reviens. Nous proposons en fait d'acquérir des avions de combat légers. J'aimerais revenir sur la petite polémique et les différentes interventions de certains qui se sont un peu moqués de notre déplacement en Italie. Ce que j'aimerais dire, c'est que depuis deux ans, le Parti socialiste a émis l'hypothèse de l'utilisation d'avions de combat légers, qui sont utilisés dans certains pays – cela a été dit. Nous avons eu l'occasion de visiter cette usine. Nous nous étions engagés, en commission, à ne pas prendre contact avec un avionneur, avec une entreprise qui était en discussion avec le Conseil fédéral et avec l'armée, dans le cadre des tests réalisés lors de la procédure de sélection d'un avion de combat. L'Aermacchi M-346 n'est absolument pas concerné, c'est une autre situation et nous avons tout à fait respecté les engagements pris. Simplement, nous souhaitons présenter à nos camarades et, aussi, à la population suisse une offre répondant à un autre concept, en proposant des choses possibles. C'est vrai qu'on aurait souhaité des débats supplémentaires en commission sur ce sujet, mais nous sommes le deuxième conseil et notre commission n'est pas allée plus loin.

A quelque part, il est de notre point de vue tout à fait légitime d'avoir fait cette démarche. L'acquisition d'un nouvel avion de combat est un choix important, le peuple suisse a le droit de savoir si des alternatives existent, même si on critique ces alternatives. On entend tout sur ces avions de combat légers. Nous, ce qu'on sait, c'est qu'ils sont moins chers, que les frais d'entretien sont beaucoup moins élevés, qu'ils polluent six fois moins et font beaucoup moins de bruit et qu'ils ont clairement une capacité adaptée aux missions de police du ciel en temps de paix. Le temps de paix, c'est la situation que nous vivons, cela veut dire que l'essentiel des interventions qui sont réalisées le sont dans un contexte où on n'a pas affaire à des avions de combat ennemis, des avions étrangers qui viennent nous attaquer, mais simplement à des aéronefs qui volent à 700 ou 800 kilomètres à l'heure au maximum. Les Aermacchi peuvent atteindre une vitesse de 1075 kilomètres à l'heure, et d'autres avions de cette catégorie-là – ce n'est pas le seul – volent plus vite, notamment des avions fabriqués en Corée du Sud – mais nous ne voulons pas forcément aller chercher des avions là-bas. Voilà, c'est une réalité.

Il y a un autre élément dont il faut tenir compte. Certes, les avions légers sont moins rapides, mais ce sont des avions dont la mise en marche est beaucoup plus rapide que celle du F/A-18. Le F/A-18 a besoin de quinze minutes pour se mettre en route, pour chauffer différentes structures importantes à son fonctionnement, alors que les Aermacchi peuvent partir tout de suite et, finalement, les deux avions arriveront en même temps sur le lieu d'intervention. Il peut également rester plus longtemps en vol que le F/A-18.

Le coût horaire d'utilisation de ces avions légers est de 2000 francs. Quand on parle des F-35, c'est entre 35 000 et 45 000 francs! Ce sont des gouffres absolument incroyables.

On nous dit que ce sont des avions d'entraînement. Effectivement, ils sont utilisés maintenant essentiellement comme cela. Mais, on l'a vu, il y a une version F/A, une version d'avion de combat, qui est en voie de développement, avec un armement, et elle sera prête l'année prochaine ou en 2021. Ces avions sont adaptés à la quasi-totalité des missions de police du ciel en temps de paix.

Pour nous, ce qui est important, c'est de garder ensuite des avions de combat, nos F/A-18, de les ménager. A terme, effectivement, il faudra les changer, mais beaucoup plus tard. Et ce qui est surtout important, c'est d'avoir un système de défense sol-air – Bodluf en allemand – beaucoup plus performant que celui qu'on a comme projet, passer de 2 à 3 milliards de francs, avec un système performant de radars,

AB 2019 N 2168 / BO 2019 N 2168

un système de conduite et de contrôle au top, pour véritablement pouvoir anticiper.

Les risques pour notre pays, c'est essentiellement – beaucoup plus qu'une attaque aérienne classique par des avions de combat – une attaque avec des missiles balistiques, des missiles de croisière, des drones, des avions détournés. Or, face à tous ces éléments, à part les avions détournés, ce qui est utile, ce ne sont pas forcément les avions de combat, mais beaucoup plus un système de défense sol-air.

Le coût total de notre projet s'élève à 4 milliards de francs. Il est beaucoup moins élevé.

Venons-en maintenant aux affaires compensatoires. La minorité socialiste propose zéro affaire compensatoire. On pourrait à la limite admettre une compensation de 20 pour cent de la valeur contractuelle, parce que 20 pour cent, cela veut dire que ce sont des affaires compensatoires qui sont directement en lien avec l'utilisation technique – apprendre à travailler avec l'avion qu'on nous a livré. Vingt pour cent, c'est donc admissible.

Zéro pour cent, c'est pour nous une histoire un peu dogmatique. Nous ne voulons pas qu'il y ait un subventionnement. Or, quand on arrive à un taux de 60 ou de 100 pour cent d'affaires compensatoires, c'est effectivement de l'arrosage. Mais quand on veut subventionner, on passe par le budget ordinaire et on dit: "Il y a des paysans,





on veut les subventionner"; alors que, dans le cas présent, on ne sait pas très bien ce qui se passe.

Les choses ne sont pas très claires. Le rapport du Contrôle fédéral des finances de 2008 mentionnait les affaires compensatoires qui concernaient notamment les F/A-18 et, à l'époque, il était question de 40 à 50 pour cent d'affaires compensatoires réalisées au lieu des 100 pour cent promis. Il semble en fait que certaines des affaires compensatoires ont été réalisées dans des pays étrangers. Donc rien n'est très clair. Nous sommes pour la transparence, et non pour l'opacité. Or ce qui est proposé ne va pas, de notre point de vue, dans le bon sens.

Nous prévoyons que les acquisitions soient proposées à l'Assemblée fédérale dans le cadre de plusieurs programmes d'armement, permettant ainsi de rendre les choses relativement claires. C'est vrai que nous sommes, comme l'a dit précédemment M. Brélaz, un tout petit peu gênés par cette augmentation de 1,4 pour cent par année du budget de l'armée, qui à la fin atteindra 6 milliards de francs, au lieu des 5 milliards de francs actuels. Et qu'est-ce qu'il en adviendra?

Nous sommes aussi très intéressés par des programmes d'armement successifs. Il faut savoir que de temps en temps l'argent donné à l'armée n'est pas très bien utilisé. Il y a eu quelques coups un peu retentissants, notamment le projet FIS visant à doter l'ensemble de l'armée de moyens de télécommunication: on a appris à la fin que cela ne marchait pas très bien, parce qu'on n'avait pas pensé qu'il fallait une bande passante et que le système n'était pas utilisable si on ne passait pas par certains fournisseurs de prestations. Vous voyez comment les écoutes sont ensuite possibles. Donc c'était vraiment un peu n'importe quoi. Nous ne souhaitons clairement pas donner un chèque en blanc. Au travers de plusieurs programmes d'armement, nous aurions un suivi un peu plus clair du dossier.

La dernière proposition concerne notre volonté claire de renforcer la notion de la défense sol-air dans le texte. On propose ceci: "Des mesures de protection adaptées sont prises pour faire face à de nouvelles menaces représentées par les missiles à longue portée, les missiles de croisière, les avions civils détournés à des fins terroristes, ainsi que les drones."

Le projet du Conseil fédéral donne l'impression qu'il est effectivement prévu de mettre des moyens de défense du type des missiles de longue portée. Certaines choses semblent toutefois oubliées, notamment ce qui relève de la courte portée et qui peut constituer des moyens très importants. Il faut une grande diversité de l'offre dans ce dossier pour faire en sorte, le plus possible, que tout ce qui peut être détecté puisse l'être.

J'ai parlé de 3000 kilomètres. C'est la distance qui nous sépare du Proche-Orient. Maintenant, on peut imaginer que des acteurs non étatiques puissent disposer de moyens de tirer des missiles à cette distance. Or, un missile balistique est détectable quand il est en train de tomber sur sa cible. Il faut donc pouvoir anticiper au maximum et avoir une réactivité parfaite. Cela n'a pas de prix. C'est véritablement fondamental. Ce sont vraiment les risques les plus actuels.

Un autre élément qui nous dérange – nous proposons de ne pas l'introduire, quel que soit l'avion qui serait choisi – est l'aptitude au combat air-sol. L'Aermacchi M-346 aurait cette capacité. De notre point de vue, elle n'est pas nécessaire puisque nos forces aériennes sont censées protéger notre territoire, ne pas dépasser les limites de celui-ci et protéger notre espace aérien. Si vous avez un système de combat air-sol, c'est jusqu'à preuve du contraire que vous voulez attaquer un objectif au sol. On ne commencera pas par bombarder notre territoire, qui est très peuplé et qui, dans beaucoup de régions, comporte de nombreux villages. C'est totalement inutile. Tout ce qui ne serait pas utilisé pour renforcer la technologie de ces appareils représenterait autant d'économies que nous pourrions faire au bout du compte.

Je vous demande de soutenir les propositions défendues par les diverses minorités, sans trop d'illusions. Nous verrons comment se poursuivra le traitement de ce dossier.

Flach Beat (GL, AG): Besten Dank, dass ich mit Ihrer Genehmigung nicht nur zu den Minderheiten, sondern auch zu meiner Minderheit und für die Grünliberalen quasi in einem Block sprechen kann.

Die grünliberale Fraktion wird die Minderheiten zu Artikel 1 und Artikel 2 Buchstabe a ablehnen. Die Minderheit Seiler Graf zu Artikel 1 möchte den Bundesbeschluss gerne so abändern, dass er neu statt eines Planungsbeschlusses über neue Kampfflugzeuge die Beschaffung leichter Kampfflugzeuge und eine bodengestützte Luftverteidigung enthält. Es wurde schon beim Eintreten gesagt: Dieses Konzept funktioniert irgendwie nicht. Sie können nicht sagen, dass Sie die Kampfflugzeuge der Luftpolizei durch leichte Trainingsflugzeuge ersetzen wollen, selbst wenn wir diese dann pimpen und noch mit Waffen ausrüsten usw. Das funktioniert auch insofern nicht, als wir schon mehrfach beschlossen und bestätigt haben, dass wir grundsätzlich eine Bereitschaft über 24 Stunden und 365 Tage unterhalten wollen. Das bedeutet, wenn Sie nicht genau wissen, was da heranfliegt, wer das ist und warum irgendein Flugzeug von seinem Kurs abweicht, dass Ihnen nichts anderes übrig bleibt, als beide Flugzeuge bereitzuhalten und dann mit demjenigen, das Ihnen angemessen scheint, aufzustei-



gen; und dieses sollte dann auch noch schnell genug dort sein. Insofern funktioniert dieses Zweiflottensystem also nicht.

In einem Punkt geben wir der SP-Fraktion recht: Auch wir wünschen natürlich eine Gesamtkonzeption über eine Boden-Luft-Verteidigung. Das war ursprünglich auch die Idee von uns Grünliberalen, als wir gesagt haben, wir hätten gerne ein Gesamtkonzept Luftverteidigung, das eben nicht nur neue Flugzeuge, sondern auch Interoperabilität – die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn – und eine bodengestützte Luftverteidigung beinhaltet, ausgerichtet auf die neuen oder zu erwartenden Bedrohungen.

Damit bin ich auch schon beim nächsten Thema, dem Problem der Bedrohungen. Wir beschaffen jetzt für rund 6 Milliarden Franken gestaffelt neue Flugzeuge und versuchen, damit einen Planungshorizont von rund dreissig Jahren abzudecken. In dreissig Jahren werde ich mich nicht mehr darum kümmern, da werde ich wahrscheinlich im Altersheim sein – ich weiss es nicht. Auf jeden Fall bin ich sicher, dass niemand von uns in der Lage ist, vorzuschauen und zu sagen, welche Bedrohungslage für uns dann tatsächlich bestehen wird. Das ist halt die Crux in der Sicherheitspolitik, dass wir in diesen langen Zeitspannen, in denen wir grosse Beschaffungen machen, nicht in der Lage sind, abzuschätzen, was dann tatsächlich notwendig sein wird. Darum sind wir der Meinung, dass es für die Zukunft wahrscheinlich der richtige Entscheid ist, wenn wir sagen: Wir brauchen ein Mehrzweckflugzeug, das alle Lagen beherrschen kann, mit dem wir auf Augenhöhe und mit einer glaubwürdigen Robustheit Luftpolizei machen und unsere Souveränität, soweit das möglich

AB 2019 N 2169 / BO 2019 N 2169

ist, aufrechterhalten können, selbst wenn wir dann nicht den "grossen vaterländischen Krieg" damit führen können.

Die Grünliberalen sind auch der Meinung, dass wir im Zusammenhang mit dieser Beschaffung die internationale Zusammenarbeit bestätigen und entsprechend auch ausbauen sollten. Wenn wir nämlich schauen, wie weit wir im Moment blicken können, das heisst unsere Alarmierungsfähigkeit betrachten, dann wäre diese sehr eingeschränkt ohne das System der Nato, das uns Luftlagebilder unter der Voraussetzung zur Verfügung stellt, dass wir Mitglied bei Partnership for Peace sind. Deshalb sind die Grünliberalen hier der Meinung, dass der Weg des Planungsbeschlusses mit diesen Mehrzweckflugzeugen richtig ist.

In Artikel 2 wünschen SP-Fraktion und Minderheit Fridez, dass wir das Finanzvolumen für diese Beschaffung auf 4 Milliarden Franken senken. Ich würde das sofort unterstützen, wenn ich Gründe hätte, anzunehmen, dass es vernünftig ist, das dann tatsächlich auch zu machen. Ich habe den Eindruck, dass hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

Kommen wir zum Block, der mir und den Grünliberalen sehr wichtig ist. Hier geht es um das Offset, das heisst die Gegengeschäfte: Wie viele Gegengeschäfte verlangen wir von einem Anbieter? Uns hat es gestört, dass quasi ab dem Entscheid, dass man neue Kampfflugzeuge kauft, vor allen Dingen im Fokus stand, wer dann am meisten Geld wieder zurück in die Schweiz gibt, wer am meisten Offset macht, wie viel Offset das sein soll, wo das Offset hinkommt, ob das auch gerecht unter den Regionen verteilt wird usw. usf.

Wir sollten Sicherheitspolitik machen und nicht Wirtschaftspolitik und auch nicht Wirtschaftssubventionspolitik – das sollte im Vordergrund stehen, und darauf sollten wir den Fokus lenken. Es ist unbestritten, glaube ich, dass Offset ein Produkt, das wir einkaufen, nicht verbilligt. Und ich glaube, die meisten, die sich in den letzten Jahren, seit der geplatzten Gripen-Beschaffung, damit beschäftigt haben, wissen, dass Offset ein Geschäft verteuert – wir reden hier von zwischen 8 und 15 Prozent. Dann kommt das dazu, was der Ständerat hier gefordert hat, nämlich 100 Prozent Offset und eine Liste, welche Produkte oder Industriezweige dann zu berücksichtigen sind. Auch die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission ist hier in unseren Augen viel zu weit gegangen.

Deshalb bitte ich Sie, meine Minderheit I, die 50 Prozent Offset, zu unterstützen. Sie besagt auch, dass das Offset dort berücksichtigt werden soll, wo es technisch sinnvoll ist, wo Firmen die Türe für einen neuen Markt tatsächlich erst aufkriegen, wenn sie beim Offset mitmachen. Das funktioniert, und die Grössenordnung von 50 Prozent führt dann auch nicht dazu, dass man irgendwelche, ich sage jetzt mal, weit hergeholte Offset-Geschäfte einflechten muss. Das ist das, was die Wirtschaft innerhalb dieser Zeit dann auch tatsächlich umsetzen und hier abarbeiten kann: Offset im Sinne eines Türöffners für an neuen Technologien interessierte Firmen und als Bekräftigung, da mitzumachen und neue Märkte zu erschliessen, und nicht einfach als Subvention.

In Artikel 2 Buchstabe c unterstützen wir die Mehrheit und bei Buchstabe e ebenfalls. Bei Buchstabe d unterstützt die grünliberale Fraktion die Minderheit Crottaz, weil hier ausdrücklich die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung, der Frühwarnung und, vor allen Dingen, die Zusammenarbeit mit den Luftstreitkräften der Nachbarn gefordert wird. Wir unterstützen das. Die Schweiz ist so klein, dass Sie in fünfzehn Minuten über die Schweiz hinweggeflogen sind. Das bedeutet: Unsere Vorwarnzeit für ein Ereignis, das



allenfalls zu Gefahren führt, ist wirklich sehr kurz. Wir brauchen also die Augen unserer Nachbarn und sollten entsprechend auch mit ihnen zusammenarbeiten. Wir sollten uns auch im Klaren darüber sein, dass wir mit den neuen Technologien, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auftauchen werden, immer mehr auf Zusammenarbeit angewiesen sein werden, nicht weniger. Deshalb brauchen wir nicht nur die Augen und Ohren unserer Nachbarn, sondern wir brauchen auch die aktive Zusammenarbeit, um unsere eigene Sicherheit gewährleisten zu können, aber auch, um zu trainieren, um unsere Fähigkeiten auf der Höhe der Zeit zu halten, damit wir – wie ich vorhin schon gesagt habe – robust und auf Augenhöhe mit unseren Nachbarn interoperabel agieren und nicht nur reagieren können, wenn es dann zu spät ist.

Glättli Balthasar (G, ZH): Es ist jetzt fast ein Birchermüesli, all die verschiedenen Sachen in diesem Block. Ich gehe gleich zuerst zum Thema Offset.

Ich muss schon sagen: Ich habe ja immer einen gewissen Respekt in der Sicherheitspolitik. Wenn man grundsätzlich Kritiker der Flugzeugbeschaffung ist, wird einem schnell einmal vorgeworfen, man sei im Detail nicht so sattelfest. Als ich aber die Auseinandersetzung um die Offsets angeschaut habe – was ich da miterleben musste –, da musste ich sagen: Das hat jetzt mit Sicherheitspolitik überhaupt nichts zu tun – aber auch gar nichts! Das ist einfach ein industriepolitischer Basar, nichts anderes. Zuerst einmal darf man, finde ich, auch als Grüner einer CVP-Bundesrätin ein kleines Kränzchen winden, einfach dafür, dass sie diese heisse Kartoffel überhaupt angefasst hat und auch einen Bericht machen liess, der dieses Thema einmal etwas kritischer betrachtet.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Die gleichen Leute, die sagen, es seien viel zu wenige Flugzeuge, die wir mit diesem Geld kaufen können, und eigentlich müsste man lieber mehr Flugzeuge kaufen, die gleichen Leute finden, man sollte etwa 80 oder 100 Prozent mit Offsets kompensieren; im Wissen darum, dass dies das Geschäft bis zu 15 Prozent teurer macht! Das bringt, wenn man von einem gleichen Gesamtfinanzniveau ausgeht, entsprechend weniger Flugzeuge. Ich glaube, eine teurere und auch korruptionsanfälliger Form von Industriesubventionierung aus Steuergeldern kann man sich nicht vorstellen. Es ist ja auch bezeichnend, dass in der WTO der einzige Grund, für den man solche Gegengeschäfte erlaubt, die Sicherheitspolitik ist. Sonst sind sie überall verboten, und zwar, weil das erstens nicht mit einem freien Markt kombinierbar ist und zweitens einer Subventionierung gleichkommt.

Ich muss vielleicht noch die Fahne korrigieren. Wir haben zuerst die Minderheit III (Fridez), die keine Offsets will. Das ist quasi die logische Konsequenz aus diesen Überlegungen. Die Grünen sind auch bei dieser Minderheit. Wir haben selbst eine Minderheit Mazzone eingegeben, die praktisch das Gleiche wollte, einfach mit etwas anderen Worten; wir haben diese zurückgezogen, weil es nicht zwei Minderheiten mit dem gleichen Inhalt braucht. Die Unterschriftenliste für die Minderheit III (Fridez) hat dann den Weg nicht zu uns gefunden, aber selbstverständlich entspricht diese dem Wunsch der Grünen.

Die Minderheit II ist mein Kompromissvorschlag. Ich versuche immer wieder, mich in diesen Debatten in die Gegenseite hineinzudenken, und sage: Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass es diesen Kampfjet braucht und die Argumentation vielleicht etwas für sich hat, dass zu einem Kampfjet nicht nur der Jet gehört, den man kauft, sondern auch die Fähigkeit, unabhängig von anderen Zulieferern in der Kriegssituation möglichst viel an diesem Jet selbst flicken zu können. Aus diesem Grund habe ich diesen Kompromissantrag zur Vergabe von direkten Offsets zu mindestens 20 Prozent des Vertragswertes gestellt, denn die Fachmenschen haben gesagt, dass man mehr als 20 Prozent direktes, wirklich direktes Offset nicht hinkriegt. Direktes Offset ist zwar das Teuerste, aber nur dabei stellt man wirklich Teile dieses Produkts, das man kauft, in der Schweiz her. Ich sehe da eine gewisse Logik, wenn man sich in die Gedanken des Befürworters oder der Befürworterin eines Jet-Kaufs hineinversetzt. Also wenn schon, dann das und nicht mehr. Dann ging eben der Basar weiter. Natürlich unterstützen wir dann auch lieber die Minderheit Flach als die Mehrheit, und natürlich unterstützen wir lieber die Mehrheit als den Ständerat.

Was ich noch interessant finde, ist, dass offensichtlich die Brisanz des Offset-Themas so gross ist, dass die Rechte in der Kommission – sonst hätte es ja keine Mehrheit gegeben – davor warnte, dem Ständerat zu folgen, weil klar wurde, dass da die Brisanz des Geschäftes liegt. Man kann nicht einfach nur sagen, wie zum Teil sogar bis hin zu den Sozialdemokraten im Ständerat, Hauptsache, es ist für die Romandie, dann ist es gut. Man kann es den Sozialdemokraten nicht verdenken, denn diese wollen ja möglichst wenige Flieger, und so

AB 2019 N 2170 / BO 2019 N 2170

kriegen sie auch möglichst wenige Flieger fürs Geld. Insofern hat es auch eine innere Logik.

Also: Minderheit III vor Minderheit II vor Minderheit I vor Mehrheit vor Ständerat.

Jetzt noch zu den anderen Minderheiten; ich spreche noch kurz als Fraktionsprecher: Die Beschränkung auf





4 Milliarden Franken bei Artikel 2 tragen wir natürlich mit, ebenfalls die Minderheit Seiler Graf zu Artikel 1, die eigentlich nichts anderes will als das, was man auch sinngemäss im Rückweisungsantrag formuliert hat: einfach nochmals in die Details des Planungsbeschlusses gehen.

Herr Tuena hat mich vorhin kritisiert, ich hätte die Antwort auf seine Frage nicht präzise gegeben, obwohl ich es schon im Referat gesagt habe. Ich ergänze es aber gerne nochmals, Herr Tuena, weil ich Ihnen keine Antwort schuldig bleiben will: Es ist richtig und wichtig zu sagen, und das ist in Artikel 2 Absatz 3 drin, dass man die F/A-18 Hornet nur noch für die Aufgaben einsetzt, für die es sie wirklich braucht. Wenn man schaut, dass man die Bewegungen pro Jahr reduziert – denn die Bewegungen sind das Wichtigste und nicht die Flugstunden, die Start- und Landemanöver als Hauptbelastungsfaktoren wurden erwähnt –, dann kann man auch den Erhalt der F/A-18 für die Luftpolizei weiter in die Zukunft ausdehnen, als wenn man sie voll einsetzt. Das ist notabene keine Überlegung, die sich nur die Grünen und die Sozialdemokraten machen, sondern auch die Armee, und sie war auch ein Grund, weshalb man den F-5 Tiger nicht völlig ausser Dienst genommen hat. Man hat nämlich gesagt, dass man gewisse Sachen auch heute noch mit dem Tiger machen kann, auch wenn er nicht mehr topmodern ist.

Zum Schluss haben wir auf Seite 4 der deutschen Fahne die weiteren Minderheiten. Hier ist klar, dass wir die Minderheit Fridez zu Artikel 2 Buchstabe e unterstützen. Ich verweise hier auf die Ausführungen meines Fraktionskollegen Daniel Brélaz, der eigentlich schon im Eintretensvotum das Nötige darüber gesagt hat. Hingegen sind wir nicht bei der Minderheit Crottaz zu Artikel 2 Buchstabe d. Es ist interessant, dass man immer von der Unabhängigkeit und der Neutralität spricht und dass man dafür die Jets brauche. Gleichzeitig betont man dann aber, wie das auch Herr Flach wieder getan hat, dass wir ja eigentlich von Freunden umzingelt sind und dass wir unsere Freunde brauchen, damit unsere Luftwaffe überhaupt rechtzeitig weiss, wann so ein Böser kommt. Manchmal ist die Argumentation wirklich etwas wirr. Ich würde sagen: Führen wir diese Argumentation doch weiter, dann können wir sehen, dass wir eben keine Luftwaffe im klassischen Sinn brauchen. Das ist die Position der Grünen: Wir sagen Nein zum Antrag der Minderheit Crottaz zu Buchstabe d und Ja zum Antrag der Minderheit Fridez zu Buchstabe e.

Crottaz Brigitte (S, VD): Le groupe d'experts qui avait été nommé en 2014 pour évaluer l'avenir de la défense aérienne avait décrit dans son rapport qu'il était très peu probable que la Suisse subisse une attaque armée directe ou soit impliquée dans un tel conflit. Les principaux risques relevés dans ce rapport étaient la cyberguerre et le dérèglement climatique, ainsi que le terrorisme. Ce groupe proposait quatre options allant du scénario catastrophe, avec plus de 50 avions de chasse, à un scénario plus en phase avec leurs conclusions, avec une vingtaine d'avions légers, le maintien des F/A-18 et le renouvellement de la défense sol-air.

L'optique des dirigeants de l'armée est cependant toujours figée en priorité sur la survenue d'une guerre conventionnelle qui nécessiterait, comme lors de la Seconde Guerre mondiale entre 1939–1945, une patrouille aérienne avec des avions de combat. C'est donc sur le scénario catastrophe et hautement improbable, selon les experts, que se base la décision d'achat d'avions de combat dont nous parlons. M. Brélaz a fait une démonstration tout à fait claire de l'inutilité d'avions de combat même en cas de guerre, car cela signifierait que l'Otan n'aurait pas réussi à stopper l'attaque d'un éventuel ennemi et que ce serait à notre aviation de faire face seule à cette attaque. C'est tout à fait irréaliste, vous en conviendrez.

Si l'on se préoccupe un minimum du dérèglement climatique, il est tout à fait irresponsable d'envisager l'acquisition d'avions qui, comme le F/A-18 actuel, consomment 4800 litres de kérosène par heure de vol, voire pire, pour une simple mission de police de l'air, et ceci en temps de paix!

Le groupe socialiste soutient que les Forces aériennes devraient être équipées de deux types d'avions: des avions de combat plus légers – on l'a déjà dit –, moins coûteux, moins polluants, moins bruyants pour effectuer les tâches de police aérienne au quotidien, et des F/A-18 qui restent quant à eux prêts pour effectuer des missions nécessitant leur engagement, au maximum quatre ou cinq par année. Cela prolongerait naturellement la durée de vie de ces derniers. Il faut y ajouter un système de défense sol-air à courte, moyenne et longue portée ainsi qu'un meilleur système de radar et un centre de commandement et de contrôle efficace. L'ensemble de ce dispositif pourrait être réalisé pour 4 milliards de francs, permettant une défense bien plus complète que ce que nous propose le Conseil fédéral.

Contrairement à ce qu'a affirmé M. Hurter lors de son introduction au nom de la commission, les avions de combat plus légers que des avions de chasse sont tout à fait aptes à effectuer des tâches de police de l'air. Ils peuvent, selon les besoins, être lourdement armés, ils peuvent voler suffisamment vite pour intercepter un avion de ligne ou un avion de tourisme, puisqu'ils peuvent voler à 1075 kilomètres à l'heure. Ils sont par ailleurs prêts, comme l'a dit M. Fridez, à décoller en 1 à 2 minutes, alors que les F/A-18 ont besoin de 15 minutes de préparation.



Nous insistons aussi sur la collaboration avec les pays voisins, qui doit être accrue pour la détection précoce et l'alerte rapide, ainsi que sur la coopération avec les forces aériennes voisines, qui est bien plus utile qu'un avion de chasse à haute performance. Etant donné la petite taille de notre pays, l'alerte rapide est cruciale.

Le refrain qui revient continuellement est que si nous voulons rester souverains, nous devons effectuer nous-mêmes nos tâches de police de l'air. Je rappelle toutefois qu'en 2014, lors du détournement du Boeing d'Ethiopian Airlines, les avions suisses, avec une alerte tôt dans la nuit, n'ont pas pu intervenir, et que ce sont les armées française et italienne qui ont escorté l'appareil dans le ciel suisse, puisque les appareils suisses ne volaient qu'aux heures de bureau.

Depuis lors, les horaires d'interventions se sont élargis de 6 heures à 22 heures. Mais ce n'est qu'à fin 2020 que des avions armés seront complètement disponibles sept jours sur sept, 24 heures sur 24. A l'heure actuelle, nous dépendons encore de nos voisins si nous sommes attaqués durant la nuit. Nous n'avons donc pas les capacités d'une défense permanente de l'espace aérien, et cet exemple démontre à mon avis parfaitement la nécessité de collaboration avec nos voisins que nous avons déjà expérimentée et qui pourrait être renforcée. Lorsqu'on parle de collaboration internationale, l'argument qui revient continuellement est celui de la neutralité, mais cette dernière permet toutefois l'échange de données sur la situation aérienne en temps de paix ou la coopération pour sécuriser l'espace aérien en cas de menaces par des aéronefs civils. A cette fin, des accords ont déjà été signés avec nos pays voisins, et approuvés par le Parlement.

L'intégration dans un système européen de détection précoce et d'alerte rapide est fondamentale pour la sécurité de l'espace aérien suisse. Une utilisation même modeste des ressources dans ce domaine augmente considérablement la sécurité de l'espace aérien. La protection de l'espace aérien suisse dépend beaucoup plus de la capacité de détecter et d'alerter les populations à un stade précoce que de nouveaux avions de combat. Nous estimons que la Suisse doit intensifier son intégration dans un système européen de détection précoce et d'alerte rapide et développer sa coopération avec les forces aériennes des pays voisins. Pour cela, nous vous proposons d'ajouter une nouvelle lettre d à l'article 2 de l'arrêté fédéral.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M, LU): Im Eintretensreferat habe ich schon gesagt, dass wir das Konzept der SP ablehnen. Demnach werden wir bei Artikel 1 den Antrag der Minderheit Seiler Graf zu den Absätzen 1 bis 3 ablehnen wie auch den

AB 2019 N 2171 / BO 2019 N 2171

Antrag der Minderheit Fridetz zu Artikel 2 Buchstabe a und die Minderheitsanträge zu den Buchstaben c, d und e.

Es erstaunt mich, dass von Frau Crottaz ausgeführt worden ist, es hätten schon ausländische Flugzeuge Hilfe geleistet und es gebe Verträge. Ja, es gibt Überflugverträge, aber das ist nicht das Gleiche. Das heisst nicht, dass man sich gegenseitig Hilfeleistungen anbietet. Vielmehr hat man diese Überflugverträge gemacht, damit man nicht sofort die anderen angreift, sollten sie einmal die Grenze überqueren. Ansonsten sollten Sie einmal die Verträge zur Hand nehmen und nachlesen, was dort alles vorhanden ist.

Ich möchte noch etwas zum Offset-Geschäft sagen. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP lehnt die vorliegenden Minderheitsanträge ab. Wir unterstützen den Entwurf des Bundesrates mit 60 Prozent Offset. Wir begrüßen es, dass die Industrie Aufträge erhält und allenfalls sogar einzelne Komponenten an ein Flugzeug liefern kann, wie dies auch schon der Fall gewesen ist. Auch den Verteilschlüssel – 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz und 5 Prozent Tessin – unterstützen wir. Da die Armee in den kommenden Jahren sehr viel in grosse Geschäfte investieren wird, unter anderem in Bodluf, und dort eine Kompensation mit 100 Prozent vorgesehen ist, unterstützen wir bei den Kampfflugzeugen die Version mit 60 Prozent. Uns ist es wichtig, dass wir möglichst viel des vorhandenen Geldes in Flugzeuge investieren können. Das ist aus unserer Sicht mit dieser Version gewährleistet. Die Version des Ständerates geht uns zu weit. Mit 100 Prozent Offset werden schlussendlich Firmen ausserhalb der Sicherheit berücksichtigt, wie die Maschinenindustrie, die Metallindustrie, aber auch die Uhrenindustrie, Gummi- und Plastikzeugnisse und weitere. Wir vergleichen dies mit Subventionen an die Industrie, und schlussendlich werden diese Beiträge bei der Sicherheit und beim Kauf von Flugzeugen dazugerechnet, respektive sie können nicht für die Sicherheit eingesetzt werden.

Zu den verschiedenen Anträgen beim Offset: Herr Glättli, für einmal bin ich mit Ihnen einig; es geht mir wie Ihnen: Wir haben hier wirklich einen Basar, auf dem wir uns bewegen. 50 Prozent ist eine marginale Kürzung, indem bei den indirekten Offsets gekürzt wird. Bei 20 Prozent würden nur die direkten Offsets berücksichtigt; und überhaupt nichts, das wäre dann für die Rüstungsindustrie in der Schweiz nicht nachvollziehbar. Diese Minderheiten lehnen wir alle ab. Der Bundesrat hat sich für 60 Prozent entschieden; das ist für uns nachvollziehbar und mit Expertenberichten auch ausgewiesen. Unsere Fraktion hat dies wieder in die Diskussion





eingbracht, und wir werden dies – entgegen dem Ständerat – auch so unterstützen.

von Siebenthal Erich (V, BE): Für die SVP-Fraktion ist es dringend, dass die Erneuerung unserer Luftwaffe jetzt erfolgt. Die F/A-18 können mit der Betriebsverlängerung höchstens bis ins Jahr 2030 betrieben werden. Hoffen wir, dass nicht noch mehr Unvorhergesehenes wie Risse und anderes dazu führen, dass sie plötzlich über längere Zeit am Boden bleiben müssen. Wir brauchen diese neuen Kampfflugzeuge dringend. Nicht für die Luftwaffe, die Armee oder das VBS – nein, einzig und alleine für den Schutz aller Menschen in der Schweiz, für den Schutz unseres Landes und der Infrastruktur, die nötig ist, damit unsere Gesellschaft, unser Staat, unsere Wirtschaft tagtäglich funktionieren.

In unserer Welt, in der wir leben, ist die Anwendung von Gewalt zwischen Staaten, aber auch von Terrorgruppen gegen die Gesellschaft in weiten Teilen leider tägliche Realität. Unser Land ist Gott sei Dank immer verschont geblieben. Aber vielleicht gerade darum, weil wir mit der Armee als Ganzer, mit den verschiedenen Instrumenten der Polizei und des Nachrichtendienstes bis hin zur Aussenpolitik als glaubwürdig wahrgenommen werden. Die Luftwaffe ist aber von tragender Bedeutung in sogenannten normalen Lagen. Im Alltag sorgt die Luftwaffe im Luftpolizeidienst mit Kampfflugzeugen für Sicherheit im Luftraum, hilft in Not geratene Flugzeugbesatzungen und interveniert bei Luftraumverletzungen. Bei internationalen Treffen wie dem WEF oder bei hochrangigen Konferenzen in Genf gewährt sie die Sicherheit aus der Luft. In Zeiten erhöhter Spannung muss die Luftwaffe die unbefugte Benutzung des Luftraumes verhindern. Sind im Umfeld der Schweiz bewaffnete Konflikte im Gang, kann ein glaubwürdiger Schutz des Luftraumes darüber entscheiden, ob die Schweiz in den Konflikt hineingezogen wird oder nicht. Damit werden auch Verpflichtungen wahrgenommen, die ein neutraler Staat hat.

Im Fall eines Angriffes auf die Schweiz schützt die Luftwaffe die Bevölkerung und die kritischen Infrastrukturen. Zusätzlich unterstützt sie die Bodentruppen, dies aber nicht nur bei militärischen Angriffen, sondern auch bei terroristischen Anschlägen von grossem Ausmass, insbesondere aus der Luft.

Jetzt gibt es Anträge von links, die all diese Aufgaben mit einem Mix von leichten Flugzeugen, bodengestützter Luftverteidigung und einer weiteren Verlängerung der Nutzungsdauer der F/A-18-Flotte erfüllen wollen. Ich gehe davon aus, dass die Antragsteller selber nicht daran glauben, dass dies etwas wäre. Wir lehnen diese Anträge klar ab, denn diese Strategie schützt die Menschen nicht vor Angriffen aus der Luft. Nein, es ist die Strategie zur Abschaffung der Armee, denn ohne schlagkräftige Luftwaffe haben wir keine glaubwürdige Armee mehr.

Jetzt noch etwas zu den Offset-Geschäften: Für uns sind die direkten Offsets sehr wichtig, damit in der Schweiz die Fähigkeit für Unterhalt, Instandhaltung und Instandsetzung der Systeme, die wir kaufen, aufgebaut werden kann. Indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sind ebenfalls wichtig, um generell eine Basis zu unterhalten, die uns eine gewisse Selbstständigkeit in der Rüstung gibt, denn ohne eine solche Basis wären wir im Krisenfall noch schneller und direkter auf Zulieferer und Dienstleistungen aus dem Ausland angewiesen.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Entwurf des Bundesrates und damit die Kommissionsmehrheit, welche 60 Prozent Offset beantragt. Es ist ja bekannt, dass es sich hier um ein rüstungspolitisches Geschäft handelt und nicht um Wirtschaftsförderung. Dass dies auch wichtig ist, versteht sich von selbst. Die Aufteilung dieser 60 Prozent in 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz und 5 Prozent italienischsprachige Schweiz ist ein akzeptabler Schlüssel. Die SVP-Fraktion will nicht, dass durch einen zu hohen Anteil Offset die ganze Sache teurer wird oder dass man dieses Geschäft in dieser Grösse fast nicht umsetzen kann, weil die Möglichkeiten Grenzen haben, oder dass es am Schluss weniger Flugzeuge gibt, weil sie dadurch mehr kosten. Hier geht es klar um die Sicherheit und nicht um Wirtschaftsförderung.

Daher stimmt die SVP-Fraktion allen Mehrheiten zu und lehnt alle Minderheitsanträge ab.

Feller Olivier (RL, VD): La question des affaires compensatoires en lien avec l'achat d'un nouvel avion de combat préoccupe le groupe libéral-radical en général et les élus romands du groupe libéral-radical en particulier. Le problème qui se pose en lien avec le projet du Conseil fédéral et les différentes variantes formulées par notre Commission de la politique de sécurité, c'est que les affaires compensatoires sans lien avec le domaine de l'armement sont exclues. Or, en Suisse romande, il n'existe guère d'entreprises industrielles actives dans le domaine de l'armement et de la sécurité ayant la capacité de proposer des prestations compensatoires en matière de sécurité. Si l'on veut réellement que les affaires compensatoires bénéficient également à la Suisse romande, si l'on veut réellement que la Suisse romande soutienne, lors du scrutin populaire programmé, l'achat d'un nouvel avion de combat, il faut que les affaires compensatoires portent non seulement sur le domaine de l'armement, mais aussi sur d'autres secteurs industriels, comme cela est d'ailleurs prévu dans le texte adopté



par le Conseil des Etats.

Le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports a publié, en 2009 déjà, un document consacré à la politique en matière d'affaires compensatoires. Ce document mentionne les différents domaines industriels qui peuvent être concernés par les affaires compensatoires. On peut y trouver notamment l'industrie des machines, l'industrie horlogère, l'industrie de l'informatique, l'industrie de l'électronique. Il est donc un peu surprenant que l'arrêté dont nous sommes en train de discuter concernant l'acquisition

AB 2019 N 2172 / BO 2019 N 2172

d'un nouvel avion de combat se limite à évoquer les affaires compensatoires en lien avec le domaine de la sécurité, alors qu'il est par ailleurs admis, dans des documents officiels fournis par la Confédération, que les affaires compensatoires peuvent également porter sur d'autres secteurs industriels.

Par ailleurs, pour tenir compte des attentes légitimes de la Suisse romande, le montant des affaires compensatoires doit s'élever à au moins 80 pour cent de la valeur contractuelle des mandats octroyés aux entreprises étrangères en lien avec l'acquisition du nouvel avion de combat.

Si l'on retient un taux inférieur à 80 pour cent, la Suisse romande ne pourra de fait pas être suffisamment prise en compte.

Sur un plan général, il convient d'avoir à l'esprit que selon plusieurs études économiques et scientifiques, les affaires compensatoires sont de nature à générer davantage de recettes fiscales pour les collectivités publiques en Suisse. En d'autres termes, fixer un taux minimal de 80 pour cent, c'est favorable à la sécurité du pays, à l'économie, aux emplois, à l'équilibre entre les différentes régions de notre pays et aux recettes fiscales.

Le groupe libéral-radical veillera ainsi, au fil des prochains jours, à ce que le taux retenu en matière d'affaires compensatoires soit au minimum de 80 pour cent et que ces affaires portent aussi sur des domaines industriels sans lien avec la sécurité, sans lien avec l'armement.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Merci de vos explications, cher collègue. Vous êtes membre du Parti libéral-radical. Les affaires compensatoires sont une sorte de subventionnement de l'économie. Plus la part des affaires compensatoires sera grande, plus le prix des nouveaux avions de combat sera élevé, donc moins la Suisse pourra en acquérir. Cela ne vous pose aucun problème?

Feller Olivier (RL, VD): Je ne partage pas votre appréciation. Les affaires compensatoires sont usuelles dans le domaine économique industriel. De nombreux pays pratiquent ce type d'opérations.

J'ai devant moi le document publié par le DDPS en matière de politique dans le domaine des affaires compensatoires. C'est un document qui a été élaboré en 2009, qui a été mis à jour le 1er janvier de cette année, et qui évoque le but et les modalités des affaires compensatoires. C'est d'ailleurs dans ce document que sont évoqués les domaines industriels susceptibles d'être touchés. On constate qu'il n'y a pas seulement le domaine de l'armement qui est touché, mais également d'autres domaines industriels.

Donc non, les affaires compensatoires ne sont pas une forme de subvention. C'est un procédé usuel dans la vie économique sur le plan international, et, d'ailleurs, selon plusieurs études scientifiques, les affaires compensatoires sont de nature à générer des recettes fiscales supplémentaires pour les collectivités publiques dans notre pays. Donc, il me semble que les affaires compensatoires, c'est un système gagnant pour tout le monde.

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich äussere mich zunächst zu Artikel 1 Absätze 1 und 2. Die Beschaffung der bodengestützten Luftverteidigung ist viel weniger umstritten als jene von Kampfflugzeugen. Es besteht kein Grund, Bodluf zum Gegenstand des Planungsbeschlusses und damit auch eines möglichen Referendums zu machen. Das gilt noch stärker für C2Air und Radar; ich habe bereits darauf hingewiesen. Leichte Kampfflugzeuge würden nicht einmal für den Luftpolizeidienst taugen, geschweige denn für den Schutz bei einer realen Bedrohung. Ihre Schwächen liegen vor allem in der mangelnden Steigfähigkeit und Höchstgeschwindigkeit, im Radar und in der Bewaffnung.

Nun zu Artikel 1 Absatz 3: Die F/A-18 sind ab 2030 auch bei einer Verlängerung der Nutzungsdauer über 2030 hinaus in der Luftverteidigung und im Luftpolizeidienst für die Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr einsatzfähig. Es geht nicht darum, einfach mit Kampfflugzeugen herumzufliegen. Sie müssen gegen einen Gegner bestehen können, und das wäre mit dem F/A-18 ab 2030 nicht mehr der Fall. Zudem wären wir das einzige Land, welches den F/A-18 noch für den Luftpolizeidienst und die Verteidigung im Einsatz hätte. Damit wären die finanziellen und technischen Risiken sehr gross. Ich habe es bereits beim Eintreten gesagt: Man denke nur an die Ersatzteilbewirtschaftung. Eine Plafonierung der Flugbewegungen wäre damit ebenso sinnlos wie eine



Verlängerung der Nutzungsdauer.

Nun zu Artikel 2, Ingress und Buchstabe a: Ich habe bereits dargelegt, weshalb leichte Kampfflugzeuge keine Alternative sind. Ein Flugzeug zu beschaffen, das wir für die Ausbildung nicht brauchen und das für die Einsätze nicht taugt, wäre nicht gespart, sondern verschwendet. Das trifft insbesondere dann zu, wenn wir eben keine Verwendung für den eigentlichen Zweck haben beziehungsweise wenn der eigentliche Zweck nicht erfüllt werden kann. Das gilt auch, wenn die Flugstunde "nur" 2000 Franken kostet – sofern dieser Betrag stimmt; ich konnte ihn nicht verifizieren. Also, wie gesagt: Für etwas, was man nicht braucht, auch nur wenig auszugeben, ist eine Verschwendung.

Ein Finanzvolumen von 4 Milliarden Franken genügt nicht einmal für einen Teil der Kampfflugzeuge, geschweige denn für Kampfflugzeuge, bodengestützte Luftverteidigung (Bodluf), C2Air und Radar. Das ist unmöglich. Ein weiterer Punkt: Der Antrag der Minderheit macht die Beschaffung von Bodluf, C2Air und Radar zum Gegenstand des Planungsbeschlusses und damit auch eines möglichen Referendums. Dafür besteht kein Grund. Bodluf ist nicht umstritten, und das gilt eben noch verstärkt für C2Air und Radar. Im Übrigen werden diese Systeme technisch und zeitlich aufeinander abgestimmt, sodass wir diese möglichst effizient zusammen benutzen können. Der Bundesrat hat aus den Vernehmlassungsantworten seine Schlüsse gezogen, gerade auch betreffend die Frage, was in den Planungsbeschluss aufgenommen werden soll. Ein erneuter Kurswechsel drängt sich nicht auf.

Nun zu den Offsets, Artikel 2 Buchstabe b: Ich habe die Gründe für und gegen Offsets heute bereits angesprochen. Angesichts der Fülle von Anträgen will ich sie aber wiederholen. Die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis wird durch den Zugang zu neuer Technologie und zusätzlichen Märkten gestärkt. Das ist sicherheitspolitisch wichtig. Fähigkeiten betreffend Unterhalt, Instandhaltung und Instandsetzung stärken unsere Autonomie, insbesondere in Krisensituationen. Ein besserer Marktzugang macht die sicherheitsrelevante Industrie robuster. Dies ist das Kernargument für Offsets, und es ist auch der Grund für den Antrag des Bundesrates. Offsets können natürlich darüber hinaus auch für Unternehmen ausserhalb der eigentlichen Sicherheitsbranche den Zugang zu neuen Technologien und ausländischen Märkten verbessern, Arbeitsplätze schaffen oder erhalten sowie das Steueraufkommen erhöhen. Das sind Gründe für die Offsets.

Das heisst aber nicht, dass wir in jedem Fall Offsets für 100 Prozent des Vertragswerts fordern sollten. Es gibt gewichtige Gründe gegen übertrieben hohe Offset-Vorgaben. Es ist unbestritten, dass Offsets Rüstungsbeschaffungen verteuern. Die Schätzungen darüber, wie gross dieser Effekt ist, gehen weit auseinander. Es gibt Studien, die sagen, wenn man auch die höheren Steuerbeträge berücksichtige, resultiere sogar ein Plus. Dann gibt es Aussagen wie beispielsweise diejenige von Oskar Schwenk von den Pilatus-Flugzeugwerken, der die Zusatzkosten auf 20 Prozent schätzt. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo in der Mitte. Es ist aber in jedem Fall eine Tatsache, dass Offsets die Beschaffung verteuern. Eine sicherheitspolitische Begründung, Mehrkosten zu tragen, existiert nur für Offsets in der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis. Selbstverständlich – ich habe es gesagt – kann man auch Struktur- oder Industriepolitik betreiben wollen. Aber diese müssen wir dann unter diesem Titel und nicht über eine Rüstungsbeschaffung machen.

Parallel zu den Kampfflugzeugen werden die Systeme der bodengestützten Luftverteidigung beschafft, und im gleichen Zeitraum von 2023 bis 2032 werden auch ordentliche Rüstungsprogramme für 7 Milliarden Franken für andere Bereiche der Armee verabschiedet. Das Volumen wird damit in diesem Zeitraum gegenüber dem Normalzustand von

AB 2019 N 2173 / BO 2019 N 2173

Rüstungsbeschaffungen in den vergangenen Jahren massiv ansteigen; es wird sich für diese zehn Jahre auf rund 15 Milliarden Franken verdoppeln. Ich habe die detaillierten Zahlen im Eintrittsvotum bereits genannt. Es ist deshalb fraglich, ob bei einem so grossen Volumen die Aufträge bei 100 Prozent Offsets vernünftig platziert werden können, zumal es sich um zusätzliche Aufträge handeln muss und sie wirtschaftlich sinnvoll sein sollen. In Bezug auf die vorliegenden Anträge heisst das: Wir unterstützen den Antrag der Mehrheit, die sich für 60 Prozent Offsets ausspricht. Das entspricht dem Antrag des Bundesrates. Die regionale Verteilung, wie sie von der Mehrheit der Kommission in den Planungsbeschluss aufgenommen wurde, entspricht der Absicht des Bundesrates, wie sie auch in der Rüstungspolitik festgehalten ist. Wir haben also nichts dagegen.

Ich erlaube mir hier den Hinweis darauf, dass es sehr wohl Westschweizer Unternehmen gibt, die von direkten und indirekten Offsets profitieren können, das heisst Unternehmen, die in der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis tätig sind. Es gibt auch Listen solcher Unternehmungen. Ich kann nur einige aufzählen. In der Vergangenheit haben bereits zum Beispiel folgende Unternehmungen von Offsets profitiert: Mercury Mission Systems in Lancy, Tornos SA in Moutier, Schott Suisse in Yverdon, HMT Microelectronic in Biel, Advanced Silicon SA in Lausanne, Alpes Lasers AG in Saint-Blaise, Synova in Duillier. Das ist keine ab-





schliessende Liste. Es geht nur darum, zu sagen, dass es auch in der Westschweiz Unternehmen gibt, die von direkten und indirekten Offsets profitieren können.

Der Antrag der Minderheit I, 50 Prozent Offsets – 20 Prozent direkte und 30 Prozent indirekte –, ist nicht sehr weit vom Entwurf des Bundesrates entfernt. Der Bundesrat hat ja, wie gesagt, 60 Prozent beschlossen. Wir betrachten 60 Prozent als korrekt und vernünftig, deshalb bitte ich Sie im Interesse unserer sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis, bei 60 Prozent zu bleiben.

Der Antrag der Minderheit II, nur direkte Offsets im Wert von 20 Prozent und keine indirekten Offsets, ist klar abzulehnen. Wir haben gute sicherheitspolitische Gründe, unsere sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis zu stärken, und wir sollten die Gelegenheit, die das Projekt Neues Kampfflugzeug dazu bietet, nicht ungenutzt lassen.

Der Antrag der Minderheit III, auf Offsets ganz zu verzichten, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Dass übertriebene Offset-Vorgaben abzulehnen sind, heisst nicht, dass ein vollständiger Verzicht das Richtige wäre. Die direkten Offsets kommen unserer Autonomie direkt zugute. Die indirekten Offsets machen die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis robuster. Das sind legitime Anliegen, und zwar Anliegen der Sicherheitspolitik.

Ich bitte Sie, hier überall der Mehrheit zu folgen.

Dann haben wir noch Artikel 2 Buchstaben c, d und e.

Zu Buchstabe c: Dieser Planungsbeschluss betrifft nur die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Daraus folgt, dass die Beschaffung den Räten in einem Rüstungsprogramm beantragt werden soll. Bei den anvisierten Stückzahlen wäre eine Aufteilung in Tranchen militärisch und finanziell kontraproduktiv. Eine solche steht auch nicht zur Debatte.

Zu Buchstabe d: Ich wiederhole meine Aussagen zur internationalen Kooperation. Wenn wir souverän sein wollen, müssen wir den Luftpolizeidienst selber durchführen, und wenn wir neutral bleiben wollen, müssen wir unseren Luftraum mit eigenen Mitteln verteidigen. Was wir in der internationalen Zusammenarbeit innerhalb dieses Rahmens tun können, das tun wir bereits. Dazu gehören der Austausch von Luftlagedaten in Friedenszeiten oder die Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Sicherheit bei Bedrohungen durch zivile Flugzeuge. Dazu bestehen Abkommen mit der Nato und unseren Nachbarländern; dies wurde vom Parlament auch so beschlossen.

Nun noch zu Buchstabe e: Wenn man die Botschaft liest, wird klar, dass Air 2030 auch den Schutz vor neuartigen Bedrohungen, einschliesslich Marschflugkörpern, terroristisch missbrauchten Zivilflugzeugen und Drohnen, sowie, soweit es für einen neutralen Kleinstaat möglich ist, den Schutz gegen ballistische Lenk Waffen verbessert. Die Luft-Boden-Fähigkeit ist militärisch nützlich. Damit können Bodentruppen jenseits der Reichweite der Artillerie unterstützt werden. Diese Fähigkeit ist zudem kein erheblicher Kostentreiber, zumal alle modernen Kampfflugzeuge auch für solche Einsätze taugen.

Ich bitte Sie, in all diesen Punkten der Mehrheit zu folgen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Madame la conseillère fédérale, les affaires compensatoires ne sont-elles pas, en fait, une histoire de miroir aux alouettes? Par le passé, dans le cas des F/A-18, le Contrôle fédéral des finances avait fait des relevés. Alors que l'on prétendait, à l'époque, que le taux de résolution de ces affaires compensatoires s'élevait à 100 pour cent, on arrivait plutôt à un taux de 40 à 50 pour cent, d'après les chiffres de 2007. Pouvez-vous nous en dire un peu plus à ce sujet?

Amherd Viola, conseillère fédérale: Comme je viens de le dire, l'objectif 100 pour cent d'affaires compensatoires, d'"offsets", surtout avec le volume de l'enveloppe prévue pour le projet Air 2030 et le budget ordinaire alloué à l'armée, sera très difficile à atteindre si on veut des investissements qui soient corrects et raisonnables. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral est décidé à proposer un volume d'"offsets" de 60 pour cent. Avec cette part, on est vraiment sûr qu'on peut arriver à une réalisation correcte et raisonnable de cet objectif. Cette part se composerait de 20 pour cent d'"offsets" directs et de 40 pour cent d'"offsets" indirects. L'industrie suisse a la capacité, dans le domaine sécuritaire, de répondre à cette exigence. Si on allait au-delà de 60 pour cent, on aurait des difficultés.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: La commissione ha trattato le proposte di minoranza. All'articolo 1 la minoranza Seiler Graf chiede di inserire nella decisione programmatica tutte le componenti del programma Air 2030, capoverso 1, di acquistare degli aerei più leggeri entro il 2025, capoverso 2, e di diminuire il numero di impieghi degli attuali F/A-18 al fine di prolungarne la capacità di utilizzo, capoverso 3. Con 18 voti contro 6 e 0 astensioni la commissione vi invita a rifiutare questa proposta ed a sostenere quella della maggioranza, che si allinea al disegno del Consiglio federale e alla decisione degli Stati.



Come ho anticipato nel dibattito di entrata in materia, il concetto proposto dal Consiglio federale è chiaro e sensato. Non si vede il motivo per cui anche le altre componenti del programma Air 2030 debbano rientrare nella decisione programmatica. Il programma Air 2030 di fatto è già in fase realizzativa. Così, per esempio, il sistema di sorveglianza Radar è già stato sottoposto al Parlamento nell'ambito del programma di armamento 2018; e altre componenti verranno poi inserite in quello del 2020.

L'acquisto dei nuovi aerei da combattimento è l'investimento più consistente di Air 2030. Ed è giusto che il popolo si possa esprimere, come è avvenuto anche in passato in casi analoghi. Infine, la proposta di acquistare degli aerei più leggeri da impiegare insieme all'attuale flotta di F/A-18 non è appropriata: né dal punto di vista economico, poiché si dovrebbero investire non poche risorse in un sistema di aerei vecchio di trent'anni per mantenerlo in efficienza; né dal punto di vista della sicurezza, poiché con questa soluzione non potremo disporre di un sistema di difesa moderno, autonomo ed efficace in grado da proteggerci in ogni situazione.

All'articolo 2 lettera a, la minoranza Fridez chiede che il volume del credito per l'acquisto degli aviogetti più leggeri e per gli altri mezzi per la protezione dello spazio aereo sia limitato a 4 miliardi di franchi. Con 18 voti contro 6 e 0 astensioni, la commissione vi invita a rifiutare questa proposta e a seguire invece quella della maggioranza, che corrisponde al disegno del Consiglio federale e alla decisione degli Stati. 4 miliardi di franchi non sono sufficienti – è già stato detto più volte – per raggiungere gli obiettivi imposti dal programma Air 2030. Ossia per poter sorvegliare adeguatamente e in modo continuo il nostro spazio aereo e per dare alla popolazione una protezione adeguata.

AB 2019 N 2174 / BO 2019 N 2174

All'articolo 2 lettera b veniamo un po' a quello che è stato il piatto forte delle minoranze. In merito all'articolo 2 lettera b, la maggioranza della commissione si distanzia dalla decisione del Consiglio degli Stati di compensare il 100 per cento del valore contrattuale dei nuovi aviogetti. Propone invece di seguire la proposta del Consiglio federale, quindi una percentuale del 60 per cento: il 20 per cento in modo diretto e il 40 per cento in modo indiretto ma sempre nel settore della base tecnologica e industriale rilevante in materia di sicurezza. La nostra commissione propone però di riprendere, per quanto riguarda gli affari di compensazione, e come è stato detto, il concetto di ripartizione regionale, quindi il 65 per cento alla Svizzera tedesca, il 30 per cento alla Svizzera romanda e il 5 per cento alla Svizzera italiana.

I motivi principali che hanno portato a questa decisione riguardo agli offset sono tre: in primo luogo, esiste già una offset policy all'interno del Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport che prevede una compensazione del 100 per cento nell'ambito di diversi investimenti, tra cui anche i 7 miliardi di franchi destinati al rinnovo delle altre componenti dell'esercito.

In secondo luogo, gli offset portano numerosi vantaggi. Prima di tutto permettono di mantenere in Svizzera le competenze tecniche nel settore della base tecnologica e industriale rilevante in materia di sicurezza. Questo significa rafforzare la nostra industria, renderla più concorrenziale, e dipendere meno dall'estero per il mantenimento degli aerei.

E poi, grazie agli offset si ottengono anche una serie di benefici diretti e stimolanti per la nostra economia, tra l'altro il mantenimento e la creazione di posti di lavoro nonché maggiori entrate fiscali.

In terzo luogo, la ripartizione regionale è fondamentale. Tutte le regioni della Svizzera devono approfittare di questo importante investimento di carattere eccezionale che si estende su più decenni.

Per questi motivi, la commissione vi propone di seguire il disegno del Consiglio federale, appoggiando una percentuale di compensazione al 60 per cento, e di approvare in aggiunta un'adeguata ripartizione regionale. Su questo aspetto sono state avanzate diverse proposte di minoranza che propongono percentuali di compensazioni minori o addirittura nulle. La commissione vi invita pertanto: con 17 voti contro 8 e 0 astensioni a rifiutare la minoranza I (Flach) che propone una percentuale di compensazione del 50 per cento; con 17 voti contro 6 e 1 astensione a rifiutare la minoranza II (Glättli) che propone una percentuale di compensazione del 20 per cento; e con 19 voti contro 6 e 0 astensioni a rifiutare la minoranza III (Fridez) che propone di non applicare nessuna percentuale di compensazione.

Una compensazione inferiore al 60 per cento o nulla, come proposta dalle tre minoranze, non è giustificata. La motivazione principale a sostegno delle tre proposte riguarda il rischio di rincaro del prezzo degli aerei. Tuttavia, uno studio del professor Thomas Friedli dell'Università di San Gallo mostra che l'aumento del costo sarebbe contenuto, soltanto del 2 al 5 per cento, e potrebbe venir compensato da maggiori entrate fiscali. Proprio sulla base di questo studio, a titolo personale, seguo la linea del collega di partito. Penso che una compensazione all'80 per cento sia ragionevole e fattibile facendo beneficiare maggiormente la nostra industria, le nostre regioni e le finanze pubbliche senza rincarare l'acquisto previsto in modo sconsiderato.





Passiamo all'articolo 2 lettera c: con 19 voti contro 5 e 0 astensioni la commissione vi invita a rifiutare la proposta della minoranza Fridez ed a seguire invece la proposta di maggioranza che equivale al disegno del Consiglio federale e alla decisione degli Stati. La minoranza propone di suddividere l'acquisto dei jet in molteplici programmi d'armamento. La maggioranza della commissione non lo ritiene né necessario, né opportuno e pertanto non sostiene la proposta.

All'articolo 2 lettera d vi è una minoranza Crottaz: con 18 voti contro 5 e 0 astensioni la commissione vi invita a rifiutare la proposta di minoranza Crottaz, che chiede di rinforzare la collaborazione internazionale nel campo della detenzione e dell'allerta precoci e la cooperazione con le forze aeree dei paesi vicini. Una collaborazione con i paesi esteri è senza dubbio importante e deve continuare ad essere coltivata, ma per poter mantenere la nostra neutralità e la nostra sovranità dobbiamo poter disporre di una flotta di aerei in grado di difendere la nostra popolazione e le nostre infrastrutture critiche.

Passiamo all'articolo 2 lettera e: con 18 voti contro 5 e 0 astensioni la commissione vi invita a rifiutare la proposta di minoranza Fridez, che chiede di adottare adeguate misure di protezione contro le nuove minacce costituite dalle armi teleguidate a lungo raggio, dai missili da crociera, dall'utilizzo di aerei civili per scopi terroristici e dai droni. Chiede inoltre di non reintrodurre la capacità di combattimento aria-terra. Nel programma Air 2030 vengono già poste le basi per far fronte a tali minacce, sia attuali che future. La maggioranza della commissione non reputa necessario aggiungere nuovi elementi al progetto di legge.

Infine, la commissione vi invita a sostenere il progetto globale di questo investimento – lo ha votato con 18 voti contro 5 e 0 astensioni.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Vielleicht zwei Vorbemerkungen: Wenn die Grünliberalen hier konstatieren, dass es kein Gesamtkonzept gibt, dann bitte ich sie, doch einmal dieses Programm Air 2030 zu lesen, weil das ja genau ein Gesamtkonzept ist!

Dann wurde hier vom "Basar" in der Kommission bezüglich Offset gesprochen. Ich muss sagen: Der grösste Basar war eigentlich diese Zahl. Die einen haben gesagt, es koste 2 Prozent Aufpreis, die anderen 15 Prozent – kein Einziger konnte beweisen, was eigentlich die korrekte Zahl ist. Wahrscheinlich liegt, wie die Frau Bundesrätin ausgeführt hat, die Wahrheit irgendwo dazwischen.

Nun vielleicht ganz kurz zur Kommission: Wie bereits gesagt, bitte ich Sie, die Minderheit zu Artikel 1 abzulehnen. Die Kommission hat hier mit 18 zu 6 Stimmen entschieden; aber eigentlich ist dieser Entscheid schon mit der Ablehnung des Rückweisungsantrages gefallen. Interessant ist übrigens hier – das erlaube ich mir jetzt einmal als Fachmann zu sagen -: Wenn man beginnt, bei den Flugzeugen die Flugbewegungen als Basis der Belastungsprobe zu nehmen, dann, muss ich sagen, sind Sie auf dem Holzweg! Bei allen Flugzeugen werden die Flug- bzw. Einsatzstunden zum Messen der Belastung verwendet und nicht die Anzahl der Starts und Landungen – das nur als Detail ausserhalb der Kommission.

Auch bei Artikel 2 Buchstabe a hat die Kommission mit 18 zu 6 Stimmen beschlossen, dass man bei den 6 Milliarden bleiben soll. Diese von der SP vorgeschlagenen 4 Milliarden dienen klar dazu, einfach die Mittel der Armee zu reduzieren, und dann kann sie ihren Auftrag nicht ausführen – so einfach ist das! Deshalb bietet die Mehrheit der Kommission keine Unterstützung für diesen Antrag.

Nun zum Offset: Es wurde hier sehr vieles gesagt. Ich kann Ihnen vielleicht noch einmal sagen, was Offset ist. Es geht um eine nachhaltige und effiziente Generierung von Umsatzvolumen, um einen Wissens- und Technologietransfer zu erreichen. Es geht nicht darum, irgendwelche Kompensationen zu machen. Hierzu gibt es eine klare Formulierung; da gibt es ja auch die entsprechende Policy des Bundesrates. Die Kommission hat ihren Beschluss gefasst. Eine Mehrheit in der Kommission ist für Offset; eine Mehrheit in der Kommission ist für 60 Prozent; und eine Mehrheit in der Kommission hat gesagt, dass es um sicherheitsrelevante Offsets gehen soll. Man ist bei 60 Prozent geblieben, d. h. 20 Prozent direkt, 40 Prozent indirekt, und man hat gesagt, wie die regionale Aufteilung sein soll: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent welsche Schweiz und 5 Prozent italienische Schweiz. Bei dem soll man bleiben, das ist richtig.

Warum sollen es jetzt 60 Prozent Offset sein? Hierzu drei Gründe aus der Kommission. Es geht nicht um die 6 Milliarden Franken; es geht um die Investitionen 2023–2032, und hier sprechen wir von 15 Milliarden Franken. Wenn Sie diese Summe in unserem Land kompensieren wollen, müssen Sie noch entsprechend beweisen, dass das möglich ist. Deshalb hat die Kommission gesagt, dass der 60-Prozent-Ansatz wahrscheinlich der richtige ist. Damit kann man auch eine entsprechende regionale Aufteilung erreichen.

AB 2019 N 2175 / BO 2019 N 2175

Nun, es wurde auch von den Fachleuten in der Kommission ausgeführt, und ich erinnere ganz einfach an die Gripen-Abstimmung: Es gibt die sogenannten Banking Agreements – das wurde heute nicht so oft erwähnt –,





d. h., im Moment, wo die Verträge unterschrieben werden, werden die Offsets der Vergangenheit angerechnet, momentan fünf Jahre zurück. Wenn man am Schluss das Ziel nicht erreicht, dann dehnt man das einfach auf zehn Jahre aus. Ist das dann im Sinne der Sache? Ich glaube nicht. Das wurde auch von der Frau Bundesrätin in der Kommission ausgeführt.

Wie gesagt: Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen, bei diesen 60 Prozent zu bleiben. Vergessen Sie nicht, was letztlich das Ziel ist. Das Ziel ist letztlich der Schutz der Bevölkerung und die Erneuerung der Luftwaffe und nichts anderes.

Nur noch kurz zu Artikel 2c, "mehrere Rüstungsprogramme": Auch hier ist klar, wohin das zielt. Wenn wir dann bei jedem Rüstungsprogramm eine sicherheitspolitische Diskussion führen, wird die Armee nicht mehr erneuert. Deshalb muss man das auch ablehnen. Die Kommission hat das mit 19 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Dann die internationale Beteiligung: Ich muss sagen, diese findet teilweise schon statt, und man möchte sie aus Gründen der Souveränität und Neutralität nicht ausdehnen. Auch das hat die Kommission mit 18 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Der letzte Punkt: Es ist ja noch interessant, dass die SP gerade jetzt mehr Bodluf-Mittel einsetzen möchte, also Waffen, die man abschießt und dann nicht mehr kontrollieren kann. Die schießt man einfach ab, und man kann nicht identifizieren, man kann nicht warnen, man kann nicht abdrängen. Das will man hier in diesem Artikel 2 Buchstabe e. Ich glaube, auch das ist nicht im Sinne der Kommission. Es wurde mit 18 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Ich komme zum Schluss: Die Kommission hat die Vorlage mit 18 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. Ich bitte Sie, die Vorlage ebenfalls anzunehmen.

Art. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19751)

Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2 Einleitung, Bst. a – Art. 2 introduction, let. a

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19752)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 2 Bst. b – Art. 2 let. b

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Trois propositions ont été déposées ici. Dans un premier vote, j'opposerai la proposition de la majorité à celle de la minorité I (Flach); dans un deuxième vote, le résultat à la proposition de la minorité II (Glättli); et, dans un troisième vote, le résultat à la proposition de la minorité III (Fridez).

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19753)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 77 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19754)

Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 75 Stimmen

(4 Enthaltungen)


Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19755)
 Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit III ... 73 Stimmen
 (6 Enthaltungen)

Art. 2 Bst. c – Art. 2 let. c

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19756)
 Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen
 (4 Enthaltungen)

Art. 2 Bst. d – Art. 2 let. d

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19757)
 Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen
 Dagegen ... 135 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

Art. 2 Bst. e – Art. 2 let. e

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19758)
 Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen
 Dagegen ... 124 Stimmen
 (0 Enthaltungen)

Art. 3, 4
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 19.039/19759)
 Für Annahme des Entwurfes ... 124 Stimmen
 Dagegen ... 68 Stimmen
 (0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement
Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
 gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
 Classer les interventions parlementaires
 selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2019 • Fünfte Sitzung • 09.12.19 • 14h30 • 19.039
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Cinquième séance • 09.12.19 • 14h30 • 19.039



AB 2019 N 2176 / BO 2019 N 2176



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit

b. ... müssen 80 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sowie 20 Prozent indirekte Offsets bei folgenden Industriebereichen:

1. Maschinenindustrie
2. Metallindustrie
3. Elektronische und elektrotechnische Industrie
4. Optische Industrie
5. Uhrenindustrie
6. Fahrzeugbau-/Waggonbau-Industrie
7. Gummi- und Plastikerzeugnisse
8. Chemische Erzeugnisse
9. Luft- und Raumfahrt
10. Informatikindustrie/Software-Engineering
11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent italienischsprachige Schweiz.

Antrag der Minderheit

(Rieder, Gmür-Schönenberger, Maret Marianne)
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates




Art. 2 let. b
Proposition de la commission

b. ... doivent compenser 80 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont 20 pour cent directement, 40 pour cent indirectement dans le domaine de la base technologique industrielle en lien avec la sécurité et 20 pour cent indirectement dans les domaines industriels suivants:

1. Industrie des machines
2. Industrie de la métallurgie
3. Industrie de l'électronique et de l'électrotechnique
4. Industrie optique
5. Industrie horlogère
6. Industrie de la construction de véhicules/wagons
7. Industrie en caoutchouc et matières synthétiques

AB 2019 S 1134 / BO 2019 E 1134

8. Produits chimiques
9. Secteur aéronautique et spatial
10. Industrie de l'informatique/Software-Engineering
11. Coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche.

Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en suisse romande et 5 pour cent en suisse italienne.

Proposition de la minorité

(Rieder, Gmür-Schönenberger, Maret Marianne)
 Adhérer à la décision du Conseil national

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Wir befinden uns mit diesem Geschäft in der ersten Runde der Differenzbereinigung. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament am 26. Juni dieses Jahres die Botschaft zu einem sogenannten Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bis 2030. Der Ständerat folgte dem Bundesrat in der vergangenen Herbstsession, mit Ausnahme der Offset-Geschäfte: Hier entschied er sich auf Antrag unserer Kommission für 100 Prozent statt, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, 60 Prozent. Zudem nannte er explizit die von den indirekten Offsets betroffenen Branchen und schrieb einen Schlüssel für die Verteilung auf die Regionen in den Planungsbeschluss.

Der Nationalrat beschloss nun letzten Montag analog zur Vorlage des Bundesrates 60 Prozent Offset-Geschäfte, nämlich 20 Prozent durch direkte und 40 Prozent durch indirekte Offsets. Damit hat er eine Differenz zum Ständerat geschaffen. Beim Schlüssel zur Verteilung auf die Regionen folgt er hingegen dem Ständerat.

Schon in der Herbstsession, als wir dieses Geschäft das erste Mal berieten, liess sich der Ständerat vor allem von zwei Überlegungen leiten. Es ging erstens um regionalpolitische Überlegungen aus der Sicht der Westschweiz. Schon damals hatten wir einen Brief der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz erhalten, die befürchtete, dass Westschweizer Unternehmen diskriminiert oder benachteiligt werden könnten, wenn die Geschäfte nur zu 60 Prozent und nur im rüstungsrelevanten Bereich kompensiert würden. Deshalb forderten sie schon damals 100 Prozent. Sie befürchteten auch – und das ist das zweite, das staatspolitische Argument –, dass nachher für das Mittragen des Projekts bei einer allfälligen Abstimmung Nachteile entstehen könnten, wenn nicht auch in der Westschweiz wirklich etwas hängenbleibt, und zwar etwas Substanzielles. Das waren zwei Hauptgründe, die damals im Ständerat genannt wurden. Dazu kamen andere, die ich jetzt, bei dieser Gelegenheit, nicht wiederholen möchte.

Wir haben uns heute in der Kommission damit befasst, dass der Nationalrat ganz klar bei 60 Prozent bleiben wollte. Für die Kommission war bald klar: Ein Festhalten an 100 Prozent kommt nicht infrage. Die Kommission diskutierte dann zwei Anträge, die praktisch gleich waren, nämlich ein Absenken der Kompensation auf 80 Prozent. Doch im Rahmen der Ausgestaltung gab es Unterschiede. Herr Kollege Français, der sich dort sehr stark engagierte, hat eine andere Aufteilung von direkten und indirekten Offsets vorgeschlagen. Dies wurde diskutiert und der Fassung, wie wir sie im Ständerat beschlossen hatten, gegenübergestellt.

Wir haben uns dann wiederum mit den Argumenten auseinandergesetzt. Wie Sie alle hat auch die Kommission über Nacht wiederum einen Brief der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz erhalten, die nochmals ihre Argumente dargelegt hat und aufgrund der genau gleichen Überlegungen noch einmal eindringlich darauf hingewiesen hat, dass man möglichst 100 Prozent, aber sicher mehr als 60 Prozent kompensieren





solle. Einerseits hat sie das aufgrund der Befürchtung getan, dass die Westschweiz diskriminiert und benachteiligt werden könnte, wenn es um Aufträge im Rahmen der Kompensationsgeschäfte geht, andererseits aus staatspolitischen Überlegungen. Ich zitiere zwei Sätze aus diesem Brief: "Durch seinen Entscheid, die Offset-Geschäfte auf 60 Prozent des gesamten Vertragswertes zu senken, unterschätzt der Bundesrat zudem das hohe politische Risiko im Zusammenhang mit einer Volksabstimmung. Ohne Aussicht auf eine wirtschaftliche Beteiligung an den milliardenschweren Investitionen werden wichtige Teile der Industrie die Beschaffungsvorlage kaum aktiv unterstützen." Dies ist eine kurze Passage aus diesem Brief.

Die Mehrheit der Kommission möchte nun einen Kompromiss anbieten. Diesen Kompromiss können Sie auf der Fahne sehen: eine Kompensation von 80 Prozent. Es sind nicht 100 Prozent, wie vom Ständerat beschlossen, es sind aber auch nicht 60 Prozent, wie es der Bundesrat gerne möchte. Es sind 80 Prozent nach dem genau gleichen Regime, wie wir es in der ersten Beratung beschlossen haben. Aber es ist festgeschrieben, dass 80 Prozent des Vertragswertes kompensiert werden müssen. Das heisst: 20 Prozent direkt, 40 Prozent indirekt in rüstungsrelevanten Bereichen, 20 Prozent gemäss der Offset-Policy des Bundesrates über die Bereiche der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis hinaus.

Die Mehrheit empfiehlt Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben eine Minderheit, die dem Nationalrat zustimmen will. Sie wird sich nachher sicher auch noch melden. Aber ich glaube, hier wird nun wirklich ein Kompromiss vorgeschlagen, bei dem für alle irgendetwas herauskommt, bei dem alle irgendwie zufrieden sein können, ohne gerade 100 Prozent dessen zu erreichen, was sie eigentlich erreichen möchten. Die Mehrheit der Kommission bietet hier also Hand zu einem Kompromiss.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Rieder Beat (M, VS): Ich habe das Vergnügen, hier in diesem Saal für die Minderheitsposition zu sprechen, und trete damit in die Fussstapfen von Kollege Isidor Baumann, der dieses Geschäft in diesem Saal im Herbst vertreten hat. Wir Gebirgskantonsvertreter haben gerne Kampfflieger, aber wir haben gerne Kampfflieger, die fliegen, und nicht solche, die am Boden bleiben und in einer Volksabstimmung hängenbleiben. Daher wünschte ich mir, dass der Rat in diesem Saal ein klares und starkes Signal für die Beschaffung unseres Kampfflugzeuges gibt, und zwar ein Signal, mit dem er diese Differenz zum Nationalrat ausräumt und der Bevölkerung mitteilt: Wir wollen diesen Kampfflieger, wir wollen dieses Rüstungsgeschäft wirklich vertreten. Wir wollen auch eine gemässigte Industrieförderung, aber nicht eine Industrieförderung, die ins Unbegrenzte und ins ordnungspolitisch nicht Haltbare geht.

Die Variante der Minderheit heisst nicht, dass wir unsere Industrie vergessen, dass wir sie nicht unterstützen, sondern sie heisst, dass wir sie zwar weniger stark unterstützen, aber immer noch mit Zahlen, die beeindruckend sind. Wenn Sie die Industrieprogramme für die nächsten zehn Jahre anschauen – nach dem Minderheitsantrag, dem Beschluss des Nationalrates, dem Entwurf des Bundesrates –, dann sehen Sie: Es würde in der Schweiz immer noch für 15 Milliarden Franken Industrieförderung betrieben, d. h. für 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Davon können andere Wirtschaftssektoren nur träumen.

Es wäre ordnungspolitisch ein Sündenfall, hier höher zu gehen als 60 Prozent, und es schadete insgesamt der Glaubwürdigkeit dieser Vorlage. Wenn Sie nur deshalb für den Kampfflieger sind, weil Sie 100 Prozent Aufträge erhalten, dann stehen Sie nicht hinter dieser Vorlage. Dann machen Sie einfach ein Gegengeschäft. Die Minderheit ist für dieses Rüstungsgeschäft und möchte eben, dass diese Signale in einer Volksabstimmung auch so rübergebracht werden können, um hier nicht eine Flanke zu öffnen, die der Glaubwürdigkeit der Beschaffung schadet.

Wenn Sie Artikel 2 Buchstabe b und den Titel des Artikels lesen, dann sehen Sie bereits diesen Widerspruch zwischen dem eigentlichen Ziel der Rüstungsvorlage und einer Industrieförderung, die von der Maschinenindustrie über die optische Industrie bis zur Gummi- und Plastikzeugnis-Industrie und zuletzt noch zur Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen geht. Das führt zu weit. Wir wollen auch Industrieförderung, 60 Prozent Offsets sind aber mehr als genug. Sie müssen, falls Sie der Mehrheit zustimmen, damit rechnen, dass auch andere Wirtschaftssektoren

AB 2019 S 1135 / BO 2019 E 1135

erkennen, dass man hier in diesem Parlament Industrieförderung betreiben kann, und zwar mit jährlichen Beträgen in Milliardenhöhe. Das ist meines Erachtens kein gutes Zeichen.

Ich bitte Sie daher, der Minderheit zuzustimmen.

Jositsch Daniel (S, ZH): Wir können lange über verschiedene Studien diskutieren, aber es entspricht der ökonomischen Logik, dass Offset-Geschäfte erstens per se eine ordnungspolitisch unzulässige Verknüpfung zweier Bereiche darstellen und zweitens das Geschäft verteuern. Wenn Sie die Dimension des Geschäftes





anschauen, sehen Sie: Ob jetzt eine Verteuerung von etwa 5 Prozent vorliegt oder sogar eine von bis zu 20 Prozent – je nach Studien, die Sie zitieren möchten –, es handelt sich um gewaltige Beträge. Insofern muss ich Ihnen sagen, dass ich eigentlich der Meinung bin, dass null Prozent Offset das Richtige wäre. Aber es ist illusorisch, so etwas vorzuschlagen. Insofern ist die Frage nur noch, in welcher Höhe wir die Offsets nun festlegen. Das heisst, wir befinden uns eigentlich in einem Bereich, wo es nur noch eine politische und nicht mehr eine wirtschaftliche Überlegung gibt.

Politisch befinden wir uns in der Situation, dass dieser Rat vor wenigen Wochen 100 Prozent festgelegt hat. Der Nationalrat und der Bundesrat liegen bei 60 Prozent. Insofern würde das durchaus Sinn machen. Ich habe absolutes Verständnis für die Position, die Herr Rieder hier ausgeführt hat. Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir schlussendlich auf eine Kompromissvariante einspielen können. Herr Dittli hat gesagt, ein guter Kompromiss liege dann vor, wenn alle zufrieden seien. Meine Erfahrung hingegen ist – und das wurde mir auch immer gesagt –, dass ein guter Kompromiss dann besteht, wenn alle unzufrieden sind. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin unzufrieden. Ich bin unzufrieden mit 60 Prozent, ich bin unzufrieden mit 80 Prozent, und ich bin noch unzufriedener mit 100 Prozent. Insofern kann ich mich auf die Kompromissvariante von Herrn Dittli einlassen und werde die 80 Prozent, also den Mehrheitsantrag der Kommission, unterstützen.

Wicki Hans (RL, NW): Ich muss noch eine kleine Korrektur zum Votum von Kollege Rieder anbringen: Es ist natürlich schon so, dass in den nächsten zehn Jahren 15 Milliarden Franken an Investitionen geplant sind. Aber wenn die Minderheit obsiegen würde, wären es nicht 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, sondern in den nächsten zehn Jahren 60 Prozent von 15 Milliarden, also 9 Milliarden, und das würde dann, auf zehn Jahre gerechnet, 0,9 Milliarden Franken pro Jahr an Kompensationsgeschäften ausmachen.

Kollege Jositsch hat natürlich recht, Offset-Geschäfte verteuern das Grundgeschäft, da sind wir uns alle einig. Ich muss Ihnen aber einfach sagen: Die letzten 20 Prozent, die von der Mehrheit jetzt noch vorgeschlagen werden, verteuern das Geschäft praktisch nicht mehr. Die grosse Verteuerung erfolgt aufgrund der ersten 20 Prozent, dem direkten Offset-Geschäft, da sind wir uns alle einig, das haben wir im Herbst auch intensiv miteinander besprochen.

Das Wichtigste müsste im Prinzip für uns sein, dass wir den Fokus nicht verlieren. Mit dem Fokus meine ich, dass wir eine Volksabstimmung durchlaufen müssen. Ich hoffe, dass wir sie im positiven Sinne durchlaufen und am Ende nicht einen Papierflieger haben, der nicht fliegen kann, sondern einen Flieger erhalten, der dann auch in die Luft steigen kann. Wenn wir diese Volksabstimmung im Fokus haben, dann sollten wir uns schon bewusst sein, dass wir nicht einfach so 80 Prozent der Wirtschaft aussen vor lassen können. Sonst haben wir dann vor der Volksabstimmung argumentativ ein "kleineres" Problem, wenn wir erklären müssen, wieso wir das so gemacht haben.

Notabene fällt die Volksabstimmung vielleicht sogar in eine Zeit, in der es in der Schweiz nicht mehr nur prosperierende Unternehmen gibt, sondern auch kränkelnde Unternehmen, in denen Stellen gefährdet sind. Es wird dann schon ein etwas komisches Bild abgeben, wenn wir ein Rüstungsprogramm genehmigen, das ein Wirtschaftsförderungspaket beinhaltet – das machen alle anderen Staaten auch, da sind wir nicht die Einzigen –, bei diesem Paket aber 80 Prozent der Wirtschaft aussen vor lassen. Aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass wir mit dem Antrag der Mehrheit, mit den 80 Prozent, einen guten Kompromiss haben.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Français Olivier (RL, VD): Permettez-moi de dresser quand même un petit historique des affaires compensatoires et d'expliquer leur usage. Selon les principes et la stratégie du Conseil fédéral dans le domaine des acquisitions militaires, l'obligation de passer des contrats compensatoires, ce qu'on appelle "offsets", se décompose en trois parties: 20 pour cent de contrats sont directement liés aux biens d'armement que nous achetons – c'est ce qu'on appelle les compensations directes; 40 pour cent des contrats portent sur des biens relevant du domaine de la défense et de la sécurité – c'est ce qu'on appelle les compensations indirectes; 40 pour cent des contrats portent sur les biens dans des secteurs à caractère civil – c'est ce qu'on appelle la compensation indirecte civile.

Qu'est-ce qu'on lit dans le projet de loi? On lit – et c'est ce que défend la minorité, à savoir la version du Conseil fédéral – que 40 pour cent doivent être compensés indirectement dans la base technologique industrielle en lien avec la sécurité. Dans le texte qui est proposé, on supprime l'usage des contrats portant sur des biens de compensation dans des secteurs à caractère civil. C'est pour cela qu'est inscrite la liste des onze industries; c'est pour justement éviter que, demain, on nous supprime la possibilité d'avoir des mesures compensatoires dans l'industrie à caractère civil. C'est très important.

Je comprends le raisonnement, Madame la conseillère fédérale. Il est clair que si on en restait à une base



d'affaires compensatoires qui représenterait 60 pour cent de la valeur contractuelle, je partagerais votre avis, parce qu'on est spécifiquement dans le domaine de la défense et de la sécurité. Or notre industrie de pointe, comme le considérait jusqu'à présent le Conseil fédéral, n'est pas limitée à ces secteurs. C'est pour cela que notre commission – et c'est ce que notre conseil a voté – a retenu cette fameuse liste des différents domaines industriels dont il faudrait tenir compte, cela afin que soient bien spécifiés quels secteurs de l'industrie civile peuvent bénéficier des affaires compensatoires. Compte tenu de notre décision, que nous dit l'industrie? Elle affirme très clairement qu'elle a les capacités d'honorer les contrats. Elle dit même pouvoir assumer un marché qui correspondrait à 100 pour cent d'affaires compensatoires.

Pour ma part, j'ai suivi la recommandation du Conseil fédéral et, depuis le début, je soutiens une part d'affaires compensatoires qui s'élèverait à 80 pour cent, ce que certains appellent aujourd'hui "le compromis". Pour être parfaitement libéral, on aurait dû accepter ma proposition de base consistant à dire que l'industrie, au sens large, a les moyens d'honorer les contrats liés aux affaires compensatoires. C'est le compromis trouvé ce matin en commission, sur la base d'une proposition Dittli, qui vous est soumis.

Soyons cohérents. Dans tous les débats, le principe selon lequel le Conseil fédéral a pour mission de répartir autant que possible les affaires compensatoires dans les régions a été accepté. Or, le secteur industriel orienté vers la sécurité dépend essentiellement, l'histoire le démontre, des activités militaires. La Suisse romande a, sur ce plan, joué un faible rôle, c'est le bilan qu'on peut tirer. Si l'on fait abstraction des contrats industriels civils, on constate une discrimination relativement importante sur le plan des affaires compensatoires. Par conséquent, il est nécessaire de garder de la cohérence dans l'attribution des affaires compensatoires en fonction de ce que le Conseil fédéral a admis jusqu'à présent. Malheureusement, cela ne figure ni dans le projet ni dans la proposition de la minorité Rieder, j'insiste sur point. Il faut s'assurer que, demain, nos industries pourront profiter des affaires compensatoires.

J'en viens au deuxième point, à ces fameux 15 milliards de francs: Madame la conseillère fédérale, ils ne sont pas votés. Pour le moment, on en est à 6 milliards de francs.

Il est clair que l'on a cet objectif; la partie de l'échiquier politique à laquelle j'appartiens, en particulier, a très clairement déclaré qu'elle allait vous soutenir dans ces achats futurs. Mais quoi qu'il en soit, le crédit n'a pas encore été voté. Donc,

AB 2019 S 1136 / BO 2019 E 1136

ne vendons pas la peau de l'ours avant de l'avoir tué, travaillons par étapes!

Nous avons 6 milliards de francs. Notre revendication – et celle de la Suisse romande en particulier – est que l'industrie civile bénéficie d'affaires compensatoires et que celles-ci ne soient pas exclusivement réservées au domaine de la sécurité. Cela s'appelle le libéralisme et cela permettra aussi aux uns comme aux autres de développer leurs activités et d'avoir de la créativité par rapport au marché concurrentiel qui se développera suite au contrat attribué au futur avionneur.

Je vous recommande vivement de soutenir la proposition de la majorité.

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich wollte nicht mehr viel sagen; wir konnten schon mehrfach über diese Frage der Offset- und Kompensationsgeschäfte diskutieren. Ich möchte aber jetzt doch zwei, drei Punkte festhalten, um die Kirche wieder in den Ort zu stellen.

Wir befinden uns hier in einem Geschäft der Sicherheitspolitik, der Rüstung. Es geht darum, die Bevölkerung vor Gefahren aus dem Luftraum zu schützen. Dafür müssen wir neue Kampfflugzeuge kaufen, das beinhaltet auch dieser Planungsbeschluss. Der Grundsatz ist in beiden Räten unbestritten, und dafür bin ich im Interesse der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung dankbar und froh.

Nun ist die Frage der Offset-Geschäfte ein Nebenthema in diesem Planungsbeschluss. Im Kern sollen die Offset-Geschäfte natürlich auch die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Deshalb sprechen wir von direkten und indirekten Offsets, die für die relevante Basis der Sicherheitsindustrie wichtig sind. Wir müssen im Bereich der Rüstungstechnologie Know-how in unserem Land behalten, damit wir unsere Systeme auch warten und betreiben können. Die Offsets sind dafür gedacht, diese Industrie zu stärken, die uns garantiert, dass wir unsere Systeme warten können. Bei den Offset-Geschäften geht es weder um Staatspolitik noch um Regionalpolitik, noch um Industriepolitik. Wir befinden uns hier im Bereich der Sicherheitspolitik, das muss ich klar festhalten. Deshalb kann man sagen, dass 60 Prozent Offsets – 20 Prozent direkte, 40 Prozent indirekte – für diese relevante Industriebasis korrekt sind. Damit können wir erreichen, dass wir das für die Rüstungssysteme nötige Know-how in unserem Land behalten können.

Zu dem, was darüber hinausgeht: Ich verstehe natürlich auch, dass die Industrie und die Kantone sich für darüber hinausgehende Aufträge einsetzen. Es ist schön, wenn man vom Staat garantierte Aufträge bekommt,





da habe ich nichts dagegen. Man kann auch für eine Industriepolitik oder für eine Regionalpolitik sein. Da bin ich bereit, darüber zu diskutieren, aber korrekt, offen, transparent und ehrlich unter diesem Titel und nicht unter dem Titel der Rüstung. Darum geht es mir.

Wenn wir von "liberal" sprechen: Offsets stellen einen Eingriff in die liberale Wirtschaftsordnung dar. Darum gibt es auch viele Länder, die überhaupt keine Offsets machen. Mit 60 Prozent haben wir einen aus meiner Sicht vernünftigen, praktikablen und korrekt umsetzbaren Antrag. Was darüber hinausgeht, wird schwierig, insbesondere weil wir über ein sehr hohes Investitionsvolumen sprechen.

Hier muss ich auf die Äusserung von Herrn Ständerat Wicki eingehen: Wenn Herr Ständerat Rieder sagt, dass wir von 15 Milliarden Franken Investitionsvolumen in zehn Jahren sprechen, dann stimmt das schon. Die 15 Milliarden Franken sind das Investitionsvolumen, aber die 60 Prozent Offsets gelten nicht in Bezug auf diese 15 Milliarden Franken. Der Bundesrat hat nur für die Kampfflugzeuge 60 Prozent Offsets beschlossen, d. h. für 6 Milliarden Franken. Bei Bodluz sind es 2 Milliarden Franken, da bleiben wir bei 100 Prozent Offset. Auch bei den 7 Milliarden Franken Rüstungsbeschaffungen, die ausserhalb von Air 2030 erfolgen, sind es 100 Prozent Offset. Wir sprechen also von einem Investitionsvolumen von 15 Milliarden Franken in zehn Jahren – 1,5 Milliarden Franken pro Jahr.

Herr Ständerat Français hat gesagt, dass wir die zusätzlichen 7 Milliarden noch nicht beschlossen hätten, sondern nur die 6 Milliarden Franken. Ich möchte klar festhalten: Wir haben die 6 Milliarden Franken noch nicht, es gibt erst noch eine Volksabstimmung, die ich im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewinnen hoffe. Darum müssen wir sauber ausweisen können, was wir ausgeben, und auch, dass wir die Gelder, die für die Rüstungspolitik gedacht sind, tatsächlich für die Sicherheit unserer Bevölkerung einsetzen, nicht für eine weitergehende Industriepolitik, für welche ich zwar Verständnis habe, die aber hier am falschen Ort platziert wäre. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Wir konnten uns schon mehrfach über dieses Thema unterhalten.

Ich bitte Sie aufgrund dieser Argumente, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen und damit die Differenz zum Nationalrat auszuräumen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das Geschäft geht damit zurück an den Nationalrat und sucht einen Landeplatz. (*Heiterkeit*)



19.039

**Beschaffung
 neuer Kampfflugzeuge.
 Bundesbeschluss**

**Acquisition
 de nouveaux avions de combat.
 Arrêté fédéral**

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Addor, Cattaneo, de Quattro, Dobler, Riniker)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Glättli, Fivaz, Flach, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, werden nicht verpflichtet, den Vertragswert durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz zu kompensieren (keine Offsets).

Art. 2 let. b

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité I

(Addor, Cattaneo, de Quattro, Dobler, Riniker)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité II

(Glättli, Fivaz, Flach, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. les entreprises étrangères qui se voient confier des mandats dans le cadre de l'acquisition ne sont pas tenues de compenser la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (pas d'affaires compensatoires).





Addor Jean-Luc (V, VS): De quoi s'agit-il pour la minorité I de la CPS en ce qui concerne le pourcentage des affaires compensatoires – les "offsets" – que nous voulons imposer aux entreprises étrangères qui se verront adjuger des mandats dans le cadre de l'acquisition d'un nouvel avion de combat? Ce pourcentage fait l'objet de la dernière divergence qui subsiste entre le Conseil des Etats et le Conseil national.

Cette différence de 20 pour cent dont nous parlons – qui constitue la seule divergence qui subsiste – entre les 80 pour cent décidés par le Conseil des Etats et les 60 pour cent auxquels s'en tient la majorité de notre commission concerne –

AB 2019 N 2269 / BO 2019 N 2269

il faut le dire – au premier chef la Suisse romande et le Tessin. D'où la mobilisation qui est intervenue, y compris de la part de la Conférence des chefs de département de l'économie publique de Suisse occidentale – qui compte le chef du département bernois, faut-il le préciser – et, bien sûr, la mobilisation d'un certain nombre d'élus, non seulement romands et tessinois, mais aussi alémaniques, car les enjeux concernent bel et bien tout le pays.

C'est vrai que l'essentiel – puisque nous parlons de sécurité –, ce sont les investissements que nous allons réaliser dans le domaine de la sécurité. Mais nous avons compris depuis longtemps – c'est le sens de la politique des "offsets" du Conseil fédéral – que ces investissements doivent aussi bien pouvoir être acceptés par la population que profiter à notre industrie. Le coût supplémentaire, indiscutable, des "offsets", c'est donc, entre autres, le prix de cette chance pour nombre d'entreprises de notre pays et, au passage, pour les milliers de travailleurs concernés.

Le montant de ce surcoût est contesté. Rien, en tout cas, ne permet d'affirmer que, en tenant compte de tous les paramètres, il se monte à plus de 2 à 5 pour cent. Ce prix est donc acceptable. Il a ainsi permis à certaines de nos entreprises de participer à des programmes de pointe comme Ariane ou encore Airbus. Ce prix, raisonnable, c'est donc – je le répète – celui d'une chance pour l'industrie suisse.

J'aimerais vous dire encore que, contrairement à ce que prétend le Conseil fédéral sur la base d'études discutables, d'importantes organisations qui regroupent les industries concernées – y compris des faïtières suisses et pas uniquement des organisations romandes ou tessinoises – nous assurent que notre industrie est bel et bien capable d'absorber ces 20 pour cent d'affaires compensatoires. Peut-être sont-elles bien placées pour le faire.

J'aimerais dire encore que ces 20 pour cent sont considérés en somme comme supplémentaires par la majorité de la commission, alors qu'ils ne le sont pas en réalité. Car la politique des offsets du Conseil fédéral est, de longue date, de pratiquer un taux à 100 pour cent. En réduisant ce taux à 60 pour cent seulement en plein processus politique, le Conseil fédéral, même s'il s'en défend, a donc bel et bien changé les règles du jeu en cours de partie.

Le Conseil des Etats a fait un geste en direction du Conseil national: de 100 pour cent d'affaires compensatoires – c'était sa position de départ –, il a accepté de passer à 80 pour cent seulement. Huitante pour cent, c'est d'ailleurs ce que proposait la Commission des finances de notre conseil. Cette position, que la minorité I ne fait que reprendre, est un bon compromis, dont on peut attendre qu'il permette de rassembler autour de ce projet – essentiel pour la sécurité de notre pays – les cantons, les industriels et les travailleurs de toutes les régions.

Lorsque – c'est certain – nous serons appelés à voter sur ce projet, chaque voix comptera. Voulons-nous donc prendre le risque, aujourd'hui – pour ceux qui tiennent à ce projet bien sûr –, de le faire capoter en nous accrochant d'une manière doctrinaire aux 60 pour cent seulement proposés par le Conseil fédéral et la majorité de la commission?

Au nom de la minorité I de la commission, je vous propose de ne pas prendre ce risque et de donner toutes ses chances à ce projet. Pour notre sécurité.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Monsieur Addor, je suis un peu étonné de vos paroles. Vous vous exprimez comme si, au travers de ces "offsets", on voulait acheter le vote des gens et acheter le soutien de l'économie. Est-ce que vous pouvez confirmer vos paroles comme quoi votre volonté, et vous venez de le répéter, est de donner toutes les chances au projet grâce à ces affaires compensatoires et à l'argent qui sera distribué. Choquant!

Addor Jean-Luc (V, VS): Monsieur Fridez, je suis surpris que vous soyez surpris de mes paroles. A mon tour de vous dire ma surprise d'un autre ordre: vous qui prétendez souvent être le porte-parole des travailleurs, vous ne l'êtes pas dans cette affaire.

Glättli Balthasar (G, ZH): Jede Stimme zählt – chaque vote compte: Dies war die wiederholte Aussage des



Sprechers für die Minderheit I.

Geschätzte Frau Ratspräsidentin, geschätzte Frau Bundesrätin – für Sie habe ich extra einen orangefarbenen Pullover angezogen –, es ist so:

In dieser Diskussion wird nur dann ehrlich gesprochen, wenn man so entrüstend ehrlich ist, wie das mein Vorredner war. Er hat gesagt, es gehe nicht um die Flieger. Er hat gesagt: Es geht darum, dass man Geld ausgeben muss, um die Stimmen der Romandie zu kaufen. Ich sage Ihnen: Weder die Romandie noch die Deutschschweiz, noch die italienische Schweiz werden entscheiden, ob sie Subventionen wollen oder nicht. Sondern die Stimmberechtigten werden entscheiden, ob sie dieses Flugzeug wollen oder nicht. Mein Respekt vor den Stimmberechtigten gebietet mir, dies zu sagen. Ich denke, wenn wir sagen, eine Vorlage sei da, um Kampffjets zu kaufen, dann wäre es korrekt von uns, dass wir sagen: Wir kaufen mit dem Geld Kampffjets und nicht Industriesubventionen.

Ich weiss, taktisch mache ich einen Fehler. Ich mache einen Fehler als Grüner: Wir sind gegen diese Kampffjetbeschaffung, weil wir sagen: Wenn man 6 Milliarden Franken für eine drängende Gefahr ausgeben muss, dann ist es sicher nicht in diesem Bereich. Das ist unsere Einschätzung. Die Einschätzung der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates ist eine andere. Ich mache einen Fehler, denn ich müsste ja eigentlich möglichst hohe Offsets verlangen, damit es dann einfacher wird, dieses Geschäft in der Abstimmung zu bekämpfen. Es würde einfacher, denn man könnte fragen: Stimmen wir hier eigentlich über eine Subvention ab oder über was?

Aber ich finde, ein bisschen Redlichkeit in der Politik schadet manchmal nicht. In dieser Redlichkeit ist mein jetziger Minderheitsantrag zu verstehen. Ich nehme auf, was die SP-Fraktion das letzte Mal beantragt hat, wir hatten uns damals angeschlossen: null Offsets. Das heisst, wir geben jeden Franken dafür aus, wofür er gedacht ist, nämlich für Kampffjets.

Ich werde am Schluss Nein zur Vorlage sagen. Die grüne Fraktion wird am Ende Nein sagen. Sie können uns also, wenn Sie jetzt meinem Minderheitsantrag zustimmen, nicht so viel Freude machen, dass wir am Schluss das Geschäft annehmen. Da bin ich auch ganz transparent.

Ich erinnere mich noch an die Voten unseres ehemaligen Kollegen Amstutz, der in der vergangenen Legislatur gesagt hat, es gehe um die Sicherheit der Bevölkerung. Das war sein Mantra. Wenn schon, geht es darum, effektiv zu sagen, dass man die Einschätzung gemacht hat, man brauche möglichst viele Kampffjets, um die Bevölkerung zu schützen. Wenn Sie diese Einschätzung machen, dann sagen Sie Ja zu null Offsets, sagen Sie Ja zu meiner Minderheit! Dann haben Sie am meisten Geld für Kampffjets ausgegeben.

Die bittere Wahrheit ist, dass diejenigen, die sich hier als Vertreter der Armee ausgeben, eigentlich die Armee zum Vorwand nehmen, um die Regionen zu subventionieren. Es ist weder unter sicherheitspolitischen noch unter subventionpolitischen Aspekten eine taugliche Art und Weise, so vorzugehen. Wenn wir denn schon – was ja sonst in allen anderen Bereichen verboten ist – darüber sprechen wollen, welche verschiedenen Branchen in welchen Regionen wir mit Bundessubventionen fördern könnten, dann hätte ich eher noch ein paar zukunftsweisendere Vorschläge zu machen, als dass wir Rüstungsfirmen in unserem Land unterstützen. Geben Sie sich einen Schubs, stehen Sie dazu, dass Sie diese 6 Milliarden Franken für Kampffjets ausgeben wollen, und stimmen Sie meinem Minderheitsantrag – null Offsets – zu! Sonst, das muss ich sagen, glaube ich nicht, dass es Ihnen wirklich um diese Flieger geht. Vielmehr geht es Ihnen dann um eine versteckte Subventionierung der Industrie in diesem Land.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M, LU): Herr Glättli hat ja gesagt, wir müssten ihm keine Freude machen und ihm zustimmen. Aber machen Sie doch uns, der Mehrheit der Kommission, eine Freude, und stimmen Sie unserem Antrag auf 60 Prozent Offset zu!

AB 2019 N 2270 / BO 2019 N 2270

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP wird auch dieses Mal 60 Prozent Offset unterstützen. Der Ständerat hat zwar mit 80 Prozent einen Kompromissvorschlag eingebracht. Aufgrund der Argumentation, wie diese Geschäfte wirklich mit der Wirtschaft umgesetzt werden können, und weil noch weitere Geschäfte wie die bodengestützte Luftverteidigung (Bodluf) und das Programm für die Bodentruppen anstehen, die dann jeweils mit 100 Prozent Offset umgesetzt werden, bleiben wir bei unseren 60 Prozent und halten daran fest.

Für uns steht die Sicherheit, die wir mit den Flugzeugen gewährleisten können, an erster Stelle. Darin eingeschlossen ist auch die Beschaffungssicherheit. Uns ist es sehr wichtig, dass das Geld dann wirklich für die Flugzeuge eingesetzt werden kann, aber auch, dass die Industrie, die dabei mitarbeitet, allenfalls auch Gegengeschäfte leisten kann.

Über das Wochenende haben wir noch Briefe erhalten, die wieder 100 Prozent Offset fordern. Diese Schreiben





kamen aus der Westschweiz. Ich verstehe es nicht, wenn man die Argumentation, die wir hier immer gemacht haben, nicht hören will und immer wieder etwas anderes fordert. Wir werden für die Kampfflugzeuge nach wie vor 6 Milliarden Franken ausgeben – und diese 6 Milliarden werden mit 60 Prozent Offset belastet. Es gibt aber, wie ich gesagt habe, noch andere Geschäfte. Diese werden mit 100 Prozent Offset belastet, so oder so. Das ist so vorgesehen. Man kann jetzt nicht einfach sagen, man wisse nicht, ob das dann komme. Also ich weiss nicht, ob Sie alle so sicher sind, dass das, was wir hier diskutieren, kommt. Ich setze mich dafür ein, und für mich ist es klar, dass wir das wollen.

Aber stimmen Sie doch jetzt für 60 Prozent, und helfen Sie dabei mit, dem Antrag der Mehrheit der Kommission zuzustimmen. Die Minderheiten I (Addor) und II (Glättli) lehnt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ab.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Ce débat est très intéressant; nous vivons de grands moments. Le sujet, c'est l'achat de nouveaux avions de combat pour un prix, entre nous, scandaleusement élevé – 6 milliards de francs – pour des avions trop sophistiqués pour nos besoins réels.

Mais ce qui reste dans le débat maintenant, c'est une histoire de gros sous: les affaires compensatoires. En commission, lors du débat sur la question, quelqu'un a utilisé le terme de "souk". On en est là, c'est passionnant! Tout le monde veut sa part de gâteau, sa part du festin: les milieux économiques, représentés ici surtout par le groupe libéral-radical, qui fera une proposition à 80 pour cent; diverses officines qui travaillent un petit peu pour nous expliquer à quel point c'est important de monter au maximum les affaires compensatoires; et maintenant les cantons.

Les chiffres sont clairs: dans le domaine des "offsets", 20 pour cent, c'est acceptable; c'est véritablement en rapport avec l'objet et cela donne aux industriels suisses les compétences pour le faire perdurer. Quarante pour cent supplémentaires, cela peut être en rapport avec de l'armement; c'est déjà un peu de l'arrosage, mais voilà, nous pouvons l'admettre. Le surplus, c'est de l'arrosage pur et simple, c'est un subventionnement peu transparent de l'industrie, qui est sans rapport avec la défense du pays.

Certains, à droite, sont prêts à détourner de l'argent prétendument destiné à la défense et à la sécurité du pays. Je m'explique: la somme maximum possible, c'est 6 milliards de francs. Si on veut s'offrir des "offsets", il faut les payer; si on veut dépenser de l'argent pour des "offsets" qui n'ont rien à voir avec un objet de sécurité, cet argent doit être pris sur cette manne, donc c'est autant qu'on n'aura pas pour la défense du pays. Car, quand on décide de prendre des "offsets", les prix au départ sont augmentés, et de l'argent est ainsi prévu pour l'arrosage, comme on l'a dit tout à l'heure.

Et, pire encore, on a entendu M. Addor, avant, qui nous a expliqué à quel point c'était important de monter au maximum les pourcentages d'"offsets", parce que l'arrosage pourra servir, indirectement ou directement, à acheter des voix, à solliciter l'industrie pour qu'elle se batte en faveur de ce projet, à faire en sorte que les gens, dans les régions romandes notamment, aient vraiment envie de ces avions, parce que cela va donner un petit peu de travail à quelques industries.

Les "offsets", c'est une hausse des coûts d'acquisition, c'est aussi un miroir aux alouettes. Lors de l'acquisition des F/A-18, en 2007, le Contrôle des finances avait dit que les "offsets" ne s'élevaient pas à 100 pour cent, mais à environ 50 pour cent.

En Suisse, on veut subventionner, aider, l'industrie d'armement. Notre industrie d'armement, il n'en reste que quelques vestiges. Tout le matériel militaire que l'on veut acheter vient véritablement de l'étranger. C'est un subventionnement sans contrôle.

L'idéal, selon le groupe socialiste, serait une part d'affaires compensatoires de zéro. Une part de 20 pour cent pourrait être admise. Mais nous sommes pragmatiques, nous avons fait une proposition qui autoriserait 60 pour cent, parce que c'est le jeu avec le Conseil des Etats. Je pense que, dans notre assemblée, aujourd'hui, il y a une majorité favorable à 60 pour cent. Ce n'est pas parfait, mais c'est mieux que le pire.

Dobler Marcel (RL, SG): Wir befinden uns nun in der ersten Runde der Differenzbereinigung. Die einzige verbleibende Differenz betrifft die Offset-Geschäfte.

Ich möchte die Wichtigkeit dieses Planungsbeschlusses für die Sicherheit unseres Landes aus Sicht der FDP-Liberalen betonen: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Sicherheit unserer Bevölkerung. Der Finanzierungsrahmen von 6 Milliarden Franken, die Beschaffung bis 2030 und der Verteilschlüssel der Offset-Geschäfte bezüglich der verschiedenen Landesteile werden politisch breit unterstützt. Vor einer Woche sind wir im Nationalrat dem Antrag des Bundesrates auf 60 Prozent Offsets gefolgt, haben aber den Verteilschlüssel bezüglich der Landesregionen aufgenommen; damit haben wir zur Version des Ständerates mit 100 Prozent Offsets eine Differenz geschaffen. Der Ständerat hat nun einen Kompromissvorschlag mit 80 Prozent Offsets gemacht. Wie bereits in meinem Votum vor einer Woche erwähnt, wird die FDP-Liberale Fraktion



diesen Kompromiss unterstützen.

Die 60 Prozent Offsets, welche aus 20 Prozent direkter Offsets und 40 Prozent Offsets in der Sicherheitsindustrie bestehen, sind grossmehrheitlich unbestritten. Sie entsprechen dem maximal Möglichen und sind wichtig für die Schweiz, da sie die Unabhängigkeit der Schweiz rund um den Betrieb, die Wartung und auch den Wissenstransfer fördern.

Die zentrale Frage bei der verbleibenden Differenz lautet also: Wie wichtig ist der Schweiz die Auftragsverteilung bezüglich der verschiedenen Landesteile? Definiert sind: 65 Prozent in der Deutschschweiz, 30 Prozent in der Welschschweiz und 5 Prozent im Tessin. Natürlich gibt es in der Welschschweiz hervorragende Firmen der Rüstungsindustrie, die meisten befinden sich aber in der Deutschschweiz und stehen in direkter Konkurrenz zu den Firmen in der Welschschweiz. Bei 60 Prozent Offsets ist es unklar, ob der vorgesehene Verteilschlüssel eingehalten werden kann. Es soll ja auch bei den günstigen Firmen eingekauft werden. Eine Erhöhung der Offsets ausserhalb des Sicherheitsbereichs stellt die Einhaltung des Verteilschlüssels sicher. Es ist klar, dass die Offset-Geschäfte ausserhalb des Sicherheitsbereichs die Beschaffung verteuern. Gleichzeitig verbessern sie aber die Aussenhandelsbilanz, schaffen Arbeitsplätze und führen dazu, dass die entsprechenden Angestellten und Firmen Steuern bezahlen.

Obwohl diverse Zahlen im Umlauf sind und die Wahrheit bei den Schätzungen wohl in der Mitte liegt, ist aus Sicht der Schweiz ein Nullsummenspiel ohne negative Auswirkungen zu erwarten. Die Vorteile überwiegen. Es geht also um einen sinnvollen Kompromiss, der die Gesamtinteressen der Schweiz und die Interessen der Landesregionen berücksichtigt.

Ich bitte Sie im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, dem Kompromiss des Ständerates und damit Offsets von 80 Prozent zuzustimmen: für eine angemessene Berücksichtigung der Landesteile, für eine Förderung des Wissenstransfers zum Schutz der Bevölkerung und für die Einhaltung des Verfassungsauftrags.

AB 2019 N 2271 / BO 2019 N 2271

Gmür Alois (M, SZ): Kollege Dobler, Sie sind doch eigentlich generell für weniger Subventionen. Sie sind gegen Subventionen in der Landwirtschaft. Sind das nicht auch Subventionen, die wir bereit sind zu zahlen, wenn wir möglichst viele Offsets beantragen?

Dobler Marcel (RL, SG): Es ist eine Anerkennung des Anliegens der welschen Kantone, der Sorge, dass dieser Verteilschlüssel nicht eingehalten werden kann. Das habe ich in meinem Votum erwähnt. Es ist auch nicht so, wie Herr Glättli vorhin erwähnt hat, dass das Volk mehr Offsets stärker würdigt. Bei der Gripen-Abstimmung waren 100 Prozent Offsets angedacht, und die Vorlage wurde klar von den Welschen abgelehnt. Es ist also sicher eine kleine Wirtschaftssubvention; das ist so, das muss man offen sagen. Es ist aber auch so, dass sie von den Kosten her zurückkommt. Es gibt diverse Hinweise, es gibt sogar Studien von Universitäten, die besagen, dass sie unter dem Strich Einnahmen generiert. Und ja, die Gesamtvorteile überwiegen damit.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Je vous informe que le groupe UDC soutient la majorité.

Flach Beat (GL, AG): Eigentlich geht es hier um Sicherheitspolitik. Eigentlich haben wir dieses Geschäft mit der Frage begonnen: Brauchen wir neue Kampfflugzeuge, um die Luftpolizei sicherzustellen und allenfalls auch genügend strategische Mittel in der Luft zu haben, wenn es dann mal tatsächlich etwas Stärkeres und Robusteres braucht? Gelandet sind wir bei einem angeblichen Kompromissvorschlag – nein, seien wir ehrlich: Es ist jetzt einfach ein Geschacher! Es ist ein Geschacher um Offset-Geschäft, um Gegengeschäfte geworden. Es wird gar nicht mehr über Sicherheitspolitik diskutiert. Wir sprechen darüber, ob man jetzt 60 Prozent, 80 Prozent oder – diesen Wunsch gab es sogar – 100 Prozent Offset bei diesen 6 Milliarden Franken machen soll.

Ich verstehe hier jetzt, ganz ehrlich gesagt, auch die FDP-Liberale Fraktion nicht, die argumentiert, dass das schon eine gewisse Förderung sei. Natürlich ist es eine Förderung der Industrie! Das ist Industrieförderpolitik oder Industriesubventionierungspolitik, die Sie jetzt hier zu betreiben beginnen. Und da reden wir nicht von wenig, da reden wir, wenn wir eine Verteuerung von 10 Prozent nehmen, von 600 Millionen Franken. 7 bis 15 Prozent sind ungefähr der "range", um wie viel es eine Beschaffung teurer macht, wenn wir Offset mit einplanen. Für 600 Millionen Franken könnte man wahrscheinlich eine ein bisschen bessere Ausrüstung besorgen. Auf jeden Fall ist es nicht so, dass unsere Wirtschaft es benötigt, von uns irgendwie Brosamen zu erhalten. Es mag einzelne Firmen und Industriezweige geben, die tatsächlich auf die Türöffner durch die Offset-Geschäfte angewiesen sind. Das verhehlen wir nicht! Das ist tatsächlich in der Vergangenheit so gewesen, das kann in der Zukunft auch so sein. Es darf aber nicht sein, dass wir jetzt quasi auf dem Buckel eines Rüstungsgeschäfts –



falls wir der Meinung sind, wir brauchen neue Flugzeuge, und die Grünliberalen sind der Meinung, wir brauchen neue Flugzeuge für die Zukunft – dann einfach noch irgendwelche Regionalförderpolitik machen. Dies wäre im Sinne von: Ja, jeder kann sich jetzt die Ärmel hochkrempeln, und der Sturm aufs kalte Buffet soll jedem genau gleich viel auf den Teller bringen. Nein – es geht um Wettbewerb! Wenn Sie hier über Subventionen arbeiten, dann schalten Sie eben auch zu einem gewissen Teil den Wettbewerb aus.

Der Frankenschock hat bewiesen, dass genau jene Industrien, die von ihm betroffen waren, ihn mit unglaublicher Effizienz und Innovation überwinden konnten. Auch in der Rüstungsbranche sind Schweizer Firmen zuvorderst dabei – ohne dass sie vom Staat subventioniert werden. Vielmehr können sie einfach von unseren im Vergleich zu anderen Ländern hervorragenden, teilweise sogar etwas überschüssenden Rahmenbedingungen profitieren. Das sollten wir nicht einfach über den Haufen werfen.

Die grünliberale Fraktion hat von Anfang an gesagt: am liebsten null Offsets oder wenigstens nur im Rahmen dessen, was abarbeitbar ist. Wir stehen hier grosso modo bei der Minderheit II (Glättli) und werden für null Offsets respektive dann allenfalls für den Antrag der Mehrheit stimmen, aber ganz gewiss nicht für 80 Prozent oder sogar für irgendwelche Ideen von 100 Prozent.

Denn wir müssen uns im Klaren darüber sein: Die Flugzeuge sind eine Beschaffung, über die wir im Moment gerade diskutieren. Bodlup kommt auch, und bei Bodlup ist es so, dass von Anfang an 100 Prozent Offsets in den Papieren stehen. Letztlich kommen noch mehr Beschaffungen auf uns zu, bei denen ebenfalls wieder von über 100 Prozent Offsets gesprochen wird. Das kann unsere Industrie dann gar nicht mehr abarbeiten.

Dann sind wir am Schluss dort, wo unsere österreichischen Kollegen mal gelandet sind: Am Schluss wurden Damenstrümpfe in die Offset-Geschäfte eingerechnet, weil man einfach nicht mehr gewusst hat, woher man etwas nehmen sollte. Die andere Idee ist, dass man die Geschäfte quasi auf dem Kalender zurücknimmt und in der Vergangenheit nach Geschäften sucht, die man bei den Offsets hätte hinzunehmen können, und die dann in die Bücher schreibt. Damit ist auch niemandem gedient.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit II auf null Offsets zuzustimmen oder dann halt am Ende dieser Diskussion dem Ständerat ein gewichtiges "60 Prozent!" gemäss Mehrheit entgegenzuhalten.

Amherd Viola, Bundesrätin: Sie wissen, dass es bei diesem Geschäft um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung geht und nicht um Wirtschaftsförderung. Wir sprechen hier von einem Rüstungsprojekt. Sie kennen auch die Vor- und Nachteile von Offset-Geschäften. Wir haben uns letzte Woche in Ihrem Rat und vorgängig, wie auch heute nochmals, in Ihrer SiK detailliert darüber unterhalten. Ich will das nicht alles wiederholen. Nur so viel: Der Bundesrat hat sich aus guten Gründen für einen Offset-Anteil von 60 Prozent für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge entschieden.

Bis anhin wurden bei Rüstungsgeschäften jeweils 100 Prozent Gegengeschäfte verlangt, was in der praktischen Umsetzung nicht immer ganz einfach war. Umso mehr ist der Bundesrat der Überzeugung, dass mit dem geplanten hohen Investitionsvolumen für Rüstungsgüter der Jahre 2023 bis 2032 eine 100-prozentige Kompensation falsch wäre. Ich muss wiederholen: Neben den neuen Kampfflugzeugen und Bodlup mit einem Investitionsvolumen von 6 bzw. 2 Milliarden Franken gibt es noch die ordentlichen Rüstungsbeschaffungen im Betrag von 7 Milliarden Franken, das heisst Versprechen eines Investitionsvolumens von 15 Milliarden Franken in zehn Jahren. Eine so hohe Beschaffung im Bereich der Rüstung hat es noch nie gegeben.

Ihr Rat hat diese Meinung des Bundesrates unterstützt und einem Offset-Anteil von 60 Prozent zugestimmt, nachdem der Ständerat im Vorfeld bei 100 Prozent hatte bleiben wollen. Nun kommt Ihnen der Ständerat im Rahmen der Differenzvereinbarung einen Schritt entgegen und schlägt im Sinne eines Kompromisses 80 Prozent Offset-Anteil vor. Ich vertrete aber natürlich nach wie vor die Bundesratsmeinung, die 60 Prozent als richtig erachtet. Ich bitte Sie entsprechend, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Ich muss in diesem Rahmen noch etwas zur Aussage von Herrn Nationalrat Jean-Luc Addor sagen. Er hat gesagt, die Spielregeln würden während des laufenden Spiels geändert. Das ist natürlich nicht zutreffend. Der Bundesrat hat im Planungsbeschluss für die neuen Kampfflugzeuge den Zahlungsrahmen und auch den Offset-Anteil festgehalten. Daran wurde nichts geändert. Es ist auch so, dass in der Rüstungspolitik des Bundes nach wie vor 100 Prozent Offsets als Regel vorgesehen sind. Das heisst für die anderen Beschaffungen, also für Bodlup und für die Beschaffungen für die Bodentruppen, dass diese weiterhin mit 100 Prozent Offsets umgesetzt werden.

Entsprechend bitte ich Sie, die Anträge der beiden Minderheiten I (Addor) und II (Glättli) abzulehnen und der Mehrheit zu folgen. Denn so, wie die Minderheit I mit 80 Prozent zu weit in die eine Richtung geht, so geht die Minderheit II mit null Prozent zu weit in die andere Richtung. Sinn und Zweck von Offsets ist nämlich die Stärkung der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis unseres Landes. Die



AB 2019 N 2272 / BO 2019 N 2272

Stärkung dieser Industrie, die für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig ist, kann mit geringen Mehrkosten bewirkt werden. Was aber darüber hinausgeht und mit Sicherheit nichts mehr zu tun hat, das ist aus Sicht des Bundesrates und auch der Mehrheit nicht zu rechtfertigen.

Entsprechend bitte ich Sie, der Mehrheit und damit dem Antrag des Bundesrates auf 60 Prozent zu folgen.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Es wurde erwähnt: Es geht hier eigentlich um Sicherheitspolitik. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem man von einem Basar spricht. Ich muss Ihnen aber sagen: Das ist kein Basar, den wir in der Kommission gemacht haben. Es ist eine Annäherung an die Realität, und dort ist es so, dass es manchmal halt eine etwas grössere oder eine etwas kleinere Bereitschaft gibt und man sich am Schluss irgendwo findet.

Die Mehrheit der Kommission hat Folgendes beschlossen: Wir wollen erstens eine regionale Aufteilung, wie sie der Ständerat vorschlägt, also 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Welschschweiz und 5 Prozent italienischsprachige Schweiz. Zweiter Punkt: Eine Mehrheit der Kommission will Offsets, das heisst sicherheitsrelevante und nicht irgendwelche Offsets, damit auch möglichst viel Geld für diese Vorlage übrig bleibt. Das ist ganz wichtig.

Wie ist die Mehrheit der Kommission nun aber auf diese 60 Prozent gekommen? Ich komme nachher auf die welschen Kantone zu sprechen. Die Mehrheit der Kommission ist aus zwei Gründen auf 60 Prozent gekommen: Der eine Grund ist, dass das Gesamtvolumen für diese Zeit – wir sprechen von den Jahren 2023 bis 2032 – 15 Milliarden Franken beträgt. Das heisst, dass nochmals 2 Milliarden Franken für Bodlup und nochmals 7 Milliarden Franken für das Heer dazukommen und dass das alles auch irgendwo kompensiert werden muss.

Jetzt kommt der zweite Grund: Wir wollen Kompensationsgeschäfte, die nachvollziehbar sind, die aufgezeigt werden können und vor allem sicherheitsrelevant sind. Das hat die Kommission dazu geführt, dass wir zu diesen 60 Prozent Ja gesagt haben. Bezüglich der Kosten, das wurde auch nochmals ausgeführt, lautete die Frage: Wann sind Offsets am teuersten bzw. wann kostet die ganze Vorlage viel? Das ist dann der Fall, wenn der direkte Anteil sehr hoch ist. Hier hat man es bei den 20 Prozent belassen.

Die Minderheiten wurden bereits begründet; die eine will keine Mehrkosten. Es ist klar, dass die Null-Prozent-Variante, wie sie von Herrn Glättli ausgeführt wurde, bedeutet, dass man keine Kampfflugzeuge will – dann muss man einfach auf null gehen. Herr Glättli hätte auch mit 100 Prozent kommen können, aber das wäre fadenscheinig gewesen. Deshalb machen Sie uns hier auch keine Freude, Herr Glättli.

Jetzt zu einer weiteren Bemerkung, die wir in der Kommission besprochen haben: Wir haben einen Brief von der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz erhalten, die uns bittet, 100 Prozent Offsets zu veranlassen. Gut, man ist jetzt bei 80 Prozent. In diesem Brief finden Sie zwei Dinge nicht. Zum einen finden Sie den Zeitraum nicht. Diese Direktoren sprechen nämlich nur von diesen 6 Milliarden, sie vergessen aber, dass es um 15 Milliarden Franken geht. Zum andern, das ist ganz wichtig, möchte ich vor allem die bürgerlichen welschen Kollegen erinnern: Bei der Gripen-Abstimmung hatten wir 100 Prozent Offsets, und die welschen Kantone haben die Vorlage trotz 100 Prozent abgelehnt. Das heisst natürlich für mich, der ich ein Befürworter bin und hier die Kommissionsmehrheit vertrete, dass diese Direktoren dann schon gefordert sind, auch wenn es dann vielleicht nur 80 Prozent sind. Aber man hat ja schon bei 100 Prozent abgelehnt, und das heisst, hier braucht es ein überdurchschnittliches Engagement.

Die Kommission hat die 60 Prozent gegen 80 Prozent ausgemehrt und den 60 Prozent mit 20 zu 5 Stimmen zugestimmt. Den 60 Prozent wurde dann in der Gegenüberstellung mit null Prozent mit 15 zu 9 Stimmen zugestimmt.

Ich bitte Sie also, hier bei der Kommissionsmehrheit, bei diesen 60 Prozent, zu bleiben. Das ist umsetzbar.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: Intanto bisogna dire che un primo obiettivo importante è stato raggiunto ossia quello di sostenere questo progetto dell'acquisto degli aerei da combattimento fino ad un massimo di 6 miliardi di franchi. Su questo punto importantissimo tutte due le Camere sono d'accordo.

Adesso il tema degli affari di compensazione, degli offset: sarebbe peccato se questo tema strapazzasse ulteriormente il progetto. Innanzitutto bisogna dire che questi affari compensatori non sono sovvenzioni, su questo punto devo contraddire diversi colleghi. Poi occorre dire che la normale prassi del Consiglio federale, quando si tratta di acquistare degli armamenti all'estero, è una compensazione al 100 per cento, perché lo scopo principale di questi offset – e non è certo una novità – è quello di tenere in Svizzera il sapere della sicurezza; poi, in secondo luogo, si tratta anche di promuovere l'industria.

Comunque, noi l'ultima volta avevamo sostenuto la linea del Consiglio federale, 60 per cento, contro il 100 per cento degli Stati. Poi, in un secondo tempo, gli Stati sono scesi all'80 per cento. In occasione di un'ulteriore



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2019 • Achte Sitzung • 16.12.19 • 14h30 • 19.039
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Huitième séance • 16.12.19 • 14h30 • 19.039



riunione la nostra Commissione della politica di sicurezza ha deciso a maggioranza, in un primo tempo, con 20 voti contro 5, di sostenere la proposta del Consiglio federale per il 60 per cento contro la proposta Addor per l'80 per cento, e in un secondo tempo di sostenere, con 15 voti contro 9, la proposta per il 60 per cento contro la proposta Glättli per lo zero per cento. Questa è la decisione della maggioranza della commissione che vi preghiamo di sostenere.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19835)

Für den Antrag der Mehrheit ... 144 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 40 Stimmen

(9 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19836)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 75 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2019 N 2273 / BO 2019 N 2273





19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Jositsch, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Reichmuth, Vara, Zopfi)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 let. b

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Jositsch, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Reichmuth, Vara, Zopfi)

Adhérer à la décision du Conseil national

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Wir sind mit diesem Geschäft im Rahmen der Differenzbereinigung bereits wieder vor dem Rat. Letzten Donnerstag beschloss unser Rat auf Antrag unserer Kommission einen Kompromiss, der insgesamt 80 Prozent Offsets vorsieht, nämlich 20 Prozent direkte Offsets, 40 Prozent indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sowie 20 Prozent indirekte Offsets in weiteren Industriebereichen. Gestern hielt der Nationalrat nun an seinem Beschluss fest und entschied sich für 60 Prozent Offsets. Ein Minderheitsantrag auf 80 Prozent Offsets gemäss Ständerat wurde mit 144 zu 40 Stimmen bei 9 Enthaltungen und ein weiterer Minderheitsantrag auf null Prozent Offsets mit 117 zu 75 Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlich abgelehnt.





Ihre Kommission führte heute Morgen eine intensive Diskussion darüber, wie jetzt weiter vorgegangen werden soll. Die Kommission beantragt Ihnen mit 7 zu 6 Stimmen, weiterhin bei 80 Prozent Kompensation zu bleiben und am Beschluss des Ständerates festzuhalten. Die Mehrheit ist allerdings nur noch relativ knapp. Es gibt auch eine Minderheit, die sich noch melden wird. Das knappe Resultat hat auch damit zu tun, dass der Beschluss im Nationalrat doch sehr deutlich war und dass dort insbesondere eine relativ erstaunliche Stimmzahl zustande gekommen ist: Es sind nämlich 75 Stimmen, die gar keine Offsets wünschen. Das spielt im Hintergrund auch ein bisschen eine Rolle, warum das Resultat für diese 80 Prozent jetzt nur noch 7 zu 6 Stimmen beträgt.

Warum ist die Mehrheit Ihrer Kommission für Festhalten an den 80 Prozent? Das hat mehrere Gründe. Der Hauptgrund ist nach wie vor regional- und staatspolitischer Art. Hier verweise ich einmal mehr auf die Haltung der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz, die immer schon befürchtete – und uns deshalb schon letztes Mal wie nochmals heute Morgen einen Brief zugestellt hat –, dass die Westschweiz in Bezug auf das Hängenbleiben von Geschäften und Gegengeschäften bei nur 60 Prozent Offsets diskriminiert bzw. benachteiligt würde, weil dort einfach relativ wenige Firmen angesiedelt sind, die rüstungsrelevante Produkte erzeugen. Der staatspolitische Grund hat auch etwas damit zu tun, dass die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz befürchtet, die Unterstützung zu verlieren, wenn es bei einer Volksabstimmung dann allenfalls darum geht, für den Flieger einzustehen.

Es gibt aber auch andere Gründe, die vonseiten der Mehrheit genannt worden sind: Rüstungspolitik sei immer auch ein Stück weit Industriepolitik. Die 100 Prozent Offset würden grundsätzlich der Policy des Bundesrates im Bereich Offset entsprechen. Vor diesem Hintergrund hat die Mehrheit der Kommission gefunden, dass bei 80 Prozent schon ein Entgegenkommen vorhanden sei und dass es durchaus Sinn mache, über diese 60 Prozent hinaus noch weitere 20 Prozent offenzuhalten für die Bereiche insbesondere in der Westschweiz, die nicht direkt rüstungsrelevante Produkte herstellen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und an den 80 Prozent Kompensation festzuhalten.

Jositsch Daniel (S, ZH): Worum geht es bei diesem Geschäft? Grundsätzlich geht es um die Kampffjetbeschaffung. Die eigentliche Beschaffung ist aber bereits beschlossen, das heisst: Wir diskutieren nun zwischen Nationalrat und Ständerat einzig die Frage, wie hoch die Offset-Anteile im Zusammenhang mit diesem Rüstungsbeschluss sein sollen. Die direkten und indirekten Offsets sind mit 60 Prozent abgedeckt, das heisst, bei der Frage 80 Prozent oder 60 Prozent geht es nur noch um Industriepolitik, die gemäss der Kommissionsmehrheit mit dem Beschaffungsprojekt verknüpft werden soll, um in einer allfälligen Volksabstimmung gewissermassen noch etwas regionalpolitisch verteilen zu können. Die Frage ist: Ist das sinnvoll? Helfen wir damit dem Gesamtprojekt? Worum sollte es eigentlich gehen? Es sollte bei dieser Kampffjetbeschaffung darum gehen, dass wir zum günstigsten Preis den höchstmöglichen Grad an Sicherheit durch Luftverteidigung erreichen. Das ist das Ziel, das ist der Auftrag.

Ich spreche hier für die sehr starke Minderheit, Sie haben es gehört: Die Sicherheitspolitische Kommission hat heute Morgen mit 7 zu 6 Stimmen ihren Beschluss gefasst. Die sehr starke Minderheit ist der Meinung, dass wir mit dieser Verknüpfung zwischen regionalpolitischer Industrieförderung und Kampffjetbeschaffung, also einem Rüstungsgeschäft, dem Geschäft keinen Dienst erweisen, denn es sollte hier primär um eine sicherheitspolitische Frage und um sicherheitspolitische Überlegungen gehen. Stellen Sie sich vor, wie die Diskussion nachher in der Öffentlichkeit stattfinden wird, wenn man darüber diskutiert, dass wir hier bewusst eine Verteuerung eines immens teuren Beschaffungsprojektes in Kauf nehmen, nur um eben die Bevölkerung gewissermassen zu kaufen. Das wird ja offen gesagt: Man will damit das Projekt mehrheitsfähig machen. Die Kommissionsmehrheit geht also offenbar davon aus, dass ein gewisser Teil der Bevölkerung die Beschaffung zwar eigentlich ablehnen würde, aber ihr zustimmen würde, wenn wir noch ein bisschen industriepolitische Förderung vornehmen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Das entscheidende Argument, das Sie für die Kampffjetbeschaffung bringen können, ist, dass es 2030 keine Kampffjets mehr gibt, wenn Sie Nein sagen. Das ist das Argument, mit dem man die Abstimmung führen kann oder das man bekämpfen kann, je nachdem, welche Meinung man hat. Alles andere scheint mir und der Kommissionsminderheit nicht legitim.

AB 2019 S 1204 / BO 2019 E 1204

Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Sie können die Mehrheitsverhältnisse ansehen – der Kommissionssprecher hat sie bereits erwähnt. Im Nationalrat hat die Version mit 60 Prozent Offsets 144 Stimmen erhalten. Eine starke Mehrheit des Nationalrates bleibt also bei ihrer Position. Sie können sich vorstellen, wie das in der Einigungskonferenz ungefähr aussehen





wird. Wir stehen jetzt in der letzten Runde. Wenn Sie an der Version des Ständerates festhalten, werden wir uns am Donnerstagmorgen treffen. Sie sehen, dass der Nationalrat für seine Version eine relativ starke Mehrheit hat, bei uns ist die Mehrheit für die Version des Ständerates ausserordentlich knapp. Ich würde deshalb auch im Sinne eines guteidgenössischen Kompromisses beantragen, dass wir einlenken. Und vergessen Sie Folgendes nicht: Der Hauptteil dieser Vorlage, die Frage der Kampfjetbeschaffung, ist bereits entschieden. Deshalb beantrage ich Ihnen, hier im Sinne der Minderheit einzulenken.

Wicki Hans (RL, NW): Es ist natürlich schon so, Herr Kollege Jositsch: Es geht hier wirklich um Sicherheitsfragen und nicht darum – das kann ich Ihnen versichern –, die Bevölkerung kaufen zu wollen. Vielmehr geht es darum, den Wohlstand für unser Land und unser Volk, aber auch das Volumen an künftigen Unterhaltsarbeiten entsprechend zu sichern.

Seien wir uns einfach bewusst, was Offset eigentlich ist. Offset hat zwei Komponenten: Offset führt einerseits zu einem Know-how-Transfer von einem Lieferanten in die Schweiz. Der Know-how-Transfer ist – das wissen alle, die unternehmerisch tätig sind und einen Transfer in ein anderes Land machen wollen – mit Kosten verbunden. Know-how-Transfer ist kostentreibend, das ist selbstredend so. Andererseits verfolgt man mit Offset das Ziel, die nationale Wirtschaft etwas zu stützen. Das machen alle Staaten; da ist die Schweiz nicht wirklich ein Einzelfall.

Ich möchte das Votum unserer Frau Bundesrätin aufgreifen und Sie bitten, zu beachten, was im Fokus steht. Es geht um zweierlei: Einerseits müssen wir genügend Flieger zur Sicherung des Luftraums erhalten, das ist der eine Aspekt, andererseits – und das ist das Wichtigste – müssen wir eine Volksabstimmung gewinnen. Wenn wir diese nämlich gewinnen, bringen wir diesen Flieger in die Luft und lassen ihn nicht zum Papierflieger verkommen. Wenn wir den Fokus nicht verlieren und diese Abstimmung auch gewinnen wollen, brauchen wir die Zustimmung aller Landesteile. Und wir brauchen auch die gesamte Wirtschaft, die uns hilft, das zu erreichen. Wir brauchen neben der Wirtschaft auch die Kantone. Der Ständerat ist ja die Vertretung der Kantone. Daher muss ich festhalten, dass uns die Westschweizer Kantone Bern, Fribourg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura zum wiederholten Mal gebeten haben, sie nicht von den Gegengeschäften auszuschliessen und einem Offset-Anteil von 100 Prozent oder dann von 80 Prozent zuzustimmen. Wenn Kantone und Wirtschaft dann wirklich alle am gleichen Strick ziehen, haben wir im nächsten Jahr die grosse Chance, die Abstimmung zu gewinnen. Ob die 144 Stimmen, von denen Kollege Jositsch gesprochen hat, und auch jene, die heute für 60 Prozent stimmen werden, dann wirklich am gleichen Strick ziehen werden – diese Frage möchte ich in den Raum stellen. Ich jedenfalls werde kämpfen für die Sicherheit, aber auch für die Arbeitsplätze in der Schweiz. Darum empfehle ich Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Français Olivier (RL, VD): Dans nos débats sur ce projet, j'ai exprimé en partie la voix de la Suisse romande. J'ai en tout cas fait part de mon inquiétude au sujet du processus tel qu'il s'est déroulé jusqu'à présent. Il est peu courant de voir un tel blocage dans un projet aussi important, mais j'en prends acte. Chacun a son interprétation du vote du Conseil national, mais je rappellerai que le Conseil national, par sa Commission des finances, voulait une part d'affaires compensatoires de 80 pour cent. Cette proposition n'a malheureusement pas été débattue au Conseil national. Maintenant, cette proposition est débattue.

Les prises de position sont claires. J'entends dire qu'il y a un compromis politique. Or ce n'est pas le cas, il n'y a pas de compromis politique. Il ne s'agit pas d'un compromis puisque certains veulent zéro pour cent, d'autres 100 pour cent. Le Conseil fédéral a proposé 60 pour cent et n'a pas voulu de compromis. Ce serait un compromis politique complètement divergent, puisque les objectifs des uns et des autres sont tout à fait différents. Je n'irai pas plus loin dans mon développement, mais je crois que chacun d'entre vous a compris qui veut quoi et comment.

Ce qui est sûr, c'est qu'on veut des Forces aériennes de qualité, j'en conviens. La discussion porte sur le nombre d'avions. C'est pour cela que l'on a une proposition demandant 60 pour cent: cela dépend du nombre d'avions. On parle d'"offsets", parce que l'on admet qu'une part des risques est prise par le fournisseur. Cette part est évaluée par l'Université de Saint-Gall à environ 5 pour cent, à plus par d'autres, cela dépend de l'appréciation de chacun. Mais cela a des conséquences, il est vrai, sur le nombre d'avions.

Lors d'un tel achat, il est important de s'assurer aussi, comme l'a très bien dit Monsieur Wicki, qu'il y ait un transfert de technologies. S'il n'y a pas de transfert de technologies, nous le paierons très cher à l'avenir en raison d'une perte de compétences au sein de notre industrie, mais aussi de la facture que nous devons payer, parce que si nous n'exécutons pas les tâches chez nous, vous pensez bien que, exécutées à l'étranger, étant donné qu'on sera dans une situation de monopole, elles coûteront très cher – très, très cher même.

Alors, je dis à ceux qui doutent encore et qui voudraient en rester à une part d'affaires compensatoires de 60



pour cent qu'ils doivent être attentifs au facteur des conséquences à moyen et à long terme.

Je me permets maintenant d'adresser un message à Mme la conseillère fédérale Amherd et de lui demander de s'exprimer sur les promesses qui ont été faites et qui devront être tenues. La répartition telle qu'elle est proposée par le Conseil fédéral et soutenue par les chambres tient compte du facteur géographique: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne. Dans le texte tel que nous l'avons voté, nous avons employé l'expression "autant que possible". J'aimerais supprimer les mots "autant que possible". Je fais confiance au Conseil fédéral et j'attends de la part de la conseillère fédérale en charge du dossier que la promesse quant à la répartition entre les régions du pays soit tenue.

La deuxième chose, c'est que les affaires compensatoires devraient être réparties selon le principe de base suivant: 20 pour cent de contrats directement liés aux biens d'armement que nous achetons – c'est ce qu'on appelle les compensations directes –, 40 pour cent de contrats portant sur des biens relevant du domaine de la défense et de la sécurité – c'est ce qu'on appelle les compensations indirectes –, et 20 pour cent – les 20 pour cent qui me sont chers, et même très chers – de compensations indirectes, civiles, en tenant compte de la liste des domaines industriels qui a été admise par notre conseil en particulier.

Troisièmement, et c'est un point très important, je rappelle que la Suisse romande, et en particulier la région Fribourg/Vaud, subit les principales nuisances dues aux activités des Forces aériennes. Les deux tiers des nuisances se situent dans cette région. Or l'apport économique dans cette région, par le biais des places de travail, est nettement plus faible que ce n'est le cas à Emmen. Donc j'attends, en tout cas de la part du Conseil fédéral et des entreprises en charge de l'entretien, la garantie que demain, à savoir le jour où il y aura des travaux d'entretien à effectuer sur les appareils des Forces aériennes, il y ait un rééquilibrage du taux d'activité et du nombre de places de travail qui dépendent des Forces aériennes dans la région que je viens de mentionner et qui subit principalement les nuisances.

J'attends bien sûr avec impatience le résultat du vote. Mais, au préalable, j'attends avec impatience les propos de Mme la conseillère fédérale Amherd sur l'attention qu'elle porte en particulier à la Suisse romande et au secteur industriel helvétique.

AB 2019 S 1205 / BO 2019 E 1205

Amherd Viola, Bundesrätin: Es geht hier um ein wichtiges Geschäft. Sie wissen, dass es bei diesem Geschäft um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung und nicht um irgendwelche anderen Themen wie Wirtschafts-, Regional- oder Staatspolitik geht. Wir sprechen hier von einem Rüstungsprojekt. Sie kennen auch die Vor- und Nachteile von Offset-Geschäften. Wir haben mehrfach darüber diskutiert, hier im Rat, in Ihrer Kommission, heute Morgen das letzte Mal. Ich will nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde, nur so viel: Der Bundesrat hat sich bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aus guten Gründen für einen Offset-Anteil von 60 Prozent entschieden. Es ist auch meine Aufgabe, Herr Ständerat Olivier Français, hier den Bundesratsentscheid zu vertreten. Aus meiner Sicht ist dieser Bundesratsentscheid auch richtig und gut umsetzbar. Ich kann nicht irgendwelche Kompromisse eingehen, erstens, weil ich selber überzeugt bin, dass der Bundesratsentscheid richtig ist, und zweitens, weil es ein Entscheid des Kollegiums ist, der so gefällt wurde.

Bis anhin wurde meistens, das wurde auch richtig gesagt, ein Offset-Anteil von 100 Prozent verlangt, also 100 Prozent Gegengeschäfte – diese 100 Prozent auch zu erreichen, war in der praktischen Umsetzung in der Vergangenheit nicht immer ganz einfach. Umso mehr ist der Bundesrat der Überzeugung, dass mit dem hohen geplanten Investitionsvolumen für Rüstungsgüter in den Jahren 2023 bis 2032 eine 100-prozentige Kompensation falsch und fast nicht, auf alle Fälle nicht vernünftig umsetzbar wäre.

Ich muss wiederholen: Neben den Kampfflugzeugen mit einem Investitionsvolumen von 6 Milliarden Franken gibt es noch die ordentlichen Rüstungsbeschaffungen in der Höhe von 7 Milliarden Franken, zusätzlich noch 2 Milliarden für Bodlöv. Das heisst: Wir sprechen insgesamt für diese Zeitspanne von zehn Jahren, die ich genannt habe, von einem geplanten Investitionsvolumen von 15 Milliarden Franken. Eine so grosse Beschaffung hat es im Bereich der Rüstung noch nie gegeben. Das heisst, dass wir pro Jahr für 1,5 Milliarden Franken Investitionen und Ausrüstungsbeschaffungen geplant haben. Wenn man davon ausgeht, dass die Industrie auch im Bereich der sicherheitsrelevanten Industrie noch Aufträge aus der Privatwirtschaft hat – und das hoffe ich doch sehr, ich traue unserer Wirtschaft und Industrie sehr viel zu –, so haben diese Unternehmungen so oder so eine Auslastung. Diese Rüstungsbeschaffungen kämen dann noch dazu. Wir sprechen also von sehr, sehr hohen Beträgen.

Der Nationalrat hat die Meinung des Bundesrates mit einer deutlichen Mehrheit unterstützt und einem Offset-Anteil von 60 Prozent zugestimmt, und zwar mit 144 zu 40 Stimmen. Das Resultat war im Nationalrat ganz klar. Damit ist er dem Anteil von 80 Prozent Offsets, wie ihn Ihr Rat beschlossen hat, nicht gefolgt. Heute Morgen





wurde in der Kommission, wir haben es vom Minderheitssprecher gehört, mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen, an einem Anteil von 80 Prozent festzuhalten. Ich bitte Sie, der Kommissionsminderheit, welche die einzige Differenz in diesem Geschäft ausräumen will, zu folgen.

Mir ist dabei noch wichtig festzuhalten, dass in der nationalrätlichen Variante die regionale Verteilung der Aufträge mit 65 Prozent für die Deutschschweiz, 30 Prozent für die Westschweiz und 5 Prozent für die italienischsprachige Schweiz enthalten ist. Es ist der Wille des Bundesrates, diese regionale Verteilung auch zu respektieren, und zwar nicht erst, seit diese Verteilung hier in den Planungsbeschluss geschrieben wurde. Die regionale Verteilung ist Bestandteil der Rüstungspolitik des Bundes; das hat der Bundesrat so beschlossen.

Wir sind überzeugt, dass die regionale Verteilung auch mit einem Offset-Anteil von 60 Prozent erreicht werden kann, denn es gibt im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis vor allem auch in der Westschweiz gute, fähige Unternehmungen, die Aufträge holen können. Ich erlaube mir, stellvertretend für die Westschweizer sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis einige Unternehmungen aufzuzählen, die in der Vergangenheit bereits Aufträge aus Offset-Geschäften realisieren konnten, und zwar im Bereich indirekte Offsets, nicht in den letzten 20 Prozent. Das sind beispielsweise die Firmen Mercury Mission Systems International in Lancy, Tornos SA in Moutier, Schott Suisse SA in Yverdon, HMT Microelectronic AG in Biel, Advanced Silicon SA in Lausanne, Alpes Lasers AG in Saint-Blaise und Synova SA in Duillier. Das ist nur eine Auswahl, Sie finden sie auch auf der Homepage von Armasuisse. Es gibt aber noch eine viel längere Liste, die sich nicht auf der Homepage befindet und die ich hier nicht öffentlich ablesen werde; aber wer Interesse hat, dem gebe ich gerne Einblick in diese Liste. Auch die Westschweiz hat also fähige Unternehmungen, die Aufträge bekommen und ausführen können.

Es ist auch so, dass in der Rüstungspolitik des Bundes nach wie vor der Grundsatz 100 Prozent Offsets vorgesehen ist; das ist der Regelfall gemäss Rüstungspolitik. Das heisst, dass für andere Beschaffungen wie Bodluf oder die Systeme für die Bodentruppen, die auch in der Zeitspanne, die ich vorhin erwähnt habe, realisiert werden, weiterhin 100 Prozent Offsets gelten. Sie sehen also, es geht um grosse Beträge, die die Schweizer Wirtschaft hier realisieren kann.

Sinn und Zweck von Offsets ist die Stärkung der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis unseres Landes. Mehrkosten bei der Beschaffung eines Rüstungsguts für die Stärkung dieser Industrie, die für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig ist, können sicherheitspolitisch begründet werden. Es geht nämlich darum, Know-how in der Schweiz zu behalten, damit wir eine gewisse Unabhängigkeit behalten können. Was aber darüber hinausgeht und nichts mit Sicherheit zu tun hat, ist bei einem Rüstungsgeschäft aus Sicht des Bundesrates und auch des Nationalrates nicht zu rechtfertigen. Wenn man von Technologietransfer spricht, ist es mir auch noch wichtig zu sagen, dass das für unsere Unternehmungen etwas sehr Interessantes ist, aber eben vor allem in den 60 Prozent direkten und indirekten Offsets enthalten ist. Was darüber hinausgeht, da können irgendwelche Unternehmungen, die keinen Bezug zu Technologie haben, einen Auftrag bekommen – es kann irgend sonst eine Unternehmung sein. Da könnte man dann auch nicht mehr von Technologietransfer sprechen.

Ständerat Olivier Français hat mich da noch auf gewisse Punkte angesprochen, auf Abstimmungen, auf das Abstimmungskalkül.

Pour moi, le plus important est de proposer un projet qui soit vraiment correct du point de vue du dossier lui-même, c'est-à-dire du point de vue de la sécurité de la population de notre pays. Il s'agit ici d'un projet pour la sécurité de notre population et non d'un projet pour la promotion économique ou pour la politique régionale. Je n'ai rien contre la politique régionale ni contre une politique économique, mais les décisions y relatives doivent se prendre à ce titre et non dans le cadre d'un dossier qui a trait à l'armement de notre armée et à la sécurité de notre population. Cela, c'est autre chose.

Es ist also wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass es um ein Projekt, um ein Geschäft im Bereich der Sicherheit unseres Landes geht. Das kann ich nicht genug betonen. Entsprechend bin ich überzeugt, dass 60 Prozent richtig sind. Das kann man mit gutem Gewissen vertreten, auch weil wir hier öffentliche Gelder – Steuergelder – einsetzen, die eben für die Sicherheit vorgesehen sind.

Entsprechend bitte ich Sie, Ihrer Kommissionsminderheit zuzustimmen und damit die letzte Differenz in diesem Geschäft auszuräumen.

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Wintersession 2019 • Neunte Sitzung • 17.12.19 • 08h15 • 19.039
Conseil des Etats • Session d'hiver 2019 • Neuvième séance • 17.12.19 • 08h15 • 19.039

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 16 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das Geschäft geht damit noch einmal an den Nationalrat zurück.

AB 2019 S 1206 / BO 2019 E 1206



19.039

**Beschaffung
 neuer Kampfflugzeuge.
 Bundesbeschluss**

**Acquisition
 de nouveaux avions de combat.
 Arrêté fédéral**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit
 Festhalten

Antrag der Minderheit

(de Quattro, Addor, Cattaneo, Dobler, Riniker)
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 let. b

Proposition de la majorité
 Maintenir

Proposition de la minorité

(de Quattro, Addor, Cattaneo, Dobler, Riniker)
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

de Quattro Jacqueline (RL, VD): Nous sommes parvenus à un stade où nous ne parlons presque plus du nouvel avion de combat que nous voudrions et devrions acquérir, mais seulement de la part des affaires compensatoires – ou "offsets" – que nous voudrions imposer aux entreprises étrangères qui se verraient adjuger des contrats dans le cadre de cette acquisition.

Je rappelle qu'au départ, les positions des conseils étaient très éloignées: le Conseil des Etats voulait que le Conseil fédéral s'en tienne à ses principes traditionnels et impose une part de 100 pour cent d'affaires compensatoires; notre conseil, lui, a accepté que le Conseil fédéral réduise cette part à 60 pour cent. Le Conseil des Etats a fait un pas important dans notre direction: il a accepté une part de 80 pour cent, à titre de compromis. Et voici qu'au lieu d'accepter une solution pragmatique et de se concentrer sur l'essentiel, à savoir





l'avenir des Forces aériennes et la sécurité du pays, nous nous divisons sur les affaires compensatoires, si importantes pour notre économie.

Au nom de la minorité de la commission, je me permets de rappeler que l'enjeu, ce sont les entreprises suisses et leurs employés, par exemple des secteurs spatial, optique, IT ou encore cyber; et que l'enjeu concerne aussi la coopération avec des hautes écoles et instituts de recherche.

Ces domaines, parmi d'autres, portent l'avenir de l'industrie des machines, des métaux et de la fabrication des équipements, qui occupent 320 000 personnes dans notre pays et contribuent pour une part de 7 pour cent à notre PNB. Elles regroupent plus de 13 000 entreprises, dont la seule faiblesse est parfois la difficulté qu'elles éprouvent à accéder au statut de fournisseurs des grands Etats de ce monde. Inclure aujourd'hui en leur faveur cette part de 20 pour cent d'affaires compensatoires dont nous parlons, ce serait un signal clair de la volonté de notre pays de poursuivre, avec les technologies les plus avancées, la pénétration des marchés internationaux. Ce serait aussi un soutien manifeste de notre Parlement aux PME qui osent faire le pari de l'innovation. Mais ce serait aussi un soutien à leurs collaboratrices et collaborateurs, qui se battent avec courage et énergie contre une concurrence internationale de plus en plus féroce.

Vous me direz que la différence entre 60 et 80 pour cent n'est pas très importante. Mais nous parlons de plus de 1 milliard de francs: 20 pour cent de moins d'affaires compensatoires, c'est 1,2 milliard de francs de moins pour la Suisse; c'est 1,2 milliard qui ne reste pas en Suisse, avec les répercussions inévitables sur les places de travail et la fiscalité. Il ne s'agit pas de subventions; il s'agit de promotion économique pour notre industrie de pointe, selon une méthode qui est appliquée dans le monde entier. Il ne s'agit pas non plus de politique régionale, mais de solidarité confédérale, qui prend un sens particulier lorsqu'il s'agit de la sécurité de notre pays.

Enfin, on nous laisse croire que cette exception très importante au principe toujours en vigueur de 100 pour cent d'affaires compensatoires ne vaudra que pour ce projet.

Qui nous en donne la garantie? Personne ici, surtout pas le Conseil fédéral, ne peut nous donner la moindre garantie que la boîte que la majorité veut ouvrir ne soit pas celle de Pandore. Rien, en réalité, ne permet d'assurer que les prochaines acquisitions, qu'il s'agisse du projet de défense sol-air ou des futurs programmes d'armement, seront épargnées, par exemple si l'état des finances fédérales se détériore.

Pour la minorité, le moment est venu pour notre conseil de saisir la main que nous tend le Conseil des Etats et de rassembler toutes les régions de ce pays pour donner vie à ce projet indispensable pour notre sécurité.

Fivaz Fabien (G, NE): Nous l'avons déjà dit: nous ne voulons pas d'une politique industrielle dans le cadre de l'acquisition des nouveaux avions de combat. Dans un autre cadre, un cadre qui nous permettrait de fixer des règles, nous pourrions soutenir une telle proposition. Mais pas dans le cas présent. Les affaires compensatoires seraient des subventions déguisées, sans aucune transparence dans le choix des entreprises, ni dans la fixation des montants, ni dans la nature des compensations. Ce serait de l'arrosage pur et simple. Nous aurions préféré zéro pour cent, comme l'a défendu notre collègue Glättli mardi dernier. Mais nous nous rallierons à la majorité de la commission, soit à sa proposition de fixer à 60 pour cent la part des affaires compensatoires. Le débat est en train de se transformer en bataille autour du Röstigraben. A notre avis, l'ajout des 35 pour cent pour la Suisse latine, soit 30 pour cent pour la Suisse romande et 5 pour cent pour le Tessin, dans l'arrêté et les garanties de Mme la conseillère fédérale Amherd à propos des entreprises qui pourraient effectivement bénéficier des 60 premiers pour cent permettent de régler la question.

Le Conseil des Etats était relativement divisé sur cette question puisqu'il a pris sa décision par 23 voix contre 16. Nous pouvons donc penser que la décision de notre conseil, aujourd'hui, sera privilégiée lors de la séance de la Conférence de conciliation.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): M. Fivaz vient d'en parler, nous sommes, nous conseillers nationaux, dans une situation très favorable, puisque lors de la Conférence de conciliation

AB 2019 N 2352 / BO 2019 N 2352

normalement, nous devrions, si nous gardons les mêmes positions, l'emporter. Effectivement, le Conseil des Etats a évolué, passant de 100 pour cent à 80 pour cent, mais avec une forte minorité, de 16 personnes, favorables à une part de 60 pour cent, contre 23 personnes en faveur de 80 pour cent. Dans la commission, il semble que le rapport était de 7 contre 6. On peut donc tout à fait imaginer que la moitié des membres du Conseil des Etats, à peu près, soutiendrait la position qui semble majoritaire dans notre hémicycle. Lors du dernier débat dans notre conseil, il y a eu 144 voix pour une part de 60 pour cent contre 40 voix pour 80 pour cent. Ce matin, en commission, les rapports étaient les mêmes, puisque à part le groupe libéral-radical et



une personne, tout le monde était en faveur de ces 60 pour cent. Je vous enjoins vraiment de maintenir cette position. Pour nous, socialistes, ce n'est pas idéal, mais c'est un moindre mal.

Effectivement, Mme de Quattro a presque réussi à me toucher tout à l'heure, à m'émouvoir avec son argumentaire. Mais si on a besoin de subventionner certains secteurs précis de notre industrie, qu'on demande clairement des subventions, qu'on passe par le budget, que les choses soient claires. Le faire comme le propose la minorité, c'est de nouveau de l'arrosage, c'est augmenter le coût de l'acquisition des avions, c'est un miroir aux alouettes. On ne sait pas très bien où ira cet argent. En tout cas, je reviens toujours à l'histoire du Contrôle fédéral des finances qui, il y a dix ans, dans le cadre de la procédure d'acquisition des F/A-18, montrait bien que tout n'était pas très clair. On parlait de 100 pour cent d'affaires compensatoires, or il n'y en aurait eu que 50 pour cent, et certaines tâches auraient même été sous-traitées à l'étranger. Cette allocation de subvention sans contrôle n'est pas acceptable.

Je vous demande donc, au nom du groupe socialiste, d'en rester à 60 pour cent. Nous irons confiants à la Conférence de conciliation.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe vert/libéral soutient la proposition de la majorité.

Zuberbühler David (V, AR): Wir befinden uns, nachdem sich der Nationalrat und der Ständerat bereits auf den Kauf neuer Kampffjets im Umfang von 6 Milliarden Franken geeinigt haben, in der letzten Runde der Differenzvereinbarung. Umstritten ist nach wie vor, welcher Anteil des Vertragsvolumens durch Aufträge in der Schweiz kompensiert werden muss.

An dieser Stelle rufe ich nochmals in Erinnerung, dass der Ständerat ursprünglich wollte, dass das ganze Vertragsvolumen, also 6 Milliarden Franken, kompensiert werden muss. Als der Nationalrat dann einen Offset-Anteil von 60 Prozent beschloss, ging die kleine Kammer im Sinne eines Kompromisses auf 80 Prozent herunter. Diesen Kompromissantrag haben Sie beziehungsweise hat der Nationalrat am letzten Montag mit 144 zu 40 Stimmen abgelehnt. Damit hat er ein deutliches Zeichen für Offset-Geschäfte im Umfang von 60 Prozent gesetzt, was unter anderem auch dem Entwurf des Bundesrates entspricht. 20 Prozent des Vertragsvolumens sollen direkt im Zusammenhang mit den neuen Kampffjets kompensiert werden, 40 Prozent in der Sicherheits- und Rüstungsindustrie.

Ich rufe ebenfalls in Erinnerung, dass das Investitionsvolumen der Armee in den Jahren 2023 bis 2032 nicht weniger als 15 Milliarden Franken betragen wird: 6 Milliarden Franken sind für das neue Kampfflugzeug vorgesehen, 2 Milliarden Franken für die Fliegerabwehr, und 7 Milliarden Franken werden im Rahmen der Armeebotschaft im Bereich Heer investiert. Von diesen 7 Milliarden Franken wird ein grosser Teil an Schweizer Unternehmen gehen. Sowohl für die restlichen Aufträge aus diesen 7 Milliarden Franken, die an ausländische Unternehmen gehen, als auch für die 2 Milliarden Franken, die in Bodlöv, in die Fliegerabwehr, investiert werden, sind schon heute Kompensationsgeschäfte im Umfang von 100 Prozent vorgesehen. Folglich sprechen wir von einem enorm hohen Investitionsvolumen, das es so, in dieser Form, in der Schweiz noch gar nie gegeben hat.

Die Frage stellt sich zu Recht, ob so viele Offset-Aufträge überhaupt platziert werden können, zumal es sich um zusätzliche Aufträge handeln muss, die nebenbei noch wirtschaftlich sinnvoll sein sollten. Natürlich geht es bei diesem Geschäft auch um die Wirtschaftspolitik, aber – und das darf man eben nicht vergessen – es geht vor allem um die Steuerzahlenden, die ein Anrecht darauf haben, für ihr Steuergeld eine optimale Leistung zu erhalten.

Die SVP-Fraktion ist deshalb nach wie vor der Meinung, dass wir mit diesen pragmatischen 60 Prozent einen umsetzbaren Vorschlag haben – auch, weil wir nachvollziehbare Kompensationsgeschäfte wollen, die einerseits aufgezeigt werden können und die andererseits eben vor allem sicherheitsrelevant sind.

In diesem Sinne werden wir die Mehrheit und somit nach wie vor einen Offset-Anteil von 60 Prozent unterstützen.

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich kann nur wiederholen, was ich hier an diesem Pult zur Frage der Offsets bereits ausgeführt habe; es gibt keine neuen Argumente. Es ist so, dass wir in den Jahren 2023 bis 2032 im Rüstungsbereich ein Investitionsvolumen haben werden, wie es das in dieser Höhe noch nie gegeben hat. Es wurde vom Sprecher der SVP-Fraktion gesagt: 6 Milliarden Franken für die neuen Kampfflugzeuge, 7 Milliarden für die Entwicklung der Bodentruppe und weitere Rüstungsgeschäfte sowie 2 Milliarden für Bodlöv – also insgesamt 15 Milliarden Franken in zehn Jahren oder 1,5 Milliarden Franken Investitionsvolumen pro Jahr. Das hat es noch nie gegeben. Das rechtfertigt aus Sicht des Bundesrates, die Offsets auf 60 Prozent festzulegen, weil Sinn und Zweck der Offsets grundsätzlich darin besteht, die sicherheitsrelevante Industrie- und Technologiebasis der Schweiz zu unterstützen. Mit 60 Prozent können wir das – was darüber hinausgeht, ist



sicherheitspolitisch nicht mehr relevant und deshalb insbesondere bei einem so grossen Investitionsvolumen nicht gerechtfertigt.

Der Bundesrat hat sich das gut überlegt und den Entscheid nicht auf die leichte Schulter genommen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier von einem Geschäft betreffend Sicherheit sprechen, von einem Rüstungsgeschäft. Es geht bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung und nicht um Regionalpolitik, Staatspolitik oder Industriepolitik. Auch das kann man wollen, das muss man dann aber unter diesem Titel beschliessen und nicht im Rahmen einer Rüstungsbeschaffung. Ihr Rat hat die Meinung des Bundesrates ganz grossmehrheitlich geteilt. Heute Morgen hat auch Ihre Sicherheitspolitische Kommission entschieden, an den 60 Prozent Offsets festzuhalten. Der Ständerat ist für 80 Prozent, wobei zu sagen ist, dass die ständerätliche SiK auch knapp, mit 7 zu 6 Stimmen, für 80 Prozent gestimmt hat. Im Plenum fiel der Entscheid dann etwas klarer.

Ich bitte Sie, aufgrund der Argumente, die ich hier in den letzten Tagen bereits detailliert ausgeführt habe, an Ihrem Entscheid festzuhalten und der Mehrheit Ihrer Kommission zuzustimmen.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: Come potete constatare non ci sono grandi novità per quanto riguarda il tema degli offset. Riguardo a questo importantissimo investimento in favore della nostra sicurezza i fronti sono due: c'è la proposta della maggioranza per un offset al 60 per cento – quindi una proposta un po' più ortodossa che tiene più che altro conto dei fattori di sicurezza e meno dell'economia – e c'è la proposta di minoranza per un offset all'80 per cento, che vuole cercare di approfittare di più di questa grande occasione, anche per stimolare la nostra economia, per creare, mantenere e stimolare la formazione di posti di lavoro e sostenere anche l'industria al di fuori del settore della sicurezza. È chiaro che l'opportunità è grande e bisogna valutare bene le cose.

La Commissione della politica di sicurezza si è riunita oggi e vi propone di sostenere la soluzione degli offset al 60 per cento, proposta dal Consiglio federale, contrastando la proposta della minoranza per un offset al 80 per cento. La commissione ve lo propone esattamente con il risultato dell'ultima volta, quindi con 19 voti contro 5.

AB 2019 N 2353 / BO 2019 N 2353

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Ich möchte hier noch einmal festhalten, was die Mehrheit der Kommission will. Die Mehrheit der Kommission will die Sicherheit für die Bevölkerung respektive den Schutz vor Gefahren aus der Luft weiterhin aufrechterhalten und deshalb ab 2030 auch die Luftwaffe erneuern. Die Kommission ist aber auch mehrheitlich dafür, sogenanntes Offset, eben Kompensation im sicherheitsrelevanten Bereich, zu machen oder, anders gesagt, möglichst viel Leistung für das Geldvolumen zu bekommen. Die Argumente wurden jetzt hier nochmals breit aufgelistet.

Offset, das darf man nicht vergessen, hat immer auch einen Aufpreis zur Folge – das ist ganz wichtig. Wir haben hier erwähnt, dass die Mehrheit sicherheitsrelevantes Offset möchte und nicht Regionalpolitik betreiben will – sonst könnten wir das auch als "Regionalpolitik-Programm" betiteln. Bei diesen 15 Milliarden Franken – es wurde auch erwähnt – geht es um das Volumen der Jahre 2023 bis 2032, im Wissen darum, dass es wahrscheinlich nicht so hoch sein wird. Aber trotzdem: Dieses Volumen in dieser Zeit ist ein sehr grosses Volumen, und man möchte Offset vor allem im innovativen Bereich.

Wir haben heute Morgen noch einmal die Bedenken der Westschweizer Kantone und des Kantons Bern aufgenommen. Ja, wir nehmen diese Bedenken ernst! Aber Sie müssen daran denken, dass es in diesen Kantonen auch sehr viele Unternehmen gibt, die im sicherheitsrelevanten Bereich arbeiten. Das ist vielleicht der Vorteil des sicherheitsbezogenen Aspektes, dass es keine abschliessende Liste dazu gibt: Das ist dann auch noch eine, sage ich jetzt einmal, Interpretationssache.

Dann haben wir noch kurz über das Volumen der Offsets in der Vergangenheit diskutiert. Wenn Sie das anschauen, stellen Sie fest: Auch wenn wir in der Regel 100 Prozent anstrebten, wurde das in der Vergangenheit leider sehr oft nicht erreicht. Daher macht es eben Sinn, eine Grösse zu definieren, die möglichst gut erreicht werden kann. Das ist natürlich auch gegenüber dem Steuerzahler und der Steuerzahlerin absolut transparent und korrekt.

Die Kommission hat sich heute Morgen mit 19 zu 5 Stimmen für diese 60 Prozent Offsets entschieden. Ich möchte hier erwähnen, dass es Mitglieder der Grünen, der Grünliberalen und der SP gab, die diese Vorlage mit den 60 Prozent unterstützt haben. Das hat mich sehr gefreut, und ich hoffe natürlich, dass Leute aus diesen Kreisen uns dann auch bei der Volksabstimmung über die Erneuerung der Luftwaffe unterstützen werden.

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2019 • Zehnte Sitzung • 18.12.19 • 08h55 • 19.039
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Dixième séance • 18.12.19 • 08h55 • 19.039

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.039/19901)

Für den Antrag der Mehrheit ... 143 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 40 Stimmen

(9 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): L'objet va donc en Conférence de conciliation.

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

AB 2019 N 2354 / BO 2019 N 2354





19.039

**Beschaffung
 neuer Kampfflugzeuge.
 Bundesbeschluss**

**Acquisition
 de nouveaux avions de combat.
 Arrêté fédéral**

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Einigungskonferenz

b. ... müssen 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis wie bei folgenden Industriebereichen:

1. Maschinenindustrie
2. Metallindustrie
3. Elektronische und elektrotechnische Industrie
4. Optische Industrie
5. Uhrenindustrie
6. Fahrzeugbau-/Waggonbau-Industrie
7. Gummi- und Plastikerzeugnisse
8. Chemische Erzeugnisse
9. Luft- und Raumfahrt
10. Informatikindustrie/Software-Engineering
11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent italienischsprachige Schweiz.

AB 2019 N 2416 / BO 2019 N 2416

Art. 2 let. b

Proposition de la Conférence de conciliation

b. ... doivent compenser 60 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires





compensatoires), dont 20 pour cent directement et 40 pour cent indirectement dans le domaine de la base technologique industrielle en lien avec la sécurité, soit dans les domaines industriels suivants:

1. Industrie des machines
2. Industrie de la métallurgie
3. Industrie de l'électronique et de l'électrotechnique
4. Industrie optique
5. Industrie horlogère
6. Industrie de la construction de véhicules/wagons
7. Industrie en caoutchouc et matières synthétiques
8. Produits chimiques
9. Secteur aéronautique et spatial
10. Industrie de l'informatique/Software-Engineering
11. Coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche.

Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Je vous informe que le Conseil des Etats a approuvé en début de matinée la proposition de la Conférence de conciliation.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Ich möchte Ihnen das Resultat der Einigungskonferenz bekannt geben. Wir haben uns heute Morgen mit 22 zu 4 Stimmen dafür ausgesprochen, dass wir bei diesen Kompensationsgeschäften bei 60 Prozent bleiben. Es hat eine Ergänzung mit einer Auflistung der verschiedenen Industriebereiche gegeben.

Bevor ich ganz kurz auf die Einigungskonferenz eingehe, möchte ich Ihnen hier noch in ihrem Namen etwas Wichtiges mitteilen. Sie fällen jetzt dann in Kürze einen Entscheid, der relativ staatstragend sein wird. Wenn der Antrag der Einigungskonferenz abgelehnt wird, dann ist das ganze Geschäft abgelehnt. Ich möchte Sie daran erinnern: 2005 war das letzte Mal, dass wir bei einem rüstungspolitischen Entscheid eine Einigungskonferenz hatten. Damals ging es um die Transportflugzeuge. Man lehnte hier im Parlament den Entscheid der Einigungskonferenz ab und nahm damit dem Volk die Möglichkeit, sich zum Thema zu äussern. Ich sage das zu den verschiedenen Interessengruppen hier in diesem Saal: Wenn Sie hier heute Nein sagen, dann ist das Geschäft vom Tisch. Dann erlauben Sie der Schweizer Bevölkerung nicht, sich darüber zu äussern, ob sie die Erneuerung der Luftwaffe an die Hand nehmen will oder nicht. Deshalb ist dieser Entscheid jetzt nicht ein reiner Entscheid über die Kompensation, sondern es ist eben ein Entscheid über die ganze Sache.

Nun zur Einigungskonferenz: Ich habe es Ihnen gesagt, wir sind bei 60 Prozent geblieben. Die Auflistung der Industriebereiche ist etwas, was aus der Offset Policy des Bundesrates übernommen wurde. Von daher ist sie eigentlich eine zusätzliche Einfügung, die der Ständerat bereits einmal in der Vorberatung einbrachte. Dann flog sie wieder heraus, und jetzt wurde sie wieder aufgenommen. Die Einigungskonferenz hatte heute Morgen zwei Anträge zu behandeln, einen Antrag auf Festhalten an der bisherigen Fassung und einen Antrag mit diesen Industriebereichen – es sind ja nicht Rüstungsbereiche oder nicht nur. Mit 13 zu 13 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten hat man sich dafür ausgesprochen, diese Auflistung aufzunehmen.

Abschliessend hat die Einigungskonferenz, wie gesagt, mit 22 zu 4 Stimmen Ja gesagt, weil man eben gesagt hat, dass man vor allem in diesem sicherheitsrelevanten Bereich an 60 Prozent Offsets – 20 Prozent direkt und 40 Prozent indirekt – festhalten will.

Ich habe Ihnen gesagt, wie wichtig diese Abstimmung ist. Der Ständerat hat heute Morgen den Antrag der Einigungskonferenz mit 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Ich bitte Sie, das auch zu tun, also diesen Antrag anzunehmen. Denn, wie gesagt, wenn Sie diesen nicht annehmen, müssen Sie der Bevölkerung erklären, warum Sie sie nicht über den Entscheid zur Erneuerung der Luftwaffe abstimmen lassen wollen. Das müssen Sie dann entscheiden. Der Nationalrat und der Ständerat, beide Räte, haben einer Motion, die genau das verlangte, zugestimmt. Ich hoffe, dass dies auch heute der Fall sein wird.

Roth Franziska (S, SO): Sehr geehrter Herr Hurter, ich habe eine Frage. Ist die Meinung, dass die auf der Liste aufgeführten Firmen, Betriebe und Industriezweige den Abstimmungskampf im Sinn der Ja-Parole finanzieren? Oder warum hat man sie auf diese Liste auf Seite 3 aufgenommen?

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Nein, man hat die, ich sage jetzt einmal, Bedenken der Regionen und der Industriebereiche aufgenommen und gesagt, man nimmt die Policy des Bundesrates. Das können Sie



nachlesen, das ist offiziell. Man hat gesagt, man listet diese Industriebereiche auf. Es sind übrigens auch die Hochschulen aufgelistet. Es sind keine Firmen aufgelistet, es sind Industriebereiche.

Einfach noch einmal, damit Sie wissen, wie das System funktioniert: Am Schluss besteht kein Anrecht auf irgendeinen Vertrag oder ein Gegengeschäft, sondern die entsprechende Firma wird dann mit einer Schweizer Firma einen Vertrag machen. Dieser Vertrag wird dann vom sogenannten Offset-Büro dahingehend beurteilt, ob das allenfalls angerechnet wird oder nicht. Diese Liste ist rein dazu da, um über eine ungefähre Richtung zu verfügen, wie dieses Büro entscheiden soll. Das ist eine bewährte Liste; diese Liste wurde erst in den letzten paar Jahren erstellt.

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Hurter, Sie haben jetzt sehr grossen Wert darauf gelegt, dass unser Verhalten hier dazu führt, dass das Volk entscheiden kann. Heisst das, dass wir Sie bereits im Präsidium des Referendumskomitees aufnehmen dürfen?

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Natürlich mit Sicherheit nicht – weil ich hier für die Sache, für die Sicherheit in unserem Land und den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren aus der Luft politisiere! Ich mache sicher nicht bei einem solchen Spiel mit.

Aber es ist meine Aufgabe als Sprecher der Einigungskonferenz – weil wir das heute Morgen auch so besprochen haben –, Ihnen das aufzuzeigen. Wie gesagt, der letzte Entscheid fiel im Jahr 2005; da waren Sie noch nicht im Rat und ich auch nicht.

Kampfflugzeuge sind mit Emotionen verbunden. Das Thema Kompensationsgeschäfte – das haben wir hier im Saal gespürt – hat vor allem einen regionalpolitischen Bezug. Aber ich muss Sie einfach darauf aufmerksam machen: Wenn Sie heute dem Volk die Möglichkeit entziehen wollen, sich zu diesem Geschäft zu äussern, müssen Sie genau so arbeiten. Dann müssen Sie das aber erklären!

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: Sul tema degli offset ossia degli affari compensatori in questi giorni ci siamo fatti una certa cultura.

Cos'è la proposta della Conferenza di conciliazione? Semplicemente aggiungere alla proposta per gli offset al 60 per cento – proposta largamente sostenuta dal Consiglio nazionale – una lista di settori industriali in materia di sicurezza. Anche la ricerca è coinvolta, perché sono comprese anche le nostre accademie. Questo per questioni di trasparenza – è la volontà del consigliere agli Stati Français il quale ha fatto questa proposta alla Conferenza di conciliazione. Questa lista non è nient'altro che la lista che viene usata dal Consiglio federale quando si acquistano armamenti all'estero. Quindi è un estratto della cosiddetta offset policy che viene, come detto, normalmente applicata nella politica degli acquisti. In più viene mantenuto l'aspetto regionale e anche questa è una questione importante: il 65 per cento alla Svizzera tedesca, il 30 per cento alla Svizzera romanda, e il resto, il 5 per cento alla Svizzera italiana.

La Conferenza di conciliazione vi invita dunque a sostenere questa proposta, votata questa mattina con 24 voti contro 4

AB 2019 N 2417 / BO 2019 N 2417

e 0 astenuti. Vi invitiamo a sostenere questa proposta anche per un aspetto decisivo, che è stato anche toccato dal mio collega poc'anzi: se votiamo contro questa proposta, affossiamo il progetto e quindi togliamo alla popolazione svizzera la possibilità di esprimersi su questo importantissimo progetto per la politica di difesa della Svizzera.

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich bitte Sie, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen. Die Einigungskonferenz hat heute einen guten Entscheid gefällt, und zwar hat sie den Offset-Anteil bei 60 Prozent belassen, wie es vom Bundesrat vorgeschlagen wurde und wie Sie es hier in diesem Rat mehrmals beschlossen haben. Zusätzlich wurde eine Liste aufgenommen, eine Auflistung von Industriebranchen, die, wenn sie mit der Sicherheitsrelevanz verwandte Aufträge bekommen, diese auch übernehmen können. Das ist eine Liste – es wurde von meinen Vorrednern bereits gesagt –, die der Bundesrat in seiner Rüstungspolitik immer benutzt. Diese Liste existiert. Sie ist festgehalten in der Rüstungspolitik des Bundes. Sie wird jetzt einfach noch in diesen Planungsbeschluss aufgenommen. Das gibt offenbar den Westschweizer Kantonen, die befürchten, dass sie keine oder wenig Aufträge bekommen, eine gewisse Sicherheit, dass wir in Bezug auf die Branchen eben offen sind. Das ist nichts Neues, das ist etwas, was vom Bundesrat und vom Bund bis jetzt immer so gehandhabt wurde.

Der Ständerat hat dem Antrag der Einigungskonferenz mit 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt, und ich bitte Sie, dies auch zu tun.



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2019 • Zwölfte Sitzung • 19.12.19 • 08h00 • 19.039
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Douzième séance • 19.12.19 • 08h00 • 19.039

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.039/19934)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 122 Stimmen

Dagegen ... 66 Stimmen

(4 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): L'objet est ainsi prêt pour le vote final.

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

AB 2019 N 2418 / BO 2019 N 2418



19.039

**Beschaffung
 neuer Kampfflugzeuge.
 Bundesbeschluss**

**Acquisition
 de nouveaux avions de combat.
 Arrêté fédéral**

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Einigungskonferenz

b. ... müssen 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis wie bei folgenden Industriebereichen:

1. Maschinenindustrie
2. Metallindustrie
3. Elektronische und elektrotechnische Industrie
4. Optische Industrie
5. Uhrenindustrie
6. Fahrzeugbau-/Waggonbau-Industrie
7. Gummi- und Plastikerzeugnisse
8. Chemische Erzeugnisse
9. Luft- und Raumfahrt
10. Informatikindustrie/Software-Engineering
11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent italienischsprachige Schweiz.

Art. 2 let. b

Proposition de la Conférence de conciliation

b. ... doivent compenser 60 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont 20 pour cent directement et 40 pour cent indirectement dans le domaine de la base





technologique industrielle en lien avec la sécurité, soit dans les domaines industriels suivants:

1. Industrie des machines
2. Industrie de la métallurgie
3. Industrie de l'électronique et de l'électrotechnique
4. Industrie optique
5. Industrie horlogère
6. Industrie de la construction de véhicules/wagons
7. Industrie en caoutchouc et matières synthétiques
8. Produits chimiques
9. Secteur aéronautique et spatial

AB 2019 S 1253 / BO 2019 E 1253

10. Industrie de l'informatique/Software-Engineering
11. Coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche.

Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en Suisse romande et 5 pour cent en Suisse italienne.

Minder Thomas (V, SH), für die Kommission: Die Einigungskonferenz der beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen hat heute Morgen getagt und mit 20 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen den Ihnen nun ausgeteilten Entscheid gefällt.

Die letzte Einigungskonferenz der beiden SiK liegt vierzehn Jahre zurück. Es ging damals um die Beschaffung von Transportflugzeugen im Umfang von 109 Millionen Franken, die umstritten waren. Diese Beschaffung war Bestandteil eines ganzen Rüstungsprogramms von 647 Millionen Franken. Mit dem damaligen Nein im Nationalrat zum Antrag der Einigungskonferenz stürzte das ganze Rüstungsprogramm ab. Da half auch das Ja im Ständerat nichts mehr. Bekanntlich müssen beide Räte dem Antrag der Einigungskonferenz zustimmen, damit die Vorlage ans Ufer kommt.

Warum dieser historische Vergleich? Als neuer Präsident der SiK-S möchte ich vermeiden, dass es heute und morgen in der Schlussabstimmung wie damals zu taktischen Abstimmungen oder gar Spielereien kommt. Der Kampfjetkauf bewegt, das begreife ich. Der Offset-Anteil bewegt auch, vielleicht mehr in diesem Gebäude als beim Volk.

Mit dem damaligen Gripen- und dem heutigen Planungsbeschlussentscheid haben der Bundesrat und auch wir, das Parlament, bewusst einen demokratischen Weg gewählt. Mit dem fakultativen Referendum ermöglichen wir dem Volk eine Debatte und eine demokratische Abstimmung, dies ausserordentlicherweise, denn bekanntlich kennen wir das Finanzreferendum auf Stufe Bund nicht. Ich bedaure dies.

Es gibt wohl kein einziges Land, in welchem das Volk, der Steuerzahler, über den Kauf oder Nichtkauf von Kampfjets bindend abstimmen kann. Nur: Wenn einer der Räte heute dem Antrag der Einigungskonferenz nicht zustimmt, schiessen wir den Flieger gleich selbst ab. Mit einem allfälligen Nein schliessen wir aber auch gleichzeitig das Volk aus und verunmöglichen einen Volksentscheid. Ein Nein zum Antrag der Einigungskonferenz bedeutet, dass sich das Volk nicht zum neuen Kampfjet äussern kann, und genau das möchte ich vermeiden. Ich möchte dem Referendumskomitee – es steht bekanntlich bereits – ermöglichen, dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Die demokratische Legitimation und Akzeptanz dieser Beschaffung erscheint mir wichtig, denn nur das Volk kann seinen damaligen Entscheid, das Gripen-Nein, korrigieren. Es braucht also ein klares Ja zum Antrag der Einigungskonferenz, damit die Vorlage nächstes Jahr vors Volk kommt.

Was geschieht, wenn wir oder die grosse Kammer die Vorlage abschiessen? Dann gelangt der Kampfjet einfach in einem nächsten Rüstungsprogramm, dann freilich ohne fakultatives Referendum und ohne Volksabstimmung, in den Rat. Wir sind also gut beraten – auch die Gegner des Kampfjets, auch die Gegner eines 60-prozentigen Offset –, heute und morgen bei der Schlussabstimmung dieser Vorlage zuzustimmen, damit die anvisierten und dem Volk versprochenen Volksrechte auch wirklich gewahrt werden.

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Einigungskonferenz.

Amherd Viola, Bundesrätin: Der Kommissionssprecher hat alle wichtigen Argumente angeführt. Ich danke der Einigungskonferenz, dass sie hier eine Lösung gefunden hat, die aus meiner Sicht tatsächlich mehrheitsfähig ist und für das Projekt so ein guter Entscheid ist.

Ich bitte Sie entsprechend, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Wintersession 2019 • Elfte Sitzung • 19.12.19 • 08h15 • 19.039
Conseil des Etats • Session d'hiver 2019 • Onzième séance • 19.12.19 • 08h15 • 19.039



Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir kommen zur Abstimmung gemäss Artikel 78 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes. Sie wissen, dass der Antrag der Einigungskonferenz nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann. Lehnt ein Rat den Antrag ab, ist das Geschäft erledigt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 41 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(3 Enthaltungen)





19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Glättli Balthasar (G, ZH): Sie werden nun aller Voraussicht nach einen Blankocheque von bis zu 24 Milliarden Franken für den Kauf neuer Kampffjets ausstellen. Wir Grünen haben immer gesagt, dass Sicherheitspolitik in diesem Land gesamtheitlich gedacht werden muss. Für uns ist es eine völlig falsche Prioritätensetzung, in der aktuellen Situation – die Schweiz ist weiterhin umzingelt von Freunden – auf die nächsten Jahre hin 24 Milliarden Franken für den Kauf von überflüssigen Kampffjets zu reservieren, obwohl wir wissen, dass unsere jetzige Luftwaffe für die notwendige Aufgabe der Luftpolizei immer noch bestens gerüstet ist.

Wir haben immer gesagt, dass der wirkliche Kampf um die Unabhängigkeit und Neutralität dieses Landes in der jetzigen Zeit der Klimakrise und der Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen und Brennstoffen sicher nicht in einer Luftschlacht, die mit der Technik vergangener Jahrzehnte ausgetragen wird, gewonnen wird, sondern in einer Anbauschlacht auf unseren Dächern für die Ernte von Solarenergie und Solarwärme. Wenn es uns darum geht, in unserer immer stärker vernetzten und deshalb immer verletzlicheren Gesellschaft mehr Sicherheit zu schaffen, dann ist sicher nicht die Technik von gestern die Lösung, sondern die bessere Beherrschung der Risiken im digitalen Bereich und die Schaffung von grösserer Resilienz gegenüber Attacken mit neuen Mitteln der vierten Dimension – wie die Militärlager sagen würden. Da müssen wir heute unsere Schweiz, unsere Wirtschaft und unsere Alltagsbeziehungen stärken.

Deshalb haben wir Grünen schon vor Langem angekündigt, dass wir das Referendum gegen diesen Blankocheque von 24 Milliarden Franken ergreifen werden. Wir hoffen, dass ganz viele Bürgerinnen und Bürger das unterstützen.

Nordmann Roger (S, VD): Rarement, un dossier aura été aussi mal emmanché. Depuis le début, les moyens et le montant, c'est-à-dire les avions de combat à haute performance et les 6 milliards de francs, ont été fixés sans analyser le problème, indépendamment de toute considération de la situation. Or il faut, pour résoudre un problème, pour faire face à un risque, l'analyser correctement.

Il y a deux champs de besoins: la police de l'air et la défense aérienne. En ce qui concerne la police de l'air, dans 90 pour cent des cas, ce sont des avions relativement lents, ou d'autres aéronefs, qu'il s'agit d'intercepter. Dans 10 pour cent des cas, ce sont des avions rapides de type avions de ligne. En ce qui concerne la défense aérienne, quelles sont les menaces? La première, c'est celle due à des drones ou des choses assimilables à des drones comme des hélicoptères. Ils peuvent être le fait d'Etats ou le fait d'organisations terroristes.





AB 2019 N 2468 / BO 2019 N 2468

La deuxième menace, c'est celle due à des missiles de croisière. Ici aussi, c'est en principe le fait d'Etats mais cela peut aussi l'être d'organisations terroristes.

Le troisième risque, ce sont les missiles balistiques, lancés en principe par des Etats, mais on ne peut, là non plus, plus tout à fait exclure que des organisations terroristes disposent de telles armes.

Le quatrième risque, c'est celui d'une attaque au moyen d'avions de combat. Les trois premiers risques – les drones, les missiles de croisière et les missiles balistiques –, il est peu probable, mais pas impossible, qu'il se matérialisent. Par contre, une attaque au moyen d'avions de combat est totalement improbable puisqu'il faudrait d'abord que l'assaillant traverse l'espace aérien de l'OTAN, une chose qui est totalement improbable.

La première chose à faire pour se prémunir contre ces risques, c'est de pouvoir voir et comprendre ce qu'il se passe, ce qui revient à disposer d'un bon système de radar, c'est-à-dire de plusieurs systèmes intégrés permettant d'analyser la situation. Cela vaut tant pour assurer les tâches de police de l'air, évidemment – parce qu'il faut savoir si un aéronef entre dans notre espace aérien et, donc, si une menace arrive – que, évidemment, pour se prémunir contre une attaque militaire. La clé de cet exercice de reconnaissance des aéronefs réside évidemment dans l'intégration des informations et dans leur interprétation correcte en temps réel. Si on est aveugle, cela ne sert à rien de disposer des meilleurs moyens.

Wenn wir das einmal gemacht haben und eine gute Radarfunktion haben, gut integriert, mit einer Realtime-Interpretation, dann kann man sich fragen, welche Mittel man braucht, um Angriffe zu bekämpfen. Gegen Drohnen helfen nur Boden-Luft-Waffen wie diese Stinger, die wir schon haben. Flugzeuge helfen gar nicht gegen Drohnen, sie sind zu schnell. Gegen ballistische Raketen oder Marschflugkörper helfen eigentlich nur Hightech-Boden-Luft-Waffen. Das ist mit Bodlufv angedacht. Aber Flugzeuge können nichts gegen einen Marschflugkörper und auch nichts gegen eine ballistische Rakete, die aus dem All kommt, ausrichten. Dort nützen Flugzeuge überhaupt nichts.

Für die vierte Bedrohung, einen Angriff mit Kampfflugzeugen, können Flugzeuge nützlich sein, vorausgesetzt, man hat sehr viele davon und auch sehr viele Flugplätze, damit durch einen Angriff nicht alle Flugplätze zerstört werden können. Das heisst, es braucht eine sehr, sehr starke Luftwaffe, um mit Flugzeugen gegen Flugzeuge zu kämpfen. Man kann gegen Flugzeuge aber auch mit Boden-Luft-Raketen handeln, das ist viel zuverlässiger, viel einfacher, und die meisten Länder machen das in der Praxis auch so.

Für die Luftpolizei reichen in 90 Prozent der Fälle leichte Flugzeuge, und in 10 Prozent der Fälle braucht man schnelle Flugzeuge wie unsere bestehenden F/A-18.

Wir können alle Luftverteidigungsaspekte mit Boden-Luft-Raketen und Boden-Luft-Instrumenten abdecken, und wir brauchen eigentlich nur für sehr wenige luftpolizeiliche Fälle Hochleistungsjets.

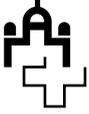
Was passiert jetzt? Ich fasse zusammen: Es ist angedacht, jetzt 6 Milliarden Franken auszugeben plus 2 Milliarden für Bodlufv, also 8 Milliarden Franken. Drei Viertel der Summe gehen an das Instrument, das wir am wenigsten brauchen, nämlich an Hochleistungsjets. Nur ein Viertel wird für Instrumente verwendet, die wir am meisten brauchen, nämlich für die Radarüberwachung und die Integration der Boden-Luft-Verteidigung. Das ist völlig neben den Schuhen! Dieses Projekt ist unter militärischen Gesichtspunkten vollständig irrational.

Was wir brauchen, sind leichte Kampfflugzeuge, damit wir die F/A-18, also die Hochleistungsflugzeuge, länger brauchen können, indem wir sie schonen. Es reicht vollständig, wenn wir für die Luftpolizei diese leichteren Flugzeuge haben. Dann kann man die F/A-18 noch lange benützen. Diese F/A-18 waren teuer genug, sodass man sie bis zum Ende nutzen sollte. Wenn ich sehe, dass die Tiger jetzt plötzlich doch noch fliegen können, staune ich ein bisschen.

Was es dann braucht, ist eine Lösung für die Radarüberwachung und die Integration der Hightech-Boden-Luft-Verteidigung: Das ist effizient, das schützt vor Risiken. Gesamthaft ist das wesentlich weniger teuer als dieses ganze Projekt für 8 Milliarden Franken.

Aus rein militärischer und sicherheitsbezogener Sicht – Sie haben gesehen, dass ich nicht mit anderen Bereichen wie der Cybersicherheit argumentiert habe – und rein für die Luftverteidigung ist dieses Projekt völlig unangebracht, völlig inadäquat und völlig falsch aufgegleist. Deshalb werden wir das Referendum ergreifen. Ich bitte Sie, diese Vorlage schon jetzt abzuschliessen.

Müller Leo (M, LU): Eines der wichtigsten Geschäfte heute und in den nächsten Jahren ist die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Wir brauchen Kampfflugzeuge nicht für die Luftwaffe, wir brauchen diese Flugzeuge nicht für die Armee, und wir brauchen diese Flugzeuge nicht für das VBS. Nein, wir brauchen diese Kampfflugzeuge für den Schutz aller Menschen hier in der Schweiz. Wir brauchen diese Flugzeuge für den Schutz unseres Landes, und wir brauchen diese Flugzeuge für den Schutz unserer Infrastruktur. Dieser Schutz ist



nötig, um überhaupt das Funktionieren unserer Gesellschaft, unseres Staates und unserer Wirtschaft sicherzustellen. Wer den Luftraum nicht im Griff hat, hat auch das Darunterliegende nicht im Griff.

Wir haben heute eine Vorlage auf dem Tisch, die sehr gut vorbereitet und beraten wurde. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP sagt mit Überzeugung Ja zu diesem Geschäft.

Einmal mehr hat die SP versucht, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion medienwirksam das Geschäft zu vernebeln. Das ist hier in diesem Rat nicht gelungen. Ich bin überzeugt, dass es auch in einer Volksabstimmung nicht gelingt, die Stimmberechtigten mit solchen Störmanövern zu irritieren und die Lage zu vernebeln.

Die Schweiz verfügt heute über Kampfflugzeuge, die nach Abschluss der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zum Teil dreissig Jahre, zum Teil sogar über vierzig Jahre alt sein werden. Wer von Ihnen, der ein Fahrzeug fährt, das dreissig oder vierzig Jahre alt ist, meint, es sei auf dem Stand der Technik? Wer hier drin ist dieser Überzeugung? Wer jetzt behauptet, mit den vorhandenen Flugzeugen verfüge die Schweiz über konkurrenzfähiges Material, schätzt, so glaube ich, die Situation nicht ganz richtig ein.

Es ist höchste Zeit, den Kredit für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu beschliessen und den Beschaffungsprozess konkret in die Wege zu leiten. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP sagt aus Überzeugung Ja zur Schweiz und damit Ja zur Sicherheit. Ich danke Ihnen, wenn Sie das Gleiche tun.

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.039/19957)

Für Annahme des Entwurfes ... 123 Stimmen

Dagegen ... 68 Stimmen

(5 Enthaltungen)

AB 2019 N 2469 / BO 2019 N 2469



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 19.039/3350)
 Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen
 Dagegen ... 10 Stimmen
 (1 Enthaltung)



**Geschäft / Objet:**

19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss
 Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral
 Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
 Acquisto di nuovi aerei da combattimento. Decreto federale
 Decreto federale concernente l'acquisto di nuovi aerei da combattimento

Gegenstand / Objet du vote: Vote sur l'ensemble**Abstimmung vom / Vote du:** 24.09.2019 10:56:46

Abate	Fabio	+	TI
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	=	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bruderer Wyss	Pascale	=	AG
Caroni	Andrea	+	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	-	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Fetz	Anita	-	BS
Föhn	Peter	+	SZ
Fournier	Jean-René	P	VS
Français	Olivier	+	VD
Germann	Hannes	+	SH
Graber	Konrad	+	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	=	JU
Hefti	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösli	Werner	+	GL
Janiak	Claude	=	BL
Jositsch	Daniel	+	ZH
Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	-	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	-	GE
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Müller	Philipp	+	AG
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Rieder	Beat	+	VS
Savary	Géraldine	-	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	=	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	0	SG
Zanetti	Roberto	=	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	6
= Enth. / abst. / ast.	6
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter l'arrêté fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejet

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Entrer en matière

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 17:57:18

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	+	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	+	S	SO
Amraudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	+	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	+	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Funciello	=	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	0	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	+	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	+	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	=	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	=	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	=	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	+	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	+	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	+	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	+	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	+	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	=	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	+	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	=	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si	27	12	54	27	29		149
-	Nein / non / no	7					28	35
=	Enth. / abst. / ast.	5	1					6
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3	1	1	2	1	8
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (entrer en matière)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Glättli (ne pas entrer en matière)

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de renvoi au CF

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 17:58:30

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amraudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schlapfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si		12	54	27	29		122
-	Nein / non / no	39					29	68
=	Enth. / abst. / ast.		2					2
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1	1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas renvoyer)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Seiler Graf (renvoi au CF)

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:18:42

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amraudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schlapfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			13	55	27	29		124
- Nein / non / no		39					29	68
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3		1	2		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CE et CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Seiler Graf

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, phrase introductive à la let. a et let. a

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:19:47

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	=	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si		12	55	27	29		123
-	Nein / non / no	39					29	68
=	Enth. / abst. / ast.		1					1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3		1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CE et CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fridez

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:21:19

Addor	=	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	=	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	-	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	-	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glärner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Schneidhaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	=	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	=	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si				53	27	29		109
- Nein / non / no		35	13				29	77
= Enth. / abst. / ast.		4		2				6
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3		1	2		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Flach

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:22:15

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	-	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glärner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	=	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	=	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si	1	1	55	27	29		113
-	Nein / non / no	34	12				29	75
=	Enth. / abst. / ast.	4						4
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3		1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Glättli

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:23:02

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	-	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glärner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	=	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	=	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	=	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	=	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si	1	1	55	27	29		113
-	Nein / non / no	35	11				27	73
=	Enth. / abst. / ast.	3	1				2	6
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3		1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité III Fridez

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. c

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:23:53

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	=	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	=	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si		1	13	55	27	29		125
- Nein / non / no		35					28	63
= Enth. / abst. / ast.		3					1	4
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3		1	2		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CE et CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fridez

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. d

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:24:39

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	+	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	=	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	+	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	+	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	+	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	+	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	-	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	+	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	-	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	+	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Michaud Gigon	+	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Schepthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	+	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	+	G	LU
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	+	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	+	G	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	+	G	VD	Walder	+	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	+	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	+	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	+	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	=	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	+	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si			55	27	29	24	135
-	Nein / non / no	39	13				3	55
=	Enth. / abst. / ast.						2	2
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3		1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Crottaz

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. e

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:25:26

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schlapfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si		13	55	27	29		124
-	Nein / non / no	39					29	68
=	Enth. / abst. / ast.							0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3		1	2		6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fridez

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 09.12.2019 19:26:13

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amraudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schlapfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	E	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			13	55	27	29		124
- Nein / non / no		39					29	68
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3		1	2		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2 let. b

Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2019 16:11:12

Addor	-	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	+	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lüscher	-	RL	GE	Roth Franziska	+	S	SO
Amadruz	-	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	-	V	VS
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Marchesi	-	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	+	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	-	RL	BE	Ryser	+	G	SG
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Funciello	+	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	+	G	BE
Barile	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	+	S	ZH	Sauter	-	RL	ZH
Baumann	+	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	+	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	-	RL	GR	Masshardt	+	S	BE	Schlatter	+	G	ZH
Bendahan	=	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	-	RL	BL
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	+	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	+	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Michaud Gigon	+	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	-	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bourgeois	-	RL	FR	Gössi	-	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Schenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	-	RL	ZH
Brélaz	+	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	-	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	+	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	=	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	-	RL	VS	Storni	+	S	TI
Buffat	-	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	-	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	0	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	+	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Suter	+	S	AG
Cattaneo	-	RL	TI	Gysi Barbara	=	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	+	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	+	G	TI	Page	-	V	FR	Trede	+	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	0	V	ZH	Pasquier	+	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	-	RL	SG
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	-	RL	LU
Crottaz	=	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	=	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	+	G	VD	Walder	+	G	GE
de la Reussille	+	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	-	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Walti Beat	-	RL	ZH
de Quattro	0	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	=	G	GE	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Dobler	-	RL	SG	Jans	+	S	BS	Python	+	G	VD	Wehrli	-	RL	VD
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	-	V	TI	Weichelt	+	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	+	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	+	S	AG
Estermann	-	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	+	G	SO
Eymann	-	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	+	S	ZH
Farinelli	-	RL	TI	Klopfenstein Broggini	+	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	=	S	GE	Köppel	0	V	ZH	Riniker	-	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	-	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si	28	15	41		31	29	144
-	Nein / non / no	4		10	26			40
=	Enth. / abst. / ast.	7		1			1	9
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	3	1			5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (maintenir)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Addor (selon CE)

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2 let. b

Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2019 16:12:07

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	+	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	+	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	-	GL	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	-	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	-	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glärner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	=	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Schenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	0	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	+	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	0	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	+	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Köppel	0	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	=	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si		8	1	52	25	31		117
- Nein / non / no		31	14				30	75
= Enth. / abst. / ast.					2			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1			1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1	3				4
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (maintenir)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Glättli

Geschäft / Objet:
 19.039 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, let. b / Art. 2, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 18.12.2019 12:52:33

Addor	-	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	+	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lüscher	-	RL	GE	Roth Franziska	+	S	SO
Amadruz	-	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	=	M-CEB	FR
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Maillard	=	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	-	V	VS
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Marchesi	-	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	+	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	-	RL	BE	Ryser	+	G	SG
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Funicello	+	S	BE	Marra	=	S	VD	Rytz Regula	+	G	BE
Barile	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	+	S	ZH	Sauter	-	RL	ZH
Baumann	+	G	BE	Gallati	0	V	AG	Marti Samira	+	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	-	RL	GR	Masshardt	+	S	BE	Schlatter	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Giezendanner	0	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	-	RL	BL
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	+	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	+	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Michaud Gigon	+	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	-	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bourgeois	-	RL	FR	Gössi	-	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	-	RL	ZH
Brélaz	+	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	-	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	+	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	-	RL	VS	Storni	+	S	TI
Buffat	-	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	-	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	=	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	0	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	+	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	0	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Suter	0	S	AG
Cattaneo	-	RL	TI	Gysi Barbara	=	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	+	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	+	G	TI	Page	-	V	FR	Trede	+	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	+	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	-	RL	SG
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	-	V	BE	Vitali	-	RL	LU
Crottaz	=	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	=	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	+	G	VD	Walder	+	G	GE
de la Reussille	+	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Walti Beat	-	RL	ZH
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	=	G	GE	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Dettling	-	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Dobler	-	RL	SG	Jans	+	S	BS	Python	+	G	VD	Wehrli	-	RL	VD
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	-	V	TI	Weichelt	+	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	+	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	+	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	+	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	+	S	ZH
Farinelli	-	RL	TI	Klopfenstein Broggini	E	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	=	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	-	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	-	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si	29	16	40	2	28	28	143
-	Nein / non / no	3		12	25			40
=	Enth. / abst. / ast.	6				2	1	9
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1		3		1		5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (maintenir)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité de Quattro (selon CE)

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

art. 2, let. b: proposition de la Conférence de conciliation

Abstimmung vom / Vote du: 19.12.2019 12:51:36

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	0	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	0	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schlapfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	=	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	=	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	0	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	0	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	E	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si		12	53	27	30		122
-	Nein / non / no	38					28	66
=	Enth. / abst. / ast.	1	3					4
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	2		1	1	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter la proposition de la Conférence de conciliation

Bedeutung Nein / Signification du non: rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

Geschäft / Objet:
 19.039-1 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss: Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
 Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral: Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat
Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 20.12.2019 09:26:53

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Roduit	+	M-CEB	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Romano	+	M-CEB	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Rösti	+	V	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Franziska	-	S	SO
Amraudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Rüegger	+	V	OW
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Ruppen	+	V	VS
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	0	V	TI	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	-	G	SG
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funicello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Rytz Regula	-	G	BE
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	-	G	BE	Gallati	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schaffner	=	GL	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	=	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	=	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glarner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	0	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	=	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pieren	+	V	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+	Ja / oui / si		11	54	27	31		123
-	Nein / non / no	39					29	68
=	Enth. / abst. / ast.		5					5
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1			1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1			1	2
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

**Geschäft / Objet:**

19.039 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss
Acquisition de nouveaux avions de combat. Arrêté fédéral
Acquisto di nuovi aerei da combattimento. Decreto federale

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung**Abstimmung vom / Vote du:** 20.12.2019 08:30:29

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	+	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	+	AG

Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	-	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	0	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	P	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	=	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	33
- Nein / non / no	10
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Ablauf der Referendumsfrist: 9. April 2020

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

vom 20. Dezember 2019

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 28 Absätze 1^{bis} Buchstabe c und 3 des Parlamentsgesetzes
vom 13. Dezember 2002¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 26. Juni 2019²,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Der Bundesrat wird beauftragt, die Mittel zum Schutz des Luftraums mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu erneuern.

² Die Einführung der neuen Kampfflugzeuge soll bis Ende 2030 abgeschlossen sein.

Art. 2

¹ Bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sind folgende Eckwerte einzuhalten:

- a. Das Finanzvolumen beträgt höchstens 6 Milliarden Franken (Stand Landesindex der Konsumentenpreise Jan. 2018).
- b. Ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, müssen 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis wie bei folgenden Bereichen:
 1. Maschinenindustrie;
 2. Metallindustrie;
 3. elektronische und elektrotechnische Industrie;

SR ...

¹ SR 171.10

² BBI 2019 5081

4. optische Industrie;
 5. Uhrenindustrie;
 6. Fahrzeugbau- und Waggonbau-Industrie;
 7. Gummi- und Plastikerzeugnisse;
 8. chemische Erzeugnisse;
 9. Luft- und Raumfahrt;
 10. Informatikindustrie und Software-Engineering;
 11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- c. Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen so weit als möglich eingehalten wird: 65 Prozent entfallen auf die Deutschschweiz, 30 Prozent auf die Westschweiz und 5 Prozent auf die italienischsprachige Schweiz.
- ² Die Beschaffung wird der Bundesversammlung in einem Rüstungsprogramm beantragt.

Art. 3

Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wird mit der parallel laufenden Beschaffung eines Systems der bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite zeitlich und technisch koordiniert.

Art. 4

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Ständerat, 20. Dezember 2019

Der Präsident: Hans Stöckli
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 20. Dezember 2019

Die Präsidentin: Isabelle Moret
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Datum der Veröffentlichung: 31. Dezember 2019³

Ablauf der Referendumsfrist: 9. April 2020

³ BBl 2019 8725



Délai référendaire: 9 avril 2020

Arrêté fédéral relatif à l'acquisition de nouveaux avions de combat

du 20 décembre 2019

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 28, al. 1^{bis}, let. c, et 3, de la loi du 13 décembre 2002 sur le Parlement¹,
vu le message du Conseil fédéral du 26 juin 2019²,

arrête:

Art. 1

¹ Le Conseil fédéral est chargé de renouveler les moyens de protection de l'espace aérien par l'acquisition de nouveaux avions de combat.

² La mise en service des nouveaux avions de combat doit être achevée d'ici à la fin de l'année 2030.

Art. 2

¹ Les paramètres ci-après doivent être respectés lors de l'acquisition:

- a. le volume de financement ne dépasse pas six milliards de francs (selon l'indice national des prix à la consommation de janvier 2018);
- b. les entreprises étrangères qui se voient confier des mandats dans le cadre de l'acquisition doivent compenser 60 % de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), à savoir 20 % directement et 40 % indirectement dans le domaine de la base technologique et industrielle en lien avec la sécurité, soit dans les domaines suivants:
 1. industrie des machines,
 2. industrie de la métallurgie,
 3. industrie de l'électronique et de l'électrotechnique,
 4. industrie optique,

RS ...

¹ RS **171.10**

² FF **2019** 4861

5. industrie horlogère,
 6. industrie de la construction de véhicules et de wagons,
 7. produits en caoutchouc et matières plastiques,
 8. produits chimiques,
 9. secteur aéronautique et spatial,
 10. industrie de l'informatique et du génie logiciel,
 11. coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche;
- c. le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 % en Suisse alémanique, 30 % en Suisse romande et 5 % en Suisse italienne.

² L'acquisition est proposée à l'Assemblée fédérale dans le cadre d'un programme d'armement.

Art. 3

L'acquisition de nouveaux avions de combat est coordonnée sur les plans temporel et technique à celle menée en parallèle d'un système de défense sol-air de longue portée.

Art. 4

Le présent arrêté est sujet au référendum.

Conseil des États, 20 décembre 2019

Le président: Hans Stöckli
La secrétaire: Martina Buol

Conseil national, 20 décembre 2019

La présidente: Isabelle Moret
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Date de publication: 31 décembre 2019³

Délai référendaire: 9 avril 2020

³ FF 2019 8253



Termine di referendum: 9 aprile 2020

Decreto federale concernente l'acquisto di nuovi aerei da combattimento

del 20 dicembre 2019

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 28 capoversi 1^{bis} lettera c e 3 della legge del 13 dicembre 2002¹ sul Parlamento;

visto il messaggio del Consiglio federale del 26 giugno 2019²,

decreta:

Art. 1

¹ Il Consiglio federale è incaricato di ammodernare gli strumenti di protezione dello spazio aereo mediante l'acquisto di nuovi aerei da combattimento.

² La fase d'introduzione dei nuovi aerei da combattimento deve essere conclusa entro la fine del 2030.

Art. 2

¹ L'acquisto dei nuovi aerei da combattimento è realizzato nel rispetto dei seguenti parametri:

- a. il volume finanziario non eccede 6 miliardi di franchi (secondo l'Indice nazionale dei prezzi al consumo del gennaio 2018);
- b. le imprese estere cui sono assegnate commesse nel quadro dell'acquisto compensano il 60 per cento del valore contrattuale mediante l'assegnazione di commesse in Svizzera (offset), di cui il 20 per cento mediante offset diretti e il 40 per cento mediante offset indiretti nel settore della base tecnologica e industriale rilevante in materia di sicurezza, vale a dire nei seguenti settori:

RS ...

¹ RS **171.10**

² FF **2019 4229**

1. industria meccanica,
 2. industria metallurgica,
 3. industria elettronica ed elettrotecnica,
 4. industria ottica,
 5. industria orologiera,
 6. industria della costruzione di veicoli e di materiale rotabile,
 7. prodotti in gomma e plastica,
 8. prodotti chimici,
 9. industria aerospaziale,
 10. industria informatica e di ingegneria del software,
 11. cooperazioni con scuole universitarie e istituti di ricerca;
- c. il Consiglio federale provvede affinché nell'assegnare gli offset sia rispettata per quanto possibile la seguente chiave di ripartizione: il 65 per cento alla Svizzera tedesca, il 30 per cento alla Svizzera romanda e il 5 per cento alla Svizzera italiana.

² L'acquisto è proposto all'Assemblea federale nel quadro di un programma d'armamento.

Art. 3

L'acquisto di nuovi aerei da combattimento è coordinato sotto il profilo temporale e tecnico con l'acquisto parallelo di un sistema per la difesa terra-aria a lunga gittata.

Art. 4

Il presente decreto sottostà a referendum facoltativo.

Consiglio degli Stati, 20 dicembre 2019

Il presidente: Hans Stöckli
La segretaria: Martina Buol

Consiglio nazionale, 20 dicembre 2019

La presidente: Isabelle Moret
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Data della pubblicazione: 31 dicembre 2019³

Termine di referendum: 9 aprile 2020

³ FF 2019 7275



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.



Argumentarium JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Air2030 - um was geht es?

Der Bundesrat und das Parlament wollen die Luftverteidigung erneuern. Die Schweiz soll ihre seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge für maximal 6 Milliarden Franken durch neue Flugzeuge ersetzen. Während die Flugzeuge aus dem Jahr 1996 (F/A-18 Hornet) im Jahr 2030 an das Ende ihrer endgültigen Nutzungsdauer gelangen, sind die 1978 beschafften Flugzeuge (F-5E Tiger) bereits heute veraltet. Im Ernstfall wären sie völlig chancenlos gegen ein modernes Kampfflugzeug. Damit ist klar: Die alten Flugzeuge müssen erneuert werden. Ansonsten ist der Schweizer Luftraum ab 2030 ungeschützt.

Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ergriffen. Sie werden unterstützt von der SP und den Grünen. Am 27. September 2020 kommt es somit zu einem Grundsatzentscheid: Flugzeuge zum Schutz der Schweizer Bevölkerung - Ja oder Nein. Welcher Flugzeugtyp die alten ersetzt, entscheidet der Bundesrat jedoch erst nach der Abstimmung.

Alte Flugzeuge müssen durch neue ersetzt werden

Die derzeit verwendeten Flugzeuge F/A-18 Hornet und F-5E Tiger erreichen spätestens 2030 das Ende ihrer Lebensdauer. Die Flugzeuge des Typs Tiger sind seit 1978 im Einsatz und bereits jetzt technisch veraltet. Sie werden heute nur noch tagsüber und bei klaren Wetterverhältnissen geflogen und werden daher nur noch zu Trainingszwecken eingesetzt, da sie nicht mehr der Luftraumsicherung dienen. Auch die 1996 beschafften Flugzeuge des Typs F/A-18 Hornet erreichen in zehn Jahren das endgültige Ende ihrer Nutzungsdauer. Es ist daher sinnvoll, beide alten Flugzeugtypen frühzeitig zu ersetzen, da ein geordneter Beschaffungsprozess mehrere Jahre andauern kann. Durch den Ersatz der beiden Flugzeugtypen durch einen einzigen wird der Unterhalt zusätzlich vereinfacht. Die Beschaffung leichter Trainingsflugzeuge, wie sie die SP vorschlägt, kann laut VBS die Anforderungen an die heutige Luftraumsicherung nicht erfüllen.

Für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung

Die neuen Flugzeuge zum Schutz des Luftraums erhöhen die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung. Die Schweiz muss nicht nur die Sicherheit am Boden gewährleisten können, sondern auch in der Luft. Obwohl es zurzeit um unser Land herum keine bewaffneten Konflikte gibt, ist diese Sicherheit trügerisch. Bewaffnete Konflikte wie auf der Krim oder im Mittleren Osten rücken immer näher an die Schweiz heran. Scheinbar stabile Verhältnisse können sich rasch ändern und die Risiken aus der weltpolitischen Entwicklung sind heute schwerer vorhersehbar als noch vor dreissig Jahren. Das Auftauchen von neuen Arten der Kriegsführung verdrängt keineswegs die alten Bedrohungen, sondern ergänzen diese. Vielfältige Gefahren erfordern deshalb auch vielfältige Antworten und Abwehrstrategien. In der normalen Lage überwacht die Luftwaffe den Luftraum und interveniert im Rahmen des Luftpolizeidienstes



bei Verletzungen von Luftverkehrsregeln. In Zeiten erhöhter Spannung muss sie aber auch in der Lage sein, die Lufthoheit auch während Wochen, allenfalls sogar während Monaten zu wahren, wozu eine ausreichende Anzahl funktionstüchtiger Kampfflugzeuge erforderlich ist. Solange Gewaltdrohung und Gewaltanwendung Mittel der internationalen Politik sind, bleibt der permanente Schutz und damit einsatzbereite Flugzeuge unverzichtbar für unserer Sicherheit und Freiheit. Als neutrales Land muss sich die Schweiz selbst schützen können. Die eigenständige Luftraumsicherung ist zudem eine völkerrechtliche Verpflichtung. Sie muss langfristig für die Sicherheit im Luftraum über ihrem Territorium sorgen, dazu braucht es neue Kampfflugzeuge. Sie sind eine jahrzehntelange Investition in die Sicherheit.

Luftraum muss geschützt werden

Auch in Friedenszeiten sind Flugzeuge zum Schutz des Luftraums unerlässlich für die Sicherung der Schweiz. Sie gewährleisten den Luftpolizeidienst in der Luft. Hierzu stehen permanent zwei bewaffnete Flugzeuge und Pilotinnen und Piloten bereit. Wenn Flugzeuge ohne Erlaubnis die Schweizer Grenze überqueren, können diese kontrolliert und zur Umkehr oder Landung gezwungen werden. Auch kann die Schweiz so den Luftraum bewachen und wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft schützen. In der Schweiz findet fast täglich solcher Flugzeugeinsatz statt. Pro Jahr bestehen rund 40 Fälle, bei welchen ein Luftfahrzeug entweder die Lufthoheit verletzt, die Luftverkehrsregeln missachtet oder sich in einem Notfall befindet und damit einen Einsatz bedarf. Zudem führt die Luftwaffe pro Jahr rund 350 Stichprobenkontrollen durch, bei denen die Angaben von Flugzeugen überprüft werden. Der Schutz in der Luft ist damit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit, auch in Friedenszeiten.

Eine bewährte Sicherheitskette einhalten

Unsere Sicherheit wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet: Ambulanz, Polizei, Feuerwehr und auch die Armee als Sicherheitsreserve auf dem Boden und Flugzeuge zum Schutz in der Luft. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Aufgabe meistern zu können. Es ist mehr als angebracht, dass der Bund darin investiert und dass die Sicherheit der Schweiz eine hohe Priorität genießt. Einen Bestandteil dieser Kette zu entfernen, würde den gesamten Sicherheitsverbund schwächen. Auch ist es nicht redlich Polizei gegen Ambulanz, oder Flugzeuge gegen Cybereinheiten auszuspielen. Alle Massnahmen, die zum Schutz beitragen, sind wichtig.

Unseren Verteidigungsauftrag erfüllen

Mit Ausnahme der Abstimmung über den Gripen 2014 wurden alle sicherheitspolitischen Abstimmungen der letzten Jahrzehnte im Sinne der Sicherheit der Schweiz gewonnen. Dazu gehören etliche abgelehnte Versuche der GSoA, das Militär abzuschaffen als auch deren Auslegungsfreiheit durch Budgetkürzungen oder Flugverbote in bestimmten Regionen einzuschränken. Das Volk will demnach eine funktionierende Armee. Die jetzigen



Flugzeugmodelle, die für die Verteidigung in der Luft zuständig sind, müssen ersetzt werden. Ohne die Sicherung in der Luft kann die Armee mit den Bodentruppen allein den verfassungsmässig festgelegten Verteidigungsauftrag nicht erfüllen, womit sie obsolet wäre. Ein Nein zu neuen Kampfflugzeugen ist deshalb automatisch auch ein Nein zur Armee und der Sicherung der Schweiz.

Wirtschaftsstandort Schweiz schützen

Sicherheit für die Menschen und ihre Freiheit sind die Grundpfeiler für Stabilität. Sie bilden die Basis für eine gesunde gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Die Schweiz gilt als ein sehr sicheres Land. Dies liegt neben der Rechtssicherheit und der Stabilität auch an der eigenständigen Luftraumsicherung. Zum Schutz und zur Verteidigung des Luftraums ist eine Kombination aus Kampfflugzeugen und bodengestützter Luftverteidigung notwendig. Die heutigen Kampfflugzeuge und bodengestützte Luftverteidigung kurzer Reichweite sind veraltet und sollen deshalb im Rahmen des Programms «Air2030» ausschliesslich mit dem Armeebudget erneuert werden. Der Ersatz der Flugzeuge ist wirtschaftlich von grosser Bedeutung, um den Luftraum über Produktionsanlagen, Forschungslabors, Logistikterminals und Bildungseinrichtungen schützen zu können. Unternehmen vertrauen auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und investieren in den Standort Schweiz. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und der Wohlstand in der Schweiz wird garantiert. Von der physischen Sicherheit profitiert die gesamte Wirtschaft unseres Landes. Die Sicherheit in der Schweiz ist deshalb ein wesentlicher Standortfaktor.



OUI à la sécurité aérienne

Air2030 - de quoi s'agit-il ?

Le Conseil fédéral et le Parlement veulent renouveler la défense aérienne. La Suisse va remplacer ses avions de combat, en service depuis 1978 et 1996, par de nouveaux appareils pour un coût maximum de 6 milliards de francs. Alors que les avions de 1996 (F/A-18 Hornet) atteindront la fin de leur vie utile en 2030, les avions achetés en 1978 (F-5E Tiger) sont déjà obsolètes. En cas d'urgence, ils n'auraient aucune chance contre un avion de combat moderne. C'est donc clair : les anciens avions doivent être remplacés. Sinon, l'espace aérien suisse sera sans protection à partir de 2030.

Le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) a déposé un référendum contre cette décision. Ils sont soutenus par le PS et les Verts. Le 27 septembre 2020, il y aura donc une décision fondamentale à prendre : des avions pour protéger la population suisse - oui ou non. Toutefois, le Conseil fédéral ne décidera qu'après le vote du type d'avion qui remplacera les anciens.

Les anciens avions doivent être remplacés

Les avions F/A-18 Hornet et F-5E Tiger actuellement utilisés atteindront la fin de leur durée de vie au plus tard en 2030. Les avions de type Tiger sont en service depuis 1978 et sont déjà techniquement obsolètes. Aujourd'hui, ils ne volent que de jour et par temps clair et ne sont donc utilisés qu'à des fins de formation, ils ne sont plus utilisés pour le contrôle du trafic aérien. Les avions F/A-18 Hornet achetés en 1996 atteindront également la fin de leur durée de vie dans dix ans. Il est donc logique de remplacer les deux anciens types d'avions maintenant, car un processus d'achat peut prendre plusieurs années. Le remplacement des deux types d'avions par un seul permettra de simplifier davantage la maintenance. Selon le DDPS, l'acquisition d'avions d'entraînement légers, telle que proposée par le PS, ne peut répondre aux exigences de la sécurité de l'espace aérien actuel.

Pour la sécurité de la population suisse

Le nouvel avion de protection de l'espace aérien augmentera la sécurité de la Suisse et de sa population. La Suisse doit pouvoir garantir la sécurité non seulement au sol mais aussi dans les airs. Bien qu'il n'y ait actuellement aucun conflit armé dans notre pays, cette sécurité est trompeuse. Les conflits armés comme ceux de Crimée ou du Moyen-Orient se rapprochent de plus en plus de la Suisse. Les conditions apparemment stables peuvent changer rapidement et les risques découlant des développements politiques mondiaux sont plus difficiles à prévoir aujourd'hui qu'il y a trente ans. L'émergence de nouvelles formes de guerre ne remplace en rien les anciennes menaces, mais les complète. La diversité des menaces exige donc aussi des réponses et des stratégies de défense diverses.



Dans la situation normale, les forces aériennes surveillent l'espace aérien et interviennent dans le cadre du service de police aérienne en cas de violation des règles de circulation aérienne. Mais en période de tension accrue, elle doit aussi être en mesure de maintenir la souveraineté aérienne pendant des semaines, voire des mois au mieux, ce qui nécessite un nombre suffisant d'avions de combat opérationnels. Tant que la menace et l'usage de la force seront un instrument de politique internationale, une protection permanente et donc des avions opérationnels resteront indispensables pour notre sécurité et notre liberté. En tant que pays neutre, la Suisse doit être en mesure de se protéger. La protection indépendante de l'espace aérien est également une obligation en vertu du droit international. À long terme, elle doit assurer la sécurité de l'espace aérien au-dessus de son territoire, ce qui nécessite des nouveaux avions de combat. Il s'agit d'un investissement de plusieurs décennies dans la sécurité.

L'espace aérien doit être protégé

Même en temps de paix, les avions de protection de l'espace aérien sont indispensables à la sécurité de la Suisse. Ils assurent le service de la police de l'air. Deux avions et pilotes armés sont en permanence disponibles à cet effet. Si un avion traverse la frontière suisse sans autorisation, il peut être contrôlé et contraint de faire demi-tour ou d'atterrir. La Suisse peut également surveiller l'espace aérien et protéger des événements importants tels que les conférences de l'ONU ou le Forum économique mondial de Davos. En Suisse, de telles missions ont lieu presque quotidiennement. Chaque année, il y a environ 40 cas dans lesquels un avion viole la souveraineté aérienne, ne respecte pas les règles du trafic aérien ou se trouve dans une situation d'urgence et nécessite donc une intervention. En outre, les Forces aériennes suisses effectuent chaque année environ 350 contrôles ponctuels pour vérifier les données des avions. La protection dans les airs est donc un élément important de notre sécurité, même en temps de paix.

Maintenir la chaîne de la sécurité

Notre sécurité est garantie par tout un réseau : les ambulances, la police, les pompiers et l'armée sont responsables de notre sécurité. Les avions de combat le sont pour la protection dans les airs. Toutes les composantes de cette chaîne ont besoin des compétences et des ressources nécessaires pour pouvoir s'acquitter de leur tâche. Il est plus qu'approprié que la Confédération investisse dans ce domaine et que la sécurité de la Suisse bénéficie d'une priorité élevée. La suppression d'un élément de cette chaîne affaiblirait l'ensemble du réseau de sécurité. Toutes les mesures qui contribuent à la protection sont importantes.



Remplir notre mandat de défense

A l'exception du vote sur le Gripen en 2014, toutes les votations des dernières décennies concernant la sécurité ont été remportées, ce qui est dans l'intérêt de la Suisse. Cela inclut un certain nombre de tentatives du GSsA d'abolir l'armée et de restreindre sa liberté d'interprétation par des réductions budgétaires ou des interdictions de vol dans certaines régions. Le peuple veut donc une armée qui fonctionne. Les modèles actuels d'avions chargés de la défense aérienne doivent être remplacés. Sans défense aérienne, l'armée, avec les seules forces terrestres, ne peut pas remplir le mandat de défense défini dans la Constitution, ce qui la rendrait obsolète. Un non aux nouveaux avions de combat est donc automatiquement un non à la sécurité et à la prospérité de la Suisse.

Protection de la Suisse en tant que lieu d'implantation d'entreprises

La sécurité des personnes et leur liberté sont les pierres angulaires de la stabilité. Ils constituent la base du développement social et économique sain de notre pays. La Suisse est considérée comme un pays très sûr. Outre la sécurité et la stabilité juridique, cela est également dû à la sécurité indépendante de son espace aérien. Pour protéger et défendre l'espace aérien, il est nécessaire de combiner les avions de combat et la défense aérienne basée au sol. Les avions de combat et la défense aérienne à courte portée au sol d'aujourd'hui sont obsolètes et devraient donc être renouvelés dans le cadre du programme "Air2030" en utilisant uniquement le budget de l'armée. Le remplacement des avions est d'une grande importance économique car il faut pouvoir protéger l'espace aérien qui se trouve au-dessus des installations de production, des laboratoires de recherche, des terminaux logistiques et des établissements d'enseignement. Les entreprises ont confiance dans la sécurité de leurs emplois et investissent en Suisse en tant que site économique. Cela crée des emplois et garantit la prospérité en Suisse. L'ensemble de l'économie de notre pays bénéficie de la sécurité physique. La sécurité en Suisse est donc un facteur clé de l'économie.

Un investissement sur le long terme

Un coût maximal de 6 milliards de francs suisses est prévu pour l'acquisition des nouveaux avions de combat. À titre de comparaison, pour la seule année 2019, la Confédération suisse a dépensé plus de CHF 71.4 milliards, dont plus de CHF 22 milliards pour la prévoyance sociale. Cet investissement est à prendre en compte sur le long terme, puisqu'il permettra à nos forces aériennes de remplir leurs tâches pendant plusieurs dizaines d'années. Par exemple, pour une durée de 30 ans, 6 milliards de francs suisses ne représente que 0.28% du budget total. Même en prenant en compte les coûts d'entretien d'environ CHF 12 milliards sur l'ensemble de leur durée d'utilisation, bien que ce coût ne soit pas exact, cela ne représente que 0.84%. C'est donc un investissement rentable au vu de l'image que cela apportera à la Suisse et, donc, du nombre d'entreprises qui auront confiance en la sécurité de notre pays.

Di cosa si tratta

Argomenti Sì al nuovo caccia

Air2030 - di cosa si tratta?

Il Consiglio federale e il Parlamento vogliono rinnovare la difesa aerea. La Svizzera sostituirà i suoi aerei da combattimento, in servizio dal 1978 e dal 1996, con nuovi velivoli per un costo massimo di 6 miliardi di franchi. Mentre gli aerei del 1996 (F/A-18 Hornet) raggiungeranno la fine della loro vita utile nel 2030, gli aerei acquistati nel 1978 (F-5E Tiger) sono già obsoleti. In caso di emergenza, non avrebbero alcuna possibilità contro un moderno aereo da combattimento. È chiaro quindi che i vecchi aerei dovranno essere sostituiti, altrimenti lo spazio aereo svizzero sarà senza protezione a partire dal 2030.

Il Gruppo per una Svizzera senza esercito (GSsE), sostenuto da PS e Verdi, ha depositato un referendum contro questa decisione. Il 27 settembre 2020 ci sarà quindi una decisione fondamentale da prendere: aerei per proteggere la popolazione svizzera - sì o no. Tuttavia, il Consiglio federale deciderà quale tipo di aerei sostituirà quelli vecchi solo dopo il voto.

I vecchi aerei devono essere sostituiti

Gli aerei F/A-18 Hornet e F-5E Tiger attualmente in uso raggiungeranno la fine della loro vita utile al più tardi entro il 2030. I velivoli di tipo Tiger in servizio dal 1978 sono già tecnicamente obsoleti, oggi volano solo durante il giorno e in condizioni di bel tempo e sono quindi utilizzati solo a scopo di addestramento, non vengono più utilizzati per la sicurezza dello spazio aereo. Anche gli aerei F/A-18 Hornet acquistati nel 1996 raggiungeranno la fine definitiva della loro vita utile tra dieci anni. Ha quindi senso sostituire entrambi i vecchi tipi di aerei in una fase iniziale, poiché un processo di approvvigionamento ordinato può richiedere diversi anni. La sostituzione dei due tipi di aerei con uno solo semplificherà ulteriormente la manutenzione. Secondo il DDPS, l'acquisto di velivoli leggeri da addestramento, come proposto dal PS, non può soddisfare i requisiti dell'attuale sicurezza dello spazio aereo.

Per la sicurezza della popolazione svizzera

I nuovi aerei di protezione dello spazio aereo aumenteranno la sicurezza della Svizzera e della sua popolazione. La Svizzera deve essere in grado di garantire la sicurezza non solo a terra ma anche in aria. Anche se attualmente non ci sono conflitti armati nel nostro Paese, questa sicurezza è ingannevole. Conflitti armati come quelli in Crimea o in Medio Oriente si avvicinano sempre più alla Svizzera. Le condizioni apparentemente stabili possono cambiare rapidamente e i rischi derivanti dagli sviluppi politici globali sono più difficili da prevedere oggi rispetto a trent'anni fa. L'emergere di nuovi tipi di guerra non sostituisce in alcun modo le vecchie minacce, ma le completa. Le diverse minacce richiedono quindi anche risposte e strategie di difesa diverse. Nella situazione normale, le forze aeree controllano lo spazio aereo e intervengono nell'ambito del servizio di polizia aerea in caso di violazioni delle norme sul traffico aereo. In tempi di maggiore tensione, tuttavia, bisogna altresì essere in grado di mantenere la sovranità aerea per settimane, se non mesi, il che richiede un numero sufficiente di aerei da combattimento funzionali.

Finché la minaccia e l'uso della forza sono strumenti della politica internazionale, la protezione permanente e quindi gli aerei operativi rimarranno indispensabili per la nostra sicurezza e libertà. In quanto Paese neutrale, la Svizzera deve potersi proteggere. La protezione indipendente dello spazio aereo è un obbligo anche in base al diritto internazionale. A lungo termine, deve garantire la sicurezza nello

spazio aereo sopra il suo territorio, il che richiede nuovi aerei da combattimento. Si tratta di un investimento nella sicurezza per diversi decenni.

Lo spazio aereo deve essere protetto

Anche in tempi di pace, gli aerei di protezione dello spazio aereo sono indispensabili per garantire la sicurezza della Svizzera. Assicurano i servizi di polizia aerea. Due aerei armati e i relativi piloti sono permanentemente disponibili a questo scopo. Se un aereo attraversa il confine svizzero senza autorizzazione, può essere controllato e costretto a tornare indietro o ad atterrare. La Svizzera può anche sorvegliare lo spazio aereo e proteggere importanti eventi come le conferenze dell'ONU o il Forum economico mondiale di Davos (WEF). In Svizzera, tali missioni aeree si svolgono quasi giornalmente. Ogni anno ci sono circa 40 casi in cui un aeromobile viola la sovranità aerea, non rispetta le norme del traffico aereo o si trova in una situazione di emergenza e richiede quindi un intervento. Inoltre, le Forze aeree svizzere effettuano ogni anno circa 350 controlli a campione per verificare i dati degli aeromobili. La protezione nell'aria è quindi un elemento importante della nostra sicurezza, anche in tempo di pace.

Mantenere una catena di sicurezza collaudata

La nostra sicurezza è garantita da un'intera rete: le ambulanze, la polizia, i pompieri e l'esercito sono responsabili della nostra sicurezza. I jet da combattimento sono per la protezione dell'aria. Tutti i componenti di questa catena hanno bisogno delle competenze e delle risorse necessarie per poter svolgere il loro compito. È più che appropriato che la Confederazione investa in questo settore e che la sicurezza della Svizzera abbia la massima priorità. La rimozione di un componente di questa catena indebolirebbe l'intera rete di sicurezza. Non è giusto mettere la polizia contro i servizi di ambulanza o gli aerei contro le unità informatiche, tutte le misure che contribuiscono alla protezione sono importanti.

Adempiere al nostro mandato di difesa

Ad eccezione della votazione sui Gripen nel 2014, tutti i voti degli ultimi decenni concernenti la sicurezza sono stati approvati nell'interesse della sicurezza svizzera. Ciò include una serie di tentativi da parte del GSsE di abolire l'esercito e di limitarne la libertà di interpretazione attraverso tagli di budget o divieti di volo in alcune regioni. Il popolo vuole quindi un esercito che funzioni. Gli attuali modelli di aerei responsabili della difesa aerea devono essere sostituiti. Senza la difesa aerea,

l'esercito, con le sole forze di terra, non può adempiere al mandato di difesa previsto dalla Costituzione, che lo renderebbe obsoleto. Un no ai nuovi aerei da combattimento è quindi automaticamente un no alla sicurezza e al benessere della Svizzera.

Protezione della piazza economica svizzera

La sicurezza delle persone e la loro libertà sono i pilastri della stabilità. Essi costituiscono la base per il sano sviluppo sociale ed economico del nostro Paese. La Svizzera è considerata un Paese molto sicuro, oltre alla sicurezza giuridica e alla stabilità, ciò è dovuto anche alla sicurezza indipendente dello spazio aereo. Per proteggere e difendere lo spazio aereo è necessaria una combinazione di aerei da combattimento e di difesa aerea a terra. Gli attuali aerei da combattimento e la difesa aerea a corto raggio a terra sono obsoleti e dovranno quindi essere rinnovati nell'ambito del programma "Air2030" utilizzando solo il budget dell'esercito. La sostituzione del velivolo è di grande importanza economica in quanto è necessario poter proteggere lo spazio aereo sopra le strutture di produzione, i laboratori di ricerca, i terminali logistici e gli stabilimenti di istruzione. Le aziende confidano nella sicurezza dei loro posti di lavoro e investono in Svizzera come piazza economica. Ciò crea posti di lavoro e garantisce il benessere in Svizzera. L'intera economia del nostro Paese beneficia della sicurezza fisica. La sicurezza in Svizzera è quindi un fattore chiave dell'economia.

Contatto

Campagna per i nuovi aerei
da combattimento
Associazione per una
Svizzera sicura
Neuengasse 20
Casella postale
3011 Berna

✉ info@sicurezza-si.ch
(mailto:{info@sicurezza-
si.ch})

[Dichiarazione sulla riservatezza \(/impressum\)](#)

© Si all'acquisto di nuovi aerei da combattimento – Creato da BERTA DIGITAL
([https://digital.bera-kommunikation.ch/?utm_source=fdp-
kampagnen&utm_medium=website&utm_campaign=digital_cust_footer](https://digital.bera-kommunikation.ch/?utm_source=fdp-kampagnen&utm_medium=website&utm_campaign=digital_cust_footer))

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

- Verschwenderisch
- Unnötig
- Ökologisch katastrophal



NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

INHALT

1. 24-Milliarden-Blankoscheck.....	3
1.1. Zwei- bis dreimal teurer als die abgelehnte Gripen-Beschaffung	4
1.2. Überhastete Beschaffung	4
1.3. Geld, das anderswo fehlt.....	5
2. Katastrophale Umweltbilanz	5
2.1. 120'000 Tonnen CO ₂ für die Luftwaffe — pro Jahr	6
2.2. Kampfjets schaden der Umwelt	6
2.3. Massive Lärmbelastung	6
3. Nein zum Trump-Jet und andere Mängel	7
3.1. Mängel der aktuell evaluierten Kampfjets	8
3.2. Demokratie ernst nehmen – das Pannen-Departement muss kontrolliert werden	9
4. Unnötige Beschaffung	10
4.1. Luftpolizeidienst gewährleistet.....	10
4.2. Zwölf leichte Kampfjets sind genug	11
4.3. Bei Entführungen kann die Luftwaffe nichts ausrichten	12
4.4. Ein konventioneller Luftkrieg ist unrealistisch	12
5. Offset-Geschäfte führen das Sicherheits-Argument ad absurdum	13

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

2014 hat die Bevölkerung den Kauf neuer Kampfjets für 3,1 Milliarden Franken deutlich abgelehnt. Nun versucht die Rüstungslobby erneut, eine Neubeschaffung von Kampfjets durchzudrücken. Der Bundesrat hat im Mai 2019 seinen definitiven Plan präsentiert: Für **sechs Milliarden Franken** will er neue Kampfflugzeuge beschaffen. Zudem will er **weitere zwei Milliarden Franken** für eine neue bodengestützte Luftverteidigung (Bodluf) und **weitere sieben Milliarden Franken** für neue Bodensysteme (Panzer, Artillerie, etc.) ausgeben. Kurz: In den nächsten Jahren sollen 15 Milliarden Franken in die militärische Aufrüstung investiert werden – das teuerste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte. Dies geht auch nicht spurlos am Schweizer Bundeshaushalt vorbei: Das Armeebudget, welches heutzutage jährlich fünf Milliarden Franken beträgt, soll jedes Jahr um real 1,4 Prozent erhöht werden. Voraussichtlich beträgt das Armeebudget darum Anfang der 2030er-Jahre sechs Milliarden Franken – gleichzeitig wird in anderen Bereichen wie beispielweise bei den Prämienverbilligungen gespart. Während der Bundesrat für den Kauf neuer Kampfjets einen referendumsfähigen Planungsbeschluss vorgelegt hat, werden die anderen Ausgaben nur im Parlament diskutiert. Allerdings werden die StimmbürgerInnen auch bei der Beschaffung der Kampfflugzeuge nicht angemessen miteinbezogen: Die Stimmbevölkerung soll bis zur Abstimmung über die Anzahl der Jets, über den Kampfjet-Typ wie auch über die konkreten Kosten der zu beschaffenden Flugzeuge im Dunkeln gelassen werden. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist darum ein Blankoscheck für das VBS in der Höhe von 6'000'000'000.00 Franken – und für die gesamte Lebensdauer der Jets sogar in der Höhe von 24'000'000'000.00 Franken.

Die folgenden Seiten geben einen Überblick darüber, weshalb ein **Nein zur Beschaffung neuer Kampfjets** zwingend notwendig ist.

1. 24-MILLIARDEN-BLANKOSCHECK

Die Stimmbevölkerung wird über einen Planungsbeschluss für die Beschaffung neuer Kampfjets mit einem Kostenrahmen von sechs Milliarden Franken abstimmen. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit: Die neuen Kampfjets werden über die gesamte Lebensdauer mindestens 24'000'000'000.00 (sprich: 24 Milliarden) Franken kosten. Vielleicht sogar mehr – je nachdem, ob bei Beginn der Beschaffung der Kampfjets die Weichen hinsichtlich der Fähigkeiten für Instandhaltung und Upgrades richtig gestellt werden.¹

Das bürgerliche «Lilienberg Unternehmerforum» rechnet vor, dass die Beschaffungskosten neuer Kampfjets nur 25 Prozent der totalen Kosten über die gesamte Lebensdauer ausmachen. Die Kosten für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und auch die Kosten für die Schweizer SteuerzahlerInnen setzen sich somit folgendermassen zusammen:

- 25% Beschaffungskosten
- 25% Treibstoff
- 25% Instandhaltung
- 25% Upgrades und Kampfwertsteigerungen

¹ Herausforderung neues Kampfflugzeug für die Schweiz, Positionspapier der Stiftung Lilienberg, s. 8. Siehe: <https://www.lilienberg.ch/publikationen/lilienberg-gedanken/ausforderung-neues-kampfflugzeug-fuer-die-schweiz-51.html>

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

Total ergibt das Kosten von 24 Milliarden Franken über die gesamte Lebensdauer der Kampfflugzeuge. Unter der Annahme einer Lebensdauer von 40 Jahren kosten neue Hochleistungskampfflugzeuge die Schweizer SteuerzahlerInnen damit 600 Millionen Franken jährlich – bis ins Jahr 2070.

1.1. ZWEI- BIS DREIMAL TEURER ALS DIE ABGELEHNTE GRIPEN-BESCHAFFUNG

2014 hat die Bevölkerung den Kauf neuer Kampfjets für 3,1 Milliarden Franken deutlich abgelehnt. Die Gesamtkosten des Gripen hätten die Steuerzahlenden über die geplante Einsatzzeit der Flugzeuge mehr als zehn Milliarden Franken gekostet. Bei der aktuellen Vorlage geht es 24 Milliarden Franken – zwei- bis dreimal so teuer wie der Gripen.

Zusätzlich zur Kampfjet-Beschaffung will die Armee in den Jahren 2023 bis 2032 sieben Milliarden Franken für Landsysteme wie Kampfpanzer und Artillerie ausgeben und weitere zwei Milliarden in die Beschaffung von Bodluft investieren. Dies hat zur Folge, dass das Armeebudget jedes Jahr um 1,4% wachsen wird. Da der Bundeshaushalt als Ganzes finanziell begrenzt ist, hat ein Ausgabenwachstum in einem Departement Abbaupakete in anderen Departementen zur Folge.

Wenn das Parlament den Wünschen des VBS keine Grenzen setzt, wird dieses Geld anderswo fehlen. Der Spardruck auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene wird weiterhin hoch bleiben. Darunter leiden werden diejenigen Bereiche, welche im Alltag der BürgerInnen ganz konkrete Auswirkungen haben, sei dies in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der öffentlichen Sicherheit, in der Kultur oder bei den Sozialversicherungen. Dieses Geld für unnötige Kampfjets auszugeben, ist verantwortungslos.

Gemäss der ETH-Sicherheitsstudie 2019 sind 83 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht, dass die Schweiz genau richtig bzw. zu viel Geld für die Armee ausgibt. Gerade einmal 13 Prozent befürworten eine militärische Aufrüstung.² Es ist also klar, dass die Bevölkerung die Aufrüstung zu Gunsten konventioneller Kriegsszenarien ablehnt – dies hat auch das Bevölkerungs-NEIN zum Gripen gezeigt. Genau eine solche Aufrüstung wird mit der aktuellen Vorlage für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aber propagiert.

1.2. ÜBERHASTETE BESCHAFFUNG

Statt eine realistische Bedürfnisanalyse vorzunehmen, versucht das VBS seit dem Gripen-Nein, so schnell wie möglich neue Rüstungsbeschaffungen aufzugleisen, damit keine Kreditreste in die Bundeskasse zurückfliessen. Dies führte dazu, dass das VBS seit 2014 Rüstungsprogramme in der Höhe von mehr als 6,1 Milliarden Franken³ beschlossen hat. Dem VBS ging es dabei mehr um die Bindung von Staatsmitteln, als um reale Notwendigkeiten. Dies zeigen die Skandale um die luxuriöse Aufrüstung der Duro-Geländewagen⁴ oder um die unnötige Beschaffung von Munition, wovon mittlerweile Bestände im Wert von 3,4 Milliarden Franken gelagert werden –

² https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/de/publications/sicherheit/details.html?id=/s/i/c/h/sicherheit_2019 [23.10.19]

³ Rüstungsprogramm 2014: 771 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2015: 542 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2015+: 874 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2016: 1341 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2017: 900 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2018: 848 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2019: 861 Millionen [https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/armeebotschaften/armeebotschaft-2019.html#uebersicht] [13.09.19]

⁴ [https://www.blick.ch/news/politik/repauratur-kostet-mehr-als-neuanschaffung-warum-ist-ihre-armeewerkstatt-so-teuer-herr-%20blattmann-id4012021.html%20\[23.10.19\]](https://www.blick.ch/news/politik/repauratur-kostet-mehr-als-neuanschaffung-warum-ist-ihre-armeewerkstatt-so-teuer-herr-%20blattmann-id4012021.html%20[23.10.19])

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

und von denen in den nächsten 15 Jahren die Hälfte entsorgt werden muss.⁵ Ein solches Vorgehen ist finanzpolitisch verantwortungslos.

1.3. GELD, DAS ANDERSWO FEHLT

Gleichzeitig plant Finanzminister Ueli Maurer in den Jahren 2017 bis 2019 jährlich eine Milliarde Franken einzusparen – ungefähr gleich viel also, wie das VBS in den letzten Jahren pro Jahr für Rüstungsprogramme ausgegeben hat. Die Armee muss dabei nicht befürchten, von den Sparprogrammen betroffen zu sein. Die bürgerliche Allianz aus SVP, CVP und FDP sorgt für unantastbare Rüstungsfinanzen: Das Parlament hat mit dem Zahlungsrahmen von knapp 20 Milliarden in den kommenden vier Jahren die Armee von jeglichen Sparprogrammen ausgenommen.

Im Visier haben die bürgerlichen PolitikerInnen dagegen die soziale Sicherheit: Sie kürzen lieber die Prämienverbilligungen oder wollen den Schweizer Bildungsinstitutionen die nötigen Mittel verwehren. Während die Steuerzahlenden jedes Jahr höhere Krankenkassenprämien zahlen, gibt das Parlament Milliarden für luxuriöse, unnötige Rüstungsbeschaffungen aus und setzt damit die Zukunft aufs Spiel. Denn dieses Geld fehlt schliesslich bei den Investitionen in die Generation von morgen oder beim Klimaschutz.

- ➔ **Der Planungsbeschluss ist ein 24-Milliarden-Blankoscheck.**
- ➔ **Der Kauf neuer Kampfjets führt zu neuen Abbaupaketen bei der Bildung und der sozialen Sicherheit und gefährdet unsere Zukunft.**

2. KATASTROPHALE UMWELTBILANZ

Der Klimawandel stellt unumstritten die grösste Bedrohung für die Menschheit dar. In Anbetracht dieser Tatsache erscheint der Kauf neuer, massiv umweltschädlicher Kampfflugzeuge höchst fragwürdig. Auch weil diese sich in keinster Weise eignen, um dieser Gefahr zu begegnen. Kampfflugzeuge sind nicht nur teuer, sondern auch energieintensiver als jede andere Art von Objekten, die in unserem Luftraum fliegen. In einer einzigen Flugstunde verbraucht ein F/A-18 durchschnittlich 4850 Liter Kerosin, was zu einer Emission von 12,220 kg CO₂ führt.⁶ Die Umweltauswirkungen für eine Flugstunde mit einem F/A-18 sind vergleichbar mit den Emissionen einer Autofahrt von 100'000 Kilometern (also 2,5 Mal um den Erdball)⁷. Laut Claude Nicollier ist nicht zu erwarten, dass die Umweltauswirkungen neuer Flugzeuge geringer sind als diejenigen der derzeit in Betrieb befindlichen Flugzeuge.⁸

⁵ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/die-armee-muss-die-haelfte-ihrer-munition-entsorgen-der-wert-rund-17-milliarden-134747581> [13.09.19]

⁶ Interpellation 19.3293 von Priska Seiler Graf, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20193293>

⁷ <https://www.myclimate.org/de/> [23.10.19]

⁸ Claude Nicollier, Unabhängige Stellungnahme zum Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft», s. 16. Siehe: <https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/schutz-des-luftraumes.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/verteidigung/sicherheitluftraum/Unabhaengige-Stellungnahme-Expertenbericht-Nicollier-d.pdf.html>

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

2.1. 120'000 TONNEN CO₂ FÜR DIE LUFTWAFFE — PRO JAHR

Der Einsatz von Biokraftstoffen wird manchmal als Alternative zur Reduzierung des hohen Verbrauchs von fossilen Brennstoffen genannt. Obwohl in den letzten zehn Jahren zivile und militärische Tests durchgeführt wurden, ist die Verwendung von Biokraftstoff in der militärischen Luftfahrt mit zahlreichen Problemen behaftet und derzeit ohnehin noch reine Theorie. So ist es trotz der zögerlichen Erwähnung dieser Möglichkeit im Bericht des VBS-Energiekonzeptes 2020⁹ sicher, dass die Schweizer Kampffjets noch lange Zeit die CO₂-Bilanz der Schweizer Armee beeinflussen werden. Tatsächlich beläuft sie sich derzeit auf 230'000 bis 240'000 Tonnen CO₂ pro Jahr,¹⁰ was den Emissionen von allen gemeldeten Autos in der ganzen Stadt Zürich entspricht.¹¹ Die Hälfte davon wird allein von der Luftwaffe generiert,¹² wovon wiederum rund 70 Prozent ausschliesslich auf den Ausstoss durch Kampffjets zurückzuführen sind.¹³ Vom VBS wird erwartet, dass es seine CO₂-Emissionen bis 2035 um 35 Prozent reduziert. Mit neuen Kampffjets ist dieses Ziel kaum zu erreichen.¹⁴ Vielmehr ist zu erwarten, dass die neuen Kampffjets auf die VBS-Umweltbilanz in den kommenden Jahren einen negativen Einfluss haben werden. Während sich das VBS im Vordergrund für seine angeblichen Bemühungen im Bereich Umweltschutz feiert, werden die neuen Kampffjets zu einer jahrzehntelangen umweltpolitischen Hypothek.

2.2. KAMPFJETS SCHADEN DER UMWELT

Die Auswirkungen von Kampfflugzeugen auf die Umwelt sind umso grösser, je öfter sie eingesetzt werden. Gegenwärtig stellen Hochleistungskampffjets für die durchgeführten Missionen ein unverhältnismässiges Interventionsmittel dar. Im Jahr 2018 führte die Luftwaffe bei insgesamt 261 ihrer Einsätze nur 16 so genannte «Hot Missions» durch.¹⁵ In alle diesen Fällen – inklusive den «Hot Missions» – hätten auch leichte Kampfflugzeuge eingesetzt werden können, welche massiv weniger umweltschädlich wären. Trotz der Klimakrise wird die Überwachung unseres Luftraums jedoch in den meisten Fällen immer noch mit Flugzeugen durchgeführt, die im Verhältnis zu ihrem Nutzen einen unverhältnismässig grossen ökologischen Fußabdruck haben.

2.3. MASSIVE LÄRMBELASTUNG

Die durch Kampfflugzeuge verursachte Verschmutzung beschränkt sich aber nicht nur auf den CO₂-Ausstoss. Die Jets der Schweizer Armee verursachen auch Fluglärm, insbesondere wenn sie die Schallmauer durchbrechen. Diese zwar spektakulären, aber seltenen Vorfälle dürfen die annähernd permanente Lärmbelastung durch die rund 22'000 Flugbewegungen von Kampfflugzeugen pro Jahr¹⁶ für AnwohnerInnen, Tourismusregionen oder Naturschutzgebiete rund um Militärflugplätze nicht vergessen machen. Gemäss Claude Nicollier werden die Lärmemissionen neuer Flugzeuge nicht geringer sein als die Belastungen durch die sich

⁹ VBS Energiekonzept 2020, s. 26. Siehe: <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/umweltschutz/energie/energiekonzept-2020.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/raumundumwelt/energie/Energiekonzept-2020-d.pdf.html>

¹⁰ https://www.vbs.admin.ch/fr/themes/protection-environnement/energie/programme-energetique-2020.html#chiffres_cl_s, wie auch Interpellation 19.3326 von Martin Bäumle.

¹¹ Rechnung GSoA, siehe: https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Statistik/Publikationsdatenbank/jahrbuch/2017/pdf/JB_2017_kapitel_11.pdf / <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/klimawandel--fragen-und-antworten.html> / <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-gruene-armee/story/20792298>

¹² <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/umweltschutz/energie/energiekonzept-2020.html> [23.10.19]

¹³ Gemäss den Zahlen aus der Interpellation 19.3293 von Priska Seiler Graf.

¹⁴ <https://www.swissinfo.ch/fre/trains-de-mesures-de-la-conf%C3%A9d%C3%A9ration-pour-le-climat/45073508> [23.10.19]

¹⁵ <https://www.vbs.admin.ch/de/vbs/zahlen-fakten/armee.html>

¹⁶ Interpellation 17.3134 von Valérie Piller Carrard

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

derzeit in Betrieb befindlichen Kampffjets.¹⁷ Da die Flugbewegungen sich jedoch zunehmend auf die Flughäfen von Payerne, Meiringen und in geringerem Masse von Emmen konzentrieren, weckt dies die Befürchtung einer stärkeren Lärmbelastung in diesen Regionen. Aufgrund der mangelnden Transparenz des Projektes Air2030 ist die Quantifizierung der Lärmbelastung durch neue Kampffjets und deren Folgen für die lokale Bevölkerung nicht vorhersehbar.

- ➔ **Ein Kampffjet braucht 5000 Liter Kerosin pro Stunde – damit könnte ein normaler PKW 2,5 Mal um die Erde fahren.**
- ➔ **Die Schweizer Luftwaffe ist für den Austoss von jährlich ca. 120'000 Tonnen CO₂ verantwortlich.**
- ➔ **Die Fluglärmbelastung durch die neuen Jets ist immens.**

3. NEIN ZUM TRUMP-JET UND ANDERE MÄNGEL

Die Abstimmung über den Gripen im Jahr 2014 hat gezeigt, dass die Frage des Kampffjet-Typen relevant ist. Der Gripen E war ein noch nicht fertig entwickeltes Flugzeug, das auch im Jahr 2019 noch immer nicht voll flugfähig ist – wie der Rückzug von Saab aus der aktuellen Evaluation für ein neues Kampfflugzeug zeigte. Bei einer Abstimmung über einen Planungsbeschluss wäre aber im Vergleich zur Abstimmung über den Gripen der Kampffjet-Typ noch nicht bekannt. Dies ist erst recht problematisch, in Anbetracht dessen, dass auch dieses Mal Flugzeuge evaluiert werden, die grosse Mängel aufweisen. Zudem sprechen auch aussen- und sicherheitspolitische Aspekte gegen einen Kauf bei gewissen Herstellern.

Bei einem Ja der Stimmbevölkerung zu neuen Kampfflugzeugen stehen folgende Kampffjet-Typen zur Auswahl:

- F35-A von Lockheed Martin
- F/A-18 Super Hornet von Boeing
- Rafale von Dassault
- Eurofighter Typhoon von Airbus

Es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz ein US-amerikanisches Flugzeug beschafft. Angesichts der unberechenbaren Trump-Präsidentschaft ist dies sicherheitspolitisch nicht sinnvoll. Was, wenn der nationalistische Choleriker im Weissen Haus plötzlich beschliesst, gewissen Staaten die Nutzung von US-Kampffjets zu verbieten und aus der Ferne die Software deaktivieren zu lassen?

¹⁷ Claude Nicoller, Unabhängige Stellungnahme zum Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft», S. 16. Siehe: <https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/schutz-des-luftraumes.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/verteidigung/sicherheitluftraum/Unabhaengige-Stellungnahme-Expertenbericht-Nicollier-d.pdf.html>

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

3.1. MÄNGEL DER AKTUELL EVALUIERTEN KAMPFJETS

Beim **F-35A** sprechen verschiedene Gründe gegen einen Kauf. Wie zwei unabhängige Berichte von US-Aufsichtsbehörden aufzeigen, ist das Flugzeug noch nicht einsatzfähig. Die United States Government Accountability Office (vergleichbar mit der Eidgenössischen Finanzkontrolle) kam im April 2019 zum Schluss, dass die F-35-Kampffjets nur 27 Prozent der «Full Mission Capability» erreichen.¹⁸ Eine zweite Aufsichtsbehörde, die Project in Government Oversight, kam im Juni 2019 gar zum Schluss, dass von der 23 Flugzeuge umfassenden Testflotte gerade einmal 8,7 Prozent der Flugzeuge «voll einsatzfähig» waren.¹⁹ Daneben finden sich in Medienberichten zahlreiche weitere Probleme der F-35-Jets. So soll die Bordkanone nicht richtig funktionieren und das IT-System ALIS grosse Angriffsflächen bieten. Zu guter Letzt drohten zwei nicht namentlich genannte Teilnehmerländer des F-35-Programms mit einem Ausstieg aus der Kooperation mit den Amerikanern, sollte nicht gewährleistet werden können, dass der Abfluss geheimer Informationen kontrolliert werden kann.²⁰ Neben all diesen technischen Problemen sprechen auch wichtige sicherheitspolitische Gründe gegen den Kauf von F-35A Kampffjets. So wird die Herstellerfirma Lockheed Martin unter anderem von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wegen der Herstellung von international geächteten Waffen aus ihrem Anlageportfolio ausgeschlossen.²¹ Im Schweizerischen Kriegsmaterialgesetz heisst es gar, dass die direkte Finanzierung von verbotenen Kriegsmaterial illegal ist. Unter verbotenes Kriegsmaterial fallen nach Schweizer Recht auch Atomwaffen, in deren Produktion Lockheed Martin ebenfalls verwickelt wird. Wenn die Schweiz folglich für sechs Milliarden Franken Kampffjets bei Lockheed Martin kaufen würde, dann finanziert sie einen Konzern mit, der Atomwaffen und andere international geächtete Waffen produziert. Oder kurz: Die offizielle Schweiz würde einem Konzern sechs Milliarden Franken geben, von dem gewisse Geschäftsbereiche nach Schweizer Recht illegal sind.

Das gleiche Problem stellt sich beim **F/A-18 Super Hornet**. Auch der Hersteller dieser Kampffjets, der Boeing-Konzern, ist gemäss der Friedensnobelpreisträgerin ICAN in die Herstellung von Atomwaffen involviert²². Zudem stellt sich bei der Super Hornet die Frage, ob diese für die Schweiz nicht zu gross wäre und massive Investitionen in die Luftwaffen-Infrastruktur, wie zum Beispiel Hangars und Flugzeugpisten, nötig wären, damit dieser Kampffjet überhaupt eingesetzt werden kann.²³ Auch tauchen beim Super Hornet immer wieder technische Probleme bei der Sauerstoff-Versorgung der Piloten und mit dem Aufrechterhalten des nötigen Luftdrucks in der Kabine auf, die für den Tod mehrerer amerikanischer Piloten verantwortlich sein könnten.²⁴

Wie Spiegel-Recherchen gezeigt haben, traten auch beim **Eurofighter Typhoon** bereits grosse Probleme zu Tage. Von total 128 Flugzeugen der deutschen Luftwaffe waren im Jahr 2018 gerade einmal vier einsatzbereit.²⁵ Das Land, welches der Schweiz Eurofighter verkaufen will, hat also nicht einmal die eigene Flugzeugflotte im Griff. Zudem bleibt beim Airbus-Konzern

¹⁸ [gao.gov/assets/700/698693.pdf](https://www.gao.gov/assets/700/698693.pdf) [23.10.19]

¹⁹ <https://www.blick.ch/news/politik/kandidat-fuer-schweizer-luftwaffe-in-den-usa-umstritten-droht-dem-super-jet-f-35-das-grounding-id15470311.html> [23.10.19]

²⁰ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-maengel-des-tarnkappenjets-f35/story/24841825> [23.10.19]

²¹ <https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/schmutziges-bombengeschaeft-des-kampffjet-kandidaten-Id.1106834> [23.10.19]

²² https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf%20. [23.10.19]

²³ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Der-Super-Hornet-ist-fuer-die-Schweiz-schlicht-zu-gross/story/20126014> [23.10.19]

²⁴ <https://www.stripes.com/news/navy-4-f-a-18-pilot-deaths-could-be-tied-to-oxygen-system-failures-1.473811> [23.10.19]

²⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-luftwaffe-hat-nur-vier-kampfbereite-eurofighter-a-1205641.html> [23.10.19]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

immer der fahle Beigeschmack der Korruptionsaffäre in Österreich. Anfang der 2000er-Jahre hatte Österreich beschlossen, 15 neue Eurofighter zu kaufen. Bei der Beschaffung der neuen Jets flossen bis zu 100 Millionen Euro Schmiergeld– die Affäre ist auch heute noch nicht abschliessend geklärt.²⁶ Auf jeden Fall liess der ehemalige Verteidigungsminister von Österreich, Hans Peter Doskozil, gegenüber der SRF-Tagesschau verlauten: «Ich persönlich würde mit einem Rüstungskonzern, wo die [österreichische] Republik sagt: «Der hat uns betrogen», und der Verdacht nahe liegt, dass wir auch geschädigt worden sind, in dieser Causa kein zweites Mal in eine Geschäftsbeziehung treten.»²⁷

Auch beim **Rafale** bestehen technische Probleme, wie verschiedene Berichte zeigen. Ein Fehler im Computersystem habe beispielweise dazu geführt, dass der Raketenabwurf bei einem Einsatz in Syrien nicht richtig funktioniert habe.²⁸

3.2. DEMOKRATIE ERNST NEHMEN – DAS PANNEN-DEPARTEMENT MUSS KONTROLLIERT WERDEN

Am 18. Mai 2014 haben 53,4 % der Stimmenden die Gripen-Beschaffung abgelehnt. Seither suchen das VBS und bürgerliche PolitikerInnen nach Wegen, dieses klare Votum zu umgehen. Mit dem Planungsbeschluss über sechs Milliarden sollen die StimmbürgerInnen über die Beschaffung neuer Kampfjets abstimmen. Welche und wie viele Jets zu welchem Preis gekauft werden – darüber soll die Bevölkerung nichts zu sagen haben. Diesen Entscheid sollen wir den «Experten» aus VBS und Bundesamt für Rüstung armasuisse überlassen. Wohin das führen kann, hat sich beim Mirage-Skandal gezeigt. Was die Armee will, ist klar: Divisionär Bölsterli hat in der Allgemeinen Schweizer Militärzeitschrift bereits angekündigt, dass nur der F-35 gut genug sei für die Schweizer Luftwaffe.²⁹

Das VBS ist ein Pannendepartement. Die Skandale beim FIS-Heer oder bei der Duro-Beschaffung zeigen dies allzu deutlich. Darum ist es höchst gefährlich, mittels des Planungsbeschlusses dem VBS einen 24-Milliarden-Blankoscheck auszuteilen. Die Stimmbevölkerung würde seine Rolle als Kontrollinstanz verlieren, da vor der eigentlichen Evaluation der Kampfflugzeuge schon der Scheck ausgestellt wird.

Die Gripen-Abstimmung hat gezeigt, wie wichtig die Diskussion über den Kampfjet-Typ ist. Die Bevölkerung hat damals erkannt, dass der Gripen ein ungenügendes Flugzeug ist und mit ihrem NEIN die Schweiz vor einem finanz- und rüstungspolitischen Debakel bewahrt. Während dem Abstimmungskampf hatte das VBS versprochen, dass die neuen Gripen E im Jahr 2018 geliefert werden könnten. Der Rückzug des Gripen aus der aktuellen Evaluationsrunde zeigt nun, dass der Kampfjet auch im Jahr 2019 noch nicht einsatzfähig ist. Der Hersteller hätte den Liefertermin also nicht einhalten können – das haben nicht die «Experten» aus dem VBS erkannt, sondern die Bevölkerung. Bei der Abstimmung über einen intransparenten Planungsbeschluss wird dem Schweizer Souverän dessen ureigene Kontrollfunktion somit weggenommen. Die Bevölkerung soll nun den VBS-Experten Vertrauen schenken, die nur gerade vor fünf Jahren einen nicht flugfähigen Papierflieger beschaffen wollten.

²⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurofighter-Aff%C3%A4re> [23.10.19]

²⁷ <https://www.srf.ch/news/schweiz/tests-fuer-kampfjet-beschaffung-truempfe-und-altlasten-des-airbus-eurofighter> [23.10.19]

²⁸ <https://www.blick.ch/news/politik/luxusjet-f-35-sorgt-fuer-negativschlagzeilen-aber-nicht-nur-er-schweizer-kampfjet-kandidaten-machen-im-ausland-probleme-id15387757.html> [23.10.19]

²⁹ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/der-ferrari-unter-den-kampfjets-fuer-offiziere-ist-nur-der-tarnkappenbomber-gut-%20genug-132026488%20> [22.10.19]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

- ➔ Die Stimmbevölkerung verliert ihre Rolle als Kontrollinstanz von Bundesbern.
- ➔ Alle Kampfjet-Typen, welche aktuell evaluiert werden, weisen schwerwiegende Mängel auf.
- ➔ Es besteht ein unzulässiges Risiko, dass die Schweiz einen US-amerikanischen Trump-Kampfjet beschafft.

4. UNNÖTIGE BESCHAFFUNG

Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Luftwaffe auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger

F-5 sehr gut gerüstet. Österreich zum Beispiel ist als allianzfreies Land auch von der Grösse her mit der Schweiz vergleichbar. Der östliche Nachbar verfügt über gerade mal 15 Kampfjets. Irland – ebenfalls nicht NATO-Mitglied – verfügt über gar keine Kampfflugzeuge.

Laut VBS hat die Schweiz bis mindestens 2035 30 F/A-18 im Einsatz.³⁰ Diese sind für die Erfüllung des luftpolizeilichen Auftrags bestens ausgestattet: Sie wurden 2008 für 404 Millionen Franken modernisiert. Zudem wollen Bundes- und Ständerat sie bis 2020 nochmals für 450 Millionen Franken auf den neusten Stand der Technikbringen.

Als Ersatz für die F/A-18 und die Aufrechterhaltung von luftpolizeilichen Aufgaben würden acht bis zwölf leichte Kampfjets, die zwischen zehn und 25 Millionen Franken pro Stück kosten,³¹ ausreichen. Leichte Kampfjets, wie beispielweise die südkoreanische KAI T-50 Golden Eagle, sind im Gegensatz zu den zur Auswahl stehenden Hochleistungskampfjets viel besser auf die Bedürfnisse der Schweiz ausgerichtet. So eignen sie sich für Training und Luftpolizei, können auch bewaffnet werden (für Luft/Luft-Einsätze) und erreichen die erforderlichen Geschwindigkeiten, um beispielsweise Passagierflugzeuge begleiten zu können.

4.1. LUFTPOLIZEIDIENST GEWÄHRLEISTET

Unter den Begriff der Luftpolizei fallen hauptsächlich folgende Aufgaben: Luftverkehrspolizei, Überprüfung nicht identifizierter Flugzeuge, sowie Einsätze bei Flugzeugentführungen mit terroristischem Hintergrund. Auch ohne neue Kampfflugzeuge kann die Luftwaffe alle diese Aufgaben ohne Probleme erfüllen. Wenn die aktuelle F/A-18-Flotte an ihr Lebensende kommt, könnten für maximal 300 Millionen Franken acht bis zwölf neue leichte Kampfjets beschafft werden, um die Luftpolizei sicherzustellen.

Situationen, in denen die Regeln des Flugverkehrs missachtet werden oder in einem Flugzeug das Funkgerät ausfällt, kommen in der Schweiz etwa einmal pro Monat vor. In diesen

³⁰ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/fa18-koennten-bis-2035-fliegen/story/25008530> [30.04.18]

³¹ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/18-443_planungsbeschluss-luftraum_sp_1.pdf [23.10.19]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

Situationen ist eine rasche Intervention der Luftpolizei unerlässlich. Eine ähnliche Aufgabe ist die Überprüfung von nicht identifizierten Flugzeugen, sowie das Eskortieren von ausländischen Staatsmaschinen. Solche Einsätze führt die Luftpolizei mehrmals pro Woche durch.

Im Falle eines Konfliktes zwischen anderen Staaten kommt der Luftpolizei eine besondere Aufgabe zu, da die Schweiz als neutrales Land dafür sorgen müsste, dass keine Kriegspartei den Schweizer Luftraum betritt. Während des Irakkriegs oder im Zweiten Weltkrieg hat sich aber gezeigt, dass eine Luftwaffe wenig nützt, wenn der Bundesrat nicht willens ist, das Flugverbot gegen die Kriegsparteien auch tatsächlich durchzusetzen.

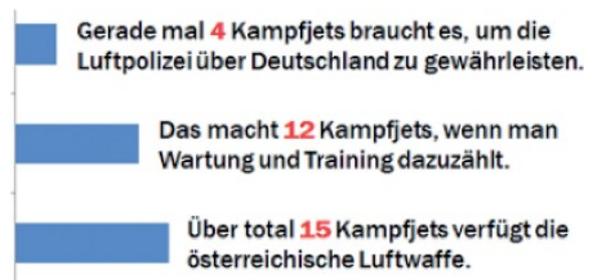
Dank den technischen Updates der F/A-18 ist der Luftpolizeidienst in der Schweiz gewährleistet – zukünftig 24 Stunden am Tag. Bundesrat Ueli Maurer hatte vor der Gripen-Abstimmung noch behauptet, dass dies ohne den Gripen gar nicht möglich sein werde.³²

4.2. ZWÖLF LEICHTE KAMPFJETS SIND GENUG

Mit dem Rüstungsprogramm 2017 haben Bundesrat und Parlament dafür gesorgt, dass die 30 F/A-18 sicher bis mindestens 2035 voll einsatzfähig sind. Damit verfügt die Schweiz über fast drei Mal so viele Jets, wie für den Luftpolizeidienst nötig wären.

Um in der Schweiz eine Luftpolizei zu unterhalten, reichen zwölf Jets. Das sagt auch der Bundesrat. In einer Antwort auf eine Interpellation des früheren GLP-Nationalrates Roland Fischer schreibt er folgendes: «Grundsätzlich genügen zwei Flugzeuge für einen verstärkten Luftpolizeidienst in der normalen Lage (Beispiel Konferenzschutz WEF).»³³ Zwei Flugzeuge in der Luft bedeutet,

dass zwei weitere am Boden einsatzbereit sein müssen. Zudem kann man davon ausgehen, dass es in diesem Fall noch zwei Flugzeuge für Trainingseinheiten braucht und weitere zwei, welche sich in der Wartung befinden. Total wären dies also sogar nur acht Flugzeuge. Falls nun zeitgleich mit dem WEF eine weitere internationale Konferenz in Genf stattfinden würde, bräuchte es aber weitere zwei Flugzeuge in der Luft und zwei am Boden. Für den äusserst aussergewöhnlichen Fall eines solchen verstärkten Luftpolizeieinsatzes braucht es also maximal zwölf Flugzeuge.



In Deutschland sind es gerade einmal vier Flugzeuge, welche für die Sicherheit des Luftverkehrs sorgen.³⁴ Österreich hat momentan insgesamt 15 Kampfjets im Einsatz, was auf ähnliche

³² <https://www.oltnerntagblatt.ch/schweiz/ueli-maurer-droht-ohne-gripen-gibt-es-keine-24-stunden-bereitschaft-127809103> [29.04.18]

³³ Interpellation 13.4099 von GLP-Nationalrat Roland Fischer, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20134099> [23.10.19]

³⁴ «Sobald zu einem Flugzeug längere Zeit kein Funkkontakt hergestellt werden konnte, oder es seine geplante Flugroute verlassen hat, steigen zwei Kampfjets vom Typ Eurofighter in die Luft, um die Lage aufzuklären. [...] Eine der «Quick Reaction Alert»-Alarmrotten ist im Herzen Bayerns beim Taktischen Luftwaffengeschwader 74 in Neuburg stationiert. [...] Eine zweite ist in Wittmund stationiert – zusammen sichern sie den Luftraum Deutschlands. An den Standorten Wittmund und Neuburg befinden sich sogenannte Alarmrotten, bestehend aus je zwei Abfangjägern des Typs Eurofighter, [...]» (Website der deutschen Bundeswehr: https://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/serv!/ut/p/z1/hY5fC4lwFMW_kXcONPfosEL8U2Ro20sMHwYJmNJD334FoFvOn04cO_53cMBDhfgSsxDL-ygIRjdznh4pVF-zjHBOK9JgIK_yAJCKKYEQQ3NP4Q7G61MjKDqJDCXsVnJiA9FABVw4Hcxi5c3aWNHaT3RfjsCuwnVjfKo2_h3cGAnvVYrxzi1UtnBaW-E1Wb5bp_GOMcbOmDITygKI07-O27224wF2E9SeoLpsYvKMuq_BfK1Ng!!/dz/d5/L2dBISevZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922LV9D01MK599BAOM5) [23.10.19]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

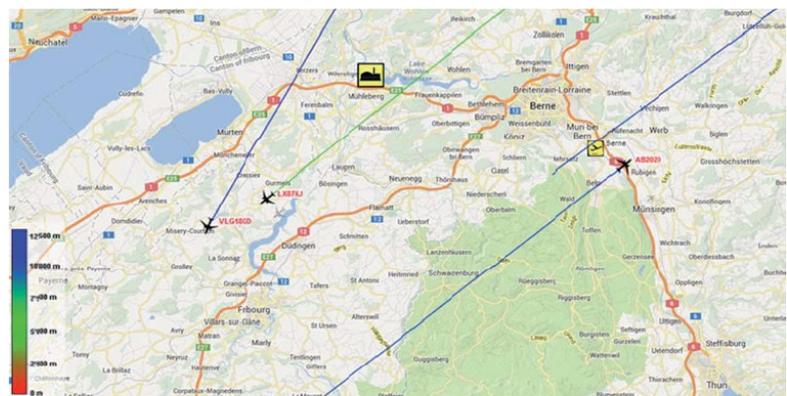
Überlegungen zurückgeht.³⁵ Die Schweiz braucht daher weder 77, noch 40, sondern nur zwölf Kampfjets. Jeder zusätzliche Kauf zu den bestehenden 30 F/A-18 wäre ein unnötiger Luxus.

4.3. BEI ENTFÜHRUNGEN KANN DIE LUFTWAFFE NICHTS AUSRICHTEN

Die theoretische dritte Art von Luftpolizei-Einsätzen betrifft entführte Flugzeuge, die als Terrorinstrument benutzt werden (im Fachjargon «Renegade-Fall» genannt). Bis heute gibt es nur ein einziges Grossereignis, bei dem Terroristen mit Flugzeugen einen Anschlag verübt haben: Am 11. September 2001 in den USA.

Dieses beispiellose Verbrechen hat gezeigt, dass selbst die stärkste Luftwaffe der Welt machtlos ist, wenn es Terroristen gelingt, ein Verkehrsflugzeug in ihre Gewalt zu bringen: Zwischen dem Zeitpunkt, an dem die Flugsicherung die Entführungen erkannt hatte, und dem Anschlag selbst vergingen nur wenige Minuten. Die Luftwaffe hatte nicht die geringste Möglichkeit, den Anschlag zu verhindern.

Mit Kampfflugzeugen einen Terroranschlag verhindern zu wollen, ist absurd. Auf der Karte rechts ist die Flugroute einer A320 der Swiss dargestellt, die das AKW Mühleberg in einer Höhe von 5000 Metern überfliegt (LX87KJ, in grün). Würde die Maschine entführt, dauerte es vom Abweichen von der Flugroute bis zum Einschlag im Atomkraftwerk weniger als eine Minute. Selbst in einem optimistischen Szenario würde die Zeit nicht reichen, um die entführte Maschine abzufangen. Noch schwieriger ist die Situation in der Nähe von Städten. Mehrere An- und Abflugrouten zu Flughäfen kreuzen Städte wie Bern und Zürich. Ein Abschuss eines Passagierjets über einer Stadt würde zusätzlich deren BewohnerInnen in Gefahr bringen. Damit Anschläge mit Passagiermaschinen verhindert werden können, müssen am Boden geeignete Massnahmen zur Verhinderung einer Entführung ergriffen werden.



Screenshot von radar.zhaw.ch.

4.4. EIN KONVENTIONELLER LUFTKRIEG IST UNREALISTISCH

Das einzige – aber absolut unrealistische – Szenario, welches mehr als zwölf Kampfjets erfordern würde, wäre ein konventioneller Luftkrieg. Einen eigentlichen Luftkrieg über der Schweiz hält aber selbst das VBS nicht für realistisch.³⁶ Sollte zudem ein Feind, die von NATO-Mitgliedern umringte Schweiz angreifen, wäre dies wegen des NATO-Bündnisfalles entweder die NATO selbst oder eine Militärmacht ausserhalb der NATO, welche diese bereits besiegt

³⁵ [https://de.wikipedia.org/wiki/Luftstreitkr%C3%A4fte_\(Bundesheer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Luftstreitkr%C3%A4fte_(Bundesheer)) [23.10.19]

³⁶ Der aktuelle Sicherheitspolitische Bericht 2016 hält fest: «Insgesamt lässt sich sagen, dass eine direkte Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff auf die Schweiz – ob im herkömmlichen Sinne oder in unkonventioneller Form – für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich ist. Es sind keine Staaten oder Gruppierungen erkennbar, die sowohl über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, die Schweiz mit militärischen Mitteln anzugreifen, als auch entsprechende Absichten hegen.» (Sicherheitspolitischer Bericht 2016, S. 35: <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/sicherheitspolitik/sicherheitspolitische-berichte/sicherheitspolitischer-bericht-2016.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/sicherheitspolitik/sipolb2016/SIPOL-B-2016-de.pdf.html>) [29.04.18]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

hätte. In beiden Fällen wäre die Schweiz militärisch hoffnungslos unterlegen, egal wie viele Jets sie besitzt.

- ➔ **Luftkrieg in Europa ist unrealistisch.**
- ➔ **DerLuftpolizeidienstistmitdenheutigenJets bis mindestens 2035 gewährleistet.**
- ➔ **FürdenLuftpolizeidienstbrauchtesnur 12 leichte Kampfflugzeuge.**

5. OFFSET-GESCHÄFTE FÜHREN DAS SICHERHEITS-ARGUMENT AD ABSURDUM

Bei den so genannten Offset-Geschäften gab es in den letzten Jahren ein regelrechtes Hickack. Zuerst verkündete Bundesrat Parmelin, gänzlich auf Offset-Geschäfte zu verzichten.³⁷ Kurze Zeit später wurde er vom Gesamtbundesrat zurückgepfiffen, worauf wieder Offsets im Umfang von 100 Prozent vorgeschlagenen wurden. Als Viola Amherd das VBS übernahm, machte sie zusammen mit dem Gesamtbundesrat den sinnvollen Vorschlag einer Reduktion der Offset-Geschäfte auf 60 Prozent.³⁸ Das passte der Industrie jedoch gar nicht, worauf sich der Ständerat nach intensivem Lobbying wieder für Offset-Geschäfte im Umfang von 100 Prozent aussprach.³⁹ Am Schluss einigten sich die beiden Parlamentskammern wieder auf 60 Prozent Offset-Geschäfte. Dies bedeutet, dass der Hersteller von denjenigen Kampffjets, die bei einem JA der Bevölkerung gekauft würden, 60 Prozent des Vertragswertes – also 3,6 Milliarden Franken – mit der Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren muss. Vereinfacht gesagt: Eine Industriesubvention mit der Giesskanne, finanziert durch Steuergelder. Der Entscheid für 60 Prozent-Offsetgeschäfte offenbart vor allem auch eines: Den PolitikerInnen aus SVP, FDP und CVP geht es anscheinend nicht wirklich um die angeblich sicherheitspolitische Notwendigkeit von Kampffjets. Untersuchungen zeigen nämlich, dass Offset-Geschäfte dazu führen, dass der Preis pro Kampffjet steigt.⁴⁰ Auch der langjähriger Chef von den Pilatus Flugzeugwerken, Oskar Schwenk, hat in einem Interview diese Geschäfte als nutzlos bezeichnet. Gemäss Schwenk machen solche Geschäfte eine Beschaffung um 15 bis 20% teurer – bei der Kampffjetbeschaffung mit 60 Prozent Offset wären dies Zusatzkosten von geschätzt einer halben Milliarde Franken.⁴¹ Wenn die rechtsbürgerliche Mehrheit sich also für Offset-Geschäfte ausspricht, nimmt sie in Kauf, dass mit dem vorgegebenen Kostenrahmen von sechs Milliarden Franken weniger Kampffjets gekauft werden könnten – da diese pro Stück gerechnet teurer würden. Während die gleichen PolitikerInnen betonen, dass die Schweiz für den Verteidigungsfall eine ausreichend grosse Kampffjet-Flotte benötigt, sorgen sie mit ihren Entscheidungen dafür, dass mit den vorgegebenen sechs Milliarden Franken nicht die maximal mögliche Anzahl von neuen Kampffjets beschafft werden kann.

³⁷ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/vbs-chef-parmelin-sticht-beim-kampffjet-kauf-ins-wespennest-130779168> [23.10.19]

³⁸ <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/bundesrat-veraergert-industrie-viola-amherd-gegengeschaefte-vertueern-kampffjets> [23.10.19]

³⁹ <https://www.luzernerzeitung.ch/newsticker/schweiz/kampffjets-der-staenderat-will-eine-offset-offensive-ld.1154800> [23.10.19]

⁴⁰ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/56767.pdf> [23.10.19]

⁴¹ <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/pilatus-prasident-schwenk-kampffjets-konnten-eine-milliarde-billiger-sein> [23.10.19]

NEIN ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

- ➔ Offset-Geschäfte verteuern die Kampfjetbeschaffung
- ➔ Offsets bedeuten Industriepolitik mit der Giesskanne
— finanziert durch Steuergelder
- ➔ Das Argument der sicherheitspolitischen
Notwendigkeit wird ab absurdum geführt

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT !

- Un immense gaspillage d'argent
- Une acquisition inutile
- Une catastrophe écologique



CONTENU

1. UN CHÈQUE EN BLANC DE 24 MILLIARDS.....	3
1.1. DEUX À TROIS FOIS PLUS CHER QUE L'ACHAT DES GRIPEN REFUSÉ PAR LA POPULATION	4
1.2. UN ACHAT BIEN TROP HÂTIF	4
1.3. DE L'ARGENT QUI MANQUE AILLEURS	4
2. UN IMPACT ENVIRONNEMENTAL CATASTROPHIQUE	5
2.1. 120'000 TONNES DE CO2 ÉMIS PAR L'ARMÉE DE L'AIR, ANUELLEMENT.....	5
2.2. LES AVIONS DE COMBAT NUISENT À L'ENVIRONNEMENT	6
2.3. UNE POLLUTION SONORE MASSIVE	6
3. NON AU TRUMP-JET ET AUTRES DÉFAILLANCES.....	7
3.1. DÉFAILLANCES DES AVIONS DE COMBAT ACTUELLEMENT ÉVALUÉS.....	7
3.2. PRENDRE AU SÉRIEUX LA DÉMOCRATIE : LE DÉPARTEMENT DES PANNES DOIT ÊTRE CONTRÔLÉ.....	8
4. UNE ACQUISITION INUTILE.....	9
4.1. LA MISSION DE POLICE DU CIEL.....	10
4.2. DOUZE AVIONS DE COMBAT LÉGERS SUFFISENT.....	10
4.3. EN CAS DE DÉTOURNEMENT D'AVIONS DE LIGNE, L'ARMÉE DE L'AIR EST DÉMUNIE.....	11
4.4. UNE GUERRE AÉRIENNE CONVENTIONNELLE N'EST PAS RÉALISTE	12
5. LES AFFAIRES COMPENSATOIRES RENDENT ABSURDE L'ARGUMENT DE LA SECURITÉ.....	12

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

En 2014, la population a refusé de manière claire l'achat de nouveaux avions de combat pour 3,1 milliards de francs. Aujourd'hui, le lobby de l'armement fait à nouveau pression pour acquérir de nouveaux avions de combat. Le Conseil fédéral a présenté son plan définitif en mai 2019. Ainsi, il souhaite acheter des nouveaux avions de combat pour un montant de **6 milliards de francs**. **S'ajoutent à cela 2 milliards de francs** pour un système de défense sol-air (Bodluf) **et 7 milliards de francs** pour des systèmes d'armement terrestres. En somme, il est prévu d'investir 15 milliards de francs pour le réarmement dans les prochaines années, ce qui en fait le projet d'armement le plus cher de l'histoire suisse. Tout cela ne reste bien entendu pas sans impact sur le budget de la Confédération. Ainsi, le budget de l'armée, qui se monte actuellement à 5 milliards de francs par an, devrait être augmenté de 1,4 % par an. On peut donc prévoir que le budget de l'armée atteindra les 6 milliards de francs par an au début des années 2030, alors même que des mesures d'économies sont mises en oeuvre partout ailleurs. Alors que le Conseil fédéral a soumis l'achat des nouveaux avions de combat sous la forme d'un arrêté de planification, les autres dépenses ne seront discutées qu'au Parlement. Toutefois, même pour les avions de combat, la population ne pourra pas se prononcer sur l'ensemble de la question. En effet, les votant-e-s ne pourront ni s'exprimer sur le nombre d'avions de combat ni sur le type d'avions ni sur les coûts concrets qu'impliquera l'achat des nouveaux avions de combat. L'achat des nouveaux avions de combat est donc un chèque en blanc pour le DDPS à hauteur de 6'000'000'000 de francs et même de 24'000'000'000 de francs si l'on prend en compte l'ensemble des coûts durant toute la durée de vie des avions de combat.

Les pages qui suivent vous donnent un aperçu des raisons pour lesquelles un NON à l'achat de nouveaux avions de combat est une nécessité.

1. UN CHÈQUE EN BLANC DE 24 MILLIARDS

La population votera sur un arrêté de planification portant sur un cadre de dépenses de 6 milliards de francs. Ce chiffre n'est que partiellement correct. En effet, les nouveaux avions de combat coûteront 24'000'000'000 (24 milliards) de francs sur l'ensemble de leur durée d'utilisation. Peut-être même plus, si les besoins en termes de capacités d'entretien et de mise à jour ne sont pas déterminés correctement au moment de l'acquisition.¹ La fondation Lilienberg Unternehmerforum estime que les coûts de l'achat des nouveaux avions de combat ne correspondent qu'à 25% des coûts durant l'ensemble de la durée de vie des avions. Concrètement, les coûts impliqués par l'achat des nouveaux avions de combat et donc les coûts pour les contribuables se décomposent de la manière suivante :

- 25% coûts d'achat
- 25% carburant
- 25% entretien
- 25% mises à jour et accroissement de la valeur de combative

En tout, comme déjà mentionné, cela revient à des coûts totaux de 24 milliards de francs sur l'ensemble de la durée de vie des avions de combat. Si l'on suppose que les avions de combat de haute performance ont une durée de vie de 40 ans, ils coûteront 600 millions de francs par année aux contribuables et ce, jusqu'en 2070.

¹ Herausforderung neues Kampfflugzeug für die Schweiz, Positionspapier der Stiftung Lilienberg, S. 8.

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

1.1. DEUX À TROIS FOIS PLUS CHER QUE L'ACHAT DES GRIPEN REFUSÉ PAR LA POPULATION

En 2014, la population a refusé de manière claire l'achat de nouveaux avions de combat pour un montant de 3,1 milliards de francs. Les Gripen auraient coûté plus de dix milliards au contribuable durant l'ensemble de leur durée de vie. Le projet actuel coûtera 24 milliards. De ce fait, les nouveaux avions de combat seront deux à trois fois plus chers que ne l'auraient été les Gripen.

En plus de l'achat de nouveaux avions de combat, l'armée investira sept milliards de francs entre 2023 et 2032 pour des systèmes d'armement terrestre tels que des tanks ou de l'artillerie et 2 milliards pour des systèmes de défense sol-air. En conséquence, le budget de l'armée connaîtra une croissance de 1,4 % par année. Or, comme le budget de la Confédération est limité, une augmentation des dépenses dans un département aura nécessairement pour conséquence des coupes budgétaires dans les autres départements.

Si le Parlement ne pose aucune limite aux souhaits du DDPS, l'argent manquera ailleurs. La pression aux économies restera élevée au niveaux fédéral, cantonal et communal. En souffriront les domaines qui jouent un rôle dans le quotidien de la population suisse, tels que l'éducation, la santé, la sécurité publique, la culture ou encore les assurances sociales. Dépenser cet argent pour des avions de combat inutiles est totalement irresponsable.

Selon l'étude sur la sécurité 2019 de l'EPFZ, 83 % des Suissesses et des Suisses estiment que la Suisse dépense juste ce qu'il faut ou trop d'argent pour l'armée. Seuls 13 % sont pour davantage d'armement.² Il est donc clair que la population s'oppose à davantage d'armement dans le cadre de scénarios de guerre conventionnels, ce que le NON au Gripen a également montré. Or, c'est exactement un tel réarmement qui est visé avec le projet d'achat de nouveaux avions de combat.

1.2. UN ACHAT BIEN TROP HÂTIF

Depuis le non aux Gripen, au lieu d'analyser les besoins de manière réaliste, le DDPS essaie de lancer le plus possible de projets d'acquisition d'armements afin que les crédits subsistants ne retournent dans les caisses dans la Confédération. En conséquence, depuis 2014, le DDPS a décidé de programmes d'armement pour plus de 6,1 milliards de francs.³ Pour le DDPS, il s'agissait davantage d'être capable s'accaparer une part importante des ressources étatiques que de répondre à des besoin réels. Cet état de fait est parfaitement illustré par la mise à jour luxueuse des camions Duro⁴ ou par l'achat inutile de munitions, menant au fait que désormais des munitions d'une valeur de 3,4 milliards de francs sont stockées alors même que la moitié d'entre elles devra être détruite durant les 15 prochaines années⁵. Une telle manière de procéder est irresponsable du point de vue de la politique financière.

1.3. DE L'ARGENT QUI MANQUE AILLEURS

En même temps, l'ancien chef du DDPS Ueli Maurer prévoit d'économiser un milliard de francs par an entre 2017 et 2019, c'est-à-dire à peu près autant que ce que le DDPS a dépensé annuellement pour ses programmes d'armement. Et l'armée n'a pas besoin d'avoir peur d'être touchée par les programmes d'économies. L'alliance bourgeoise composée de l'UDC, du PLR et

² https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/de/publications/sicherheit/details.html?id=/s/i/c/h/sicherheit_2019 [23.10.19]

³ Rüstungsprogramm 2014: 771 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2015: 542 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2015+: 874 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2016: 1341 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2017: 900 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2018: 848 Millionen [29.04.18]; Rüstungsprogramm 2019: 861 Millionen [13.09.19]

⁴ <https://www.blick.ch/news/politik/reparatur-kostet-mehr-als-neuanschaffung-warum-ist-ihre-armeewerkstatt-so-teuer-herr-blattmann-id4012021.html> [29.04.18]

⁵ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/die-armee-muss-die-haelfte-ihrer-munition-entsorgen-der-wert-rund-17-milliarden-134747581> [13.09.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

du PDC veille à ce que l'argent prévu pour l'armement demeure intouchable. Ainsi, le Parlement a exclu l'armée de tout programme d'économies en votant un cadre de dépenses de 20 milliards pour les quatre prochaines années.

En revanche, les politicien·ne·s bourgeois·e·s ont la sécurité sociale dans leur viseur. Ils·elles coupent bien plus volontiers dans les subsides aux primes d'assurance-maladie ou dans l'aide au développement. Alors que les primes d'assurance maladie coûtent chaque année plus cher aux contribuables, le parlement dépense des milliards pour des programmes d'armement luxueux et inutiles et met ainsi notre avenir en danger. En effet, cet argent manquera en définitive pour les investissements pour les générations futures ou pour la protection de l'environnement.

- ➔ **L'arrêté de planification est un chèque en blanc de 24 milliards**
- ➔ **L'achat des nouveaux avions de combat va mener à de nouvelles coupes budgétaires dans la formation et le social, menaçant ainsi notre avenir**

2. UN IMPACT ENVIRONNEMENTAL CATASTROPHIQUE

Alors qu'aujourd'hui le changement climatique constitue, sans aucun doute, la plus grande menace pour l'humanité, l'achat d'avions de combat hautement nuisibles pour l'environnement pose un sérieux problème. Par ailleurs, ceux-ci ne nous aident aucunement à faire face à cette menace. Les avions de combat ne sont pas seulement plus chers mais aussi plus énergivores que les autres objets qui parcourent notre espace aérien. En une seule heure de vol, un F-A/18 consomme 4850 litres de kérosène en moyenne ce qui mène à des émissions de 12'220kg de CO₂.⁶ L'impact sur l'environnement d'une heure de vol avec un F-A/18 est comparable au transport de 230 passagers par un avion de ligne biréacteur durant une heure⁷, fret inclus ou aux émissions engendrées par une voiture (4l/100km) sur 100'000 kilomètres (soit 2,5 fois le tour de la planète)⁸. Selon Claude Nicollier, « ces avions auront un niveau de signature énergétique comparable à ceux que nous engageons aujourd'hui ».⁹

2.1. 120'000 TONNES DE CO2 ÉMIS PAR L'ARMÉE DE L'AIR, ANUELLEMENT

Le recours aux biocarburants est parfois mentionné comme alternative à la réduction de la consommation de carburants fossiles. Même si des tests civils et militaires ont été effectués durant les dix dernières années, la question de l'utilisation de biocarburants dans l'aviation militaire n'est pas encore complètement réglée. Toutefois, il est clair que malgré la mention de cette possibilité dans le rapport du programme d'énergétique DDPS 2020¹⁰, les avions de combat vont encore longtemps impacter le bilan carbone de l'armée suisse. En effet, celui-ci est actuellement situé entre 230'000 et 240'000 tonnes de CO₂ par an, ce qui correspond aux

⁶ Interpellation 19.3293, Seiler Graf.

⁷ Office fédérale de l'aviation civile OFAC, Les émissions de CO₂ du transport aérien, Notions de base et chiffres, COO.2207.111.2.4292514. Les 4850 litres de kérosène consommés par un F-A/18 en une heure de vol émettent 12'220 Kg CO₂, alors que les émissions de CO₂ par passager d'un avion de ligne civil biréacteurs s'élèvent à 52,7 Kg par heure de vol.

⁸ <https://www.myclimate.org/fr/>

⁹ Nicollier, C., Avis indépendant sur le rapport du groupe d'experts « Avenir de la défense aérienne », p. 17.

¹⁰ Programme énergétique DDPS 2020, 2013, p. 26.

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

émissions de l'ensemble des voitures enregistrées en ville de Zurich.¹¹ La moitié provient de l'armée de l'air¹² et 70 % de cette part sont imputables aux seuls avions de combats.¹³ Alors qu'il est attendu du DDPS qu'il réduise ses émissions de CO₂ de 35 % d'ici à 2035. Avec des nouveaux avions de combat, il sera bien difficile d'atteindre cet objectif¹⁴. On peut clairement s'attendre à ce que les nouveaux avions de combat aient une influence négative sur le bilan environnemental du DDPS dans les années à venir. Alors que le DDPS se réjouit avec grand bruit de ses prétendus efforts en matière de protection de l'environnement, les nouveaux avions de combat se transforment en décennies d'hypothèques environnementales.

2.2. LES AVIONS DE COMBAT NUISENT À L'ENVIRONNEMENT

Les effets des avions de combat sur l'environnement sont d'autant plus grands, s'ils sont beaucoup utilisés. Or, pour l'immense majorité des missions accomplies, les avions de combat sont un moyen d'intervention totalement disproportionné. En 2018, l'armée de l'air n'a mené que 16 « Hot Missions » parmi les 261 interventions effectuées en tout.¹⁵ Dans tous ces cas, y compris lors des « Hot Missions », des avions de combat légers auraient pu être utilisés. Malgré la crise climatique, la surveillance de notre espace aérien continuera d'être effectuée par des avions dont l'empreinte écologique est totalement disproportionnée par rapport à leur utilité.

2.3. UNE POLLUTION SONORE MASSIVE

La pollution engendrée par les avions de combat ne se limite aux émissions de CO₂. Les avions de l'armée suisse sont également souvent thématiques à cause du bruit spécifique qu'ils produisent en brisant le mur du son. Ces événements spectaculaires mais rares ne doivent pas éclipser la nuisance sonore engendrée par les quelque 22'000 vols annuels des avions de combat¹⁶ dont souffrent les habitant·e·s, les régions touristiques et les zones naturelles protégées, se trouvant à proximité d'aérodromes militaires. Selon Claude Nicollier les émissions sonores ne seront pas inférieures à celles produites par les avions de combat actuellement en service.¹⁷ Mais comme ce problème se concentre surtout autour des aérodromes de Payerne, Meiringen et dans une moindre mesure, Emmen, cela laisse craindre une plus forte accumulation des nuisances sonores dans ces régions. Toutefois, étant donné que le projet Air2030 manque de transparence, la quantification de ces nuisances sonores engendrées par les avions de combat et leurs conséquences sur la population locale reste difficile à établir.

- ➔ **Un avion de combat consomme 5000 litres de kérosène par heure. Avec autant de carburant, une voiture normale pourrait faire 2,5 fois le tour de la Terre.**
- ➔ **L'armée de l'air suisse est responsable de l'émission de 120'000 tonnes de CO₂ par année.**
- ➔ **Les nuisances sonores des nouveaux avions de combat n'ont pas été révélées.**

¹¹ Calculation GSsA

¹² https://www.vbs.admin.ch/fr/themes/protection-environnement/energie/programme-energetique-2020.html#chiffres_cl_s

¹³ Selon les chiffres fournis dans l'interpellation 19.3293, Priska Seiler Graf.

¹⁴ <https://www.swissinfo.ch/fre/trains-de-mesures-de-la-conf%C3%A9d%C3%A9ration-pour-le-climat/45073508>

¹⁵ <https://www.vbs.admin.ch/fr/ddps/faits-chiffres/armee.html>

¹⁶ Réponse à l'interpellation 17.3134, Piller Carrard

¹⁷ Nicollier, C., Avis indépendant sur le rapport du groupe d'experts « Avenir de la défense aérienne », p. 17.

3. NON AU TRUMP-JET ET AUTRES DÉFAILLANCES

La votation sur le Gripen en 2014 a démontré que la question du type d'avions est pertinente. Le Gripen E était un avion dont le développement n'était pas terminé à l'époque, et qui ne l'est toujours pas aujourd'hui, d'où le retrait de Saab de la phase d'évaluation actuelle en vue de l'achat des nouveaux avions de combat. Toutefois, avec un arrêté de planification, le type d'avion ne sera pas encore connu au moment de la votation contrairement à ce qui s'était passé avec le Gripen. Or, cette fois encore, des avions sont évalués alors qu'il présentent d'importantes défaillances et/ou que des aspects relatifs à la politique de sécurité/extérieure plaident contre un achat auprès de certains producteurs.

Si la population dit OUI à l'achat de nouveaux avions de combats, les types d'avions de combat suivants pourraient être choisis :

- F35-A de Lockheed Martin
- F/A-18 Super Hornet de Boeing
- Rafale de Dassault
- Eurofighter Typhoon d'Airbus

Il est fortement probable que la Suisse opte pour un avion de combat étasunien. Au vu de la présidence imprévisible de Trump, cela n'est pas raisonnable d'un point de vue de politique de sécurité. Que se passerait-il si ce nationaliste colérique décidait soudainement d'interdire à certains Etats d'utiliser des avions de combat étasuniens et de faire désactiver le logiciel à distance ?

3.1. DÉFAILLANCES DES AVIONS DE COMBAT ACTUELLEMENT ÉVALUÉS

En ce qui concerne le **F-35A**, plusieurs éléments plaident contre leur achat. Deux rapports indépendants d'autorités de contrôle américaines mettent en évidence que l'avion n'est pas encore opérationnel. La United States Government Accountability Office (comparable avec le contrôle fédéral des finances) est arrivée à la conclusion en avril 2019 que seuls 27 % des avions de combat F-35A atteignent une «Full Mission Capability». ¹⁸ Une deuxième autorité de contrôle, la Project in Government Oversight, est quant à elle arrivée à la conclusion en juin 2019, que seuls 8,7 % des 23 avions de test étaient « totalement opérationnels ». ¹⁹ De plus, les médias rapportent de nombreux autres problèmes quant aux avions F-35. Ainsi, le canon aérien ne fonctionnerait pas correctement et le système informatique ALIS présenterait d'importantes vulnérabilités face à d'éventuelles attaques. Enfin, deux pays membres du programme F-35 ont menacé de mettre fin à leur coopération avec les étasuniens, si le contrôle de la fuite d'informations secrètes ne peut pas être garanti. ²⁰ En plus de tous ces problèmes techniques, des raisons importantes relatives à la politique de sécurité plaident contre l'achat des F-35A. Ainsi, l'entreprise productrice de ces avions de combat, Lockheed Martin, est notamment exclue du portfolio de placements de la Banque nationale suisse (BNS) parce qu'elle produit des armes proscrites internationalement. ²¹ La loi fédérale sur le matériel de guerre prévoit que le financement direct de matériel de guerre proscrit est illégal. En droit suisse, le matériel de guerre proscrit comprend les armements nucléaires, dans le domaine desquels Lockheed Martin est actif. Si la Suisse achète des avions de combat pour un montant de 6 milliards auprès de Lockheed Martin, elle financera une entreprise qui produit des

¹⁸ [gao.gov/assets/700/698693.pdf](https://www.gao.gov/assets/700/698693.pdf) [23.10.19]

¹⁹ <https://www.blick.ch/news/politik/kandidat-fuer-schweizer-luftwaffe-in-den-usa-umstritten-droht-dem-super-jet-f-35-das-grounding-id15470311.html> [23.10.19]

²⁰ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/die-maengel-des-tarnkappenjets-f35/story/24841825> [23.10.19]

²¹ <https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/schmutziges-bombengeschaeft-des-kampfjet-kandidaten-Id.1106834> [23.10.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

armements nucléaires et d'autres armes internationalement proscrites. Ainsi, la Suisse officielle donnerait 6 milliards à une entreprise dont certains secteurs d'activités sont illégaux en droit suisse.

Le même problème se présente avec le **F/A-18 Super Hornet**. Le producteur de cet avion de combat, l'entreprise Boeing, est impliquée dans la production d'armements nucléaires selon ICAN, porteur du Prix Nobel de la Paix²². De plus, il faut se demander si cet avion n'est pas trop grand pour la Suisse et si son achat ne nécessiterait pas des investissements massifs dans les infrastructures pour l'armée de l'air, tel que des hangars et des pistes de décollage/atterrissage, faute de quoi il ne pourrait pas être utilisé.²³ Par ailleurs, des problèmes techniques liés à l'apport d'oxygène au pilote et au maintien de la pression adéquate dans la cabine ne cessent de survenir, ce qui a probablement mené au décès de plusieurs pilotes américains.²⁴

Comme des recherches du *Spiegel* l'ont montré, l'**Eurofighter Typhoon** rencontre déjà aujourd'hui de grands problèmes. Des 128 avions de combat qui composent l'armée de l'air allemande, seuls quatre étaient opérationnels en 2018.²⁵ Cela signifie que le pays qui veut vendre l'Eurofighter à la Suisse n'est même pas capable de gérer sa propre flotte aérienne. De plus, avec Airbus, le goût amer de l'affaire de corruption en Autriche subsiste jusqu'à ce jour. Au début des années 2000, l'Autriche avait décidé d'acheter 15 nouveaux Eurofighter. Jusqu'à 100 millions d'euros ont été versés en pots-de-vin pour permettre cet achat, l'affaire n'ayant pas toujours pas été totalement clarifiée à ce jour.²⁶ Dans tous les cas, le ministre autrichien de la défense, Hans Peter Doskozil, a affirmé au SRF-Tagesschau : « , je n'entrerais pas une deuxième fois en relations d'affaires avec une entreprise d'armement, au sujet de laquelle la République [autrichienne] affirme : 'Elle nous a trompés' et la suspicion est grande que nous avons également été lésés. »²⁷

Le **Rafale** lui aussi rencontre des problèmes techniques, comme le montrent plusieurs rapports. Une erreur dans le système informatique a par exemple mené au fait que le tir d'une fusée n'a pas bien fonctionné lors d'une opération en Syrie.²⁸

3.2. PRENDRE AU SÉRIEUX LA DÉMOCRATIE : LE DÉPARTEMENT DES PANNES DOIT ÊTRE CONTRÔLÉ

Le 18 mai 2014, 53,4 % des votant.e.s ont refusé l'achat des Gripen. Depuis cette défaite, le DDPS et les politicien·ne·s bougeois·e·s cherchent des moyens de contourner le verdict populaire. Avec cette fois un arrêté de planification portant sur plus de 6 milliards, la peuple devra à nouveau se prononcer sur l'achat de nouveaux avions de combat. Par contre, la population n'aura pas son mot à dire sur le type et le nombre d'avions qui seront achetés. Cette décision sera laissée aux « expert·e·s » du DDPS et à armasuisse, l'office fédéral de l'armement. Le scandale des Mirages a montré où cela peut mener. La volonté de l'armée est claire : le divisionnaire Bösterli a d'ores et déjà annoncé dans le journal *Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift* que seul le F-35 était suffisamment bon pour l'armée de l'air suisse.²⁹

²² https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf [23.10.19]

²³ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Der-Super-Hornet-ist-fuer-die-Schweiz-schlicht-zu-gross/story/20126014> [23.10.19]

²⁴ <https://www.stripes.com/news/navy-4-f-a-18-pilot-deaths-could-be-tied-to-oxygen-system-failures-1.473811> [23.10.19]

²⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-luftwaffe-hat-nur-vier-kampfbereite-eurofighter-a-1205641.html> [23.10.19]

²⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurofighter-Aff%C3%A4re> [23.10.19]

²⁷ <https://www.srf.ch/news/schweiz/tests-fuer-kampffjet-beschaffung-truempfe-und-altlasten-des-airbus-eurofighter> [23.10.19]

²⁸ <https://www.blick.ch/news/politik/luxusjet-f-35-sorgt-fuer-negativschlagzeilen-aber-nicht-nur-er-schweizer-kampffjet-kandidaten-machen-im-ausland-probleme-id15387757.html> [23.10.19]

²⁹ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/der-ferrari-unter-den-kampffjets-fuer-offiziere-ist-nur-der-tarnkappenbomber-gut-genug-132026488> [29.04.18]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

Le DDPS est un département des pannes, ce que le scandale lié aux systèmes d'information et de conduite des Forces terrestres ainsi que celui lié à l'achat des camions Duro illustrent parfaitement. Voilà pourquoi il serait extrêmement dangereux de donner un chèque en blanc de 24 milliards au DDPS, au moyen d'un arrêté de planification. En procédant ainsi, la population perdrait son rôle d'instance de contrôle puisque le chèque serait émis avant l'évaluation des avions de combat.

La votation sur le Gripen a montré à quel point la discussion sur le type d'avion de combat est importante. À l'époque, la population avait remarqué que le Gripen était un avion défectueux. En votant NON, la population a sauvé la Suisse d'une débâcle financière et de politique d'armement. En effet, alors que le DDPS promettait durant la campagne que le nouveau Gripen E pouvait être livré en 2018, son retrait de la phase d'évaluation actuelle montre qu'il n'est pas non plus prêt à voler en 2019. Cette incapacité a été décelée par la population et non pas par les « expert·e·s » du DDPS. Dans le cas de votation sur un arrêté de planification opaque, ce rôle de contrôle propre à la population lui est retiré. Cela signifierait en d'autres termes que la population devrait faire confiance aux expert·e·s du DDPS, qui, il y a cinq ans, voulaient acheter un avion en papier incapable de voler.

- **Les citoyen.ne.s perdent leur rôle d'instance de contrôle de la Berne fédérale**
- **Tous les types d'avions qui sont évalués actuellement présentent d'importantes défaillances**
- **Il y a un risque non-négligeable que la Suisse achète un Trump-Jet étatsunien**

4. UNE ACQUISITION INUTILE

En comparaison internationale, l'armée de l'air suisse est très bien équipée et le restera même après la mise hors service des 54 Tiger F-5. L'Autriche est elle aussi un pays sans alliances, également comparable à la Suisse au niveau de la superficie. Notre voisin de l'est dispose de 15 avions de combat. L'Irlande, également non-membre de l'OTAN, n'a pas d'avions de combat du tout.

Selon le DDPS, la Suisse disposera de 30 F/A-18, opérationnels au moins jusqu'en 2035.³⁰ Ces avions sont parfaitement équipés pour accomplir les missions de la police du ciel. En effet, ils ont été modernisés en 2008 pour 404 millions de francs. En outre, le Conseil fédéral et le Conseil aux Etats prévoient de les porter à nouveau au stade technique le plus avancé d'ici à 2020 et ce, pour 450 millions de francs.

Pour remplacer les F/A-18 et mener à bien les missions de police du ciel, huit à douze avions de combat légers, coûtant entre 10 et 25 millions de francs pièce,³¹, suffiraient. Les avions de combat légers, comme par exemple le KAI T-50 Golden Eagle sud-coréen, sont bien plus adaptés aux besoins de la Suisse que les avions de combat haute performance. Ainsi, ils peuvent servir à l'entraînement et à la police du ciel, être armés (pour des missions air-air) et

³⁰ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/fa18-koennten-bis-2035-fliegen/story/25008530> [30.04.18]

³¹ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/18-443_planungsbeschluss-luftraum_sp_1.pdf [23.10.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

atteindre toutes les vitesses requises, pour pouvoir accompagner des avions de ligne par exemple.

4.1. LA MISSION DE POLICE DU CIEL

Les missions de la force aérienne dans le cadre de la police du ciel consistent en la gestion du trafic aérien, le contrôle d'appareils non-identifiés, ou encore l'intervention lors de détournements d'avions à caractère terroriste. L'armée de l'air est parfaitement en mesure de mener à bien ces missions sans l'acquisition de nouveaux avions de combat. Lorsque la flotte actuelle de F/A-18 arrivera en fin de vie, huit à douze avions de combat légers pourraient être achetés pour un montant maximal de 300 millions de francs.

Des cas de non-respect des règles du trafic aérien, ou de panne de radio ont lieu en Suisse environ une fois par mois. Dans ces situations, une intervention rapide de la police aérienne est indispensable. D'autres interventions similaires doivent également être menées jusqu'à plusieurs fois par semaine, notamment le contrôle d'appareils non-identifiés.

Dans le cas d'un conflit entre différents États, les forces aériennes se verraient confier la mission de préserver la neutralité du pays en veillant à ce qu'aucun belligérant ne survole la Suisse. Cependant, durant la guerre d'Irak, tout comme lors de la Seconde Guerre mondiale, il a été démontré qu'une force aérienne est peu utile lorsque le Conseil fédéral ne se montre pas déterminé à faire respecter l'interdiction de survol de son territoire.

Grâce à leur mise à jour technique, les F/A-18 sont aujourd'hui aptes à assurer les missions de police du ciel 24h sur 24h. Le conseiller fédéral Ueli Maurer avait pourtant affirmé lors de la campagne en vue de la votation sur les Gripen en 2014, qu'une telle surveillance ne serait pas possible sans ces derniers.³²

4.2. DOUZE AVIONS DE COMBAT LÉGERS SUFFISENT

Avec le programme d'armement 2017, le Conseil fédéral et le Parlement ont veillé à ce que les trente F/A-18 puissent être maintenus en service jusqu'en 2035. La Suisse dispose ainsi de trois fois plus d'avions de combat que ce qu'il est nécessaire pour mener à bien les missions de police aérienne.

Afin d'assurer la mission de police du ciel en Suisse, douze avions suffisent. C'est aussi ce que dit le Conseil fédéral. Dans sa réponse à une interpellation de l'ancien conseiller national vert-libéral Roland Fischer, il écrit ceci : « Fondamentalement deux avions suffisent pour un service de police du ciel renforcé, dans une situation normale (Par exemple, protection du WEF) »³³ Avoir deux avions dans les airs, signifie qu'il doit y avoir deux autres avions opérationnels au sol. Ensuite, on peut partir du principe qu'il en faut encore deux pour les unités d'entraînement et encore deux qui seraient en entretien. En total, cela ne ferait donc que huit avions. Si maintenant une autre conférence internationale devait avoir lieu à Genève, en même temps que le WEF, il faudrait deux avions de plus dans les airs et deux de plus au sol. En somme, pour un cas exceptionnel de mission renforcée de police du ciel, douze avions au maximum sont nécessaires.

³² <https://www.oltner.tagblatt.ch/schweiz/ueli-maurer-droht-ohne-gripen-gibt-es-keine-24-stunden-bereitschaft-127809103> [29.04.18]

³³ Interpellation 13.4099 von GLP-Nationalrat Roland Fischer, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20134099> [23.10.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

En Allemagne, ce ne sont que quatre avions de combat qui assurent la sécurité du trafic aérien en permanence sur tout le territoire.³⁴ L'Autriche a en ce moment quinze avions de combat opérationnels en tout, chiffre basé sur des réflexions similaires aux nôtres.³⁵ Ainsi, la Suisse n'a besoin ni de septante-sept, ni de quarante avions de combat, mais bien de douze seulement. Tout achat supplémentaire qui viendrait s'ajouter aux trente F/A-18 déjà à disposition serait donc un luxe inutile.

4 avions de combat suffisent pour assurer les missions de police du ciel en Allemagne

On arrive à 12 avions de combat si on compte l'entraînement et l'entretien

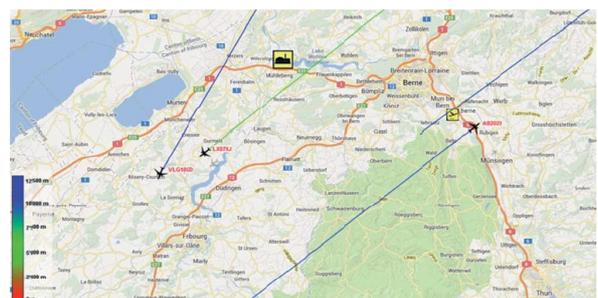
L'armée de l'air autrichienne dispose de 15 avions de combat en tout

4.3. EN CAS DE DÉTOURNEMENT D'AVIONS DE LIGNE, L'ARMÉE DE L'AIR EST DÉMUNIE

Le troisième type de mission de la police du ciel consisterait en l'intervention lors de détournement d'avions de ligne à des fins terroristes. À ce jour, l'emploi d'avions comme arme pour commettre des attentats ne s'est produit qu'une seule fois : lors des attentats du 11 septembre 2001.

Au vu de cet unique cas concret, il s'avère que même la force aérienne la plus puissante du monde est démunie lorsque des terroristes sont parvenus à prendre en main des appareils de ligne. Et pour cause, le laps de temps s'écoulant entre la prise de connaissance par les services de sécurité du détournement de l'avion et l'impact de l'appareil contre sa cible, n'est que de quelques minutes. Dans ces circonstances, l'armée de l'air n'a pas la moindre chance de déjouer un attentat.

Déjouer un attentat terroriste au moyen d'avions de combat semble absurde. Sur la carte, ci-dessous, la trajectoire de vol d'un A320 de la compagnie Swiss, survolant la centrale nucléaire de Mühleberg à une hauteur de 5000 mètres, est représentée en vert (LX87KJ). Si un tel appareil venait à être détourné, il s'écarterait, entre le moment où celui-ci s'écarterait de sa trajectoire et l'impact contre la centrale, moins de soixante secondes. Même un scénario optimiste donne à penser que le temps nécessaire à l'interception de l'appareil détourné ne serait pas disponible. La situation



Screenshot von radar.zhaw.ch.

³⁴ «Sobald zu einem Flugzeug längere Zeit kein Funkkontakt hergestellt werden konnte, oder es seine geplante Flugroute verlassen hat, steigen zwei Kampffjets vom Typ Eurofighter in die Luft, um die Lage aufzuklären. [...] Eine der «Quick Reaction Alert»-Alarmröten

ist im Herzen Bayerns beim Taktischen Luftwaffengeschwader 74 in Neuburg stationiert. [...] Eine zweite ist in Wittmund stationiert – zusammen sichern sie den Luftraum Deutschlands. An den Standorten Wittmund und Neuburg befinden sich sogenannte Alarmröten, bestehend aus je zwei Abfangjägern des Typs Eurofighter, [...]» (Website der deutschen Bundeswehr: https://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/start/serv/lut/p/z1/hY5fC4lwFMW_kXcONPfosEL8U2Ro20sMHWbYJmNJD334FoFvOn04cO_53cMBDhfgSsxDL-ygIRjdznh4pVF-zjHBOK9JgIK_yAJCKKYEQQ3NP4Q7G61MjKDqJDCXsVnJiA9FABVw4Hcxi5c3aWNHaT3RfjsCuwnVjfKo2_h3cGAnvVYrxzi1UtnBaW-E1Wb5bp_GOMcbOmdITygKI07-O27224wF2E9SeoLpsYvKMug_BfK1Ng!!/dz/d5/L2dBISevZ0FBIS9nQSEH/#Z7_B8LTL2922LV9D011MK599BAOM5) [23.10.19]

³⁵ [https://de.wikipedia.org/wiki/Luftstreitkr%C3%A4fte_\(Bundesheer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Luftstreitkr%C3%A4fte_(Bundesheer)) [23.10.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

est encore plus critique à proximité des centres urbains. En effet, de nombreux itinéraires de vol passent au-dessus de villes telles que Berne, Genève ou Zürich. Or, abattre un avion de ligne survolant une agglomération mettrait forcément en danger la vie de nombreux habitant·e·s. Aussi, les mesures en vue de contrer un éventuel attentat commis au moyen d'un appareil de ligne, doivent être prises par le biais de contrôles au sol, car un avion tombé aux mains de terroristes ne peut plus même être intercepté, même par la plus puissante flotte aérienne du monde.

4.4. UNE GUERRE AÉRIENNE CONVENTIONNELLE N'EST PAS RÉALISTE

Le seul scénario qui nécessiterait de disposer de plus de douze avions de combat serait une guerre aérienne conventionnelle. Cependant, selon les dires du DDPS lui-même, un tel cas de figure est irréaliste.³⁶ En outre, si la Suisse entourée par des membres de l'OTAN devait être attaquée, ce serait le fait soit des membres de l'OTAN eux-mêmes, ou alors d'un État ayant au préalable vaincu ces derniers. Dans ces deux cas, une résistance militaire de la Suisse serait sans espoir, quel que soit le nombre d'avions de combat dont celle-ci disposerait.

- ➔ **Le scénario d'une guerre aérienne en Europe n'est pas réaliste.**
- ➔ **La mission de police de l'air peut être assurée au moyen des avions actuellement à disposition, et ceci jusqu'en 2035 au moins.**
- ➔ **La mission de police du ciel ne requiert que 12 avions de combat légers.**

5. LES AFFAIRES COMPENSATOIRES RENDENT ABSURDE L'ARGUMENT DE LA SÉCURITÉ

La question des dites affaires compensatoires a connu de nombreux retournements de situation ces dernières années. Tout d'abord, le conseiller fédéral Parmelin a annoncé renoncer totalement aux affaires compensatoires.³⁷ Peu de temps après, il était minorisé par le reste du Conseil fédéral et des compensations à hauteur de 100 % étaient proposées. Lorsque Viola Amherd a repris la tête du DDPS, elle a fait, avec l'ensemble du Conseil fédéral, la proposition de réduire les affaires compensatoires à 60 %.³⁸ Cela n'a pas plu à l'industrie, qui, par à un lobbying intensif, a poussé le Conseil aux Etats à s'exprimer pour des affaires compensatoires à hauteur de 100 %.³⁹ Finalement, les deux chambres parlementaires se sont

³⁶ Der aktuelle Sicherheitspolitische Bericht 2016 hält fest: «Insgesamt lässt sich sagen, dass eine direkte Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff auf die Schweiz – ob im herkömmlichen Sinne oder in unkonventioneller Form – für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich ist. Es sind keine Staaten oder Gruppierungen erkennbar, die sowohl über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, die Schweiz mit militärischen Mitteln anzugreifen, als auch entsprechende Absichten hegen.» (Sicherheitspolitischer Bericht 2016, S. 35: <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/sicherheitspolitik/sicherheitspolitische-berichte/sicherheitspolitischer-bericht-2016.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/sicherheitspolitik/sipolb2016/SIPOL-B-2016-de.pdf.html>) [29.04.18]

³⁷ <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/vbs-chef-parmelin-sticht-beim-kampffjet-kauf-ins-wespennest-130779168> [23.10.19]

³⁸ <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/bundesrat-veraergert-industrie-viola-amherd-gegengeschaefte-verteuern-kampffjets> [23.10.19]

³⁹ <https://www.luzernerzeitung.ch/newsticker/schweiz/kampffjets-der-staenderat-will-eine-offset-offensive-ld.1154800> [23.10.19]

NON AUX MILLIARDS POUR DES AVIONS DE COMBAT

mises d'accord sur une compensation à 60 %. Cela signifie que le producteur des avions de combats, qui serait choisi suite au OUI de la population, devrait compenser 60% de la valeur du contrat, soit 3,6 milliards de francs, en faisant des commandes auprès d'entreprises suisses. Autrement dit, c'est une immense subvention pour l'industrie, au frais du contribuable. Le fait d'avoir opté pour des compensations à hauteur de 60% a au moins le mérite de montrer une chose : pour les politicien·ne·s de l'UDC, du PLR et du PDC, l'essentiel n'est pas vraiment la prétendue nécessité des avions de combat en termes de politique de sécurité. En effet, des recherches montrent que les affaires compensatoires mènent à une augmentation du prix par avion de combat.⁴⁰ Oskar Schwenk, directeur de Pilatus Flugzeugwerken durant de nombreuses années, a affirmé dans une interview que ces affaires compensatoires étaient inutiles. Selon Schwenk, ces affaires augmentent les prix de 15 à 20%, soit des coûts supplémentaires d'environ un demi-milliard de francs pour l'achat des avions de combat.⁴¹ Si la majorité bourgeoise de droite se prononce pour plus d'affaires compensatoires, cela signifie qu'elle prend en considération le fait que moins d'avions de combat pourront ainsi être achetés avec une enveloppe de six milliards, le prix par avion étant plus élevé. Ce sont donc les mêmes politicien·ne·s qui insistent sur le fait que la Suisse a besoin d'une grande flotte aérienne pour se défendre, qui, par leurs décisions, veillent à ce qu'avec les six milliards donnés, le nombre maximal d'avions de combat ne puisse pas être acheté.

- ➔ **Les affaires compensatoires réenchérissent l'achat des avions de combat**
- ➔ **Les affaires compensatoires revient à faire de la politique pour l'industrie en l'arrosant avec l'argent du contribuable**
- ➔ **L'argument de la nécessité en termes de politiques de sécurité est réfutable par l'absurde**

⁴⁰ <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/56767.pdf> [23.10.19]

⁴¹ <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/pilatus-prasident-schwenk-kampffjets-konnten-eine-milliarde-billiger-sein> [23.10.19]



AI MILIARDI PER GLI AEREI
DA COMBATTIMENTO

ARGOMENTARIO CORTO

ASSEGNO IN BIANCO DA 24 MILIARDI

Nel 2014 il popolo ha chiaramente bocciato l'acquisto di nuovi aerei da combattimento per un totale di 3,1 miliardi di franchi. Ora la lobby delle armi sta di nuovo facendo pressioni per un acquisto simile. Il Consiglio federale ha presentato il piano definitivo nel maggio 2019: si vogliono acquistare nuovi aerei da combattimento per un totale di 6 miliardi di franchi svizzeri. Il bilancio federale ne risentirà: ogni anno le spese destinate all'esercito verranno aumentate dell'1,4% in termini reali. Il budget dell'esercito dovrebbe quindi ammontare a sei miliardi di franchi entro il 2030; anche grazie a risparmi in altri settori, come quello dei sussidi per la cassa malati. Nonostante questa ingente spesa, l'elettorato non è stato adeguatamente coinvolto nella decisione: fino alla votazione il numero, il modello e i costi di manutenzione degli aerei non verranno definiti. Si tratta quindi di un assegno in bianco dal valore di 6 miliardi di franchi, che diventeranno 24 al termine della durata di vita di questi aerei. Ciò rende questo acquisto due o tre volte più costoso rispetto a quello dei Gripen, già bocciato in votazione popolare. Questi 24 miliardi mancherebbero in altri settori, come l'istruzione, la sanità, la sicurezza pubblica, la cultura o la socialità. Spendere così tanti soldi per inutili aerei da guerra è irresponsabile.

- **Il decreto per l'acquisto degli aerei da combattimento è un assegno in bianco dal valore di 24 miliardi!**
- **Questo acquisto porterà a nuovi pacchetti di risparmi della spesa, che toccheranno l'istruzione e la socialità**
- **Se il popolo non potrà avere l'ultima parola riguardo il tipo di aerei, c'è il rischio che il Dipartimento della Difesa si lanci in un nuovo débâcle**

ACQUISTO INUTILE DI AEREI DA COMBATTIMENTO DI LUSO

Una cosa è chiara: i compiti della polizia aerea vanno garantiti anche in futuro. Tuttavia, sarebbe anche possibile acquistare dei caccia leggeri che costerebbero molto meno rispetto a questi caccia di lusso, sono meno dannosi per l'ambiente e meno rumorosi. Queste proposte alternative, tuttavia, non sono nemmeno state esaminate dal Dipartimento della Difesa. Facendo un confronto a livello internazionale, si nota che le forze aeree svizzere sono ben equipaggiate, anche dopo lo smantellamento dei 54 Tiger F-5. Anche l'Austria, paese non allineato a livello internazionale e di dimensioni paragonabili a quelle della Svizzera, possiede solo 15 caccia. Anche gli F/A-18 in possesso della Svizzera sono attrezzati per svolgere i compiti di polizia aerea. Essi sono stati infatti aggiornati nel 2008, con una spesa di 404 milioni di franchi, e verranno inoltre aggiornati nuovamente nel 2020, con altri 450 milioni.

- **Un conflitto aereo in Europa non è realistico**
- **Il servizio di polizia aerea va garantito, ma per questo non servono nuovi caccia da guerra.**
- **Degli aerei da combattimento leggeri sarebbero una soluzione più sensata ed economica per assicurare i servizi di polizia aerea.**



AI MILIARDI PER GLI AEREI
DA COMBATTIMENTO

BILANCIO AMBIENTALE CATASTROFICO

Il cambiamento climatico rappresenta attualmente senza dubbio la più grande minaccia per l'umanità. Di fronte a questo fatto, l'acquisto di questi nuovi aerei sembra molto discutibile. I nuovi aerei da combattimento non sarebbero solo più costosi, ma anche meno ecologici di qualsiasi altro velivolo che circola nel nostro spazio aereo. In un'ora di volo, un F/A-18 consuma in media 4'850 litri di cherosene, per un'emissione pari a 12'220 kg di CO₂. L'impatto ambientale di un'ora di volo di un F/A-18 è quindi paragonabile ad un'auto che viaggia per 100'000 km (due volte e mezzo il giro del mondo). Secondo il pilota aeronautico e professore Claude Nicollier, l'impatto ambientale e acustico dei nuovi aerei non sarà minore rispetto a quelli attualmente in servizio.

- **Un aereo da combattimento usa 5'000 litri di cherosene all'ora – con lo stesso consumo un'automobile potrebbe girare 2,5 volte intorno alla terra.**
- **L'aviazione svizzera è responsabile dell'emissione di circa 120'000 tonnellate di CO₂ all'anno.**
- **I miliardi per l'acquisto dei nuovi aerei da combattimento potrebbero venir utilizzati in maniera più sensata per combattere il cambiamento climatico.**